

osteuropa



Versteinerte Macht

Staatsgewalt in Russland, Belarus und Polen

OSTEUROPA ist eine interdisziplinäre Monatszeitschrift zur Analyse von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Zeitgeschichte in Osteuropa, Ostmitteleuropa und Südosteuropa.

OSTEUROPA is member of *eurozine* network: www.eurozine.com ISSN 0030-6428 (Print)
ISSN 2509-3444 (Online)

OSTEUROPA wird in folgenden Datenbanken ausgewertet: European Bibliography of Slavic and East European Studies, International Bibliography of the Social Sciences, International Political Science Abstract, Journal Articles Database, Periodicals Index Online, Public Affairs Information Service, Scopus, Social Science Citation Index, Worldwide Political Science Abstracts

Redaktion: Dr. Manfred Sapper, Dr. Volker Weichsel, Margrit Breuer, Olga Radetzka, Dr. Andrea Huterer, Ansgar Gilster, Lara Rindt.

Adresse: Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/30 10 45 81 und 30 10 45 82
Fax 030/21 47 84 14; osteuroopa@dgo-online.org; <www.osteuroopa.dgo-online.org>

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. (DGO).

Vorstand: Ruprecht Polenz (Präsident), Dr. Sabine Fischer, Prof. Dr. Caroline von Gall, Prof. Dr. Jan Kusber, Prof. Dr. Alexander Libman, Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Bärbel Schmidt-Šakić, Michael Thumann, Prof. Dr. Anja Tippner, Dr. Susann Worschech

Geschäftsführung: Dr. Gabriele Freitag, Schaperstraße 30, 10719 Berlin, 030/21 47 84 12
info@dgo-online.org; <www.dgo-online.org>

Konto: DGO, DE85 1008 0000 0414 8630 00, DRES DE FF 100. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

Erscheinungsweise: monatlich. **Bezug:** über den Verlag, den Buchhandel und die DGO. Das Abo gilt für ein Jahr und verlängert sich, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf des Kalenderjahres schriftlich beim Berliner Wissenschafts-Verlag gekündigt wird.

Preise: Jahresabo 98,00 €, für Mitglieder der DGO & Studierende 55,00 € (plus Porto), Einzelheft 15,00 €, Themenhefte je nach Umfang zwischen 15,00 € und 32,00 €.

Versandkosten für ein Abo in Deutschland 15,50 €; im Ausland 36,50 €.
für Einzelhefte/Themenhefte in Deutschland je nach Umfang 3,00/4,50 €.
für Einzelhefte/Themenhefte ins Ausland je nach Umfang 4,00/8,00 €.

Verlag & Vertrieb: Berliner Wissenschafts-Verlag, Behaimstraße 25, 10585 Berlin, 030/84 17 70 11,
vertrieb@bwv-verlag.de

Wir bemühen uns, die Urheber- und Reproduktionsrechte zu wahren. Sollte dies nicht in jedem Falle gelungen sein, so bitten wir Rechteinhaber um Kontaktaufnahme, um Ansprüche abzugelten.

© **OSTEUROPA/DGO** Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil der Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion vervielfältigt und verbreitet werden. Unter dieses Verbot fallen die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung über CD-Rom und andere elektronische Datenträger.

Manfred Sapper, Volker Weichsel (Hg.):
Versteinerte Macht. Staatsgewalt in Russland, Belarus und Polen
Berlin 2021 [OSTEUROPA, 3/2021]
160 Seiten, 32 Abb.
Preis: 16,00 €, ISBN 978-3-8305-5119-5

Druck: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG

Titelbild: René Magritte: Das Pyrenäenschloss (1959), 200 x 145 cm,
Öl auf Leinwand © VG Bild-Kunst, Bonn 2021
Das Bild wurde für das Titelbild bearbeitet, rechts ist es im Original zu sehen.

Foto: The Israel Museum, Jerusalem



osteuropa

71. JAHRGANG / HEFT 3 / 2021

Versteinerte Macht

Staatsgewalt in Russland, Belarus und Polen

| | | |
|--|--|------------|
| <i>Volker Weichsel</i> | Rache als Politik Die Radikalisierung des Lukašenka-Regimes | 3 |
| <i>Otto Luchterhandt</i> | Operation autoritäre Diktatur Präsident Putins „Extremismusbekämpfung“ | 9 |
| <i>Tat'jana Vorožejkina</i> | Naval'nyj, die Politik und die Moral Das Putin-Regime und die Gesellschaft | 29 |
| <i>Denis Volkov</i> | „Stirb gefälligst hier, wie wir!“ Naval'nyj in Russlands öffentlicher Meinung | 39 |
| <i>Roland Götz</i> | Russlands Pandemiepolitik Maßnahmen und Ergebnisse | 51 |
| <i>Lev Gudkov Aleksej Levinson</i> | Verfemt, verehrt, vergessen Russlands Bild von Andrej Sacharov | 71 |
| <i>Dokumentation</i> | <i>A. Heinemann-Grüder, Nikolay Mitrokhin</i> <i>Für eine neue Russland-Politik</i> | 91 |
| <i>Adam Bodnar</i> | „Für meine Feinde das Gesetz“ Das Rechtsverständnis der PiS-Regierung in Polen | 99 |
| <i>Jacek Raciborski</i> | PiS und „Anti-PiS“ Blockbildung und Kulturkampf in Polen | 115 |
| <i>Arkadiusz Łuba</i> | Spitze Nadeln Die polnische Kultur der politischen Karikatur | 131 |
| Abstracts | | 155 |

osteuropa



Gewalt statt Macht

Belarus: Repression, Schikane, Terror

Die offene Gesellschaft und ihre Unterdrückung: 440 Seiten, 6 Karten, 66 Abbildungen

Volker Weichsel

Rache als Politik

Die Radikalisierung des Lukašenka-Regimes

Die erzwungene Landung einer Passagiermaschine in Belarus Ende Mai 2021 diente der Verhaftung eines regimekritischen Journalisten. Dieser Schritt war nur die Fortsetzung jener Repressionspolitik, die das Regime in Minsk seit Monaten betreibt. Die Gewaltapparate verbreiten Angst und Schrecken, täglich werden Menschen in politischen Prozessen verurteilt. Moskau hält seine Hand über das Regime, das Belarus in die vollkommene Abhängigkeit von Russland getrieben hat. Die westliche Politik steht vor einem Dilemma.

Belarus war aus den Schlagzeilen. Corona-Krise, Corona-Krise, Corona-Krise, Klimakrise, Corona-Krise, Nahost-Krise, Corona-Krise. Plötzlich, mitten in einem Nachrichtenloch, startet ein Kampfflugzeug und zwingt eine Passagiermaschine zur Landung auf dem Flughafen von Minsk. Zwei Passagiere werden verhaftet, ein 25-Jähriger und seine 23-jährige Freundin. Die Welt schaut für einen Augenblick wieder nach Belarus. Und sieht: nur das, was dort seit neun Monaten Tag für Tag stattfindet. Ein von Massenprotesten nach den gefälschten Wahlen vom August 2020 ins Mark getroffenes autoritäres Regime hat die Oberhand gewonnen.¹ Die Gewaltorgane halten zusammen und führen einen Rachezug gegen jede und jeden, die es im Spätsommer und Herbst 2020 gewagt haben, mit kleinen Protestaktionen und großen Märschen freie und faire Wahlen zu fordern. Die Einhaltung elementarer Menschenrechte. Die Bestrafung derjenigen, die die Verantwortung für die entfesselte Gewalt der sogenannten Sicherheitskräfte tragen, die über Tausende friedlich demonstrierender Menschen hergefallen sind, sie gefoltert und verprügelt haben. Seitdem produziert das Lukašenka-Regime politische Gefangene. Erst waren es zehn, dann 50, dann 100, dann 200, heute, am 27. Mai, sind es 426. Allein in der vergangenen Woche sind mehr als 50 dazugekommen.

Einer von ihnen ist nun Raman Pratasevič. Jener wichtige Passagier, zu dessen Ergreifung das Regime von Machthaber Lukašenka bereit war, in eklatanter Weise in den internationalen Luftverkehr einzugreifen. Dazu tischte es zunächst die Räuberpistole von einer angeblichen Bombendrohung auf. Die Hamas habe eine E-Mail geschickt. Die Geschichte ist so absurd, dass man die Dreistigkeit für die eigentliche Botschaft halten könnte. Seht her, ihr im Westen, was wir uns erlauben können, und ihr könnt nichts

Volker Weichsel (1973), Dr. phil., Politikwissenschaftler, Redakteur der Zeitschrift OSTEUROPA, Berlin

¹ Zum Aufbruch in Belarus grundlegend: Macht statt Gewalt. Belarus: Schritte zur Freiheit. Oder: Gewalt statt Macht. Repression, Schikane, Terror. OSTEUROPA, 10–11/2020. – Olga Scharaga: Die Revolution hat ein weibliches Gesicht. Der Fall Belarus. Berlin 2021.

dagegen tun. Doch das setzt ein geteiltes Rechtsverständnis voraus. Davon kann allerdings keine Rede sein. In der Logik des belarussischen Regimes ist der Journalist, Blogger und Mitgründer des *Telegram*-Kanals *Nexta*, Raman Pratasevič, ein Terrorist, der dank einer kleinen Finte ganz legal verhaftet werden konnte.

Selbstverständlich ist die Entführung der Maschine auch ein Signal an all die übrigen „Terroristen“, die sich dem Zugriff der belarussischen „Sicherheitsbehörden“ entzogen haben: an die ins Ausland, vor allem nach Litauen und Polen, teils auch in die Ukraine und nach Deutschland, geflohenen Repräsentanten der friedlichen Protestbewegung. Sie sollen wissen, dass sie nirgends sicher sind. Nicht in der Luft und nicht am Boden, nicht in Vilnius, nicht in Warschau und nicht in Berlin. Gleiches gilt für die Zehntausenden traumatisierter und eingeschüchterter Menschen, die es in einem Augenblick der Hoffnung im August oder September 2020 gewagt hatten, nur einmal, vielleicht zwei Mal oder drei Mal an einem Protestmarsch teilzunehmen, sich drei Streifen, einen weißen, einen roten und noch einen weißen, auf die Wange zu malen – und die seit Monaten Tag für Tag fürchten müssen, wegen der „Teilnahme an Massenunruhen“ verhaftet zu werden, nach Monaten in Untersuchungshaft, nahezu vollständig isoliert von der Außenwelt, in einem jeglicher Rechtsstaatlichkeit hohnsprechenden Prozess zu einjähriger, zweijähriger oder gar fünfjähriger Lagerhaft verurteilt zu werden. Das nervöse Regime hält sie als Geiseln, um jede Regung der Gesellschaft, ein erneutes Aufflammen der Proteste, zu verhindern.

Dafür ist das Regime bereit, einen hohen Preis zu zahlen. Dies zeigt sich daran, dass auch die „kleine Finte“ eine Nebelkerze ist. Bisher sprechen alle Indizien dafür, dass der Pilot der Ryanair-Maschine nicht den Anweisungen der belarussischen Flugüberwachung gefolgt ist und wegen der angeblichen Bombe an Bord den Kurs geändert hat und in Minsk gelandet ist. Dass vielmehr das Kampfflugzeug den Piloten zur Landung gezwungen hat. Dafür spricht der Kurs der Passagiermaschine, die nach Erhalt der Nachricht von der Bombe nicht mit gedrosselter Geschwindigkeit den vorgesehenen Landeanflug auf den Flughafen von Vilnius begonnen hat, sondern in Reishöhe mit vollem Schub in Richtung litauischer Luftraum weiterflog. Darauf weist vor allem das Protokoll des Gesprächs zwischen dem Piloten und dem Bodenzentrum in Minsk hin. Zuerst wurde es im belarussischen Staatsfernsehen ausgestrahlt – und dabei wurden die Rollen von Pilot und Dispatcher vertauscht, um den Eindruck zu erwecken, der Pilot hätte um Landeurlaubnis gebeten. Kurz darauf hat auch das belarussische Verkehrsministerium das Protokoll veröffentlicht. Es zeigt eindeutig: Der Pilot ließ sich auf die Bombenwarnung nicht ein, stellte Fragen, gewann Zeit, und erreichte um 9.45 Uhr, dass das Kontrollzentrum ihm die Entscheidung überlässt und er den Kurs hinaus aus dem belarussischen Luftraum fortsetzen konnte. Dann plötzlich, zwei Minuten später: „MAYDAY, MAYDAY, MAYDAY. We are declaring an emergency. Our intentions would be to divert to Minsk airport.“² Was außer dem Kampfflugzeug, das keineswegs als Sicherheitseskorte aufgestiegen war, hätte den Piloten zu dieser Entscheidung veranlassen können, nur zwei Flugminuten vom rettenden litauischen Luftraum entfernt, als Vilnius bereits viel näher lag als Minsk?³

² <<http://caa.gov.by/ru/news-ru/view/1-203/>>. Die Zeitangaben sind in UTC, die Ortszeit in Minsk ist UTC +3.

³ Siehe dazu die Analyse des Luftfahrtexperten Vadim Lukaševič, <https://novayagazeta.ru/articles/2021/05/24/kakaia-tvoia-familia-svoloch?utm_source=fb&utm_medium=no-vaya&utm_campaign=ne-vizhu-raznitsy-mezhdu-deystvivyami-soma>.



GYDE JENSEN



PETRA BOSSE-HUBER



JÜRGEN HABERMAS



DZMITRYJ ABRAMUK



MIKITA AFANAS'EŪ



JAŪHEN AFNAHEĻ'



CAROLIN EMCKE



BODO RAMELOW



KATJA PETROWSKAJA



VIKTAR AKCISTAŪ



RUSLAN AKOSTKA



ANDREJ ALJAKSANDRAŪ



HERTA MÜLLER



MILO RAU



ANNA-NICOLE HEINRICH



SJARHEJ AL'SEŪSKI



ARTUR AMIRAŪ



KACJARYNA ANDRÉEVA



KATRIN GÖRING-ECKARDT



ULF POSCHARDT



ALEIDA ASSMANN



IVAN ANDRUŠOĴC'



MARK ANTONAŪ



JANA ARABEJKA

Eskalierter Systemkonflikt

Dies sind die Details einer Situation, die in der Gesamtschau ein erschreckendes Bild ergeben: Die politische Lage, zu der auch die innenpolitische Entwicklung in Russland und das außenpolitische Verhalten unter Präsident Putin gehören, ist heute schlechter als zu Zeiten des Ost-West-Konflikts in den 1970er Jahren. Was in den 1990er und 2000er Jahren eine unterschwellig ausgetragene Integrationskonkurrenz zwischen Moskau und Brüssel war, ist zu einem offenen Systemkonflikt eskaliert. Alle Institutionen und Foren, in denen gemeinsame Interessen der Europäer aus Ost und West gebündelt und Konflikte bearbeitet wurden, sind de facto lahmgelegt, von der OSZE über den Europarat, in dem Belarus nicht einmal Mitglied ist, den Vereinbarungen über Partnerschaft und Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Union sowie über Östliche Nachbarschaft bis zum NATO-Russland-Rat.

Die beiden Staaten, die über drei Jahrzehnte einen Schaukelkurs zwischen Brüssel und Moskau verfolgten – die Ukraine mit mehr Neigung nach Westen, Belarus mit Schlagseite nach Osten – sind nun eindeutig verortet. Die Ukraine nach dem politischen Umbruch im Jahr 2014 im Westen. Seit der schlagartig auf die Wende folgenden Besetzung und Annexion der Krim durch Russland sowie der gezielten Befeuern des Machtkonflikts im Südosten der Ukraine verläuft die Frontlinie durch das Land. Und nun ist seit Oktober 2020 auch Belarus eindeutig verortet: im Osten. Als abhängiger Vasall Russlands.

Der Systemkonflikt findet auf allen Ebenen statt: innergesellschaftlich und zwischenstaatlich, politisch, ökonomisch, ideologisch. Und die Regime in Moskau und Minsk setzen Mittel ein, zu denen selbst die Sowjetunion in den 1970er Jahren nicht griff. Die Prozesse gegen die sowjetischen Dissidenten waren öffentlich. Die Verfahren gegen viele der politischen Gefangenen in Belarus werden hinter verschlossenen Türen geführt, es sind Geheimprozesse. Unterstützer der Verfolgten, die sich vor den Toren der Gerichtsbauwerke einfanden, um ihnen ihre Solidarität zu zeigen und Trost zu spenden, wurden wegen Störung der öffentlichen Ordnung festgenommen.⁴ Gleichzeitig wird, wie jetzt im Fall von Raman Pratasevič und Sofija Sapega, das wichtigste Element von Schauprozessen eingebaut: das Geständnis. Die im Minsker KGB-Gefängnis aufgenommenen und anschließend in den Staatsmedien verbreiteten Selbstbeziehungsvideos sind offenkundig unter Folter oder Androhung von Folter entstanden. Dem pseudolegalistischen Justizapparat dienen sie als Beweis. Politisch aber ist die Botschaft eine andere: Jeder soll sehen, dass das Regime Menschen brechen und so seine Wahrheit durchsetzen kann.

Das eklatanteste Beispiel des Rechtsnihilismus in Belarus ist die strafrechtliche Verfolgung von Maksim Znak. Penibel hatte der Anwalt des verhinderten Präsidentschaftskandidaten Viktor Babaryka darauf geachtet, selbst die repressivsten Gesetze bis ins Detail einzuhalten. Und doch sitzt der 30-Jährige seit 260 Tagen in Haft, weil er einer „Verschwörung zum Zwecke eines Umsturzes angehört und eine Terrororganisation gegründet“ habe. Doch auch all die vorgeblich unpolitischen Strafverfahren offenbaren den Unrechtsstaat. In Brest sind zwei Dutzend Menschen zu anderthalb Jahren Gefängnis oder Besserungsarbeitsanstalt verurteilt worden, weil sie sich im September während eines Protestzugs an einem Reigen beteiligt hatten. Ein Polizist schlägt eine Frau mit der Faust

⁴ Chronika političeskogo presledovanja v Belarusi 12 maja, <<http://spring96.org/ru/news/103323>>.

nieder, ein Passant eilt der am Boden liegenden Frau zu Hilfe und stellt sich zwischen sie und den Milizionär: „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, Gefängnisstrafe.⁵

Auch was den Kontakt zur Außenwelt und den Zugang zu unabhängigen Informationen betrifft, nähert sich Belarus der Situation in tiefster sowjetischer Zeit. Noch ist es nicht soweit, aber mit der Schließung des Nachrichtenportals *tut.by* Mitte Mai ist das letzte größere unabhängige Medium verschwunden. Als Raman Pratasevič festgenommen wurde, waren bereits 34 Journalisten in Haft.⁶ Noch bleiben Medien aus dem Ausland. Doch viele Menschen in Belarus haben Angst, auf diese zuzugreifen, weil ihre Telefone und Computer überwacht werden könnten.

Ein besonderes Kapitel ist der ideologische Systemkonflikt. Anders als zu Zeiten des Ost-West-Konflikts kann von einer Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus keine Rede sein. Das Putin-Regime hat keine konkurrierende Idee einer gerechteren Organisation von Staat und Gesellschaft. Es beruht im Gegenteil auf der Negierung der Idee von Recht und Gerechtigkeit als solcher. Tagein tagaus wird sie als angebliche Lüge entlarvt, die nur den einen Zweck habe, Russland, das russische Volk, zu verblenden und zu schwächen, um es zu beherrschen. Negative Mobilisierung hat dies der Soziologe Lev Gudkov genannt.⁷

Anders war dies lange im Falle von Belarus. Das Lukašenka-Regime hat es zwei Jahrzehnte geschafft, Belarus als einziges Überbleibsel der Sowjetunion zu präsentieren, als Insel, auf der ein starker Staat und eine autoritär formierte Gesellschaft für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen als in allen anderen Staaten der Region. Dies war nicht nur Ideologie. Doch das System hatte einen Haken. Es war wirtschaftlich nicht tragfähig, denn es beruhte vor allem auf einem: auf Öl. Belarus ist wie Russland ein Petrostaat, dessen Wohl und Weh vom Ölpreis auf den internationalen Märkten abhängt. Und von Russlands Preispolitik. Belarus fördert zwar kein Öl, aber es verarbeitet in Russland gefördertes Öl. Als der Höhenflug des Ölpreises in den 2000er Jahren vorbei war und Russland die Preise für Erdöl- und Erdgaslieferungen anhob, begann eine Phase der Stagnation, die das System erodieren ließ.⁸ Der Versuch, durch Öffnung und Liberalisierung die Wirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen, war in der zweiten Hälfte der 2010er Jahre sogar recht erfolgreich. Doch zugleich schuf er die Grundlage für eine Emanzipation der Gesellschaft. Der Konflikt zwischen autoritärem Staat und erwachender Gesellschaft ist im Sommer 2020 offen ausgebrochen. Nach 26 Jahren autokratischer Herrschaft schien sich die Möglichkeit zu eröffnen, das Joch der Diktatur abzuschütteln.⁹ Doch das Regime schlug mit nackter Gewalt zurück. Und tut es noch immer. Jeden Tag. Denn es gibt kein Zurück mehr. Einen neuen autoritären Sozialvertrag mit der Gesellschaft kann es nicht geben. Repression ist das einzige Mittel, das bleibt. Aus der Insel ist eine Kapsel geworden.

⁵ Alle Fälle sind auf Deutsch dokumentiert auf: 100xsolidaritaet.de. Die laufend aktualisierte Seite beruht auf der Dokumentation des belarussischen Menschenrechtszentrums Vjasna, <<https://prisoners.spring96.org/>>.

⁶ Felix Ackermann: Es darf keine Öffentlichkeit geben. FAZ, 27. Mai 2021.

⁷ Lev Gudkov: Russlands Systemkrise: Negative Mobilisierung und kollektiver Zynismus, in: Lev Gudkov. Wahres Denken. Analysen, Diagnosen, Interventionen. Herausgegeben von Manfred Sapper und Volker Weichsel. Berlin 2017 [= Edition Osteuropa 2], S. 221–235.

⁸ Siehe dazu Roland Götz: Staatskapitalismus à la Belarus. Sonderweg, Umweg oder Sackgasse? In: Macht statt Gewalt [Fn. 1], S. 2–7.

⁹ Dazu ausführlich Astrid Sahn: Politisches Patt in Belarus. Etappen einer Systemkrise, in: Macht statt Gewalt [Fn. 1], S. 17–35.

Was tun?

Wie können die europäischen Staaten der belarussischen Gesellschaft helfen, sich aus dem tagtäglichen Horror zu befreien? Das Dilemma liegt auf der Hand. Die Einstellung des Flugverkehrs mit Belarus nach der Kaperung des Flugzeugs offenbart es in aller Schärfe. Auf der einen Seite setzt die EU ein wichtiges Signal. Auf der anderen Seite hat das Regime in Minsk bereits Ende Dezember die Landgrenzen zu Litauen, Polen und der Ukraine weitgehend geschlossen, und der Flugverkehr ist die wichtigste Lebensader, die die belarussische Gesellschaft mit dem Westen Europas verbindet. Sie wird nun abgeschnitten. Dasselbe trifft auch für fast alle anderen denkbaren Sanktionen zu. Je schärfer sie sind, desto mehr treffen sie auch die Gesellschaft. Dies gilt für die Sperrung des internationalen Zahlungsverkehrs mit Belarus, das Abschneiden vom internationalen Kapitalmarkt, über den Belarus ein Fünftel seiner Staatsschulden refinanziert, ein Embargo auf die für die belarussische Wirtschaft so wichtigen Exporte der Düngemittelindustrie und vor allem für ein Ölembargo. Teilweise könnten die Sperren mit Russlands Hilfe kompensiert oder umgangen werden. Die Sperrung der Exportroute für Erdöl über Litauen hat bereits heute den Hafen von Sankt Petersburg zu einem wichtigen Umschlagplatz für belarussische Güter gemacht. Kalidünger wird jedoch immer noch – Stand Ende Mai – über Klaipėda exportiert.¹⁰ Angesichts der scharfen litauischen Kritik an mangelnder europäischer und insbesondere deutscher Sanktionsbereitschaft darf dies doch erstaunen. Selbst wenn es gelingt, einen wirtschaftlichen Niedergang herbeizuführen, ist völlig ungewiss, ob dies das Regime destabilisiert. Es beruht bereits heute nicht mehr auf Zustimmung, sondern nur noch auf Einschüchterung. Man darf davon ausgehen, dass der Adressat der Einschüchterung nicht nur die breite Gesellschaft ist, sondern auch Teile des Staatsapparats. Es gibt viele Gegner der Repressionspolitik, etwa im Wirtschaftsministerium oder im Außenministerium. Doch sie sehen keine Wahl, als die Augen zu schließen und das wenige zu retten, was zu retten ist. Wahrscheinlicher als ein rascher Zusammenbruch und ein anschließender demokratischer Neuanfang ist ein anderes Szenario: Das Regime in Minsk ist auf dem Weg, Belarus zu einem europäischen Nordkorea zu machen, und wirksame Sanktionen verschärfen die Lage.

Es bleiben gezielte Sanktionen gegen Vertreter des Machtapparats und seine Unterstützer in Belarus und Russland.¹¹ Sie sind wichtig, auch wenn man sich nicht allzu viel Erfolg von ihnen versprechen sollte. Das Regime ist längst abgekapselt und wird so nicht zur Umkehr zu bewegen sein. Das wichtigste neben den symbolischen Strafmaßnahmen ist daher die kontinuierliche Unterstützung der Gesellschaft. In täglicher Kleinarbeit mit Wort und Tat der Resignation entgegenwirken.

Schlagwörter: Belarus, Russland, autoritäres Regime, politische Gefangene, Sanktionen

¹⁰ Litva vystupaet protiv zapreta na tranzit belorusskich udobrenij čerez Klajpedu. *Afn.by*, 27.5.2021.

¹¹ Die seit Dezember 2020 gültige Liste der von der EU mit Einreisesperren und Kontensperrung belegten Personen findet sich in: Official Journal of the European Union. Volume 63, 17 December 2020, <<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=OJ:L:2020:426I:FULL&from=EN>>. Eine Erweiterung der Liste auch um Großunternehmer aus Russland, insbesondere um den Lukašenka nahestehenden Michail Gučeriev, wird in den USA bereits diskutiert. V SŠA iz-za Lukašenko predložili vvesti sankcii protiv rossijskogo biznesa. *EurAsia Daily*, 7.5.2021. Eine Liste von 80 Unternehmen, die direkt der belarussischen Präsidialverwaltung unterstehen, findet sich hier: 80 organizacii, kotorye prinadležat UPD RB, <<https://telegra.ph/79-organizacij-kotorye-prinadlezhat-UPD-RB-01-10->>

Otto Luchterhandt

Operation autoritäre Diktatur

Präsident Putins „Extremismusbekämpfung“

Ende April 2021 hat die Moskauer Staatsanwaltschaft beantragt, Aleksej Naval'nyjs *Stiftung zur Bekämpfung der Korruption* und seine Regionalstäbe zu „extremistischen Organisationen“ zu erklären und sie zu verbieten. Grundlage ist das Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus von 2002. Der diffuse Extremismusbegriff erleichtert es, das Gesetz missbräuchlich einzusetzen. Es dient als Grundlage, um die legale Ausübung von Menschen- und Bürgerrechten zu unterbinden. Die Aktionen gegen Naval'nyjs Organisationen sind Teil der verschärften Unterdrückung oppositioneller Stimmen. Ende Mai ist ein neues Gesetz verabschiedet worden. Nun kann jedem Menschen das passive Wahlrecht entzogen werden, wenn er zuvor zu einem „Extremisten“ erklärt worden ist. Bei all dem geht es um die Unterwerfung der Gesellschaft. Putins Präsidialregime steht an der Schwelle zu einer Diktatur.

Ende April 2021 beantragte der Chef der Moskauer Staatsanwaltschaft, Denis Popov, beim Moskauer Stadtgericht, Aleksej Naval'nyjs Regionalstäbe und dessen *Stiftung zur Bekämpfung der Korruption* (FBK) zu „extremistischen Organisationen“ zu erklären, sie zu verbieten und ihre Liquidierung anzuordnen.¹ Das geschah nicht im Strafklageverfahren, sondern gemäß dem Gesetz zur Bekämpfung von Extremismus vom 25. Juli 2002² im Verwaltungsklageverfahren beim Zivilgericht.³ Das Gericht verhandelte über den Antrag unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Immerhin aber teilte die Staatsanwaltschaft in einer Presseerklärung mit, der Vorwurf des Extremismus beruhe darauf, dass Naval'nyjs Anhänger und seine Organisationen bestrebt seien, Russlands Verfassungsordnung nach dem Vorbild der „farbigen Revolutionen“ umzustürzen, was den Einsatz

Otto Luchterhandt (1943), Dr. iur. habil., Prof. em. für Öffentliches Recht und Ostrecht, Universität Hamburg. Von ihm erschien in OSTEUROPA zuletzt: *Zeitenwende im Südkaukasus. Armeniens Niederlage im Krieg um Bergkarabach*, in: Oe, 12/2020, S. 55–75. – *Missachtung der Verfassung. Eine Zwischenbilanz der Ära Putin*, in: Oe, 6/2020, S. 29–52.

¹ Leonid Nikitinskij: *Sekretnye štaby N. Novaja gazeta* 28.4.2021. – *Lauter Feinde. Nawalnyjs „Stäbe“ müssen die Arbeit einstellen*. FAZ, 27.4.2021. – *Strafrechtskeule gegen Russlands Opposition*. NZZ, 28.4.2021.

² *Sobranie zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii* (SZRF) 2002, Nr. 30, Pos. 3011. Ebenfalls am 25.7.2002 wurde ein darauf abgestimmtes Gesetz über die Einfügung von Änderungen und Ergänzungen in Gesetzgebungsakte der Russländischen Föderation in Verbindung mit der Annahme des Föderalen Gesetzes über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit (*zakon o vnesenii izmenenij i dopolnenij v zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii v svjazi s prinjatijem Federal'nogo zakona o protivodejstvii ekstremistskoj dejatel'nosti*) erlassen (SZRF 2002, Nr. 30, Pos. 3029), dessen Hauptakzent auf der Änderung des Strafgesetzbuches lag.

³ *Kodeks Rossijskoj Federacii ob administrativnom sudoproizvodstve* (Gesetzbuch der Russländischen Föderation über das administrative Verwaltungsverfahren) vom 8.3.2015 (SZRF 2015, Nr. 10, Pos. 1391): Art. 17 sowie Kap. 27 (Art. 260 ff.), Kap. 27² (Art. 265.6 – Art. 265.10)

von Gewalt einschlieÙe.⁴ Das Gericht rechtfertigte den Ausschluss des Publikums von dem mit großer Spannung und scharfer Kritik begleiteten Verfahren damit, dass die vom Inlandsgeheimdienst FSB zum Beweis vorgelegten Dokumente Staatsgeheimnisse enthielten. Vermutlich geben sie Auskunft über die verdeckten Ermittlungsmethoden des FSB, der für die Verfolgung „extremistischer Aktivitäten“ zuständig ist⁵, und möglicherweise erstrecken sie sich auch auf die Observierung Naval’nyjs in Tomsk, dem Ort seiner Vergiftung im August 2020.

Infolge der Geheimhaltung können Naval’nyjs Anwälte nur im Gericht und zu eingeschränkten Zeiten Einsicht in die Prozessunterlagen nehmen. Notizen und die Anfertigung von Kopien sind ihnen ebenso untersagt wie Mitteilungen an die Öffentlichkeit. Einen zusätzlichen schweren Schlag versetzte die Staatsanwaltschaft der Verteidigung Naval’nyjs dadurch, dass sie gegen den Koordinator des Anwälte-Teams, den hoch angesehenen und in politischen Prozessen besonders erfahrenen Rechtsanwalt Ivan Pavlov ein Strafverfahren wegen angeblichen Geheimnisverrats in einem parallelen Fall politischer Verfolgung eröffnete, Pavlov unter Hausarrest stellen ließ und ihn so weitgehend der Möglichkeit beraubte, mit seinem Team zu kommunizieren.⁶

Wie die Medien berichteten, gingen die Sicherheitsbehörden unmittelbar nachdem die Staatsanwaltschaft die Klage eingereicht hatte, im ganzen Land hart und rücksichtslos mit Durchsuchungen und Beschlagnahmungen gegen Einrichtungen und Mitarbeiter von Naval’nyjs Stäben vor. Das waren klare Rechtsverletzungen. Denn da der Antrag, Personen, Organisationen oder Materialien für „extremistisch“ zu erklären, in einem verwaltungsprozessualen Verfahren verhandelt wird, folgt daraus zunächst nur, dass die betroffene Organisation ihre Tätigkeit bis zur Gerichtsentscheidung ruhen lassen muss. Da von Gesetzes wegen nicht ausgeschlossen ist, dass das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft zurückweist, dürfen keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Der Richter des Moskauer Stadtgerichts, Vjačeslav Polyga, hätte deswegen die von den Behörden schon in Gang gesetzte Liquidierung der „Stäbe“ und der Stiftung Naval’nyjs unterbinden müssen. Das hätte allerdings die Bereitschaft zur Verteidigung des Rechtsstaates und starken persönlichen Mut verlangt. Dazu war Polyga nicht fähig – verständlicherweise, denn in einem solchen, vom Kreml offenkundig schon vorab entschiedenen sowie durch und durch politisch behandelten Fall kann man solches Heldentum von einem Richter des Moskauer Stadtgerichts schlechterdings nicht erwarten. Es ist deswegen auch nicht zu bezweifeln, dass das Gericht in der nächsten Sitzung, die zunächst für den 17. Mai 2021 anberaumt war und dann auf den 9. Juni 2021 verlegt wurde, dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgen wird, Naval’nyjs Organisationen für „extremistisch“ zu erklären.

Die Aktionen gegen Naval’nyjs Organisationen sind Teil der verschärften Unterdrückung regimekritischer Stimmen im Lande, die zwar wesentlich weniger geworden sind, aber stark frequentiert wurden, so das studentische Online-Journal *Doxa*, vor allem aber das einflussreichste Internet-Medium *Meduza*, das am 23. April 2021 als „ausländischer Agent eingestuft wurde.“⁷

⁴ Nikitinskij, *Sekretnye štaby* [Fn. 1].

⁵ Punkt 8 Buchstabe 6) des Organisationsstatuts (položenie) des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russländischen Föderation (FSB), bestätigt durch Dekret des Präsidenten vom 11.8.2003, SZRF 2003, Nr. 33, Pos. 3254.

⁶ Russland geht gegen Strafverteidiger vor. FAZ, 3.5.2021.

⁷ Wie unliebsame russische Medien mundtot gemacht werden, in: FAZ, 28.4.2021. – Kreml geht gegen Internetportal vor. NZZ, 29.4.2021.

In den Schatten gestellt werden die gegen Naval'nyjs Organisationen gerichteten Repressionen nun durch einen massiven Angriff auf das demokratische Wahlrecht: Die Staatsduma verabschiedete am 26. Mai 2021 ein Gesetz mit dem Inhalt, Bürgern, die von einem Gericht zu Extremisten erklärt wurden, das passive Wahlrecht für drei bis fünf Jahre zu entziehen.⁸ Spiritus Rector dieser Initiative ist der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Sicherheit und Korruptionsbekämpfung und Vorstandsmitglied der Kremlpartei *Edinaja Rossija*, Vasilij Piskarev. Er hat seit seinem juristischen Examen in Sverdlovsk (1984) und dem Militärdienst nahezu sein gesamtes Arbeitsleben in der Staatsanwaltschaft zugebracht. 2008 wurde er Stellvertretender Vorsitzender des Ermittlungskomitees und 2012 Erster Stellvertreter Aleksandr Bastrykins, einst Putins Kommilitone in Leningrad.⁹ 2016 musste Piskarev diesen Posten jedoch räumen. Er hatte es gewagt, ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption gegen den Chef der Wirtschaftsverwaltung der Generalstaatsanwaltschaft, Aleksej Staroverov, einen der reichsten Männer Russlands, einzuleiten. Damit zog er sich den Zorn des mächtigen Stellvertretenden Generalstaatsanwalts, Viktor Grin, zu. Der Konflikt endete mit einem Kompromiss: Staroverov schied aus dem Amt und wechselte „ins Business“, Piskarev musste das Ermittlungskomitee verlassen und wurde mit einem Duma-Mandat abgefunden („deputatstvovat“).¹⁰

Die aktuellen Maßnahmen gegen Naval'nyj und die Initiative, zu „Extremisten“ erklärten Bürgern das passive Wahlrecht zu entziehen, stehen offenkundig im Zusammenhang mit den für den 19. September 2021 angesetzten Wahlen zur Staatsduma. Die von Naval'nyjs „Stiftung“ und seinen „Stäben“ gegen die Kreml-Partei *Edinaja Rossija* und deren Vorsitzenden, Dmitrij Medvedev, bereits mit beachtlichen Erfolgen geführte Kampagne „Klug abstimmen (umno golosovat‘)“ will man mit den neuen Restriktionen im Keim ersticken, um die seit 2003 in der Staatsduma bestehende stabile Machtstruktur aus vier Blockparteien, die dem Präsidenten treu ergeben sind und unter denen die Kreml-Partei *Edinaja Rossija* die stärkste ist, über die kommenden Präsidentenwahlen (2024) hinaus zu bewahren. Das ist offenkundig das strategische politische Ziel, das der Kreml mit der Abstempelung Aleksej Naval'nyjs als Extremist verfolgt.

Die absehbare Gerichtsentscheidung gegen Naval'nyj und erst recht die offenkundig daran anknüpfende Gesetzesinitiative, „Extremisten“ vom Zugang zu Parlamentsmandaten auszuschließen, stellen eine neue Qualität des Einsatzes des Extremismusesetzes zu machtpolitischen Zwecken dar. Zwar ist das Gesetz schon im vergangenen Jahrzehnt in nicht wenigen Fällen eingesetzt worden, um eine legale Ausübung von Menschen- und Bürgerrechten, namentlich die Meinungs-, Medien-, Demonstrations- und Vereinigungsfreiheit, zu unterbinden.¹¹ Die nun vom Kreml getroffene Entscheidung, die stärkste und schlagkräftigste Oppositionsbewegung im Lande, die über Hunderttausende, ja in die Million gehende Anhängerinnen und Anhänger verfügt, mit Gesetzen gegen Extremismus zu bekämpfen, bringt das von Vladimir Putin und seinen Anhängern

⁸ <<http://duma.gov.ru/news/51590/>> Boris Višnevskij: Novye lišency. Novaja gazeta, 7.5.2021. – Pavel Myl'nikov: Gosduma gotovit novye repressivnye zakony. Deutsche Welle, 4.5.2021.

⁹ <https://ru.wikipedia.org/wiki/Пискарев,_Василий_Иванович>.

¹⁰ Ol'ga Romanova: Kto rulit v bande GTA? Novaja gazeta, 9.8.2017. „GTA“ steht für „Grand Theft Auto“, den Namen, den sich die Bande aus dem Nordkaukasus selbst gegeben hatte.

¹¹ Carmen Schmidt: Der Journalist, ein potentieller „Extremist“ – der russische Extremismusbegriff seit Juli 2006, in: OSTEUROPA-Recht, 5–6/2006, S. 409–415. Der Aufsatz liefert eine erste, vorzügliche Analyse über die Gefährlichkeit des Gesetzes.

in zwei Jahrzehnten geschaffene politische System Russlands einer Diktatur einen großen Schritt näher. Unverkennbar ist eine weitere Radikalisierung des Putinismus, dessen bislang letztes Stadium Russlands offene Rückkehr zu einem autokratischen Regime durch die einschneidende Verfassungsänderung vom März 2020 ist.¹²

Das Gesetz zur Bekämpfung von Extremismus

Rechtfertigt das Gesetz zur Bekämpfung extremistischer Tätigkeit vom 25. Juli 2002 ein solches Vorgehen überhaupt oder handelt es sich um einen mehr oder weniger krassen Missbrauch des Gesetzes? Die folgende Analyse zeigt, dass Letzteres der Fall ist. Dabei ist nicht zu übersehen, dass parallel zur Evolution des Putin-Regimes das Gesetz zur Bekämpfung von Extremismus einen Wandel erfahren hat, der seinen Missbrauch zur Bekämpfung politischer Opposition im Lande erleichtert. Das hängt mit der Eigenart des Extremismusbegriffs selbst zusammen.

„Extremismus“ ist, so Art. 1 Punkt 1 des Gesetzes, „die Tätigkeit gesellschaftlicher und religiöser Vereinigungen oder sonstiger Organisationen oder von Redaktionen von Masseninformationsmitteln oder von natürlichen Personen zur Planung, Organisation, Vorbereitung und Begehung von Handlungen“, die die ursprüngliche Fassung des Gesetzes in neun Punkten auflistet:

1. Gewaltsame Änderung der Grundlagen der Verfassungsordnung und Verletzung der Integrität der Russländischen Föderation;
2. Untergrabung der Sicherheit der Russländischen Föderation;
3. Usurpation oder Aneignung hoheitlicher Befugnisse;
4. Bildung illegaler bewaffneter Formationen;
5. Verwirklichung terroristischer Tätigkeit;¹³
6. Anstachelung von rassistischer, nationaler oder religiöser Feindschaft sowie von sozialer Feindschaft, verbunden mit Gewalt oder Aufrufen zur Gewalt;
7. Herabsetzung der nationalen Würde;
8. Verübung von massenhaften Ordnungsstörungen, rowdyhaften Aktionen und Akten von Vandalismus aus Motiven ideologischen, politischen, rassistischen, nationalen oder religiösen Hasses oder Feindschaft und ebenso aus Motiven von Hass oder Feindschaft in Bezug auf irgendeine soziale Gruppe;
9. Propaganda von Exklusivität, Überlegenheit oder Nichtvollwertigkeit von Bürgern nach Merkmalen ihrer Beziehung zur Religion, zu sozialer, rassistischer, nationaler, religiöser oder sprachlicher Zugehörigkeit.

¹² Otto Luchterhandt: Russlands Rückkehr zur Autokratie. Verfassung, Recht und Rechtskultur in der Ära „Putin“, in: Jahrbuch der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft (BWG) 2020. Göttingen 2021 i.E.

¹³ Seit der Gesetzesnovelle von 2006 lautet der Punkt: „Öffentliche Rechtfertigung des Terrorismus und sonstige terroristische Tätigkeit“.

Der normative Kern des Kataloges sind die von ihm wörtlich zitierten Verbote des Art. 13 Abs. 5 der Verfassung der Russländischen Föderation, die dem Schutz der höchsten, von Russlands Verfassung in Kapitel 1 proklamierten politischen Werte dienen, nämlich die Verbote, Grundlagen der Verfassungsordnung gewaltsam zu ändern, die territoriale Integrität der Russländischen Föderation zu verletzen, die Sicherheit des Staates zu untergraben, bewaffnete Formationen zu bilden und soziale, rassische, nationale und religiöse Zwietracht zu entfachen. Sie stehen am Anfang des zitierten Kataloges. Die vier hinzugefügten „extremistischen“ Verhaltensformen, nämlich das Verbot „terroristischer Aktivitäten“ (Nr. 5) sowie die in Nr. 7 bis Nr. 9 formulierten *speziellen* Verbote der Aufstachelung von Hass und Zwietracht fügen Art. 13 Abs. 5 nichts substantiell Neues hinzu. Das gilt offensichtlich für das Verbot terroristischer Aktivitäten. Sie widersprechen ganz selbstverständlich den fundamentalen Vorschriften der Verfassung und waren bei Erlass des Gesetzes wegen des gerade zu Ende gegangenen Tschetschenienkrieges aktuell.¹⁴ Im Prinzip gilt das Gleiche für die Aufstachelung von Feindschaft, Hass und Zwietracht. Kurz: das Gesetz zur Bekämpfung von Extremismus hat Art. 13 Abs. 5 der Verfassung über die Sphäre der gesellschaftlichen Vereinigungen und politischen Parteien hinaus auf das gesamte politische Handeln von Organisationen, Medien und Bürgern ausgedehnt und sie damit an die fundamentalen Werte der Verfassung gebunden.

Der Titel des Gesetzes vom 25. Juli 2002 „Bekämpfung von Extremismus“ erscheint daher, genau genommen, falsch gewählt. Richtiger wäre es gewesen, von „verfassungswidrigen“ oder „verfassungsfeindlichen“ Aktivitäten, kurz: von einem „Verfassungsschutzgesetz“ zu sprechen.

Allerdings begegnen aus dem Blickwinkel des rechtsstaatlichen Grundsatzes, freiheits-einschränkende Vorschriften und insbesondere solche des Strafrechts so präzise wie möglich zu fassen, einige jener Verbote starken Bedenken, nämlich „Untergrabung der Sicherheit Russlands“ (Nr. 2), bei dem das völlig entgrenzte, uferlose Sicherheitsverständnis des Sicherheitsgesetzes von 2011 maßgebend ist.¹⁵ Kaum oder gar nicht bestimmbar sind die Grenzen der Begriffe „soziale Feindschaft“ (Nr. 6), „Herabsetzung der nationalen Würde“ (Nr. 7) und „Feindschaft in Bezug auf irgendeine soziale Gruppe“ (Nr. 8). Das Verbot der Propaganda von Exklusivität und Überlegenheit wegen einer Religion (Nr. 9) kollidiert ganz offensichtlich mit dem für die meisten Religionen oder Konfessionen typischen Wahrheitsanspruch, was geradezu exemplarisch für die „rechtgläubige“ (pravoslavnaja) Russische Orthodoxe Kirche gilt!

Auf politisches Misstrauen konnte der Katalog des Gesetzes zur Bekämpfung von Extremismus gleichwohl nicht stoßen. So lässt sich erklären, dass die Öffentlichkeit der Entstehung und Verabschiedung des Gesetzes keine Aufmerksamkeit geschenkt hat. Indirekt bezeugt das die traditionell besonders engagiert für die Freiheit der Bürger eintretende *Novaja gazeta*. Zwar lenkte sie unmittelbar nach der Verabschiedung die Aufmerksamkeit ihrer Leserinnen und Leser auf das Gesetz, ging aber auf dessen Inhalt gar nicht ein. Stattdessen richtete sie ihren Blick auf das offenbar krasse Versagen der Miliz im Stadion von Jaroslavl bei einem Fußballspiel gegen den Moskauer Verein „Spartak“ unter der reißerischen Überschrift „Staatsextremismus. Der Staat verabschiedet das Gesetz über den Kampf gegen Extremismus und gestattet zur selben Zeit, [Leute] auf der Latrine zu

¹⁴ Otto Luchterhandt: Das neue Terrorismusbekämpfungsgesetz Russlands vom 10. März 2006, in: WGO. Monatshefte für Osteuropäisches Recht, 2/2006, S. 106–115.

¹⁵ Quelle des Gesetzes: SZRF 2011, Nr. 1, Pos. 2.

erledigen (močit' v sortire).“¹⁶ Auch die juristische Fachwelt schenkte dem Gesetz keine Aufmerksamkeit. Nichts deutet darauf hin, dass die Ausarbeitung des Extremismusbekämpfungsgesetzes von einer breiten Diskussion unter Einschluss der Öffentlichkeit begleitet war.

Die Hintergründe der Entstehung des Gesetzes und seine politischen Motive sind – soweit erkennbar – noch nicht Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung gewesen, aber der enge zeitliche und politische Zusammenhang spricht dafür, dass der Kreml die Initiative, Schritte zur Bekämpfung von Extremismus zu unternehmen, ergriff, nachdem Russland zusammen mit China sowie Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan am 15. Juni 2001 bei der Gründung der *Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit* eine „Konvention zur Bekämpfung von Terrorismus, Separatismus und Extremismus“ verabschiedet hatte.¹⁷ Sie betraf jene politischen Problemfelder, welche die Gründungsmitglieder der Organisation zwar in unterschiedlicher Intensität, insgesamt aber stark beunruhigten und beschäftigten.

Die Konvention definiert eingangs die drei Schlüsselbegriffe, darunter Extremismus in folgender Formulierung (Art. 1 Abs. 1 Ziffer 3):

„Extremismus“ ist jede Tat, die auf eine gewaltsame Machtergreifung oder auf das gewaltsame Festhalten der Macht und auf eine gewaltsame Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung des Staates abzielt, sowie ein gewaltsamer Eingriff in die öffentliche Sicherheit, einschließlich der Organisation illegaler bewaffneter Formationen, zu den oben genannten Zwecken oder der Beteiligung daran, und unterliegt strafrechtlicher Verfolgung in Übereinstimmung mit der nationalen Gesetzgebung der Vertragsparteien.

Zwischen der „Shanghai-Konvention“ und dem Gesetz zur Bekämpfung von Extremismus gibt es allerdings zwei bedeutsame konzeptionelle Unterschiede: Erstens grenzt die Konvention den sachlichen Geltungsbereich des Extremismus im Vergleich zum russländischen Gesetz stark ein und zweitens verknüpft sie Extremismus ausnahmslos mit Gewaltanwendung. Darauf weist die „Venedig-Kommission“ des Europarates in ihrem Gutachten vom Juni 2012 zu dem Gesetz zur Bekämpfung des Extremismus wiederholt und nachdrücklich hin, welches der Monitoringdienst der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beantragt hatte.¹⁸ Russland hatte sich offensichtlich erst im Gesetzgebungsverfahren für einen breiten Ansatz der Extremismusbekämpfung entschieden.

¹⁶ Novaja gazeta 29.–31.7.2002, S. 1/7. Der damals mit Kritik am Kreml nicht geizende Jabloko-Vorsitzende Grigorij Javlinskij erwähnte das Extremismusbekämpfungsgesetz in seinem ganzseitigen Interview in derselben Ausgabe (S. 10) mit keinem Wort. Die deutschsprachige Presse berichtete über das Gesetz und die in ihm steckenden Probleme zu jener Zeit (noch) nicht. Das änderte sich erst, als der Kreml 2005/2006 massiv gegen NGOs vorging.

¹⁷ The Shanghai Convention on combating terrorism, separatism and extremism, <https://eurasiangroup.org/files/documents/conventions_eng/The_20Shanghai_20Convention.pdf>.

¹⁸ European Commission for Democracy through Law (Venice Commission): Opinion on the Federal law on combating extremist activity of the Russian Federation; Opinion No. 660/2011 Cdl-ad (2012)016, Original English (Straßburg, 20. Juni 2012), para. 28;36. Die Tatsache ist in der Tat besonders hervorzuheben, denn der russländische Gesetzgeber hat sich von der Einschränkung der „Shanghai-Konvention“ gelöst.

Denn in der Ersten Lesung des Gesetzes enthielt der Extremismusbegriff noch in Übereinstimmung mit der Shanghai-Konvention das Schlüsselmerkmal der Gewalt. Es fiel dann aus unbekanntem Gründen unter den Tisch, ohne dass das in der entscheidenden Zweiten Lesung des Gesetzes Kritikern aufgefallen wäre.¹⁹

Im Ergebnis kommt man um die aus rechtsstaatlicher Sicht bedauerliche Feststellung nicht herum: Die juristische Fachwelt und die Öffentlichkeit haben nicht bemerkt oder aber gleichgültig darüber hinweggesehen, welche Gefahren darin lagen, dass die relativ präzisen Begriffe der Verfassungswidrigkeit oder Verfassungsfeindlichkeit durch einen juristisch konturenlosen, genuin politischen Kampfbegriff – Extremismus – ersetzt wurden und dass dieses nebulöse politische Phänomen nach dem Willen des Gesetzgebers in zwei Richtungen bekämpft werden sollte: „Extremistische“ Aktionen sollten erstens schon im Frühstadium auf *administrativem* Wege unterbunden und zweitens mit Hilfe des *Strafrechts* verfolgt werden. Mit dieser *Doppelstrategie* ging der Kreml über die Verbote weit hinaus, mit denen Art. 13 Abs. 5 der Verfassung die Bildung von gesellschaftlichen Vereinigungen und politischen Parteien einschränkt.²⁰ Die älteren, noch unter dem totalitären Sowjetregime aufgewachsenen Bürger Russlands dürfte der zunehmend entgrenzte politische Begriff des Extremismus stark an Art. 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR erinnern, d.h. an den Straftatbestand der antisowjetischen Agitation und Propaganda. Mit dessen Instrument hatte der Sowjetstaat sämtliche von ihm missbilligten politischen Aktivitäten durch den KGB und die Staatsanwaltschaft unterdrückt und verfolgt.²¹

Administrative Vorbeugungsfunktion

Der Vorbeugung von Extremismus dient das am 25. Juli 2002 erlassene föderale Gesetz „über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit“.²² „Extremistische Aktivitäten“ sollen schon im Stadium der Planung und Vorbereitung unterbunden und verhindert werden. Die Prophylaxe genießt „Priorität“ (Art. 5 des Gesetzes). Die Staatsanwaltschaft wird ermächtigt, einer Person, bei der sie Anzeichen für die Vorbereitung extremistischer Aktivitäten erkennt, eine schriftliche Warnung (*predostereženie*) auszusprechen und von ihr die Erfüllung von Maßnahmen zu verlangen, die der Unterbindung jener Aktivitäten dienen (Art. 6). Werden die Forderungen nicht erfüllt, kann die Staatsanwaltschaft

¹⁹ A.R. Sul'tanov, A.M. Verchovskij, M.A. Ledovskich: Ostorozhno, ekstremizm! Analiz zakonodatel'stva o protivodejstvii ekstremistskoj dejatel'nosti i praktiki ego primenenija. Voronež 2013, S. 34f., <<http://sutyajnik.ru/documents/4723.pdf>>.

²⁰ Auch die in Moskau akkreditierten ausländischen Journalisten scheinen dem Gesetz keine Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Vermutlich hatten sie vor dem Hintergrund der Terroranschläge auf das World-Trade-Center am 11.9.2001 Verständnis für Präsident Putins Strategie zur Bekämpfung des Extremismus. Putin steuerte damals gegenüber den USA und dem Westen einen kooperationsbereiten politischen Kurs.

²¹ Otto Luchterhandt: UN-Menschenrechtskonventionen – Sowjetrecht – Sowjetwirklichkeit. Ein kritischer Vergleich. Baden-Baden 1980, S. 107ff. Der Straftatbestand des Art. 70, dessen Wortlaut in der gesamten UdSSR galt, stellte folgendes Verhalten unter Strafe: 1. Agitation und Propaganda, die zum Zwecke der Untergrabung oder Schwächung der Sowjetmacht betrieben wird; 2. Agitation oder Propaganda zur Begehung besonders gefährlicher Staatsverbrechen (Vaterlandsverrat; Spionage, Terrorakt, Diversion usw.); 3. Verbreitung verleumderischer Erdichtungen, welche die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung herabsetzen.

²² SZRF 2002, Nr. 30, Pos. 3031.

Sanktionen verhängen, die gerichtlich angefochten werden können (Art. 6 Abs. 3). Die Staatsanwaltschaft ist außerdem zu einer schärferen Intervention ermächtigt, nämlich gesellschaftlichen und religiösen Organisationen eine förmliche Verwarnung (*pred-upreždenie*) auszusprechen und zu verlangen, extremistische Aktivitäten einzustellen und zu unterbinden, wenn solche in ihrem Organisationsbereich festgestellt werden. Kommen diese Aktivitäten innerhalb von zwölf Monaten erneut vor, ist die gesamte Organisation aufzulösen (Art. 7). Mehrere Vorschriften regeln Verwarnungsverfahren, um die Verbreitung „extremistischer Materialien“ über die Medien und das Internet zu verhindern (Art. 8; 11–13).

Die härteste Regelung des Gesetzes zur Bekämpfung von Extremismus ist die Befugnis der Staatsanwaltschaft, gleichzeitig mit dem Antrag bei Gericht, eine Organisation für extremistisch zu erklären, sie zu verbieten und aufzulösen und die Tätigkeit der Organisation bis zur Entscheidung des Gerichts zu suspendieren. Auch diese vorläufige Maßnahme kann bei Gericht angefochten werden (Art. 10). Erfahrungen mit der Gerichtspraxis geben allerdings wenig Hoffnung, dass gerichtliche Beschwerden gegen vorläufige Maßnahmen der Staatsanwaltschaft Erfolg haben.

Die Definition der extremistischen Tätigkeit in Art. 1 Punkt 1 des Extremismusbekämpfungsgesetzes wurde im Jahr 2006 um sechs Tatbestände erweitert:²³

10. Verhinderung der gesetzlichen Tätigkeit von Organen der Staatsgewalt und von Wahlkommissionen sowie der gesetzlichen Tätigkeit von Amtspersonen der genannten Organe und Kommissionen, verbunden mit Gewalt oder der Androhung ihrer Anwendung;
11. Öffentliche Verleumdung in Bezug auf eine Person, die ein staatliches Amt der Russländischen Föderation oder ein staatliches Amt eines Subjektes der Russländischen Föderation innehat, bei der Ausübung ihrer Amtspflichten oder in Verbindung mit ihrer Erfüllung, verbunden mit der Beschuldigung, dass die genannte Person in diesem Artikel genannte Handlungen begangen habe, sofern die Tatsache der Verleumdung in einem gerichtlichen Verfahren festgestellt wurde;
12. Anwendung von Gewalt in Bezug auf einen Vertreter der Staatsgewalt oder Androhung von Gewaltanwendung in Bezug auf einen Vertreter der Staatsgewalt oder in Bezug auf dessen Angehörige in Verbindung mit der Erfüllung ihrer Amtsbefugnisse;
13. Anschlag auf das Leben eines staatlichen oder gesellschaftlichen Akteurs, der begangen wurde, um dessen staatliche oder sonstige politische Tätigkeit zu beenden, oder aus Rache wegen dieser Tätigkeit;
14. Verletzung der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers, Zufügung von Schaden an Gesundheit und Vermögen von Bürgern in Verbindung mit deren Überzeugungen, rassistischer oder nationaler Zugehörigkeit, ihrem Glaubensbekenntnis, ihrer sozialen Zugehörigkeit oder sozialen Herkunft;
15. Herstellung und (oder) Verbreitung von Druck-, von Audio-, audiovisuellen oder von sonstigen Materialien (Werken), die zur öffentlichen Nutzung bestimmt sind und zumindest eines der in diesem Artikel vorgesehenen Merkmale erfüllen.

²³ Föderales Gesetz vom 27.7.2006, Quelle: SZRF 2006, Nr. 31, Pos. 3447.

Durch diese Ergänzung und Erweiterung wird der Extremismusbegriff noch diffuser. Art. 1 gibt vor zu bestimmen, was „Extremismus“ sei oder worin „Extremismus“ bestehe, aber die in dem Katalog nun normierten 15 Tatbestände verbieten allenfalls in ihrer Minderzahl das, was gewöhnlich für das Wesen von „extremistisch“ gehalten wird: radikale, fundamentalistische, fanatische, militante, von rigoroser Einseitigkeit beherrschte ideologische Fixierungen.²⁴ Die hinzugefügten Tatbestände der Nr. 10 bis Nr. 15 weisen offensichtlich keinen derartigen „radikalen“ Bezug auf.

Die zum Missbrauch einladende Verschwommenheit und Unbestimmtheit vieler „extremistischer Tatbestände“ hat in den knapp zwanzig Jahren der Existenz des Extremismusbekämpfungsgesetzes entgegen der naheliegenden Erwartung nicht zu seiner massenhaften Anwendung geführt. Das ergibt sich aus der Analyse zweier Verzeichnisse, die vom föderalen Justizministerium geführt werden, nämlich das „Föderale Verzeichnis extremistischer Materialien“²⁵ und das „Föderale Verzeichnis wegen Extremismus verbotener Vereinigungen“.²⁶

Als extremistisch sind seit dem Inkrafttreten des Gesetzes ca. 80 Organisationen von den zuständigen regionalen Gerichten verboten worden. Zwar wurde schon im Oktober 2002 von einem Gericht in Omsk ein erstes Verbot erlassen, und zwar gegen die rechtsradikale, chauvinistische und Gewalt verherrlichende Bewegung „Russische Nationale Einheit“ (Russkoe nacional’noe edinstvo, RNE)²⁷, aber in den 2000er Jahren waren Verbote eine Seltenheit. Weitere prominente Beispiele für Verbote teils rechtsradikaler, teils linksradikaler Gruppen sind die Verbote der Nationalbolschewistischen Partei (Vorsitzender war der 2020 verstorbene Édouard Limonov) im April 2007 durch das Moskauer Stadtgericht sowie der dem RNE nahestehenden Gruppe „Slavischer Bund“ (Slavjanskij Sojuz) ebenfalls durch das Moskauer Stadtgericht (April 2010). Im vergangenen Jahrzehnt häuften sich die Verbote. Im politischen Raum waren vor allem sektiererische Grüppchen mit dezidiert nationalsozialistischer Ideologie und großrussischem Chauvinismus betroffen, insgesamt wurden etwa zwei Dutzend Gruppen verboten. Die weitaus meisten Verbote, nämlich etwa die Hälfte, richteten sich gegen ortsgebundene kleine, bizarren religiösen Ideen anhängende oder charismatischen Religionsstiftern folgende Gemeinschaften, allerdings mit einer gravierenden Ausnahme – der Zeugen Jehovas. Ihre im Jahr 2016 über 400 vom Staat registrierten Gemeinden mit insgesamt 171 000 Mitgliedern wurden am 20. April 2017 vom Obersten Gericht Russlands als „extremistisch“ verboten und aufgelöst.²⁸ Das Verbot wurde mit einigen strengen Verboten begründet, die die Religionsgemeinschaft ihren Mitgliedern auferlege, namentlich dem Verbot der Teilnahme an öffentlichen, gesellschaftlichen und politischen Veranstaltungen, insbesondere an Wahlen. Dadurch würden die Menschen- und Bürgerrechte der Verfassung verletzt.

²⁴ Für Russland: Ol’ga Koršunova: Prestuplenija ékstremitetskogo charaktera. Sankt Petersburg 2006, S. 150ff. – Für Deutschland: Eckard Jesse, Tom Mannewitz (Hg.): Extremismusforschung. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. Baden-Baden 2018.

²⁵ Quelle: <<https://minjust.gov.ru/ru/documents/7821/>>.

²⁶ Spisok ékstremitetskich organizacij, publikuemyj Ministerstvom justicii Rossii – <wikipedia.org>.

²⁷ Verzeichnis Nr. 31. Dem folgten noch weitere Verbote regionaler Gliederungen. Zum Profil von RNE: Russkoe nacional’noe edinstvo (2000), <wikipedia.org>.

²⁸ RIA Novosti: Verchovnij sud zapretil dejatel’nost’ „Svidetelej Iegovy“ v Rossii. Ria.ru 20.4.2017. – Victoria Arnold: Russia: Jehovah’s Witnesses banned property confiscated. Forum18.org, 20.4.2017.

Die Zahl der Verbote war in zeitlicher und örtlicher Hinsicht eher gering. Auch erscheinen die gerichtlich verhängten Verbote aus dem Blickwinkel von Art. 13 Abs. 5 der Verfassung – mit Ausnahme des Verbots der „Zeugen Jehovas“ – ganz überwiegend begründet. Mit dieser gefestigten Rechtspraxis bricht nun das Vorgehen gegen Aleksej Naval’nyjs *Stiftung zur Bekämpfung der Korruption* und die „Stäbe“ definitiv.

Das Schwergewicht der Bekämpfung von Extremismus haben die staatlichen Behörden von Anfang an nicht auf das Verbot von gesellschaftlichen Vereinigungen und politischen Parteien gelegt, sondern auf das Verbot von „extremistischen Materialien“, seien es in herkömmlicher Form gedruckte Texte oder Bilder oder elektronische Datenträger und Formen der Verbreitung. Der Unterschied zeigt sich bereits quantitativ: die Zahl verbotener Materialien ist hoch. Sie stieg von 14 Werken im Jahr 2007 bis Ende April 2021 auf knapp 5200 verbotene Materialien an.²⁹ Was ihren Inhalt betrifft, haben radikale, fundamentalistische religiöse Texte – und hier in erheblichem Maße solche des Islam – herausragenden Anteil. Zahlenmäßig fallen ferner dezidiert antisemitische, rassistische, großrussisch-chauvinistische, in geringerem Maße auch separatistische sowie Materialien ins Gewicht, die von Feindseligkeit gegenüber gewissen nationalen oder ethnischen Gruppen (Minderheiten) zeugen. Dazwischen befinden sich Materialien, bei denen die Rechtfertigung des Verbots aus rechtsstaatlicher Sicht problematisch und zweifelhaft erscheint.³⁰

Materialien wurden mit demselben Schwerpunkt als „extremistisch“ verboten wie gesellschaftliche und religiöse Organisationen.

Strafrechtliche Unterdrückungs- und Verfolgungsfunktion

Mit dem Gesetz vom 25. Juli 2002 „Über die Einfügung von Änderungen und Ergänzungen in Gesetzgebungsakte der Russländischen Föderation in Verbindung mit der Annahme des Föderalen Gesetzes über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit“ ist für die Bekämpfung von „Extremismus“ auch das Strafrecht zum Einsatz gekommen, indem „extremistische Aktivitäten“ nun als „Verbrechen gegen die Grundlagen der Verfassungsordnung und die Staatssicherheit“ in Straftatbestände umgewandelt wurden.³¹ Art. 280 StGB, der bislang „Aufrufe zum gewaltsamen Sturz der Verfassungsordnung“ unter Strafe gestellt hatte, wurde in „Aufrufe zur Realisierung extremistischer Tätigkeit“ umbenannt. Außerdem wurden zwei Spezialtatbestände in das Strafgesetzbuch eingeführt, nämlich Art. 282¹ StGB über die „Organisation einer extremistischen Gemeinschaft“ und Art. 282² StGB „über die Organisation extremistischer Tätigkeit“ solcher Vereinigungen, die durch ein rechtskräftiges Gerichtsurteil wegen Extremismus verboten und aufgelöst worden waren.

Die Änderung des Art. 280 war besonders einschneidend, denn sie ersetzte den aus rechtsstaatlicher Sicht hinreichend bestimmten Straftatbestand „Aufrufe zum gewaltsamen Sturz der Verfassungsordnung“ durch einen Begriff – „extremistisch“ –, der aus rechtsstaatlicher Sicht in zweifacher Hinsicht starken Bedenken begegnet: erstens wegen seiner hochgradigen Unbestimmtheit, die den Strafverfolgungsbehörden und Gerichten bei der

²⁹ Quelle: <<https://lidrekon.ru/materials>>.

³⁰ Dazu ausführlich: Sul’tanov et al., Ostorozhno [Fn. 19].

³¹ SZRF 2002, Nr. 30, Pos. 3029.

Auslegung des Begriffs kaum Fesseln anlegt und infolgedessen zu einer willkürlichen Anwendung des Extremismus-Vorwurfes geradezu einlädt. Noch schwerer aber wiegt zweitens der Einwand, dass Extremismus als solcher gar kein Straftatbestand ist, sondern nur eine Sammelbezeichnung für ganz verschiedene verfassungsfeindliche und rechtswidrige Aktivitäten. Diese sind zu einem Teil in dem zitierten Art. 1 des Extremismusbekämpfungsgesetzes aufgelistet und stehen damit außerhalb des Strafgesetzbuches. Gleichwohl verweisen weder Art. 280 noch Art. 282¹ und Art. 282² ausdrücklich auf sie. Eine ganz andere Gruppe „extremistischer Aktivitäten“ hat Art. 282¹ StGB in seiner ursprünglichen Fassung von 2002 unter dem Begriff „Verbrechen extremistischer Ausrichtung“ (prestuplenija ěkstremitjskoj napravlennosti) zusammengefasst. Es sind Tatbestände, die eigentlich nicht zum Staatsschutzrecht gehören, sondern vom Strafgesetzbuch ganz überwiegend nur als rechtswidrige Störungen der öffentlichen Ordnung qualifiziert werden: Illegale Verhinderung der Religionsausübung (Art. 148 StGB), Illegale Verhinderung der Ausübung der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit (Art. 149), schweres Rowdytum (Art. 213 Abs. 2), Vandalismus (Art. 214), Zerstörung oder Beschädigung von Kulturdenkmälern (Art. 243), Beschimpfung der Körper Verstorbener und von Orten ihrer Beisetzung (Art. 244), Aufrufe zu extremistischer Tätigkeit (Art. 280), Aufstachelung von Hass oder Feindschaft und Herabsetzung der Menschenwürde (Art. 282).

Infolgedessen fallen unter „Extremismus“ strafrechtliche Tatbestände, die ganz unterschiedliche Inhalte, extrem verschiedenes normatives Gewicht und dementsprechend einen inkommensurablen Unrechtsgehalt haben. Der vereinheitlichende Begriff des „Extremismus“ blendet jene zugrundeliegenden Tatbestände und ihre Unterschiede aus. Sie geraten aus dem Blick, im Blick hingegen bleiben allein „Extremismus“, „extremistisch“ und „extremistische Ausrichtung“. Extremismus aber ist kein Rechtsbegriff, sondern ein politischer Kampfbegriff. In Russland wird er inzwischen gegen alle gewendet, die der Kreml als Feinde des Putin-Regimes wahrnimmt.

Die strukturelle Besonderheit des Extremismusbegriffs, nämlich dass er zwar rechtswidrige, aber ganz und gar unterschiedliche Aktivitäten in sich vereint, erleichtert es wesentlich, den Extremismusvorwurf auch auf solche politischen Aktivitäten auszudehnen, die unter keinen der speziellen Tatbestände fallen, die vom Extremismusbegriff „überwölbt“ werden. Dem leistet besonders auch der Begriff „Verbrechen mit extremistischer Ausrichtung“ Vorschub. Infolgedessen hat sich der Extremismusbegriff allmählich von den staatsrechtlichen und strafrechtlichen Normen gelöst, die ihm zugrunde liegen, und ist tendenziell zu einem selbständigen Tatbestand geworden. Die Entwicklung hat der Gesetzgeber von Anfang an selbst gefördert, indem er zusammen mit dem Erlass des Gesetzes zur Bekämpfung von Extremismus den Begriff des Extremismus in ein gutes Dutzend sonstiger Gesetze mit dem Ziel eingefügt hat, dieses neue Institut des Staatsschutzrechts „flächendeckend“ in der Rechtsordnung Russlands zu etablieren³²: in die Zivilprozessordnung, in die Gesetze über die Massenmedien, über die gesellschaftlichen Vereinigungen, über die Wohltätigkeitsstiftungen, über die Staatsanwaltschaft, über die Gewerkschaften, über Waffen, über den Dienst in den Organen des Zolls, über die Gewissensfreiheit und die religiösen Vereinigungen, über die politischen Parteien,

³² Föderales Gesetz vom 25.7.2002 über die Einfügung von Änderungen und Ergänzungen in Gesetzgebungsakte der Russländischen Föderation in Verbindung mit der Annahme des Föderalen Gesetzes über die Bekämpfung extremistischer Tätigkeit, SZRF 2002, Nr. 30, Pos. 3029.

über die Unterbindung von Geldwäsche, in die Strafprozessordnung und in das Ordnungswidrigkeitengesetzbuch.

Die Tendenz, Extremismus wie einen eigenen Straftatbestand zu behandeln, hat in der Strafrechtsnovelle vom 24. Juli 2007 de facto ihren Abschluss gefunden.³³ Sie strich die Aufzählung konkreter Tatbestände „extremistischer Ausrichtung“ aus Art. 282¹ Abs. 1 StGB und ersetzte sie durch eine allgemeine „Anmerkung“ folgenden Inhalts:

Unter Verbrechen mit extremistischer Ausrichtung werden in dem vorliegenden Gesetzbuch Verbrechen verstanden, die aus Motiven politischen, ideologischen, rassistischen, nationalen oder religiösen Hasses oder Feindschaft oder aus Motiven von Hass oder Feindschaft in Bezug auf irgendeine (sic!) soziale Gruppe (sic!!) begangen und von entsprechenden Artikeln des Besonderen Teils des vorliegenden Gesetzbuches und von Art. 63 Buchstabe „f“³⁴ des vorliegenden Gesetzbuches vorgesehen sind.

Um welche Straftatbestände es sich handelt, lässt die „Anmerkung“ offen. Sie übergeht auch den Katalog extremistischer Tatbestände in Art. 1 des Gesetzes über extremistische Tätigkeit. Faktisch ist auf diese Weise aus „Extremismus“ eine Art von Blankett-Tatbestand geworden („Straftaten extremistischer Ausrichtung“), der den FSB, die Staatsanwaltschaft, das Ermittlungskomitee und die Gerichte förmlich dazu einlädt, ihn willkürlich mit einem von ihnen für wünschenswert gehaltenen Inhalt zu füllen.

Die „Venedig-Kommission“ des Europarats machte daher 2012 in ihrer Stellungnahme zum Gesetz zur Bekämpfung von Extremismus unmissverständlich deutlich, dass das Gesetz mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar sei:

Nach Auffassung der Kommission räumt das Extremismugesetz aufgrund seiner breiten und ungenauen Formulierung, insbesondere soweit es um die im Gesetz definierten „Grundbegriffe“ wie die Definition von „Extremismus“, „extremistische Aktionen“, „extremistische Organisationen“ oder „extremistische Materialien“ geht, ein zu weit reichendes Ermessen bei ihrer Auslegung und Anwendung ein, was zu Willkür führt (para. 74).³⁵

An anderer Stelle (para. 31) zeigt das Gutachten auf, wie der russländische Gesetzgeber das Problem im rechtsstaatlichen Sinne lösen könne:

Die Kommission hat jedoch starke Vorbehalte gegen die Aufnahme gewisser Aktivitäten in die Liste der „extremistischen“ Aktivitäten. Während sich einige der Definitionen in Artikel 1 auf Begriffe beziehen, die in anderen Rechtsakten der Russländischen Föderation relativ gut definiert sind, sind eine Reihe

³³ Art. 4 des Gesetzes vom 24.7.2007 über die Einfügung von Änderungen in einige Gesetzgebungsakte RF in Verbindung mit der Vervollkommnung der staatlichen Verwaltung zur Bekämpfung von Extremismus, SZRF 2007, Nr. 31, Pos. 4008.

³⁴ Art. 63 f) StGB zählt die in der „Anmerkung“ aufgelisteten Motive zu den strafscharfenden Umständen einer Tat.

³⁵ European Commission for Democracy through Law (Venice Commission) Opinion on the Federal law on combating extremist activity of the Russian Federation; Opinion No. 660 / 2011 Cdl-ad (2012)016, Original English (Strasbourg, 20.6.2012).

anderer Definitionen, die in Artikel 1 aufgeführt sind, zu weit gefasst, lassen Klarheit vermissen und können den Weg zu unterschiedlichen Auslegungen öffnen. Dazu kommt: Während die Definition des „Extremismus“ der Shanghai-Konvention sowie die Definitionen von „Terrorismus“ und „Separatismus“ sämtlich Gewalt als wesentliches Element erfordern, scheinen gewisse im Extremismusgesetz als „extremistisch“ definierte Aktivitäten kein Element der Gewalt zu erfordern.

Der faktisch zu einem neuen Straftatbestand gewordene „Extremismus“ erbringt die erstaunliche Leistung, „extrem“ unterschiedliche Aktivitäten unter einen Hut zu bringen: einen Putschversuch gegen Russlands Präsidenten ebenso (Art. 278 StGB) wie die Zündung einer Bombe in einer vollbesetzten U-Bahn (Terrorismus, Art. 205 StGB), die Zerstörung von Parkbänken (Vandalismus, Art. 214 StGB), das Beschmieren von christlichen, jüdischen oder muslimischen Grabsteinen (Schändung von Orten der Beisetzung, Art. 244 StGB), den Vorwurf der Korruption gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Russlands (Verleumdung, Art. 129 StGB), um die normative Spannweite mit Beispielen zu illustrieren.

Welche Gefahren sich daraus für die Ausübung insbesondere der Grundrechte der Meinungs-, Medien-, Versammlungs- und der Vereinigungsfreiheit ergeben, hat die „Venedig-Kommission“ in ihrem zitierten Gutachten auf den Punkt gebracht (para. 63):

Das Extremismusgesetz wird Berichten zufolge oft gegen regierungskritische Organisationen und Individuen angewendet und beeinträchtigt häufig die Rechte und Freiheiten der Bürger. Gleichzeitig ist es beunruhigend, dass aufgrund der Unbestimmtheit des Gesetzes und des weiten Auslegungsspielraums, der den Vollzugsbehörden eingeräumt ist, übermäßiger Druck auf Organisationen der Zivilgesellschaft, auf Medien und Individuen ausgeübt wird, was zweifellos negative Auswirkungen auf die freie und wirksame Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten hat.³⁶

Beginnende Kritik an der Extremismusbekämpfung

Erst ab 2006 begann man, neben der seit den 1990er Jahren vor allem wegen der Tschechenienkriege starken Fixierung auf die Bekämpfung des Terrorismus die besondere Problematik des Gesetzes zur Bekämpfung von Extremismus zu erkennen.³⁷ Die Alarmglocke schlugen damals zuerst die Gesellschaft für Menschenrechte und historische Aufklärung *Memorial* und ihr nahestehende Politiker.³⁸ Der von Vladimir Putin nach seiner Rückkehr ins Präsidentenamt (Mai 2012) massiv verschärfte Repressionskurs gegen

³⁶ Ebd.

³⁷ Den Auftakt der Kritik machte Ol'ga Koršunova, mit ihrer trockenen juristischen Monographie *Prestuplenija ékstremit'skogo charaktera* [Fn. 24], die in einer Auflage von 1000 Exemplaren erschien und deren Rezeption begrenzt blieb. Sergej D'jakov folgte mit der Monographie: *Prestuplenija protiv osnov konstitucionnogo stroja i bezopasnosti gosudarstva*. Sankt Petersburg 2009.

³⁸ Schmidt, *Der Journalist* [Fn. 11], S. 411.

die Zivilgesellschaft im Allgemeinen und die unabhängigen Nichtregierungsorganisationen im Besonderen hat das Bild deutlich verändert.³⁹ Seit 2012 sind Dutzende von Artikeln zur „Extremismusbekämpfung“ erschienen.⁴⁰ Erkennbar hat das sehr kritische Gutachten der „Venedig-Kommission“ von 2012 dazu beigetragen, dass man sich in Russland nun intensiver mit der Materie beschäftigte. Angeregt durch das Gutachten, veröffentlichte das „Zentrum zum Schutze der Rechte der Massenmedien“ im Jahre 2013 eine ausführliche „Analyse der Gesetzgebung zur Bekämpfung von Extremismus und zur Rechtsanwendung“.⁴¹ Kraft ihrer breiten und genauen Kenntnis der Praxis und insbesondere der „linguistischen Expertisen“, die bei der Qualifizierung von Materialien als „extremistisch“ eine Schlüsselrolle spielen, schlugen die drei Autoren kräftig in dieselbe Kerbe wie die Kommission und bestätigten mit vielen Details deren kritische Beurteilung der Vorschriften des Extremismusbekämpfungsgesetzes.

Wie lange es gebraucht hat, bis betroffene Organisationen und Bürger sich gegen die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft, des FSB und des föderalen Justizministeriums zu wehren begannen, ist daran abzulesen, dass das Verfassungsgericht Russlands erst im September 2011 Gelegenheit erhielt, über eine Verfassungsbeschwerde gegen das Extremismusbekämpfungsgesetz zu entscheiden. Bis 2020 folgten noch 18 weitere Beschlüsse, 17 von ihnen ergingen, nachdem die „Venedig-Kommission“ ihr Gutachten veröffentlicht hatte.⁴² Das Verfassungsgericht ließ sich von ihm nicht beeindrucken: Keine Beschwerde hatte Erfolg, denn das Gericht verneinte in allen Fällen ihre Zulässigkeit und nahm deswegen keine Beschwerde zur Entscheidung in der Sache an. Es hält die Beschwerden in ständiger Rechtsprechung für unzulässig, weil die Vorschriften des Extremismusbekämpfungsgesetzes durch die Bestimmungen der föderalen Verfassung über Grundrechtsbeschränkungen (Art. 13 Abs. 5; Art. 55 Abs. 3) legitimiert seien und man die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft durch Anfechtung bei Gericht überprüfen lassen könne. Infolgedessen könne die Verfassungswidrigkeit der Verfahrensregelungen nicht festgestellt werden. Das Gutachten der „Venedig-Kommission“ des Europarates und die von ihm aufgeworfene grundsätzliche Frage, ob die Begriffe „Extremismus“, „extremistische Tätigkeit“ und „Verbrechen mit extremistischer Ausrichtung“ mit dem Rechtsstaatsprinzip und dem Grundsatz der Bestimmtheit vereinbar seien, hat das Verfassungsgericht durchgehend ignoriert. Aber aus der Tatsache, dass es das Extremismusbekämpfungsgesetz in keinem seiner Beschlüsse in irgendeiner Weise als problematisch ansieht, ist zu schließen, dass das Gericht keinen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes hat.

³⁹ Otto Luchterhandt: Missachtung der Verfassung. Eine Zwischenbilanz der Ära Putin, in: OST-EUROPA, 6/2020, S. 29–52, S. 39ff.

⁴⁰ Die Bibliographie „Tematičeskaja podborka literatury po voprosam protivodejstvija ekstremizmu i terrorizmu“ (2018) nennt bis 2017 86 Titel, <<https://antiterror.utmn.ru/materialy/502535/>>.

⁴¹ Sul'tanov, Ostorozno [Fn. 19]. Die Broschüre liefert eine Übersetzung des Gutachtens der Venedig-Kommission und orientiert sich erkennbar am Aufbau des Gutachtens.

⁴² Beschlüsse vom 29.9.2011, 19.6.2012, 24.9.2012, 18.10.2012, 2.7.2013, 23.10.2014, 17.2.2015, 17.2.2015, 24.3.2015, 16.7.2015, 16.7.2015, 27.10.2015, 22.12.2015, 28.2.2017, 20.4.2017, 21.9.2017, 17.7.2018, 2.10.2018, 28.5.2020.

Die Statistik des Obersten Gerichts Russlands zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Extremismus

Das dem Obersten Gericht Russlands als Justizverwaltungsbehörde angegliederte Gerichtsdepartement (sudebnyj department) erfasste 2018 die Verurteilungen aufgrund von (sechs) extremistischen Straftatbeständen von 2011 bis 2017 in einer Statistik.⁴³ Sie zeigt, dass die Zahl der Verurteilungen wegen dieser genuin politischen Straftaten im Vergleich zu den Verurteilungen wegen Straftaten der Alltagskriminalität (Vermögensdelikte wie Diebstahl sowie Mord, Totschlag, Körperverletzung usw.) – absolut gesehen – gering ist. Bezieht man aber auch die beschriebenen *administrativen* Verfolgungs- und Unterdrückungsmaßnahmen „extremistischer Aktivitäten“ ein und berücksichtigt man darüber hinaus, dass alle Maßnahmen zusammengenommen eine einschüchternde Vorwirkung und Ausstrahlung auf die kleine regimekritische Opposition im Lande und erst recht auf die Gesellschaft insgesamt haben, dann verschiebt sich das Bild deutlich.

Man erkennt, dass die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten eine strategische Funktion zur Absicherung des von Präsident Putin errichteten autokratischen Herrschaftssystems erfüllt. Zusammen mit den Maßnahmen zur Diskriminierung „unerwünschter ausländischer Organisationen“⁴⁴, mit dem gesetzlichen Zwang zur Selbstverleumdung als „ausländischer Agent“⁴⁵ und mit der Anti-Terrorgesetzgebung⁴⁶ ist sie ein Instrument, um die wirkliche Opposition im Lande auszuschalten und kritische Bürger davon abzuschrecken, zum Putin-Regime aktiv in Opposition zu treten.

⁴³ Die Statistik des Gerichtsdepartements publizierte die Zeitung Kommersant'' am 19.4.2018. <<http://kommersant.ru/doc/3607022>>. Diese Statistik wurde durch eigene Recherchen um drei Jahre aktualisiert und differenziert. Siehe Tabellen 1 und 2.

⁴⁴ Art. 3.1 des Föderalen Gesetzes vom 28.12.2012 über Maßnahmen zur Einwirkung auf Personen, die an Verletzungen von grundlegenden Rechten und Freiheiten des Menschen, von Rechten und Freiheiten der Bürger der Russländischen Föderation beteiligt sind. SZRF 2012, Nr. 53, Pos. 7597.

⁴⁵ Föderales Gesetz vom 20.7.2012 über die Änderung einiger Gesetzesakte der Russländischen Föderation bezüglich der Regelung der Tätigkeit nichtkommerzieller Organisationen, die die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen. Quelle: SZRF 2012, Nr. 30, Pos. 4172. – Grigorij Ochotin: Agentenjagd. Die Kampagne gegen NGOs in Russland, in: OSTEUROPA, 1–2/2015, S. 83–94. – Darja Skibo: „Ausländischer Agent“. Wie könnte man in Russland unter dem Druck des Gesetzes überleben? In: Russland-Analysen 323/2016, S. 2–7. – Zur jüngsten Verschärfung: What you need to know about Russia's updated „foreign agent“ laws. Meduza, 28.12.2020.

⁴⁶ Otto Luchterhandt: Das neue Terrorismusbekämpfungsgesetz Russlands vom 10. März 2006, in: WGO. Monatshefte für Osteuropäisches Recht, 2/2006, S. 106–115.

Tabelle 1: Verurteilungen wegen Extremismus nach den Artikeln 280 und 280¹ sowie 282 bis 282³ des Strafgesetzbuchs der Russländischen Föderation

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|-----------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Art. 280 | —* | —* | —* | —* | —* | 113 | 108 | 90 | 117 | 147 |
| Art. 280 ¹ | —* | —* | —* | —* | —* | 1 | 5 | 4 | 2 | 3 |
| <i>zusammen</i> | 12 | 19 | 58 | 50 | 69 | 114 | 113 | 94 | 119 | 150 |
| Art. 282 | 117 | 130 | 185 | 267 | 378 | 395 | 461 | 426 | 19 | 12 |
| Art. 282 ¹ | —* | —* | —* | —* | —* | 16 | 4 | 4 | 14 | 9 |
| Art. 282 ² | —* | —* | —* | —* | —* | 18 | 26 | 29 | 58 | 71 |
| Art. 282 ³ | —* | —* | —* | —* | —* | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| <i>zusammen</i> | 137 | 168 | 227 | 307 | 414 | 430 | 491 | 459 | 91 | 92 |
| gesamt | 149 | 187 | 285 | 357 | 483 | 544 | 604 | 553 | 210 | 242 |

Art. 280 Öffentliche Aufrufe zu extremistischen Aktivitäten

Art. 280¹ Öffentliche Aufrufe zu Aktionen, die auf die Verletzung der territorialen Integrität der Russländischen Föderation abzielen

Art. 282 Aufstachelung zu Hass oder Feindschaft sowie Herabwürdigung der Menschenwürde

Art. 282¹ Organisation einer extremistischen Vereinigung

Art. 282² Organisation von Aktivitäten einer extremistischen Organisation

Art. 282³ Finanzierung von extremistischen Aktivitäten

(Ohne Artikel 280² Verletzung der territorialen Integrität der Russländischen Föderation vom 8.12.2020).

* Für die Jahre 2011–2015 sind in den Quellen die Verurteilungen nur zusammengefasst nach dem Artikel ohne Unterscheidung des Paragraphen ausgewiesen

Quellen: Agenstvo pravovoj informacii: Sudebnaja statistika RF, Ugolovnoe sudoproizvodstvo, Dannye o naznačennom nakazanii po stat'jam UK, <<http://stat.xn----7sbqk8achja.xn--p1ai/stats/ug/t/14/s/17>>. – Centr èkonomičeskich i političeskich reform (CEPR): Bor'ba s èkstre-mizmom v sovremennoj Rossii, pravoprimeritel'naja praktika, <<http://cepr.su/2016/05/05/borba-s-ekstremizmom-v-sovremennoj-rossii-pravoprimeritel'naya-praktika/>>. – Sovet pri Prezidente Rossijskoj Federacii po razvitiju graždanskogo obščestva i pravam čeloveka, Rekomendacii po soveršenstvovaniju zakonodatel'stva o protivodejstvii èkstre-mizmu i praktiki ego primenenija, <<http://president-sovet.ru/documents/read/607/>>.

Tabelle 2: Verurteilungen wegen Extremismus nach den Artikeln 280 und 280¹ sowie 282 bis 282³ des Strafgesetzbuchs und nach Artikel 20^{3.1} des Ordnungswidrigkeitsgesetzbuchs (OWiG) der Russländischen Föderation

| | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|--------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Art. 280 Abs. 1 | - | - | - | - | - | 24 | 20 | 7 | 8 | 12 |
| Art. 280 Abs. 2 | - | - | - | - | - | 89 | 88 | 83 | 109 | 135 |
| Art. 280 ¹ Abs. 1 | - | - | - | - | - | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Art. 280 ¹ Abs. 2 | - | - | - | - | - | 1 | 5 | 4 | 2 | 3 |
| Art. 282 Abs. 1 | 82 | 118 | 174 | 258 | 369 | 389 | 460 | 418 | 14 | 7 |
| Art. 282 Abs. 2 | 35 | 12 | 11 | 9 | 9 | 6 | 1 | 8 | 5 | 5 |
| Art. 282 ¹ Abs. 1 | - | - | - | - | - | 10 | 3 | 1 | 5 | 5 |
| Art. 282 ¹ Abs. 1.1 | - | - | - | - | - | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| Art. 282 ¹ Abs. 2 | - | - | - | - | - | 6 | 1 | 3 | 8 | 4 |
| Art. 282 ¹ Abs. 3 | - | - | - | - | - | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Art. 282 ² Abs. 1 | - | - | - | - | - | 13 | 3 | 7 | 14 | 19 |
| Art. 282 ² Abs. 1.1 | - | - | - | - | - | 0 | 1 | 1 | 4 | 3 |
| Art. 282 ² Abs. 2 | - | - | - | - | - | 5 | 22 | 21 | 40 | 49 |
| Art. 282 ² Abs. 3 | - | - | - | - | - | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Art. 282 ³ Abs. 1 | - | - | - | - | - | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Art. 282 ³ Abs. 2 | - | - | - | - | - | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Art. 20 ^{3.1} OWiG | - | - | - | - | - | 0 | 0 | 0 | 383 | 757 |
| Insgesamt | 149 | 187 | 285 | 357 | 483 | 544 | 604 | 553 | 593 | 999 |

Anmerkungen: Der am 27.12.2018 eingeführte Artikel 20^{3.1} des Ordnungswidrigkeitsgesetzbuchs tritt, wenn eine ähnliche Straftat länger als ein Jahr zurückliegt, an die Stelle des entsprechend geänderten Artikels 282 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs.

Die Summe der Verurteilungen weicht in den Jahren 2011–2015 von der Gesamtsumme ab, weil in diesem Zeitraum in den Quellen die Verurteilungen nur teilweise vereinzelt nach Artikel und Paragraph ausgewiesen sind.

Quellen: Wie zu Tabelle 1 sowie Agenstvo pravovoj informacii: Sudebnaja statistika RF, Administrativnye pravonarufenija, <<http://stat.xn----7sbqk8achja.xn--p1ai/stats/adm/t/31/s/1>>.

Die Statistiken zeigen, dass die Verurteilungen in der Gruppe der Extremismus-Delikte starke Unterschiede aufweisen: Während die Zahl der Verurteilungen wegen der Organisation einer extremistischen Gemeinschaft (Art. 282¹ StGB), wegen der Organisation der Tätigkeit einer extremistischen Organisation (Art. 282² StGB), wegen der Finanzierung von extremistischer Tätigkeit (Art. 282³ StGB) und wegen öffentlicher Aufrufe zur Realisierung von Handlungen, die auf die Verletzung der territorialen Integrität der Russländischen Föderation gerichtet sind (Art. 280¹ StGB), in dem erfassten Zeitraum durchgehend unter 100 pro Jahr gelegen hat, verteilte sich die große Mehrzahl der Verurteilungen lediglich auf zwei Tatbestände: auf öffentliche Aufrufe zur Realisierung extremistischer Tätigkeit (Art. 280 StGB) und auf Anstachelung von Hass oder Feindschaft sowie Herabsetzung der Menschenwürde (Art. 282 StGB). Die Dynamik der Verurteilungen ist bei beiden Straftaten sehr unterschiedlich: Während die Verurteilungen aufgrund von Art. 280 StGB zwischen 2011 und 2017 von etwa einem Dutzend pro Jahr kontinuierlich auf etwas über 100 (seit 2016) angestiegen ist, zeigt die Kurve der Verurteilungen wegen Erregung von Hass und Feindschaft (Art. 282 StGB) ein völlig anderes Bild: Ihre Zahl stieg von Jahr zu Jahr deutlich schneller an, von 149 in 2011 auf 604 in 2017, und dominiert somit deutlich die strafrechtliche Verfolgung wegen Extremismus. Was die Verurteilungen wegen Art. 282 StGB anbetrifft, offenbart die Statistik einen signifikanten Unterschied zwischen den beiden Absätzen der Vorschrift: die Zahl der Verurteilungen wegen Anstachelung von Hass und Feindschaft sowie Herabsetzung der Menschenwürde ist in der qualifizierten Variante von Gewaltanwendung (Art. 282 Abs. 2 StGB) von 2011 (35) bis 2017 (1) fast auf Null gesunken.

Das war einer der Anlässe für den „Rat beim Präsidenten Russlands für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Menschenrechte“, im August 2018 zu empfehlen, Gewaltanwendung von Gesetzes wegen zum festen begrifflichen Element extremistischer Tätigkeit zu machen.⁴⁷ Diese Empfehlung wies in dieselbe Richtung wie das Gutachten der „Venedig-Kommission“ des Europarates.

Die am 28. Dezember 2018 erfolgte Ergänzung des Tatbestandes der Aufstachelung zu Hass und Feindschaft sowie der Herabwürdigung der Menschenwürde (Art. 282 StGB) um eine gleichlautende Ordnungswidrigkeit (Art. 20^{3.1} OWiG) ist kein Akt echter Dekriminalisierung, sondern erweitert, wie die Statistik zeigt, das Sanktionsinstrumentarium um einschneidende Geldbußen und Freiheitsbeschränkungen.

Die Präsidialverwaltung und die Staatsduma haben sich von den „Empfehlungen“ ebenso wenig beeindruckt lassen wie das Verfassungsgericht. Im Gegenteil: Der liberale und allzu unbequem gewordene Vorsitzende des „Rates“, Michail Fedotov, wurde am 21. Oktober 2019 von Präsident Putin abberufen.⁴⁸ So erscheint die Kritik des „Rates“ an der Anti-Extremismus-Gesetzgebung im Rückblick wie ein Vermächtnis Fedotovs, zugleich aber auch als Zeugnis einer gemeineuropäischen Verfassungs- und Rechtskultur, die das autokratisch gewordene Putin-Regime inzwischen rücksichtslos und offen bekämpft.

⁴⁷ Der „Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und die Menschenrechte beim Präsidenten der Russländischen Föderation“ wertete diese Statistik in seinen „Empfehlungen“ aus. Rekomendacii SPČ po soveršenstvovaniju zakonodatel'stva o protivodejstvii ekstremizmu i praktiki ego primenenija. Moskva. 22.8.2018, <www.president-sovet.ru/presscenter/news/read/4875/>. Zur Begründung verwies der Rat auf den engen Extremismus-Begriff der Shanghai-Konvention von 2001.

⁴⁸ Handzahmer Menschenrechtsrat. Putin ersetzt im Gremium Kritiker mit Gefolgsleuten. FAZ, 23.10.2019. – Der Kreml zähmt seine Kritiker. NZZ, 24.10.2019.

Schlussbemerkung

Mit dem Konzept, die oppositionelle Bewegung Aleksej Naval'nyjs, die nicht mehr eine gesellschaftliche Randerscheinung ist, sondern das Potential und die Kraft einer politischen Massenbewegung in sich trägt, wie der Erfolg des Enthüllungsvideos über „Putins Palast“ am Schwarzen Meer beweist, mit dem Verdikt des Extremismus zu kriminalisieren, zu bekämpfen und zu zerstören, steht Vladimir Putin am Rubikon einer schicksalsschweren Entscheidung mit weitreichenden, unabsehbaren Folgen. Putins seit seiner Ernennung zum Präsidenten Russlands schrittweise stärker gewordenen Streben nach Konzentration der Staatsgewalt in einer – seiner – Hand war paradoxerweise im Rahmen des unter Boris Jelzin 1993 errichteten demokratischen Verfassungsstaates erstaunlich erfolgreich: Putin konzentriert in seiner Person als Präsident und Staatsoberhaupt Russlands und als Chef der Exekutive (Art. 80, 83, 110) die wichtigsten Machtinstrumente des Staates und übt mit ihnen eine zuverlässige Kontrolle auch über die Legislative und über die höchsten Gerichte des Landes aus. Nur eines fehlt ihm noch an der vollkommenen Herrschaft über Russland: die uneingeschränkte, vollständige Kontrolle über die Zivilgesellschaft. Die oppositionelle Bewegung Aleksej Naval'nyjs ist der Beweis, dass sich allen Restriktionen und Repressionsmechanismen zum Trotz in der Zivilgesellschaft autonome Gegenmacht noch immer erfolgreich organisieren und eine die Machtstellung des Präsidialregimes gefährdende Massenbasis erringen kann.

Nachdem der im August 2020 auf Naval'nyj verübte Mordanschlag gescheitert war, folgt nun der Versuch, ihn und seine politischen Organisationen zu Staats- und Verfassungsfeinden („Extremisten“) erklären zu lassen, sie zu kriminalisieren und zu verbieten. Noch sind, wie es scheint, die Entscheidungen nicht abschließend getroffen, sind diese schicksalsschweren Schritte noch nicht vollzogen. Aber eines zeichnet sich ab: Die von der Präsidialexekutive dafür beim Gericht und im Parlament unternommenen Vorbereitungen drohen Russlands Zivilgesellschaft einem dichotomischen „Freund-Feind-Schema“ zu unterwerfen,⁴⁹ das für die Gesellschaft auf die Dauer einschneidende psychologische, soziale und institutionelle Folgen mit sich bringen wird. Kommt es dazu, wird das Präsidialregime Vladimir Putins definitiv in eine autoritäre Diktatur verwandelt, welche die Keime zur Entartung in eine totalitäre Herrschaft mit Terror und Geisteszwang in sich trägt.⁵⁰

Schlagwörter:

Russland, autoritäre Herrschaft, Autokratie, Diktatur, Strafverfolgung, Extremismus

⁴⁹ Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Berlin ³1991 [1927], S. 26ff.

⁵⁰ Zu den Unterschieden zwischen diesen Kategorien Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Frankfurt/Main 1958, S. 672ff.



donate.ovdinfo.org

**Нам нужна
ваша поддержка**

**+ 864 437 ₺ в месяц в среднем
нам не хватает для того,
чтобы продолжать работать**

Rechtshilfe sofort. Finanzielle Hilfe jetzt. Weltweit und unbürokratisch: donate.ovdinfo.org

Tat'jana Vorožejkina

Naval'nyj, die Politik und die Moral

Das Putin-Regime und die Gesellschaft

Am Fall Naval'nyj entscheidet sich Russlands politische Zukunft. Das Putin-Regime hat den Staat als öffentliches Institutionengefüge zerstört und ihn zu eigenen Zwecken privatisiert. Es kontrolliert und sterilisiert den eigentlichen Raum der Politik und versucht durch immer schärfere Repressionen, den Bürgern und der Gesellschaft die Wahrnehmung ihrer Rechte zu verwehren. Aleksej Naval'nyj ist der einzige Politiker, der trotz dieser Bedingungen in der Lage war, öffentlich zu handeln, Gegenmacht zu bilden, und der versucht hat, den politischen Raum für die Gesellschaft zurückzugewinnen. Seine Entscheidung, ungeachtet des Mordversuchs gegen ihn und der drohenden Inhaftierung nach Russland zurückzukehren, ist eine Handlung von enormer ethischer und politischer Bedeutung. Naval'nyj demonstriert Angstfreiheit in einer Zeit, in der das Regime darauf zielt, Protest zu brechen, die Gesellschaft einzuschüchtern und wieder Angst zu verbreiten.

Russland befindet sich in einer kritischen Phase seiner Geschichte. Die Frage lautet, ob diese Geschichte komplett von der Machtlogik des herrschenden Regimes bestimmt wird oder ob die Gesellschaft in der Lage sein wird, dieser Logik etwas entgegenzusetzen. Die Logik des Regimes bestand in den letzten zwanzig Jahren darin, systematisch noch den geringsten Ausdruck unabhängigen Handelns und gesellschaftlicher Selbstorganisation zu beschränken, zu unterdrücken und schließlich zu beseitigen. In dieser Zeit ist es dem Regime gelungen, die Medien nahezu vollständig unter seine Kontrolle zu bringen und die Tätigkeit der wichtigsten NGOs erheblich einzuschränken, indem diese zu „ausländischen Agenten“ erklärt wurden.¹

Dieser Prozess beschleunigte sich nach der Annexion der Krim und dem Ausbruch des Krieges in der Ostukraine im Frühjahr 2014. Nach den sogenannten „Korrekturen“ der Russländischen Verfassung im Frühjahr 2020 nahm er eine geradezu groteske Form an. Diese Verfassungsänderungen und die darauf basierenden Gesetze, welche die Staatsduma im Herbst 2020 und Winter 2020/2021 verabschiedete, haben Russlands Bürgerinnen und Bürger de facto ihrer grundlegenden bürgerlichen Freiheiten und politischen

Tat'jana Vorožejkina (1953), Prof. Dr., Politikwissenschaftlerin, Moskauer Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Von Tat'jana Vorožejkina erschien in OSTEUROPA: Autokratie oder Perestrojka 2.0. Russlands Ausbruch aus der Pfadabhängigkeit, in: OE, 5/2019, S. 5–20. – Parasitärer Autoritarismus. Regime und Gesellschaft in Russland, in: OE, 8–9/2018, S. 3–24.

¹ Grigorij Ochotin: Agentenjagd. Die Kampagne gegen NGOs in Russland, in: OSTEUROPA, 1–2/2015, S. 83–94.

Rechte beraubt, so etwa des Rechts auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Wahlen – egal auf welcher Ebene – sind zur bloßen Fiktion geworden. Oppositionelle werden nicht mehr als Kandidaten zugelassen, die Wahlergebnisse systematisch gefälscht, ob offen oder verdeckt.

Die sukzessive Aushöhlung der politischen und rechtlichen Institutionen unter Putin erleichterte es, die Machtlogik des Regimes zur alleinigen Grundlage der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft in Russland zu machen. Die Beseitigung einer unabhängigen Legislative und Judikative, freier politischer Parteien und freier Wahlen hat faktisch zur Demontage des Staates im üblichen Verständnis des Wortes als System von Institutionen der *res publica*, der *öffentlichen Sache*, geführt. Stattdessen hat sich ein System *privater* Macht ohne wirksame institutionelle Beschränkungen herausgebildet. Die einzige Beschränkung, die diese Macht kennt, ist sie selbst. Daher bedeutet die Annullierung der bisherigen Amtszeiten als Präsident de facto Putins Präsidentschaft auf Lebenszeit und die nahezu vollständige Verschmelzung von Macht und Eigentum in Russland. Eine kleine Gruppe von Putins Freunden und Vertrauten kontrolliert die politische Macht und damit auch die profitabelsten Bereiche der Wirtschaftstätigkeit. Das Ergebnis der Putinschen Herrschaft ist eine tiefgreifende institutionelle Degeneration und eine Abkehr von jeder politischen Modernisierung. Das Land befindet sich in einer Sackgasse, aus der das Regime seinem Wesen nach keinen Ausweg anbieten kann.

Dagegen haben sich in Russlands Gesellschaft in den letzten 15 bis 20 Jahren erhebliche Modernisierungsprozesse vollzogen. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind entstanden, Solidaritätsnetzwerke haben sich gebildet. Für immer mehr Menschen, vor allem in den Städten, ist es zunehmend normal, geteilte Interessen in die eigene Hand zu nehmen. Einige kämpfen gemeinsam gegen Korruption oder Behördenwillkür im Alltag. Andere kümmern sich um Umweltschutz und Stadtentwicklung, setzen sich gegen Planungen der Baubehörden und mit ihnen verbundene Bauunternehmen ein; andere engagieren sich für soziale Rechte und die Unterstützung bedürftiger Menschen und sozialer Gruppen wie Alte, Arme, Kinder, Kranke und Behinderte. Wieder andere widmen sich dem Kampf gegen Gewalt in der Familie. In vielen dieser Bereiche kompensieren Netzwerke die Defizite staatlicher Behörden, die ihren Aufgaben im Gesundheitswesen, in der sozialen Fürsorge oder im Bildungswesen nicht gerecht werden. Finanziert wird diese Wohltätigkeit durch Crowdfunding, wozu Menschen aus allen Einkommenschichten, von Rentnern bis zu Unternehmern, beitragen. Das ermöglicht eine effektive und prompte Hilfe.

In dem Maße, in dem das Regime die Repression gegen Aktivisten, unabhängige Kommunalpolitiker und Demonstranten verschärfte, wuchs die Solidarität mit den Opfern dieser Repression, den aus politischen Gründen Verhafteten und Verurteilten. Seit 2011 ist ein Netz von Menschenrechtsorganisationen und mit ihnen verbundenen Medien entstanden – genannt seien nur *OVD-Info*, *Pravozaščita Otkrytki*, *Mediazona* sowie *Rus' sidjaščaja* –, deren ehrenamtliche Mitarbeiter den Opfern und ihren Angehörigen juristische, finanzielle und mediale Unterstützung leisten.² Eine beeindruckende Solidarität zeigte sich im Januar/Februar 2021, als über 11 000 Menschen bei den Protesten

² Siehe dazu die Beiträge der Gründerin von *Rus' sidjaščaja* und des Gründers von *OVD-Info*: Ol'ga Romanova: „Auf Bajonetten kann man nicht sitzen“. Der Fall Naval'nyj und Russlands Strafvollzug, in: OSTEUROPA, 12/2020, S. 29–34. – Grigorij Ochotin: „Die Demonstranten sind keine Kinder!“ Russlands Unrechtsstaat und seine Gegner, in: ebd., S. 35–40.

im ganzen Land nach der Verhaftung von Aleksej Naval'nyj festgenommen wurden. Die Zahl der Freiwilligen, die sich um die Verhafteten kümmerten, ihnen Essen und Wasser brachten und anwaltliche Hilfe organisierten, nahm erheblich zu. Sie waren bereit, Zeit und Geld zu investieren und sich mit langem Atem zu engagieren. Das zeigt, dass in diesem gesellschaftlichen Bereich das Vertrauen untereinander gewachsen ist. All das deutet darauf hin, dass vor allem in Russlands Großstädten ein großer Modernisierungsschub stattfindet: die Trennung der Gesellschaft vom Staat. Die Zivilgesellschaft bildet sich in der Konfrontation mit dem privatisierten, korrupten, mafiosen „Staat“ heraus.³ Die Soziologin Ella Panejach drückt es so aus:

Wir haben es mit postmodernen Formen der Solidarität und des Vertrauens zu tun, wir sehen, dass verschiedene Menschen die Möglichkeit bekommen, zu interagieren und zu kooperieren, Menschen mit erheblicher sozialer Distanz, enormen Unterschieden in ihren Ansichten, Erfahrungen und ihrer Kultur [. . .]. So entsteht eine organische Solidarität unter Menschen, die ungeachtet ihrer Differenzen und ihrer sozialen Distanz sich selbst organisieren können und unterschiedliche Ressourcen und Kompetenzen in ihr gemeinsames Handeln einbringen können. Sie können sich punktuell austauschen, schnell zusammenschließen, um auf ein Problem oder eine Ungerechtigkeit zu reagieren, oder sie können zu einer Gemeinschaft werden.⁴

Ungeachtet des ständig wachsenden Drucks von Seiten des Regimes lebt und entwickelt sich Russlands Zivilgesellschaft. Die Formen der Solidarität werden vielfältiger und stabiler. Das schließt nicht aus, dass die Gesellschaft fragmentiert ist und Solidarität primär auf lokaler Ebene zum Ausdruck kommt. Diesen Nischen zivilen Engagements und Netzwerken der Solidarität steht die breite Bevölkerung gegenüber, die wirtschaftlich und sozial benachteiligt und nahezu vollständig vom Staat abhängig ist: vom Arbeitsplatz über die Löhne und Renten bis zu den Werten und dem Weltbild, das ihr das Staatsfernsehen aufdrängt.

Zum Teil verläuft die Wasserscheide zwischen den Einwohnern der Großstädte mit höherem Bildungs- und Einkommensniveau und den Menschen aus kleinen und mittleren Städten, vor allem aber ländlichen Gebieten, wo die entsprechenden sozioökonomischen Indikatoren schlechter sind. Aber auch diese Spaltung sollte nicht verabsolutiert werden. Gut verdienende Großstädter können ziemlich konformistisch sein, während Einwohner kleiner Städte und Dörfer sich oft aktiv an Bürgerinitiativen und Freiwilligenprojekten beteiligen. Die soziale Lage in Russland ist höchst komplex, in einigen Bereichen verändert sie sich schnell, während sie in anderen stagniert oder praktisch unverändert bleibt. Wer die Lage in die eine oder andere Richtung verallgemeinert, läuft Gefahr, entweder die Aussichten der Zivilgesellschaft und ihre wachsende Handlungsfähigkeit

³ Balint Mad'jar: Anatomija postkommunističeskogo mafioznogo gosudarstvo na primere Vengrii. Moskva 2016.

⁴ Ella Panejach: Rossijskoe obščestvo meždu postmodernom i arhaikoj, in: Nozovaja modernizacija: moguť li obščestvo i gosudarstvo dvigat'sja v raznyh napravlenijach. Sost. Kirill Rogov. InLiberty, 30.11.2018.

ungerechtfertigt optimistisch zu beurteilen oder umgekehrt, neue Stimmungen, Praktiken und Forderungen, die sich in Russlands Gesellschaft herausbilden, zu ignorieren oder ihnen keine Bedeutung beizumessen.⁵

Der Staat und die Gesellschaft, zumindest deren dynamischster Teil, bewegen sich in entgegengesetzte Richtungen. Seit den Massenprotesten vom Winter 2011/2012 versucht die Gesellschaft zum politischen Subjekt zu werden, indem sie für freie und faire Wahlen eintritt und damit das Prinzip der Repräsentation einfordert, sowie durch außerparlamentarische Proteste Druck auf das Regime ausübt. Dagegen versucht der Kreml, jedes unabhängige politische Handeln zu verhindern. Das Putin-Regime hat den politischen Raum seiner administrativen Kontrolle unterstellt und sterilisiert ihn vollständig. Er ist leer und bedeutungslos geworden, Politik im eigentlichen Sinne ist in Russland verschwunden. Die zuvor bereits höchst schwachen politischen Institutionen, in denen sich der oppositionelle Teil der Gesellschaft einbringen und Unzufriedenheit artikulieren konnte, sind inzwischen vollständig blockiert. Dass es in Russland keinen Raum für politisches Handeln mehr gibt, ist ein zentrales Problem für die Gesellschaft. Es schien, als könnte Aleksej Naval'nyjs Rückkehr nach Russland am 17. Januar 2021 dazu beitragen, politisches Handeln wieder auf die Tagesordnung zu setzen, das Potenzial in der Gesellschaft freizulegen, zu mobilisieren und in die politische Sphäre zu lenken. Seit den Demonstrationen gegen Korruption vom März 2017 war Naval'nyj der wichtigste, de facto sogar der einzige Oppositionspolitiker in Russland, der in der Lage war, Zehntausende Menschen auf die Straße zu bringen. Besonders deutlich wurde dies im Sommer 2019 bei den Massenprotesten in Moskau. Damals hatte Naval'nyj noch aus der Haft dazu aufgerufen, auf die Straße zu gehen, um die Zulassung unabhängiger Kandidaten zu den Wahlen zu fordern. Daraufhin versammelten sich Zehntausende Menschen zu „un genehmigten“ Kundgebungen und Märschen. Als Naval'nyj vor den Wahlen zur Moskauer Stadtduma dazu aufrief, sich auf „kluges Wählen“ zu konzentrieren, ebten die Straßenproteste ab. Als russländische Geheimdienstler im August 2020 versuchten, Naval'nyj zu vergiften, stärkte das paradoxerweise seine Position als Oppositionsführer. Die Recherchen seiner Antikorruptions-Stiftung (Fond bor'by s korrupciej) zu dem Film *Ein Palast für Putin*, die Untersuchungen des britischen Recherchenetzwerks *Bellingcat* zu den Hintergründen des Giftanschlags, vor allem aber Naval'nyjs öffentlich dokumentiertes Telefonat mit einem Mitglied des Tötungskommandos stärkten seine Bedeutung in der Oppositionsbewegung, obwohl viele Beobachter ihm bereits den Weg ins politische Abseits prognostiziert hatten.

⁵ Letzteres scheint für den Soziologen Lev Gudkov zu gelten. Er konstatiert, dass „die Strategie der Mehrheit der Bevölkerung darin besteht, sich durch eine Senkung der Ansprüche und Erwartungen, die Beschränkung auf das eigene Überleben und einen prinzipienlosen Opportunismus anzupassen. In Russland ist eine Massengesellschaft entstanden, die sich von westlichen Demokratien unterscheidet. Diese Gesellschaft ist ihrer Sozialstruktur nach amorph, sie ist konsumorientiert und unpolitisch [. . .]. Sie fürchtet Neues, allerdings nicht im technischen, instrumentellen Sinne. Die Menschen [. . .] beherrschen die neuen Technologien und Medien, kennen Jugendslang und Modetrends sowie die Codes der Massenkultur. Aber ich sehe kein Anzeichen dafür, dass der politische Bereich wachsen würde, in dem sie als Bürger Verantwortung übernehmen, Teilhabe fordern und aktiv sein wollen.“ Lev Gudkov: Kak my думаем, in: Liberal'naja missija, 5.2.2021, <<https://liberal.ru/defense-of-democracy/kak-my-dumaem>>.

Naval'nyj kehrte nach Russland zurück, obwohl er hier mit einem chemischen Kampfstoff vergiftet worden war, was höchstwahrscheinlich Vladimir Putin persönlich gebilligt hatte, und ihn alte und neue Strafverfahren erwarteten. Naval'nyjs Rückkehr war ein politischer Akt, der angesichts der Realitäten in Russland und der Opposition höchst ungewöhnlich ist. Seine Entscheidung ist von enormer ethischer Bedeutung. Er versuchte damit, die politische Stagnation zu überwinden und die „Logik der Macht“ und die immer weiter fortschreitende Anpassung der Reste der demokratischen Opposition an das Regime zu durchbrechen. Indem er persönlich Putin als korrupten Führer eines mörderischen Regimes attackierte, ging Naval'nyj bewusst ein enormes Risiko ein. Angesichts der unmittelbaren Bedrohung für sein Leben opferte er nicht nur sich, sondern auch das Wohl seiner Familie. Damit nahm er vielen Kritikern aus der Opposition den Wind aus den Segeln. Denn so handelt kein Politiker, dessen einziges Ziel darin besteht, persönliche Macht zu erlangen. Das ist die Tat eines Mannes, der die Macht anstrebt, um das Land zum Guten zu verändern, wie er es versteht.

Zunächst schien es, als sei es Naval'nyj gelungen, eine politische Krise auszulösen. Seine skandalöse Verhaftung am Flughafen Šeremetevo, die Tausende Menschen live verfolgten; der Gerichtsbeschluss über seine Verhaftung, der auf einer „externen Sitzung“ in einer Polizeistation ausgestellt wurde; die Umwandlung der Bewährungsstrafe von 2014 in eine reguläre – all das nahm die Gesellschaft als Herausforderung wahr. Es kam zu Massenprotesten. Die Demonstrationen vom 23. Januar 2021 waren die größten seit Anfang der 1990er Jahre. Sie waren nicht auf Moskau, St. Petersburg und andere Großstädte beschränkt, sondern insgesamt fanden in 198 Städten und Ortschaften Demonstrationen statt, an denen zwischen 150 000 und 200 000 Menschen teilnahmen. Die meisten Demonstranten waren zwischen 30 und 35 Jahre alt, viele von ihnen nahmen zum ersten Mal an Protesten teil. Am 31. Januar und 2. Februar kam es erneut zu Protesten, wenn auch in kleinerem Rahmen.

Das Regime reagierte mit einer bis dahin nicht gesehenen Gewalt. Videoaufnahmen, die Angriffe der Polizei und der Nationalgarde auf Demonstranten und Passanten zeigen, Fotos, die Schläge und brutale Verhaftungen dokumentieren, Nachrichten über überfüllte Untersuchungsgefängnisse bestimmten wochenlang die sozialen Netzwerke und die Seiten der wenigen unabhängigen Medien.⁶ Allein in Moskau wurden über 5500 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten eingeleitet, fast eintausend Personen erhielten zwischen zehn und 30 Tagen Arrest, über eintausend Personen wurden mit einer Geldstrafe belegt.⁷

Im Zusammenhang mit den Protesten im Januar und Februar wurden 90 Strafverfahren eröffnet. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, Gewalt gegen Beamte angewandt, Straßen und Bürgersteige blockiert, zu Massenunruhen aufgerufen, gegen epidemiologische Vorschriften und Hygieneauflagen verstoßen und Minderjährige zu illegalen Aktivitäten angestiftet zu haben. Dazu kamen etliche weitere falsche und erfundene

⁶ OVD-Info registrierte mindestens 140 Fälle von Gewalt gegen Demonstranten. Viele der Festgenommenen wurden misshandelt. In Moskau und anderen Großstädten nutzten die Polizei und der Geheimdienst FSB die Daten von Videokameras und Gesichtserkennungssystemen, um Demonstranten zu identifizieren. „Dvorcovoje delo“: kto eti ljudi i za čto ich sudjat. Gid OVD-Info, <<https://ovdinfo.org/navalny-protests>>.

⁷ Presečenije mirnych protestov Janvarja-Fevralja 2021 goda v Rossii. Doklad OVD-Info, <https://ovdinfo.org/reports/winter-2021-supression?fbclid=IwAR2XzjzWkFNDvAosr01pJfqRvev5yAflsja__M0-RsEm3CEG9wasmcVbY#1>.

Anschuldigungen. Die Proteste waren ausschließlich friedlich verlaufen. Zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei war es nur gekommen, als die Polizei Demonstranten angriff, sie grob festnahm und schlug.

Die Proteste wurden demonstrativ massiv und brutal niedergeschlagen. Das erinnerte an die Bilder der Gewalt und der Verhaftungen aus Belarus vom Sommer 2020. Viele Festgenommene, die „administrative“ Arrest- und Geldstrafen erhielten, wurden von der Polizei gezwungen, vor laufender Kamera zu gestehen und Reue zu zeigen. Diese Praxis war bislang nur aus Kadyrovs Tschetschenien bekannt. Gerichte stempelten gefälschte Polizeiberichte ab und machten sich so endgültig zu einem Teil der Strafmaschinerie.⁸

Mehrere Angeklagte sind bereits zu Haftstrafen zwischen einem und dreieinhalb Jahren in Strafkolonien verurteilt worden. Prominente Mitstreiter von Aleksej Naval'nyj, darunter sein Bruder Oleg, die Pressesprecherin Kira Jarmyš und die Anwältin der Antikorruptions-Stiftung, Ljubov' Sobol', stehen unter dem absurden Vorwurf der „Verletzung von Hygieneregeln und epidemiologischen Auflagen während der Proteste am 23. Januar“ unter Hausarrest.⁹

Die massive Verschärfung des repressiven Charakters des Putin-Regimes setzt den Trend fort, der bereits im Frühjahr 2020 zu beobachten war, als die Verfassung geändert und jene Gesetze verabschiedet wurden, mit denen die Grund- und Freiheitsrechte der Bürger beschränkt wurden. Nachdem sich der „Krim-Konsens“ von 2014/2015 zwischen der Putin-Führung und der Gesellschaft erschöpft hatte, verlor das Regime zunehmend die Fähigkeit, gesellschaftliche Gruppen zu kooptieren und insbesondere junge, gut ausgebildete Großstädter zu kontrollieren. Doch auch in anderen Teilen der Bevölkerung hat die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zu einer wachsenden Unzufriedenheit geführt. Verantwortlich dafür ist der seit 2014 anhaltende Rückgang der Realeinkommen bei gleichzeitigem Preisanstieg. Dieser Trend wurde durch die Corona-Pandemie nochmals verschärft. In dieser Situation ist Repression das wichtigste, wenn nicht sogar das einzige Mittel des Staates, um mit der Gesellschaft zu kommunizieren.

Nach Naval'nyjs Verhaftung begann das Regime, führende Mitglieder seiner Regionalstäbe festzunehmen, sie mit Geldstrafen zu belegen und unter Hausarrest zu stellen.¹⁰ Viele unabhängige Politiker und Aktivisten, die ihre Absicht erklärt hatten, im September 2021 für die Staatsduma kandidieren zu wollen, werden systematisch strafrechtlich verfolgt, um sie an dieser Kandidatur zu hindern. Am 26. und 27. April 2021 suspendierte ein Moskauer Stadtgericht die Aktivitäten aller Organisationen, die Aleksej Naval'nyj gegründet hatte, also die Tätigkeit der *Stiftung gegen Korruption*, die bereits 2019 vom Justizministerium als „ausländischer Agent“ eingestuft worden war, der

⁸ Dass die Richterin des Bezirksgerichts von Voronež, Lilija Vinokurova, elf Teilnehmer der Kundgebung aus Mangel an Beweisen freisprach, gilt als außergewöhnlich, als Ausnahme von der Regel.

⁹ Besonders empörend ist der Vorwurf angesichts der offiziellen Feier zum 7. Jahrestag der Angliederung der Krim an Russland, als mehrere zehntausend Menschen Putins Rede im Lužniki-Stadion anhörten, ohne sich an irgendwelche epidemiologischen Regeln zu halten.

¹⁰ Nachdem sich die Behörden im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2017 wiederholt geweigert hatten, Naval'nyjs politische Partei zu registrieren, gründete er mit Unterstützern ein Netz von Regionalstäben, das in 69 Städten vertreten war.

Stiftung zum Schutz der Bürgerrechte (Fond zaščity prav graždan) und Naval'nyjs Regionalstäbe, die auf Betreiben der Staatsanwaltschaft gerichtlich zu „extremistischen Organisationen“ erklärt werden sollen. Nur wenige bezweifeln, dass das Gericht diesem Antrag folgen wird. Das bedeutet nicht nur das Verbot aller von Aleksej Naval'nyj gegründeten Organisationen, sondern es eröffnet auch unendliche Möglichkeiten, alle Mitarbeiter und Unterstützer sowie die Zehn-, ja Hunderttausenden Menschen, die eine dieser Organisationen finanziell oder ideell unterstützt haben, indem sie deren Aufrufe und Material über soziale Medien verbreitet haben, mit Ordnungswidrigkeitsverfahren oder Strafverfahren zu überziehen.

Vor dem Hintergrund der Gesetzesänderung, wonach nun auch natürliche Personen zu „ausländischen Agenten“ erklärt werden können, und der Novelle des Bildungsgesetzes vom 5. April 2021, das die staatliche Kontrolle über jede „Bildungsaktivität“ vorsieht,¹¹ bedeutet die Zerschlagung von Naval'nyjs organisatorischen Strukturen nichts anderes, als dass Russlands Behörden jeder unabhängigen zivilgesellschaftlichen Vereinigung, ihren Mitgliedern, oppositionellen Politikern und deren Anhängern den Krieg erklären. In dieser Konfrontation spielt Aleksej Naval'nyj nach wie vor die zentrale Rolle. Obwohl er seit über drei Monaten inhaftiert ist, bestimmt er weiterhin die politische Tagesordnung. Als er am 31. März 2021 in einen Hungerstreik trat, um seine Forderung nach medizinischer Betreuung durch einen Arzt seines Vertrauens durchzusetzen, verwandelte Naval'nyj eine politische Konfrontation in eine existenzielle mit dem Regime und Putin persönlich. Diese Situation nahmen viele Gegner Putins, die gleichzeitig jedoch Naval'nyj nicht oder nur bedingt unterstützten, als eine Entscheidung zwischen schwarz und weiß, Gut und Böse wahr.¹² 24 Tage hielt Naval'nyj den Hungerstreik durch. Er brach ihn ab, nachdem er zumindest partiell seine Forderungen durchsetzen konnte.

Indem er die Konfrontation mit Putin auf die existenzielle Ebene hob und sein eigenes Leben als Preis einsetzte, hat Naval'nyj de facto jede Kritik an seiner politischen Strategie unmöglich gemacht. Wie soll man in dieser Situation mit Naval'nyjs Vergangenheit umgehen? Mit seiner aktiven Mitwirkung an den „russischen Märschen“ in den 2000er Jahren, seinen fremdenfeindlichen Äußerungen über Migranten, seiner Beleidigung Georgiens während des Krieges 2008 und seinem Aufruf, „nach Tiflis zu gehen“? Wie geht man damit um in der jetzigen *politischen* Situation, in der Naval'nyj nicht nur der alleinige Führer der Opposition geworden ist, sondern auch die einzige Person, die Leute dazu bringen kann, auf die Straße zu gehen? Sollen wir all das dem Vergessen anheimgeben und uns und alle anderen davon überzeugen, dass er aus dieser Phase „herausgewachsen“ ist, sich „weiterentwickelt“ und seine Position verändert hat, wie es die meisten seiner Anhänger im liberalen Lager tun? Naval'nyj ist einen Schritt gegangen, den man ohne Übertreibung als Selbstaufopferung bezeichnen kann, da er nun unter Lebensgefahr im Gefängnis sitzt – damit wird jede Kritik an ihm zu einem *ethischen* Problem.

¹¹ Federal'nyj zakon ot 5.4.2021 No.85-FZ „O vnesenii izmenenij v Federal'nyj zakon „Ob obrazovanii v Rossjskoj Federacii“.

¹² Leonid Volkov, der Leiter von Naval'nyjs Regionalstäben, rief die Menschen zu Demonstrationen am 21. April auf: „Unsere Konfrontation mit Putin ist keine ideologische. Es ist vielmehr die Entscheidungsschlacht zwischen dem Guten und dem absolut Bösen.“ <www.youtube.com/watch?v=6wUaV3sksjk>.

Grigorij Javlinskij, Vorsitzender der Partei *Jabloko*, hat den Versuch einer solchen Kritik unternommen. Anfang Februar wandte er sich in einem großen Artikel gegen Naval'nyjs Strategie und die Massenproteste auf der Straße, gegen die die Polizei mit Schlagstöcken und Mannschaftswagen vorgeht. Javlinskij setzte Naval'nyjs Antikorruptions-Recherchen mit dem Schüren von „Klassenpopulismus“ und „primitivem Sozialneid“ gleich. Er beschuldigte Naval'nyj und seine Unterstützer, ihnen sei das „zerstörte Leben“ jener Bürger gleichgültig, „die ihren Appellen zu ungenehmigten Kundgebungen folgen und dann hinter Gittern landen“. Ein demokratisches Russland, die Achtung des Individuums, Freiheit, ein Leben ohne Angst und ohne Repressionen, dies alles, so erklärte Javlinskij kategorisch, sei mit Naval'nyjs Politik unvereinbar. Es handle sich um zwei grundlegend verschiedene Entwicklungsrichtungen.¹³

Die Reaktion der Öffentlichkeit auf diese Kritik war bezeichnend. Sie wurde als absolut unangebracht und unmoralisch gegenüber einem Mann empfunden, der im Gefängnis sitzt und deshalb nicht darauf reagieren kann. Ihr Autor, so der Tenor, stelle sich damit zwangsläufig auf die Seite des Regimes, für das Naval'nyj der Hauptgegner sei. Wer die Straßenproteste als sinnlos und gefährlich für die Teilnehmer zu diskreditiere, lasse völlig außer Acht, dass es dazu keine Alternative mehr gebe: Die öffentliche Unzufriedenheit wächst, aber es gibt keinen Ausweg. Die Untätigkeit und die Unfähigkeit zu handeln erzeugten eine viel größere Frustration und Hilflosigkeit bei den Menschen als Polizeiknüppel, Schläge und Verhaftungen. Indem Javlinskij Naval'nyjs rechte Hand Leonid Volkov beschuldige, das Volk den Schlagstöcken auszuliefern, spreche er den Teilnehmern der Demonstrationen ab, Subjekt ihrer Entscheidung zu sein. Diese Menschen entschieden selbst, ob sie auf die Straße gingen. Sie seien nur sich und ihrem Gewissen verantwortlich. Tatsächlich ist dieses Moment außerordentlich bedeutsam: Die Überwindung der Angst trägt dazu bei, die politische Situation auf eine ethische Basis zu stellen. Dafür steht Aleksej Naval'nyjs wichtigste Botschaft: „Ich habe kein Angst. Habt auch ihr keine!“

Bei aller Zwiespältigkeit von Naval'nyjs politischer Vergangenheit ist er heute die Schlüsselfigur der Opposition, und ihn in der gegenwärtigen Situation auf Nationalismus und Populismus zu reduzieren, wäre ein Fehler.

Was kann die Gesellschaft tun, der das Regime faktisch den Krieg erklärt hat? Mit jedem Tag und jedem Monat, der vergeht, werden Unterdrückung, Verbote und Willkür grundlegender und umfassender. Am 13. März 2021 löste die Polizei ein Forum kommunaler Abgeordneter in Moskau auf und nahm alle 200 Teilnehmer unter dem Vorwurf der „Zusammenarbeit mit einer unerwünschten Organisation“ fest. Am 14. April 2021 wurden die Redakteure der Studentenzeitschrift *Doxa* verhaftet und unter Hausarrest gestellt. Ihnen wurde vorgeworfen, Minderjährige zu Protesten verleitet zu haben, weil sie sich in einem Video mit Studenten und Schülern solidarisiert hatten, die nach den Januar-Demonstrationen unter Druck gesetzt worden waren. Am 1. Juni 2021 tritt die erwähnte Änderung des Bildungsgesetzes in Kraft, die de facto jede unabhängige Bildungsarbeit in Russland verbietet. Das Regime demonstriert seine Entschlossenheit, Repressionen gegen die wachsende Zahl zivilgesellschaftlicher Gruppen anzuwenden, die in den letzten Jahrzehnten in Russland entstanden sind.

¹³ Grigorij Javlinskij. Bez putinizma i populizma. O smyslach tekuščeje politiki. 6.2.2021, <www.yavlinsky.ru/article/bez-putinizma-i-populizma/>.

Wie kann unter diesen Bedingungen die Strategie der Opposition aussehen? *Jabloko*, als einzige zugelassene Oppositionspartei, ruft dazu auf, die Straßenproteste zu beenden und alle Energien auf die Dumawahl im September 2021 zu konzentrieren. Die Strategie des Naval'nyj-Teams vor dem Verbot war „kluges Wählen“ (umnoe golosovanie). Dahinter verbirgt sich der Aufruf, für jeden beliebigen Kandidaten zu stimmen, der die Chance hat, den Kandidaten der Partei der Macht *Edinaja Rossija* zu besiegen. Beide Strategien haben Mängel. Mit der Kritik an den Straßenprotesten und dem inhaftierten Aleksej Naval'nyj riskiert *Jabloko*, auch noch die letzten Stimmen zu verlieren.¹⁴ Das „kluge Wählen“ ignoriert die offensichtliche Tatsache, dass alle Parteien der sogenannten Systemopposition – die *Kommunistische Partei*, die *Liberaldemokratische Partei Russlands* und das *Gerechte Russland* – seit langem integraler Teil des Putin-Systems sind. Der Aufruf, für einen Kandidaten dieser Parteien zu stimmen, ignoriert den Stalinismus der Kommunisten, den radikalen Nationalismus der Žirinovskij-Truppe und die imperialistische Gesinnung des neuen *Gerechten Russland*.¹⁵ Wer das fordert, schürt die Illusion einer oppositionellen Stimmabgabe. Ein ernsthaftes ethisches und politisches Problem des „klugen Wählens“ besteht darin, dass es das eigentliche Prinzip der demokratischen Repräsentation entwertet, das normalerweise darin besteht, dass jedes Individuum in einer Gesellschaft seinen Repräsentanten wählt und für diese Entscheidung selbst verantwortlich ist. Wenn ein Wähler für eine Person stimmt, die ihm nach der Logik des „klugen Wählens“ von anderen im letzten Moment angezeigt wird, dann ist er für seine Wahl nicht mehr verantwortlich. Auch der Kandidat, der vom „klugen Wählen“ profitiert, ist diesen Wählern gegenüber nicht verantwortlich. Russlands Wähler haben in den vergangenen dreißig Jahren nicht gelernt, für ihre politischen Entscheidungen Verantwortung zu tragen. Eine Strategie, die diese Tradition für einen illusorischen, kurzfristigen Gewinn auszunutzen versucht, ist kurzfristig.

Damit bleibt nur die Strategie des Straßenprotests. Am 23. März 2021 riefen Naval'nyjs Unterstützer dazu auf, sich auf der Website „Free Navalny“ zu registrieren, wo sie auf einer Karte Russlands eine Stadt, eine Straße und ein Haus auswählen konnten, damit die Leute sehen konnten, dass es viele von ihnen gibt. Sobald sich 500 000 Protestwillige angemeldet haben würden, wollten die Organisatoren den Termin für neue Massenproteste bekannt geben. Dies musste jedoch früher geschehen, weil Aleksej Naval'nyjs Gesundheitszustand so kritisch geworden war. Am 21. April 2021 gingen erneut Zehntausende, vielleicht mehr als einhunderttausend Menschen in Russland auf die Straße und forderten, dass Naval'nyj Zugang zu von der Gefängnisverwaltung unabhängigen Ärzten erhält. Die größten Demonstrationen fanden in den Großstädten statt, allen voran in Moskau. Obwohl die Teilnehmer nach den Januarerfahrungen mit der gewaltsamen Niederschlagung gerechnet hatten, verzichteten die Behörden in den meisten Städten auf Gewalt. Weniger als zweitausend Menschen wurden an diesem Tag festgenommen, fast die Hälfte davon in St. Petersburg, wo die Polizei Gewalt und Elektroschocker einsetzte, den Festgenommenen Anwälte verweigerte und sie zwang, ihre Fingerabdrücke abzugeben.

¹⁴ Bei den Parlamentswahlen 2016 erhielt *Jabloko* knapp über eine Million Stimmen bzw. zwei Prozent. Bei den Präsidentschaftswahlen 2018 gewann Grigorij Javlinskij ein Prozent bzw. 770 000 Stimmen.

¹⁵ Im Februar 2021 vereinigte sich *Spravedlivaja Rossija* mit den nationalistischen Parteien *Za pravdu!* des Schriftstellers Zachar Prilepin und den *Patrioty Rossii* unter Gennadij Semigin. Zu Prilepin: Olga Radetzkaja: Supernacbol. Die politischen Facetten des Autors Zachar Prilepin, in: OSTEUROPA, 5–6/2013, S. 301–314.

Diese Proteste waren kein Sieg der Zivilgesellschaft, auch wenn Naval'nyj sie so sah und seinen Hungerstreik abbrach. Aber eine Niederlage waren sie auch nicht, auch wenn deutlich weniger Menschen kamen, als sich zuvor auf der Website „Free Navalny“ angemeldet hatten. Es zeigte sich, dass die Zahl der Demonstranten nicht wächst und die Registrierung viel langsamer verlief, als es die Organisatoren erwartet hatten. Dennoch schien es zunächst, als hätte das Regime einen Rückzieher gemacht, als habe die Einschüchterung der Opposition nicht funktioniert und als habe sich vorübergehend ein gewisses Gleichgewicht der Kräfte ergeben. Nach ein paar Tagen begannen jedoch die Verhaftungen. Verhaftet wurden jene Demonstranten, die in den sozialen Medien dazu aufgerufen hatten, auf die Straße zu gehen, und jene, die auf die Straße gegangen waren. Sie wurden durch Überwachungskameras und Gesichtserkennungssoftware identifiziert. Gegen mehr als 120 Demonstranten wurden Bußgelder und Arreststrafen von zehn bis 30 Tagen verhängt, und dabei wird es vermutlich nicht bleiben. Das Regime hat seine Taktik geändert: Statt Massenverhaftungen auf der Straße vorzunehmen, kommt die Polizei nun am frühen Morgen zu den Leuten nach Hause und nimmt sie mit aufs Revier. Dort erstellt sie ein Strafprotokoll, das das Gericht absegnet. Die Einschüchterung erfolgt individualisiert, aber sie richtet sich gegen alle: Unter den Verurteilten und Inhaftierten sind Politiker, Menschenrechtler, politische Aktivisten, Lehrer, Universitätsprofessoren, Ärzte, Prominente und ganz gewöhnliche Menschen. Das Ziel ist Abschreckung: Jeder soll wieder Angst vor der „Türklingel“ haben. In einem Land, in dem die Erinnerung an die Massenrepressionen der 1930er Jahre höchst lebendig ist, erweist sich das als besonders effektiv.

Das ist das Zwischenergebnis der politischen Krise in Russland von Januar bis April 2021. Diese Krise lässt sich von zwei Positionen aus beurteilen. Die erste lautet, die Proteste seien statistisch irrelevant. Die überwiegende Mehrheit der russländischen Gesellschaft bleibe gleichgültig und sei daran gewöhnt, sich jeder Wendung des Regimes anzupassen. Selbstverantwortliches Handeln ist demnach unmöglich. Vertreter der zweiten Position sind weiterhin auf der Suche nach Möglichkeiten politischen Handelns und des zivilen Widerstands gegen Gewalt, Repression und Willkür, nach einer demokratischen und sozialen Bewegung, die nur durch Handeln entstehen und sich entwickeln kann, selbst in der aussichtslosesten Situation. Wie Václav Havel es formuliert hat:

Für Freiheit, Unabhängigkeit, Menschenrechte, für all ihre Erfolge muss die Gesellschaft immer bezahlen. Zumindest sollte sie dazu bereit sein. Man bekommt nichts geschenkt. Manchmal sind um der Sache willen große Anstrengungen und Opfer nötig, unabhängig davon, ob sie einen Nutzen bringen.¹⁶

Manuskript abgeschlossen am 27.4.2021

Aus dem Russischen von Manfred Sapper, Berlin

Schlagwörter:

Russland, Navalny, autoritäres Regime, Autokratie, Zivilgesellschaft, Rechtsstaat

¹⁶ Václav Havel: Vystuplenie v 1999 godu v Varšave v svjazi s tem, čto „Gazeta Vyborača“ ob”javila ego „čelovekom desjatiletija“. Obščaja gazeta, 27.5.–2.6.1999.

Denis Volkov

„Stirb gefälligst hier, wie wir!“

Aleksej Naval'nyj in Russlands öffentlicher Meinung

Aleksej Naval'nyjs Aufstieg vom marginalen Blogger über den virtuoson Kämpfer gegen Korruption zum bekanntesten Oppositionellen in Russland hat zehn Jahre gedauert. Mit sozialen Medien und visueller Kommunikation hat er eine Gegenöffentlichkeit aufgebaut und landesweit eine politische Infrastruktur geschaffen – trotz aller Repressionen. Seine Bekanntheit wuchs von Jahr zu Jahr. Doch die Mehrheit der Bevölkerung lehnt ihn ab. Vor allem ältere Menschen und Fernsehkonsumenten zeigen sich empfänglich für die Propaganda des Kreml: Naval'nyj sei ein westlicher Agent, seine Vergiftung im August 2020 habe er selbst inszeniert. Naval'nyjs Inhaftierung könnte das Ende seines politischen Weges bedeuten. Doch Korruption, Stagnation und Selbstisolation des Putin-Systems bieten Angriffsflächen für die Opposition. Es wäre verfrüht, Naval'nyj abzuschreiben – vorausgesetzt, er überlebt die Haft.

Aleksej Naval'nyjs Glaubwürdigkeit als Oppositioneller ist das Ergebnis seines kontinuierlichen Engagements. In den vergangenen zehn Jahren hat er seine Sichtbarkeit erhöht und neue Unterstützer gewonnen. Ihm ist es gelungen, mit seiner *Stiftung zur Bekämpfung der Korruption* ein Team aus Gleichgesinnten zu bilden und ein Netzwerk aus Regionalstäben in ganz Russland aufzubauen. Er war einer der ersten Politiker, der auf das Internet und soziale Netzwerke setzte, permanent im Land herumreiste und intensiv mit den Wählerinnen und Wählern kommunizierte. Doch die Mehrheit der Bevölkerung lehnt ihn ab. Angehörige der älteren Generation kennen ihn fast ausschließlich aus dem Fernsehen. Daher vertreten sie oft das in den Staatssendern verbreitete Klischee, wonach Naval'nyj ein „Verräter“ und „westlicher Agent“ sei. Angesichts des wachsenden politischen Drucks ist es fraglich, ob die Stiftung ihre investigative Tätigkeit und Naval'nyjs Regionalstäbe ihre politische Arbeit fortsetzen können.

Erste Hinweise darauf, dass Aleksej Naval'nyj von der Öffentlichkeit landesweit wahrgenommen wurde, gab es im Frühjahr 2011. Damals tauchte in einer Erhebung des

Denis Volkov (1983), M.A., Soziologe, Stellvertretender Direktor des Levada-Zentrums, Moskau. Von ihm erschien in OSTEUROPA: Im Stau. Russlands Zivilgesellschaft, in: OE, 10/2011, S. 47–60.

Der vorliegende Beitrag basiert auf Meinungsumfragen des Levada-Zentrums. Benutzt werden die Daten der monatlichen repräsentativen Umfrage (N = 1600). Dazu kommen Interviews bei repräsentativen Straßenumfragen und auf Kundgebungen in Moskau 2011/2012. Diese Materialbasis gestattet es, die Entwicklung des öffentlichen Bildes von Aleksej Naval'nyj in Russland nachzuzeichnen. Die Daten werden durch Material aus der Befragung von Fokusgruppen ergänzt, die Ende 2020/Anfang 2021 durchgeführt wurden. Zur Methodik und den Ergebnissen siehe <www.levada.ru>.

Levada-Zentrums erstmals sein Name unter den Politikern auf, denen am meisten Vertrauen entgegengebracht wird. Im März 2011 zählten ihn etwa 0,5 Prozent der Befragten zu diesem Kreis; etwa sechs Prozent hatten zumindest schon von ihm gehört.¹ In das Frühjahr 2011 fällt auch die Gründung von Naval'nyjs *Stiftung zur Bekämpfung der Korruption* (Fond po bor'be s korrupciej, FBK), mit der er die Konturen seiner künftigen Karriere vorgezeichnet hatte. Mittlerweile ist aus dem wenig bekannten 35-jährigen Blogger von damals einer der prominentesten Oppositionellen Russlands geworden.

Ein Politiker im Werden

Einen deutlichen Schub bekam Aleksej Naval'nyjs Popularität Ende 2011, Anfang 2012, als in Russland Hunderttausende gegen den Betrug bei den Dumawahlen 2011 und die Rückkehr von Vladimir Putin ins Präsidentenamt demonstrierten. Naval'nyj war von Anfang an einer der markantesten Redner auf den Kundgebungen in Moskau.² Im September 2012 genoss er unter den Demonstranten die höchste Wertschätzung.³ Gleichzeitig wuchs Naval'nyjs landesweite Popularität: Im Sommer 2012 kannte ihn etwa ein Drittel der Bevölkerung.⁴

Die Teilnahme an den Bürgermeisterwahlen 2013 in Moskau steigerte seine Bekanntheit und sein Ansehen. Sein Wahlkampf war so pfiffig und erfolgreich, dass er die Moskauer mehr beeindruckte als Amtsinhaber Sergej Sobjanin.⁵ Sobjanin genoss die Unterstützung der staatlichen Fernsehsender, Naval'nyj dagegen musste sich auf Straßwahlkampf und soziale Medien beschränken. Trotz dieses ungleichen Wettbewerbs erhielt Naval'nyj, den Meinungsumfragen zu Beginn des Wahlkampfes bei nicht mehr als einem Prozent gesehen hatten, an der Urne 27 Prozent der Stimmen.⁶ Dieses Ergebnis war deutlich besser als das jedes anderen Oppositionskandidaten bei allen Bürgermeisterwahlen der Hauptstadt; ihm fehlten nur wenige Prozent zum Einzug in die zweite Runde. Durch den Wahlkampf wuchs Naval'nyjs landesweite Bekanntheit. Einen Monat nach den Wahlen kannte ihn bereits jeder zweite Bürger Russlands.⁷ Diese Bekanntheit bedeutete jedoch nicht automatisch Unterstützung: Nicht mehr als sechs Prozent der Befragten befürworteten damals seine Aktivitäten.⁸

Je prominenter er wurde und je mehr seine Autorität als Politiker wuchs, desto stärker versuchte das Regime, ihn zu diskreditieren. Von entscheidender Bedeutung hierfür war ein Strafverfahren, in dem Naval'nyj beschuldigt wurde, Eigentum des staatlichen

¹ Blogger polprocenta. Gazeta.ru, 28.3.2011. – Alekseja Naval'nogo znajut 6% rossijan. Levada-centr, 6.5.2011.

² Opros na prospekte Sacharova 24 dekabnja. Levada-centr, 26.12.2011.

³ Opros na Marše Millionov v Moskve 15 sentjabnja. Levada-centr, 17.9.2012.

⁴ Izvestnost' Naval'nogo rastet – ego znaet každyj tretij rossijanin. Levada-centr, 10.7.2012.

⁵ Rezul'taty predvybornogo oprosa v Moskve. Levada-centr, 1.9.2013.

⁶ In den Wochen vor der Stimmabgabe wuchs Naval'nyjs Wähleranteil so schnell, dass die Meinungsforschungsinstitute mit den neuen Daten nicht nachkamen. Das führte dass, das Naval'nyj und seine Anhänger den Vorwurf erhoben, dass die Hälfte der Meinungsforscher die öffentliche Unterstützung des Politikers nicht richtig eingeschätzt habe. Nikakich izvinenij. Echo.msk.ru, 11.9.2013.

⁷ Rossijane ob A. Naval'nom i E. Rojzmane, „Kirovlese“. Levada-centr, 4.10.2013.

⁸ Obščestvennoe mnenie ob Aleksee Naval'nom. Levada-centr, 4.6.2013.

Holzunternehmens *Kirovles* veruntreut zu haben, während er als Berater des Gouverneurs der Region Kirov tätig war. Die Anklage und die strafrechtliche Verfolgung Naval'nyjs waren die Grundlage dafür, ihm das passive Wahlrecht zu entziehen und ihn als Politiker von der Teilnahme an jeder weiteren Wahl auszuschließen.⁹ Das Verfahren bildet die Grundlage der ablehnenden Haltung eines großen Teils der Bevölkerung zu Naval'nyj – all derer, die zum ersten Mal in diesem Zusammenhang von ihm hörten und aus dem Fernsehen von seiner Anklage erfuhren.¹⁰ Viele urteilten nach der Devise „Wo Rauch ist, ist auch Feuer“ oder, wie in Umfragen oft zu hören war, „Ohne Grund wird keiner verurteilt.“ Insofern erstaunt es nicht, dass die russländische Gesellschaft die Verurteilung Naval'nyjs eher gelassen hinnahm.¹¹ Die Vorwürfe aus dem damaligen Strafverfahren sind vor allem im Bewusstsein der älteren Generationen bis heute präsent.¹²

In der verbreiteten Euphorie nach der Annexion der Krim stiegen Präsident Putins Zustimmungswerte, und die Unzufriedenheit der Gesellschaft trat für eine Weile in den Hintergrund. Der Zuspruch für Oppositionspolitiker nahm erheblich ab. Das traf auch Naval'nyj, dessen Popularität stagnierte, obwohl er seine politische und investigative Arbeit kontinuierlich weiterverfolgte.

2015 veröffentlichte er seinen Film „Čajka“, in dem er die fragwürdigen Geschäftspraktiken und Interessen der Familie des russländischen Generalstaatsanwalts Jurij Čajka aufdeckte.¹³ Das Echo darauf blieb damals zunächst gering, auf die Dauer gewannen Naval'nyjs Recherchen über Korruption in der Führungsspitze des Landes jedoch wachsende Aufmerksamkeit. Mit seinen Videos schuf er ein neues Genre der Berichterstattung. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war zweifellos sein Film über Vladimir Putins *Palast*, der am Tag nach Naval'nyjs Rückkehr nach Russland und seiner sofortigen Festnahme freigeschaltet wurde. Unterdessen wurde er mehr als 116 Millionen Mal aufgerufen.¹⁴

Die Rolle der sozialen Medien

In Russland kontrolliert das Regime den Zugang zu den staatlichen Medien, Kritiker sind vom Bildschirm abgeschnitten.¹⁵ Naval'nyj war daher gezwungen, über soziale Medien zu kommunizieren, und er tat dies mit großem Erfolg: Tatsächlich war er der erste Politiker im modernen Russland, dem es gelang, ohne Zugang zum Fernsehen

⁹ Zum Fall Kirovles: Otto Luchterhandt. Missbrauch des Strafrechts. Das „System Putin“ im Kampf gegen Aleksej Naval'nyj, in: OSTEUROPA, 1–2/2015, S. 95–124.

¹⁰ Obščestvennoe mnenie ob Aleksej Naval'nom. Levada-centr, 4.6.2013.

¹¹ Pervoe vpečatlenie rossijan ot prigovora po delu Kirovlesa. Levada-centr, 26.7.2013.

¹² Aleksej Naval'nyj: otnošenje i otravlenie. Levada-centr, 2.10.2020.

¹³ Reakcija obščestva na fil'm „Fonda bor'bi s korrupciej“. Levada-centr, 22.12.2015. – Čajka. Kriminal'naja drama, 1.12.2015, <www.youtube.com/watch?v=eXYQbgvzxdM>.

¹⁴ Dvorez dlja Putina. Istorija samoj bol'šoj vzjatki. 19.1.2021, <www.youtube.com/watch?v=ipAnwilMncI>.

¹⁵ Leonid Parfenov obrušilsja s kritikoj na rossijskoe TV. Bbc.com, 26.11.2020. – Pozner raskazal o nesostojavšemsja interv'ju s Chodorkovskim na Pervom kanale. Vedomosti.ru, 18.10.2017.

landesweit öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen. Im Juli 2013 startete er seinen *YouTube*-Kanal. Das erste Video, das er hochlud, diente seinem Wahlkampf in Moskau.¹⁶ Damals wurde *YouTube* nur von ein paar Prozent der Bevölkerung überhaupt wahrgenommen, Fernsehen sahen dagegen so gut wie alle.¹⁷

Heute ist die Situation grundlegend anders. Seit 2017 ist die Zahl der Nutzer von Plattformen, auf denen Videoinhalte geteilt werden, in Russland explosionsartig gewachsen. Zwischen Internet und Fernsehen gibt es mittlerweile einen echten Wettbewerb um Zuschauer. Auch professionelle Journalisten haben begonnen, *YouTube* zu nutzen: Jurij Dud', Leonid Parfenov und Aleksej Pivovarov eröffneten eigene Video-Blogs.¹⁸ Kanäle kommunistischer Politiker wie Nikolaj Bondarenko und Nikolaj Platoškin oder der Liberalen Il'ja Jašin und Ljubov' Sobol' gewannen an Popularität. Heute sieht sich jeder dritte in Russland regelmäßig *YouTube*-Videos an. Das sind vor allem Menschen unter 35 Jahren. Dass so viele Menschen Naval'nyjs *Palast für Putin* sahen, ist nicht nur der beharrlichen Arbeit des Naval'nyj-Teams zu verdanken, sondern auch eine Folge dieser allgemeinen Entwicklung.

Auf die Zusammensetzung von Naval'nyjs Anhängerschaft hat diese erzwungene Fokussierung auf soziale Medien erheblichen Einfluss: Er ist vor allem bei jungen Menschen beliebt, die aktive Nutzer des Internets sind. Die ältere Generation hingegen, die im Wesentlichen weiterhin dem Fernsehen treu bleibt,¹⁹ begegnet den Helden des Internet mit Misstrauen – zumal wenn sie, wie Naval'nyj, in den TV-Nachrichten oder -Talkshows negativ dargestellt werden.

Ob das Pendel der öffentlichen Meinung für oder gegen Naval'nyj ausschlägt, hängt wesentlich davon ab, ob die Bevölkerung mehrheitlich soziale Medien oder das Fernsehen nutzt. Die Zahl der Nutzer sozialer Netzwerke wächst, die der Fernsehzuschauer sinkt, aber diese Veränderungen vollziehen sich langsam. Soziale Netzwerke werden frühestens in fünf Jahren die heutige Reichweite des Fernsehens haben. Bis dahin ist das Kräfteverhältnis für Naval'nyj und andere unabhängige Politiker ungünstig.

Ein Politiker von Rang

Als der „Krim-Effekt“ nachließ, das Durchschnittseinkommen der Bürger sank und die Unzufriedenheit mit dem Putin-System wuchs, erwachte das Interesse an einer politischen Alternative wieder. Davon konnte Naval'nyj profitieren.²⁰ Im Dezember 2016

¹⁶ Aleksej Naval'nyj. YouTube, <www.youtube.com/c/Алексе́йНава́льный/about>.

¹⁷ Zu den wichtigsten sozialen Netzwerke in Russland: Social'nye seti v Rossii. Levada-centr, 23.2.2021.

¹⁸ Naval'nyjs *YouTube*-Kanal hatte Anfang 2020 6,5 Mio. Abonnenten, Jurij Dud' startete seinen Kanal 2017. Heute hat er 8,8 Mio. Abonnenten, Aleksej Pivovarovs startete seinen Kanal im Frühjahr 2018 und hat zwei Mio. Abonnenten, Nikolaj Bondarenko eröffnete 2018 seinen Kanal „Tagebuch eines Abgeordneten“, ihm folgen 1,3 Millionen Abonnenten.

¹⁹ Zum Altersunterschied des Internet- und Fernsehpublikums: Rossijskij medialandšaft – 2019. Levada-centr, 1.8.2019, S. 6.

²⁰ Einen Monat zuvor hatte das Oberste Gericht Russlands, geleitet vom Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), das Urteil im Fall *Kirovles* aufgehoben und eine erneute Überprüfung des Falls angeordnet. Dies gab Naval'nyj formell die Chance, bei den Wahlen zu kandidieren. Im Februar 2017 verurteilte das Gericht den Politiker jedoch erneut

kündigte er an, bei den kommenden Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Per Video, das er auf seinem *YouTube*-Kanal veröffentlichte, forderte er seine Anhänger auf, sich seinem Team anzuschließen.²¹ Einen Monat später kündigte er die Eröffnung regionaler Stäbe an.²² Der erste wurde im Februar 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt. Einige der Freiwilligen schilderten, Naval'nyj sei der erste Politiker aus Moskau, der in ihre Stadt gekommen sei und ihnen angeboten habe, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Zuvor hatten Oppositionspolitiker es oft versäumt, durch das Land zu reisen und sich statt dessen auf Fernsehauftritte beschränkt. Ende 2017 gab Naval'nyj bekannt, dass er ein Netzwerk aus 83 Regionalstäben aufgebaut und 200 000 Freiwillige für seinen Wahlkampf gewonnen habe.²³

Sein Wahlkampf startete mit einem neuen investigativen Film, in dem Naval'nyj erhebliche Korruptionsvorwürfe gegen Dmitrij Medvedev erhob: *Für euch ist er nicht Dimon* (On vam ne Dimon) war das erste nicht nur seriös recherchierte, sondern auch filmtechnisch und künstlerisch hochkarätige Projekt dieser Art, und es erzielte eine enorme Reichweite.²⁴ Bis heute wurde das Video über 40 Millionen Mal aufgerufen. Dieser Film dürfte einiges dazu beigetragen haben, dass die Umfragewerte des damaligen Ministerpräsidenten in der öffentlichen Meinung um zehn Prozentpunkte einbrachen.²⁵ Da eine Reaktion aus dem Kreml auf die Vorwürfe ausblieb, rief Naval'nyj seine Anhänger zu Protesten auf.

Der Film, die Mobilisierung über die regionalen Stäbe, die Empörung über die Korruption und die angestaute Wut auf das Regime brachten Zehntausende Bürgerinnen und Bürger auf die Straße. All das ließ Naval'nyjs Popularität steigen. Mitte 2018 gehörte er in den Meinungsumfragen zum ersten Mal zu den zehn Politikern, denen die Bevölkerung am meisten vertraute.²⁶ Während die amtierende politische Führung an öffentlicher Unterstützung verlor, stieg Naval'nyjs Ansehen. Seitdem ist er aus der politischen Landschaft Russlands nicht mehr wegzudenken. Man mag ihn beschimpfen und diskreditieren, aber seine Filme wurden angeschaut, und selbst seine Gegner verfolgten seine Reden.

Auf die offen gestellte Frage, welchem Politiker sie vertrauen würden, nannten im letzten Quartal 2020 vier Prozent der Befragten Aleksej Naval'nyj.²⁷ Dieser Wert entspricht in etwa dem Vertrauen, das der Chef der Kommunisten Gennadij Zjuganov genießt, liegt aber deutlich unter dem Anteil derer, die Vladimir Putin vertrauen (33 Prozent).

zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren auf Bewährung, wobei das neue Urteil das alte exakt wiederholte. Ungeachtet dessen setzte Naval'nyj seinen Wahlkampf fort.

²¹ Pora vybirat': Aleksej Naval'nyj – kandidat v prezidenty Rossii. YouTube, 13.12.2016, <www.youtube.com/watch?v=wkN8sSrUbdY>.

²² Nebol'soj otčet o chode kampanii i plany kratko. Navalny.com, 18.1.2017.

²³ Publikuem predvybornuju programmu Naval'nogo. Naval'nyj.com, 13.12.2018.

²⁴ On vam ne Dimon. Youtube, 2.3.2017, <www.youtube.com/watch?v=qrwlk7_GF9g>. „Dimon“ ist das Diminutiv von Dmitrij.

²⁵ Allerdings waren die Zustimmungswerte für Dmitrij Medvedev über zwei Jahren kontinuierlich gesunken: Éffekt ot fil'ma „On vam ne Dimon“ počti prošel. Gazeta.ru, 27.5.2017.

²⁶ Doverie politikam. Levada-centr, 3.7.2018.

²⁷ Bei offenen Fragestellungen werden den Befragten keine Vorgaben gemacht. Sie sollen Politiker nennen, denen sie vertrauen; eine signifikante Zahl der Befragten tut sich schwer zu antworten. Daher liefern offene Fragen immer niedrigere Ergebnisse als Multiple-Choice-Fragen. Für die Befragten ist es viel einfacher, eine Option unter mehreren Vorschlägen auszuwählen, als selbst zu denken. Doverie politikam, 12.1.2020.

Angesichts der Tatsache, dass Naval'nyj diese Unterstützung alleine erzielte, unter ungleichen Bedingungen und ohne Zugang zum Fernsehen, ist er dennoch beachtlich. Fragt man nicht allgemein nach dem Vertrauen, sondern inwiefern die Befragten die konkreten politischen Positionen gutheißen, so billigten Anfang 2021 etwa 20 Prozent der Bevölkerung Naval'nyjs politische Position. Das war zwar dreimal mehr als vor sieben Jahren, aber gleichzeitig weniger als ein Drittel der Billigung von 69 Prozent, auf die sich Vladimir Putin stützen kann.²⁸ Naval'nyj wurde im Herbst 2020 von 20 Prozent der Bevölkerung positiv und von 55 Prozent negativ bewertet.²⁹ Selbst in den Gruppen, in denen die Unterstützung für ihn am stärksten ist – unter jungen Menschen und Nutzern sozialer Netzwerke –, unterstützt ihn nur ein Drittel der Befragten. Zwei Drittel begegnen ihm mit Ablehnung. Unter den Älteren und Fernsehzuschauern ist die Ablehnung noch weiter verbreitet. Unter ihnen bewertet nur jeder zehnte Naval'nyj positiv.³⁰

Naval'nyjs Anhänger schätzen ihn vor allem dafür, dass er „die Wahrheit sagt“, „einen alternativen Standpunkt vertritt“, „gegen das Regime kämpft“ oder „keine Angst hat“. Obwohl Naval'nyj mit einigen hochkarätigen Recherchen über Korruption in der Elite Berühmtheit erlangte, ist das Bild des Korruptionsbekämpfers in letzter Zeit etwas in den Hintergrund getreten. Ins Zentrum rückt stattdessen das Bild des „schönen Russlands der Zukunft“, das er in seinen Reden gern ausmalt. Je stärker die öffentliche Unterstützung für die amtierende politische Führung erodierte, desto mehr gewann Naval'nyj als Alternative zu Vladimir Putin an Bedeutung. Das machte den Kreml nervös.

Aber die Mehrheit der Bevölkerung sieht Aleksej Naval'nyj nach wie vor in negativem Licht. Die ältere Generation reproduziert vielfach Aussagen aus dem Fernsehen: „Naval'nyj ist ein westlicher Agent“ (Subtext: ein Verräter), er „redet viel, tut aber wenig“ (Subtext: er ist also nicht besser als jene, die er kritisiert), er „stiftet Unordnung und Chaos“, „will unser Land zerstören“, „verführt Kinder zum Demonstrieren“, „ist ein Wirtschaftskrimineller“ und eine „korrupte, in Delikte verwickelte Person“.³¹

Der wichtigste Auslöser dieser Ablehnung sind Naval'nyjs Verbindungen zum Westen – sein Studienaufenthalt in den USA, seine Popularität in den westlichen Medien und der Politik, seine medizinische Behandlung in Deutschland nach seiner Vergiftung vom August 2020 und der Besuch von Bundeskanzlerin Merkel bei ihm in der Klinik. Auch dies gilt vor allem für die ältere Generation, in der viele schon den Hauch einer Beziehung zum Ausland als Beweis für eine Zusammenarbeit mit ausländischen Geheimdiensten werten. Dass das Regime Naval'nyjs *Stiftung zur Bekämpfung der Korruption* zu einem „ausländischen Agenten“ erklärte, ist für diesen Teil der Bevölkerung daher völlig schlüssig. Von den ärmeren Schichten werden Auslandserfahrungen zudem auch als Symbol für die privilegierte Stellung eines Politikers wahrgenommen. Urlaubsreisen oder medizinische Behandlungen im Ausland gelten hier als unerreichbarer Luxus. Diesen Umstand macht sich die Kreml-Propaganda zunutze.

²⁸ Vozvraščenie Alekseja Naval'nogo. Levada-centr, 5.2.2021.

²⁹ Odobrenie institutov vlasti. Levada-centr, 1.10.2020.

³⁰ Aleksej Naval'nyj: otnošenie i otravlenie. Levada-centr, 2.10.2020.

³¹ Berichte von „Dožd“ und „Real Time“ aus der Stadt, wo Naval'nyj nach seiner Festnahme zunächst inhaftiert war, sowie Interviews von Journalisten mit Einwohnern vermitteln den Eindruck, dass die vorherrschende Einstellung der älteren Generation zu Naval'nyj negativ war. Televizor dlja tjur'my i voli. Novaygazeta.ru, 5.3.2021. – Polnaja izoljacija i psihologičeskoe davlenie. Kak ustroena IK-2, kuda étapirovali Naval'nogo. YouTube, 28.2.2021, <www.youtube.com/watch?v=A2Hzfm627_Q>. – Čto o Naval'nom dumajut v gorode, kuda ego étapirovali. Facebook, 1.3.2021, <www.facebook.com/watch/?v=508900820508331>.

Vor allem jüngere Menschen und jene, die in Russlands Millionenstädten leben und selbst gerne ins Ausland reisen, sehen Naval’nyjs Verbindung zum Westen viel gelassener. Sie sind davon überzeugt, dass das Putin-Regime die Behauptung von der westlichen Einmischung ausspielt, um eigene Fehler zu verschleiern, und jeden politischen Gegner zum feindlichen „Agenten“ erklärt. Je häufiger das Regime diese angebliche „Bedrohung aus dem Westen“ ins Spiel bringe, desto mehr nutze das Argument sich ab, meinen diese Befragten.

Doch für Aleksej Naval’nyj wäre es eine riskante Strategie, sich aktiv um die Unterstützung des Westens zu bemühen. Zu groß ist die Gefahr, dass man ihn in diesem Fall wenn nicht als Agenten, so doch als Bauer im Spiel anderer Kräfte und als Querulanten sähe. Nicht zuletzt das dürfte ihn im Januar 2021 zur Rückkehr nach Russland veranlassen haben, obwohl ihm klar war, dass ihm die sofortige Inhaftierung droht. Wäre er emigriert, hätte das unvermeidlich seine schnelle Marginalisierung bedeutet, so hingegen bewahrte er sich eine Chance, in ferner Zukunft in Russland politisch tätig zu sein.

Die Vergiftung

Aleksej Naval’nyjs Vergiftung im August 2020, die sich zu einem internationalen Skandal für Russland entwickelte und zeitweise sogar den Bau des milliardenschweren Projekts *Nord Stream 2* zu stoppen drohte, fand im eigenen Land nur eine geringe Resonanz. Der Fall Naval’nyj trat gegenüber den Protesten in Belarus, welche die Bevölkerung in ihren Bann zogen, und den alarmierenden Corona-Nachrichten in den Hintergrund.³² Im September 2020 verfolgten nur 18 Prozent der Befragten den Fall Naval’nyj aufmerksam. Das sind nicht wenige, aber auch nicht viele. Die meisten Befragten hatten irgendwas gehört, aber keine präzise Vorstellung davon, was geschehen war.³³

Wesentlich größeres Interesse für die Hintergründe von Naval’nyjs Vergiftung legte die Internet-Community an den Tag, vor allem jene, die regelmäßig *Telegram*-Kanäle nutzten. Wieder präsentierten das Fernsehen und das Internet zwei diametral unterschiedliche Darstellungen des Geschehens.

Unter den 77 Prozent der Bevölkerung, die überhaupt von der Vergiftung Naval’nyjs gehört hatten, waren nur 15 Prozent bereit, sie den eigenen Geheimdiensten anzulasten. Das waren wieder vor allem Internetnutzer und jene, die allgemein mit dem Putin-System und dem Kurs des Landes unzufrieden sind, sowie jene, welche die Ermittlungen aufmerksam verfolgten. In diesen Kreisen vertreten zwei- bis zweieinhalbmahl mehr Personen die Interpretation, dass Naval’nyj vorsätzlich von russländischen Geheimdienstlern vergiftet wurde.³⁴ Die anfängliche fehlende Bereitschaft der russländischen Behörden, Naval’nyj zur Behandlung ins Ausland ausreisen zu lassen, interpretieren sie als ein zusätzliches Indiz für ihre Schuld. Diese Menschen schätzen an Naval’nyj seinen Mut – eine Einschätzung, die seine Rückkehr in sein Heimatland noch einmal bekräftigt hat.

Die meisten jener Befragten, die über den Fall informiert sind, sind jedoch der Meinung, dass Naval’nyj seine Vergiftung selbst inszeniert habe (rund 30 Prozent) oder dass diese eine Provokation westlicher Geheimdienste gewesen sei (19 Prozent). Diese Position

³² Zapomnivšiesja sobytija. Levada-centr, 31.8.2020.

³³ Aleksej Naval’nyj: otnošenje i otravlenie. Levada-centr, 2.10.2020.

³⁴ Otravlenie Alekseja Naval’nogo. Levada-centr, 24.12.2020.

vertreten vor allem ältere Menschen, Fernsehzuschauer und Unterstützer des Regimes. Schon vor seiner Vergiftung hielten sie Naval'nyj für einen Parvenü, ein Großmaul, einen Provokateur und Kollaborateur ausländischer Geheimdienste.

In den Fokusgruppen wiederholten die Befragten zum Teil wortwörtlich Vladimir Putins Aussagen oder Klischees der Fernsehpropaganda: „Wenn sie ihn hätten umbringen wollen, würde er jetzt nicht mehr leben“, „Novičok ist tödlich, nur nicht für Naval'nyj?“, „Das ist alles ein Fake, ein Schwindel“, „Naval'nyj wollte nur einen Hype erzeugen“, „Er wollte auf Staatskosten ins Ausland fahren“. Für Leute, die derartige Positionen vertreten, ist Naval'nyjs Behandlung im Ausland ein zusätzlicher Grund, ihn zu verachten: „Wenn Naval'nyj einer von uns ist, warum fliegt er dann nach Deutschland? Stirb gefälligst hier, wie wir!“ Unter denen, die Naval'nyjs Vergiftung als Inszenierung oder Provokation betrachten, sehen manche sich durch seine Rückkehr bestätigt: Naval'nyj sei nur eine Marionette in den Händen anderer, er „ist nicht freiwillig zurückgekehrt, so mutig ist er nicht, er hat offensichtlich einen direkten Befehl befolgt.“

Diese polarisierte Interpretation der Hintergründe von Naval'nyjs Vergiftung fügt sich in die recht stabile Einstellung der jeweiligen Gruppen zur Lage im Lande, zum Regime im Allgemeinen und zur Person Naval'nyj. Diese Einstellungen sind weniger von Fakten als von langlebigeren Weltbildern bestimmt. Deshalb hat selbst die Tatsache, dass Naval'nyj vergiftet wurde, nichts an der Einstellung der meisten Bürger Russlands zu ihm und seinen Aktivitäten verändert. Allenfalls bringt man ihm seither etwas mehr Sympathie und Mitgefühl entgegen.

Ein Palast für Putin

Naval'nyjs Film über Putin, der am 19. Januar 2021 auf *YouTube* veröffentlicht wurde, wurde zu einer Sensation.³⁵ Bereits in den ersten drei Wochen wurde er mehr als 100 Millionen Mal aufgerufen. Zu diesem Zeitpunkt hatte ihn etwa ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung Russlands gesehen. Er erreichte damit ein viermal größeres Publikum als die vorausgegangene Recherche *Für euch ist er kein Dimon*.³⁶ Die Zuschauerreichweite, die Naval'nyj mit dem Putin-Film erzielte, entsprach der von Putins Jahresansprache, die von etwas mehr als einem Drittel der Bevölkerung verfolgt wird. Die Geschichte über Putins Palast wurde so bekannt, dass das anfängliche Schweigen der russländischen Fernsehsender sogar unter den Anhängern des Regimes Beunruhigung auslöste. In Fokusgruppen wurde die Frage laut, ob die politische Spitze ihren Kritikern nichts zu entgegnen habe; die Nervosität wuchs.

Ein paar Tage später brach der Kreml sein Schweigen. Vladimir Putin persönlich erklärte im Fernsehen, dass der bewusste Palast „weder ihm noch seinen nahen Verwandten gehört“. Von da an wurde Naval'nyjs Name, den die offiziellen russländischen Medien zuvor so selten wie möglich zu erwähnen versucht hatten, im Fernsehen hier und da genannt. Natürlich wurde nicht das Ergebnis seiner Recherchen behandelt, sondern Details seiner Strafverfahren. Die Sender verbreiteten pflichtschuldig den Vorwurf, dass Naval'nyj für westliche Geheimdienste arbeite.

³⁵ Dvorec dlja Putina. Istorija samoj bol'šoj vzjatki. 19.1.2021, <www.youtube.com/watch?v=ipAnwilMncI>.

³⁶ Fil'm „Dvorec dlja Putina“. Levada-centr, 8.2.2021.

Doch abgesehen von dem enormen Zuspruch, den das Video fand, reagierte die russländische Gesellschaft auf die Vorwürfe gegen den Präsidenten äußerst zurückhaltend.³⁷ Weniger als ein Fünftel der Befragten zeigte sich empört über die im Film nachgewiesene Korruption. Wie üblich waren das primär junge Leute, Internetnutzer und Kritiker des Regimes. Das Gros der Gesellschaft reagiert distanziert, man war unwillig, sich auf die Details der Recherche einzulassen und tendierte dazu, den Präsidenten zu rechtfertigen. In einer Fokusgruppe sagten die Respondenten: „Haben wir irgendetwas Neues erfahren aus dieser Recherche?“, „Ein Palast für Putin – na und?“, „Ein Präsident soll schließlich gut leben!“, „Nach 20 Jahren hat er sich das mal verdient“ und sogar „Das ist noch bescheiden, schauen Sie mal, welche Villen normale Beamte haben!“ oder „Putin hat ein Recht auf einen Palast!“. All diese Reaktionen zeigen, in welchem Maße die russländische Gesellschaft Korruption akzeptiert. Unter den älteren Befragten waren viele, welche die ganze Recherche für eine vom Westen eingefädelte Aktion zur Verleumdung des Präsidenten zum Zweck der Destabilisierung des Landes hielten. Wer nach diesem Film einen starken Anstieg von Naval’nyjs Popularität sowie einen Einbruch von Putins Umfragewerten erwartet hatte, lag falsch. Umfragen zeigen, dass der Film vor allem jene beeindruckte, die ohnehin vom Präsidenten enttäuscht sind; sie fanden sich durch die Recherchen in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt. Andere reagierten gleichgültig. Die meisten waren geneigt, den Präsidenten auf die eine oder andere Weise zu rechtfertigen. An seiner Popularität änderte sich nichts.³⁸ Wie bereits im Falle der Vergiftung zeigte sich erneut die Trägheit der russländischen öffentlichen Meinung. Naval’nyj hat sich seinen jetzigen Bekanntheitsgrad über die Jahre hart erarbeitet, und man kann ohne Übertreibung sagen, dass er und sein Team ihre gegenwärtigen Möglichkeiten mit dieser letzten Aktion maximal ausgeschöpft haben. Die dramatischen Ereignisse nach Naval’nyjs Rückkehr nach Russland, seine Verhaftung, der kurze Prozess, die Urteilsverkündung, die landesweiten Proteste zu seiner Unterstützung und die Verlegung aus dem Untersuchungsgefängnis in die Strafkolonie haben alle übrigen Nachrichten des ersten Quartals 2021 in den Schatten gestellt und das Interesse für den in diesem Kontext veröffentlichten Film enorm gesteigert.³⁹ Diesen Erfolg zu wiederholen, während Naval’nyj inhaftiert ist und gegen zahlreiche seiner Mitarbeiter strafrechtlich ermittelt wird, dürfte schwierig sein.

Protestaktionen

Im Januar 2021 fanden zur Unterstützung von Aleksej Naval’nyj in über 100 Städten Russlands Protestkundgebungen statt. Von ihrer Breite her erinnerten sie an die Anti-Korruptionsproteste von 2017. Es waren mehr Städte beteiligt, doch die Zahl der Teilnehmer an den größten Kundgebungen war nicht größer als vor vier Jahren. In Moskau gingen 150 000 bis 200 000 Menschen auf die Straße.⁴⁰ Ungefähr die gleiche Anzahl hatte an den dezentralen Aktionen zur Unterstützung nicht registrierter Kandidaten zur Wahl der Moskauer Stadtduma im Juli 2019 teilgenommen; bei den Protesten gegen

³⁷ Putin o dvorce v Gelendžike. YouTube, 25.1.2021, <www.youtube.com/watch?v=nbmnBzEYbvg>.

³⁸ Odobrenie institutov i doverie politikam. Levada-centr, 25.2.2021.

³⁹ Sobytija mesjaca. Levada-centr, 5.3.2021.

⁴⁰ Och, nelegkaja éta subбота. Kommersant.ru, 25.1.2021. Die Zahlen stammen von der NGO Crowd monitoring, White counter.

die Rentenreform 2018 und den Demonstrationen für faire Wahlen 2011/2012 waren es noch etwas mehr gewesen.

Gleichzeitig ist die Proteststimmung in Russlands Gesellschaft nicht auf die Anhänger von Aleksej Naval'nyj beschränkt. Auch andere Politiker, von den Kommunisten bis zum LDPR-Führer Vladimir Žirinovskij, buhlen um die Sympathie der protestwilligen Bürger. Das Bild der Proteste im Januar 2021 war wie schon 2017 von jungen Menschen geprägt. Die Kerngruppe der Demonstranten war die Kohorte der 25- bis 35-Jährigen, und nicht etwa „Schulkinder“, wie die Kremlpropagandisten behaupteten.⁴¹ Es ist unwahrscheinlich, dass alle Teilnehmer an diesen Kundgebungen glühende Verehrer von Naval'nyj waren. In verschiedenen Teilen des Landes gingen die Menschen nicht nur auf die Straße, um ihn zu unterstützen oder seine Freilassung zu fordern, sondern auch, um ihre Unzufriedenheit mit dem Regime und ihre Sorge über ihre fehlenden Lebensperspektiven auszudrücken. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass den unmittelbaren Anstoß für die gleichzeitigen Demonstrationen im ganzen Lande der Film *Ein Palast für Putin* sowie die koordinierten Aktionen von Naval'nyjs Regionalstäben gaben.

Angesichts des allgemein sinkenden Lebensstandards, der wachsenden wirtschaftlichen Probleme und der Erhöhung des Renteneintrittsalters ist der Unmut über den Machtapparat und den Präsidenten persönlich gewachsen. In Fokusgruppen hört man Sätze wie „die Regierenden hören den Menschen nicht zu“, „sie kümmern sich nicht um uns“, „sie haben Milliarden zu verteilen“, „die Staatsmacht hat Angst vor den Menschen“, „auf zwei Bürger kommt bei uns ein Silovik“.⁴²

Bei der jüngsten Protestwelle gingen die Menschen in Russland trotz drohender Verhaftungen auf die Straße. Immer wieder war auf den Plakaten zu lesen „Wir haben keine Angst!“. Bereits im Sommer und Herbst 2019 zeigten sich in Fokusgruppen junge Demonstranten auch in kleinen Städten exzellent informiert über die Hintergründe der Proteste in Moskau. Sie verurteilten den Ausschluss unabhängiger Kandidaten von den Wahlen und empörten sich über die Polizeigewalt. 2020 zeigte sich, dass junge Leute – anders als die Älteren – präzise Kenntnis über die Hintergründe der Proteste in der Region Chabarovsk und in Belarus hatten. Insofern ist davon auszugehen, dass viele genau wussten, worauf sie sich einließen, als sie für Naval'nyjs Freilassung protestierten. Sie waren bereit, sich trotzdem zu engagieren. Unter den Älteren hingegen hat die Fernsehpropaganda einmal mehr verfangen. Sie assoziieren mit den Demonstrationen vom Januar „Minderjährigenproteste“ oder gar einen „Kinderkreuzzug“.

Die negative Haltung der Älteren wird verstärkt durch den Generationenkonflikt, der in den letzten Jahren an Schärfe gewonnen hat. In unseren Fokusgruppen wie in Reden kremlnaher Politiker ist immer häufiger die Rede davon, dass „wir unsere Jugend verlieren“, sie „im Internet sitzt“, anders als ihre Eltern sei, auf den Westen schaue, anfällig für Provokationen sei und so schnell wie möglich „auf den rechten Weg“ zurückgebracht werden müsse. Diese Haltung befeuert die politische Reaktion, den repressiven Kurs gegen die Demonstranten, die Härte gegen Naval'nyj und sein Team.

⁴¹ Dazu die Mini-Umfragen bei Aktionen in Moskau, die von Aleksandra Archipova, Aleksej Zacharov und Freiwilligen von White Counter organisiert wurden: Malo detej, mnogo ženščin: sociologi o sostave učastnikov akcii protesta 23 janvarja. The Bell, 2.1.2021.

⁴² Siloviki sind die Angehörigen der Ministerien die das staatliche Gewaltmonopol repräsentieren: die Armee, die Polizei, die Geheimdienste, die Nationalgarde.

Wie geht es weiter?

Aleksej Naval'nyjs Glaubwürdigkeit als einer der prominentesten Oppositionellen Russlands ist das Resultat jahrelanger Arbeit. Zu den Meilensteinen auf seinem Weg gehören die Proteste 2011/2012, sein Kampf um das Bürgermeisteramt in Moskau 2013, der Aufbau seines *YouTube*-Kanals und sein Kampf um das Recht, 2018 für das Präsidentenamt kandidieren zu dürfen. Naval'nyj hat sich als talentierter Organisator erwiesen. Ihm ist es gelungen, ein effektives Team von Gleichgesinnten in der *Stiftung zur Bekämpfung der Korruption* und ein Netzwerk von Regionalstäben im ganzen Land aufzubauen. Sie bilden die Basis für eine Partei, deren Registrierung die Behörden jedoch verhindern. In vielerlei Hinsicht war Naval'nyj ein Vorreiter: Er war einer der ersten Politiker, der auf das Internet und soziale Netzwerke setzte, der in Russland für seine Arbeit Crowdfunding betrieb, Videos und neue Techniken professionell und virtuos nutzte und ständig mit seinen potenziellen Wählerinnen und Wählern entweder persönlich vor Ort oder digital kommunizierte.

Der Wandel der russländischen Gesellschaft hat zu Naval'nyjs Erfolg beigetragen, so die wachsende Nutzung des Internet, sozialer Medien und der Plattformen zur Verbreitung visueller Informationen wie *YouTube* und *Instagram* – bei gleichzeitigem langsamem Bedeutungsverlust des Fernsehens. Der ostentative Luxus, in dem Russlands herrschende Klasse lebt, ist Wasser auf die Mühlen von Naval'nyjs Korruptions-Recherchen und investigativen Filmen.

Doch seine Inhaftierung und die strafrechtliche Verfolgung seiner Anhänger schränkt deren Organisationsfähigkeit massiv ein. Es bleibt abzuwarten, wie Naval'nyjs Team ohne ihn agieren wird. Er selbst wird die Schrecken einer Gefängnishaft in Russland in voller Gänze erfahren. Die Fortsetzung der investigativen Arbeit, die politische Arbeit in den Regionen und der Erhalt des Interesses und der Aufmerksamkeit des Publikums stehen angesichts des zunehmenden politischen Drucks in Frage. Es geht jetzt nicht darum, neue Unterstützer zu gewinnen, sondern die Glaubwürdigkeit und den Einfluss auf die Öffentlichkeit zu erhalten.

Doch die Probleme, die Naval'nyj und sein Team anprangern, werden durch seine Inhaftierung und die Repressionen gegen seine Stäbe nicht verschwinden. Die Kluft zwischen Jung und Alt, die sich in den letzten Jahren vergrößert hat, löst sich nicht auf. Die Unzufriedenheit des aktiven, gebildeten, städtischen Teils der russländischen Gesellschaft mit ihrer Perspektivlosigkeit, mit dem Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten und der wirtschaftlichen Stagnation wird andauern und sich angesichts des kriminellen Luxus der russländischen Elite noch verschärfen. Die Diskussion über das „schöne Russland der Zukunft“, die Naval'nyj und seine Unterstützer begonnen haben, bleibt relevant. Es wird weiterhin Menschen geben, die von Naval'nyj inspiriert werden, sich aktiv an der Politik zu beteiligen. Dies bedeutet, dass es noch zu früh ist, ihn abzuschreiben – vorausgesetzt, er überlebt seine Haft.

Aus dem Russischen von Roland Götz, Aurich

Schlagwörter:

Russland, autoritäres System, Autokratie, Navalny, Korruption, Zivilgesellschaft

osteuropa



Labortest

Pandemiebekämpfung im Osten Europas

Diagnosediagnosen von Prag bis Vladivostok. <zeitschrift-osteuropa.de>

Roland Götz

Russlands Pandemiopolitik

Maßnahmen und Ergebnisse

In Russland traf man gegen die Ausbreitung des Coronavirus im ersten Halbjahr 2020 strengere Maßnahmen als in vielen anderen Ländern. Sie wurden im zweiten Halbjahr 2020 und im Frühjahr 2021 aber weitgehend zurückgenommen. Die Pandemiopolitik schien dennoch erfolgreich zu sein: Der Staatshaushalt wurde durch sie wenig belastet und die volkswirtschaftliche Produktion ging in geringerem Maß zurück als in anderen Ländern, weil man von starken Beschränkungen der Unternehmenstätigkeit absah. Das Land rühmt sich einer günstigen Platzierung in der Welt-rangliste der an die WHO gemeldeten Infektions- und Todesfälle. Jedoch geben diese offiziellen Daten die Wirklichkeit nicht wieder. Die 2020 gegenüber 2019 deutlich gestiegene Sterblichkeit lässt auf eine sechsmal so hohe Zahl von Covid-19-Toten und Infektionsfällen schließen, im ersten Vierteljahr 2021 auf eine dreimal so hohe Zahl.

Im Januar 2020 entwickelte sich die neuartige Lungenentzündung Covid-19 in China zu einer Epidemie. Russland reagierte schnell: Angesichts der drohenden Ausweitung schloss Moskau Ende Januar die Grenze nach China für den Eisenbahn- und Kraftfahrzeugverkehr. Der Flugverkehr mit China und später auch mit anderen Ländern wurde eingeschränkt. Man redete und schrieb vom „chinesischen Virus“.

Am 27. Januar wurde den zahlreichen Regierungskommissionen ein „Operativer Stab zur Verhinderung der Einführung und Verbreitung einer neuen Coronavirus-Infektion in der Russländischen Föderation“ hinzugefügt. Unterstellt wurde er Tat'jana Golikova, einer Stellvertreterin des Ministerpräsidenten, die weitere zwölf Regierungskommissionen zu anderen Themen leitet.¹ Dem Zentralstab wurde ein zentraler Koordinationsrat unter Vorsitz von Ministerpräsident Michail Mišustin zur Seite gestellt.² In den föderalen Ministerien sowie den Verwaltungen der Gebietseinheiten der Föderation wurden in den folgenden Wochen ebenfalls derartige Stäbe und Koordinationsräte eingerichtet. Im Staatsrat wurde auf Anweisung von Präsident Vladimir Putin am 15. März eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich um die Umsetzung der vom Zentralstab beschlossenen Maß-

Roland Götz (1943), Dipl.-Volkswirt, Dr. oec. publ., Aurich

Von Roland Götz erschien zuletzt in OSTEUROPA: Staatskapitalismus à la Belarus. Sonderweg, Umweg oder Sackgasse? in: OSTEUROPA, 10–11/2020, S. 35–59. – Vom Öl-Boom zur Stagnation. Russlands Volkswirtschaft unter Putin, in: OE, 6/2020, S. 83–107. – Sečins Öl-krieg. Die OPEC+ und Russland, in: OE, 3–4/2020, S. 3–14.

¹ Operativnyj štab po predupreždeniju zavoza i rasprostraneniya novoj koronavirusnoj infekcii na territorii Rossijskoj Federacii, <<https://xn--80aesfpebagmfb1c0a.xn--p1ai/what-is-done/hq>>.

² Koordinacionnyj sovet po bor'be s COVID-19, <<https://xn--80aesfpebagmfb1c0a.xn--p1ai/what-is-done/council/>>.

nahmen in den Gebietseinheiten kümmern soll. Ihr steht Moskaus Bürgermeister Sergej Sobjanin vor.³

Im Februar 2020 wurden Einreisesperren für Ausländer verhängt. Erst Mitte März 2020 leitete die Regierung Schritte ein, welche die eigene Bevölkerung betrafen: Die Besucherzahlen von Museen, Theatern, Kinos und anderen Kultureinrichtungen sowie von großen Sportveranstaltungen wurden begrenzt, die Schulen geschlossen. Der Unterricht sollte mit Hilfe digitaler Medien zuhause stattfinden.⁴

Präsident Putin trat, wie schon bei früheren Katastrophen, zunächst nicht öffentlich auf. An seiner Stelle profilierte sich Bürgermeister Sobjanin als Krisenmanager. In einem Gespräch mit Putin, das auf der Internetseite des Kreml veröffentlicht wurde, war er es, der den Präsidenten belehrte.⁵ Auch bei anderer Gelegenheit wirkte Putin eher passiv: Am 24. März 2020 besuchte er die städtische Klinik Nr. 40 in Kommunarka im Gebiet Moskau, die sich auf die Behandlung von Coronapatienten spezialisiert hat und ließ sich vom Chefarzt des Krankenhauses, Denis Prozenko, informieren.⁶ Dieser Krankenhausbesuch schien Putin beeindruckt zu haben. Am folgenden Tag äußerte er sich in einer Fernsehansprache erstmals zum Thema.⁷ Er erklärte, dass Russland sich aufgrund seiner geographischen Lage nicht gegen die Pandemie abschotten könne, und forderte seine Landsleute auf, die Gefahr ernst zu nehmen. Das Beste sei, zu Hause zu bleiben. Er verkündete eine arbeitsfreie Zeit bei voller Bezahlung vom 30. März bis 3. April, die später bis Ende April verlängert wurde. Ausgenommen sollten Staatsbedienstete, medizinisches Personal, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Finanzinstitutionen, Handwerksbetriebe und Nahrungsmittelhersteller sein. Außerdem gab Putin die Verschiebung der Abstimmung über die Änderungen der Verfassung auf unbestimmte Zeit bekannt.⁸

Am 2. April griff Putin in einer Fernsehansprache das Pandemiethema erneut auf.⁹ Er gewährte den Gouverneuren erweiterte Kompetenzen im Kampf gegen das Coronavirus. Diese ordneten Maßnahmen an, wie sie auch in anderen Ländern getroffen wurden. Dazu gehörten die Schließung von Geschäften, die keinen Waren des täglichen Bedarfs führen, von Gaststätten und Kultureinrichtungen sowie die Abriegelung der Grenzen ihrer Gebietseinheiten. Das Arbeiten zu Hause sowie das Maskentragen wurden zur Pflicht. Für ältere Bürger wurden spezielle Einkaufszeiten reserviert und sie wurden zur „selbständigen Isolation“ aufgefordert. Freilich agierten die föderalen Subjekte unterschiedlich. Die Republik Tschetschenien schloss als erstes Föderalsubjekt Russlands ihre Grenzen. Tatarstan übernahm das in Moskau vorgeschlagene Sys-

³ Mery pravitel'stva Rossijskoj Federacii po bor'be s koronavirusnoj infekciej i podderžke ekonomiki, <http://government.ru/support_measures/>.

⁴ Zu den Rechtsgrundlagen der Anti-Corona-Maßnahmen: Perečen' mer v svjazi s koronavirusom, KonsultantPljus, 2020, <www.consultant.ru/document/cons_doc_LAW_348585/>.

⁵ Jens Siegert: Russland und Corona – eine Zwischenbilanz, 2.4.2020, <<https://russland.boellblog.org/2020/04/02/russland-und-corona-eine-zwischenbilanz/>>. Video: 24.3.2020, <<http://kremlin.ru/events/president/news/63053/videos>>.

⁶ Osmotr bol'nicy v Kommunarke, Video: 24.3.2020, <<http://kremlin.ru/events/president/news/63054/videos>>.

⁷ Maria Lipman: Coronavirus statt Kaiserkrönung. Putins Verfassung und die Pandemie, in: OSTEUROPA, 3–4/2020, S. 89–98, hier S. 93ff.

⁸ Kreml, 25.3.2020, <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/63061>>. Video: <<http://kremlin.ru/events/president/news/63061/videos>>.

⁹ Kreml, 2.4.2020, <<http://en.kremlin.ru/events/president/transcripts/63133>>.

tem mit obligatorischen QR-Codes oder anderen Ausweisen, die Bewohner benötigten, wenn sie ihre Wohnung verlassen wollten. Regionen in Sibirien wie Krasnojarsk oder Tomsk haben Anfang April 2020 eine vierzehntägige Quarantäne für alle Besucher aus Moskau eingeführt.¹⁰

Die meisten Maßnahmen im ersten Halbjahr 2020 wurden im April und Mai ergriffen. Damals war die Zahl der Infektionen mit dem Coronavirus – nach Angaben der regionalen Stäbe, die an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gemeldet und auf einer Webseite der Regierung veröffentlicht werden (im Folgenden: „offizielle Angaben“) – landesweit von nahe Null bis fast auf 10 000 pro Tag angestiegen.¹¹ Ab Juni wurden die Anti-Corona-Maßnahmen schrittweise wieder zurückgenommen, während die Ansteckungszahl landesweit bis auf 5000 pro Tag sank. Die Überwachungs- und Schutzmaßnahmen setzten ab Oktober 2020 wieder ein und nahmen bis zum Jahresende, als die Zahl der täglichen Ansteckungen auf nahezu 30 000 anstieg, an Intensität zu. Anfang Dezember 2020 starteten in Moskau Massenimpfungen mit dem vom Gamaleja-Institut für Epidemiologie und Mikrobiologie entwickelten Impfstoff Sputnik V.¹² Damit war für Russlands Präsident und nach seinem Vorbild auch für die Führungsschicht des Landes das COVID-19-Thema, das in anderen Ländern noch weitere Monate die Schlagzeilen beherrschte, in den Hintergrund getreten. Der Journalist Sergej Šelin fasst es so zusammen:

Putins Aktivitäten gegen Covid fanden fast alle im Frühling [2020, R.G.] statt. Von Ende März bis Mitte Mai wandte er sich sogar in dem bei ihm nicht beliebten Genre kurzer Reden an die Nation. Dann wurde verkündet, die Krankheit sei besiegt. Diese These gilt bis heute. Als die Herbstwelle der Pandemie begann, die viel heftiger ausfiel als die im Frühjahr, hatte Putin bereits eine andere Rolle gewählt: Entgegen den Grundprinzipien des [zentralistischen; R.G.] Systems wurde die Verantwortung nun auf die Leiter der Regionalverwaltungen, Medizinbürokraten und Gesundheitsbehörden abgeschoben. [...] Selbst das PR-Instrument der öffentlichen Bestrafung von Beamten, die sich etwas zuschulden haben kommen lassen, wurde nur sehr selektiv und allenfalls gegen die Leiter regionaler Gesundheitsämter eingesetzt. Die Mitarbeiter der Behörden waren daher viel schwächer mobilisiert, als es möglich gewesen wäre. Ganz zu schweigen von verwirrenden Signalen, die darauf hindeuten, dass das Staatsoberhaupt in die Pandemiepolitik kaum eingebunden ist: Petersburger Beamte, die versuchten, den Neujahrstourismus zu verhindern, mussten plötzlich hören, wie der Präsident die Russen dazu aufruft, doch öfter mal nach Sankt Petersburg zu fahren. Und der einfache Bürger, der zum Tragen einer Maske verpflichtet wird, sieht, dass das Staatsoberhaupt immer ohne herumläuft.¹³

¹⁰ Judy Twigg: Russlands Gesundheitssystem und das Coronavirus, in: Russlandanalysen 385/2020, S. 3.

¹¹ Stopkoronavirus.rf – Oficial’nyj internet-resurs dlja informirovanija naselenija po voprosam koronavirusa (COVID-19), <<https://xn--80acesfpebagmfbic0a.xn--p1ai/>>.

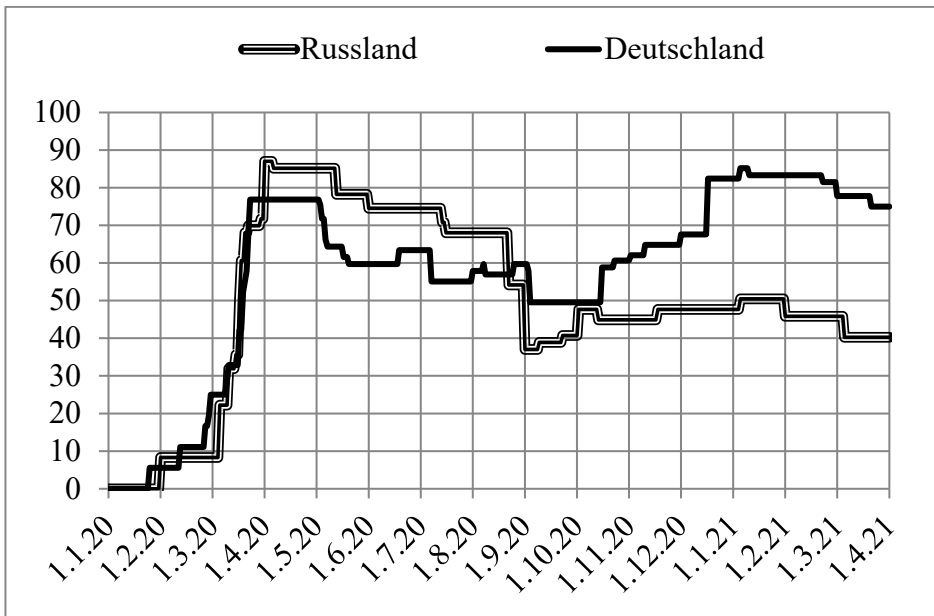
¹² Sarah Sokhey: COVID-19 in Russia: What Russians expected, what they got, and what they think about it. Ponarseurasia.org, 22.2.2021.

¹³ Sergej Šelin: Zlopolučnyj 2020-j: počemu Rossija dorozhe vseh platit za epidemiju. Rosbalt, 8.1.2021.

Eine Bewertung der in Russland ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie publizierte die *Blavatnik School of Government* der Universität Oxford mit ihrem Coronavirus-Reaktionsmesser (Coronavirus Government Response Tracker).¹⁴ Acht Indikatoren erfassen Informationen zur Eindämmungspolitik, etwa Schulschließungen oder die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Vier Indikatoren erfassen wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Einkommensunterstützungen für Bürger oder Hilfen für Betriebe. Sieben Indikatoren erfassen gesundheitspolitische Maßnahmen wie das COVID-19-Testsystem, Investitionen in die Gesundheitsversorgung und die Impfpolitik. Diese Daten aus den 19 Indikatoren werden zu einem Gesamtindex der staatlichen Reaktion auf die Pandemie (Government response index, GRI) zusammengefasst.

Der GRI für Russland setzt am 1. Februar 2020 ein und erreichte zwischen April und Juni 2020 Höchstwerte um 70 Prozent seines Messbereichs. Mitte August sank er bis auf 50 Prozent und blieb auf diesem Niveau bis Frühjahr 2021. Umfang und Intensität der regulatorischen Eingriffe waren demnach in Russland im zweiten Halbjahr 2020 und auch im ersten Vierteljahr 2021 deutlich geringer als im ersten Halbjahr 2020. In Deutschland dagegen bewegte sich der GRI 2020 und im Frühjahr 2021 stets zwischen 50 und 80 Prozent seines Messbereichs (Diagramm 1).

Diagramm 1: Staatliche Reaktion auf das Coronavirus (Government response index)



Quelle: Covid-19-Government Response Tracker, <www.bsg.ox.ac.uk/research/research-projects/coronavirus-government-response-tracker>. – <https://github.com/OxCGRT/covid-policy-tracker/raw/master/data/timeseries/OxCGRT_timeseries_all.xlsx>.

¹⁴ Blavatnik School of Government, Covid-19-Government Response Tracker, <www.bsg.ox.ac.uk/research/research-projects/coronavirus-government-response-tracker>.

Wirtschaft und die Staatsfinanzen im Jahr 2020

Russlands Wirtschaft war 2020 nicht nur von den Auswirkungen der Pandemiebekämpfung, sondern auch von einer Krise des internationalen Ölmarkts betroffen. Der Ölpreis war zwischen Januar und April von 62 US-Dollar pro Barrel auf 16 US-Dollar abgestürzt, nachdem Russland sich auf Betreiben des Rosneft'-Chefs Igor' Sečin Anfang März 2020 nicht mehr an der gemeinsamen Ölpreisregulierung der OPEC+ beteiligte. Dadurch sah sich Saudi-Arabien veranlasst, seine Erdölförderung auszuweiten, wodurch Russlands Ölexport massiv einbrach.¹⁵ Russlands Bruttoinlandsprodukt ging auf Grund beider Einflüsse im zweiten Quartal 2020 inflationsbereinigt um acht Prozent gegenüber dem Vorjahreswert zurück.¹⁶ Im Jahresverlauf 2020 verzeichnete es, nachdem sich der Ölmarkt wieder stabilisiert hatte, gegenüber 2019 nur noch einen Rückgang um 3,1 Prozent. Besonders hoch fiel der Rückgang des privaten Konsums aus, weil die real verfügbaren Einkommen der Bevölkerung weiter schrumpften. Dagegen nahm der Staatsverbrauch, der Käufe von Gütern und Dienstleistungen für die Bevölkerung einschließt, als Folge der Maßnahmen gegen die Pandemie deutlich zu. Auch der Exportüberschuss, der durch einen scharfen Rückgang der Importe entstand, bewahrte das Bruttoinlandsprodukt vor einem tieferen Fall (Tabelle 1).

Tabelle 1: Makroökonomische Daten für Russland (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

| | 2019 | 2020 |
|--|------|-------|
| Bruttoinlandsprodukt | 2,0 | -3,1 |
| Privater Verbrauch | 3,2 | -8,6 |
| Verbrauch von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck* | -0,2 | 2,5 |
| Staatsverbrauch | 2,4 | 4,0 |
| Investitionen | 3,2 | -4,2 |
| Export | 0,9 | -5,1 |
| Import | 3,5 | -13,7 |
| Real verfügbare Einkommen der Bevölkerung | 1,0 | -3,5 |

Anmerkung: Die Veränderungsdaten sind zu Preisen des Vorjahrs berechnet.

* Gemeint sind Kirchen, Vereine, Gewerkschaften. Quellen: Rosstat: *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii – 2020 g.*, <http://gks.ru/bgd/regl/b20_01/Main.htm>. – *O proizvodstve i ispol'zovanii valovogo vnutrennego produkta (VVP) za 2020 godu*, <www.gks.ru/bgd/free/B04_03/IssWWW.exe/Stg/d02/18.htm>.

¹⁵ Roland Götz: Sečins Ölkrieg. Die OPEC+ und Russland, in: OSTEUROPA, 3–4/2020, S. 3–14.

¹⁶ Rosstat: *O proizvodstve valovogo vnutrennego produkta (VVP) v III kvartale 2020 goda*, <www.gks.ru/bgd/free/B04_03/IssWWW.exe/Stg/d02/230.htm>.

Der im internationalen Vergleich milde Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion – das Bruttoinlandsprodukt der USA sank 2020 um 3,5 Prozent, das Deutschlands um fünf Prozent – war teilweise darauf zurückzuführen, dass die großen Industrieunternehmen Russlands von restriktiven Maßnahmen der Pandemiepolitik weitgehend verschont blieben, während der davon stärker betroffene Dienstleistungssektor kein derart großes Gewicht aufweist wie in westlichen Staaten.¹⁷ Dazu kam, dass die Staatsausgaben die Konsum- und Investitionsausgaben stützten, indem mehr Geld vor allem für die großen Bereiche Soziales und Wirtschaft ausgegeben wurde (Tab. 2).

Tabelle 2: Ausgaben des föderalen Budgets nach Verwendungsarten

| | Veränderung 2020 gegenüber 2019 in % | Anteile am BIP in % | |
|-------------------------------------|--------------------------------------|---------------------|------|
| | | 2019 | 2020 |
| Einnahmen | -11,7 | 18,3 | 17,5 |
| Ausgaben | 19,4 | 16,5 | 21,4 |
| Darunter für: | | | |
| Gesamtstaatliche Zwecke | 5,0 | 1,2 | 1,4 |
| Verteidigung | 0,7 | 2,7 | 3,0 |
| Öffentliche Sicherheit und Justiz | 1,8 | 1,9 | 2,1 |
| Wirtschaft | 17,5 | 2,6 | 3,3 |
| Wohnungswesen und kommunale Dienste | 25,0 | 0,3 | 0,3 |
| Umweltschutz | 25,8 | 0,2 | 0,2 |
| Bildung | 10,3 | 0,7 | 0,9 |
| Kultur | 12,1 | 0,1 | 0,1 |
| Gesundheit | 78,4 | 0,6 | 1,3 |
| Sozialpolitik | 36,5 | 4,4 | 6,6 |
| Sport | -11,9 | 0,1 | 0,1 |
| Medien | 11,5 | 0,1 | 0,1 |
| Schuldendienst | 2,3 | 0,7 | 0,7 |
| Transfers an die Regionen | 32,7 | 0,9 | 1,3 |

Anmerkung: Die Veränderungsdaten sind zu Preisen des Jahres 2019 berechnet.

Quelle: Institut *ekonomičeskoj politiki: Monitoring ekonomičeskoj situacii v Rossii*, 3/20121, <www.iep.ru/ru/publikacii/publication/monitoring-ekonomicheskoy-situatsii-v-rossii-3-135-fevral-2021-g.html>.

¹⁷ Evsej Gurvič: Antikrizisnaja konservacija: specifika krizisa i otveta na nego v Rossii. Liberal.ru, 18.1.2021. – Yuri Simachev, Andrei Yakovlev: The Impact of the Covid-19 Pandemic on the Real Sector of the Russian Economy, in: Russian Analytical Digest 268, 6.5.2021, S. 7–8. – Janis Kluge: The Covid-19 Pandemic Offers a Glimpse into Russia's Economic Future. Ebd., S. 12–13.

Die Ausgaben des föderalen Budgets für im Jahr 2020 im Kampf gegen Covid-19 getroffene Maßnahmen bezifferte der Rechnungshof Russlands auf 2,9 Billionen Rubel (zum Wechselkurs von 72 Rubel pro US-\$ rund 40 Mrd. US-\$). Rund 60 Prozent dieser Mittel wurden für die Unterstützung von Familien mit Kindern, die Bezahlung von Versicherungsrenten und Versicherungsleistungen sowie die Unterstützung von Arbeitslosen verwendet. Weitere acht Prozent erhielt das Personal in Krankenhäusern und medizinischen Diensten als zusätzlichen Anreiz für ihre Tätigkeit. Transfers an die Regionen für medizinische Leistungen machten weitere 13 Prozent dieser Summe aus. 19 Prozent waren Unterstützungszahlungen an die Wirtschaft und sonstige, als geheim eingestufte Aufwendungen. Zusätzlich wurden vom Staat verbilligte Kredite und Steuererleichterungen für Unternehmen und die Bevölkerung in Höhe einer Billion Rubel gewährt. Die Regionen gaben im Zusammenhang mit Covid-19 für Leistungen des Gesundheitswesens und soziale Maßnahmen 1,5 Billionen Rubel (rund 20 Mrd. US-\$) aus, die zu einem Viertel durch die genannten Transfers aus dem föderalen Haushalt finanziert wurden.¹⁸ Der finanzielle Gesamtumfang der Anti-Corona-Maßnahmen war in Russland mit drei Prozent des zum Wechselkurs umgerechneten Bruttoinlandsprodukts deutlich geringer als in vielen EU-Ländern und den USA, wo dieser Anteil bis über zehn Prozent reichte.¹⁹

Infektionsfälle

In Russland ist die Zahl der pro Tag neu am Coronavirus erkrankten Personen nach den offiziellen Angaben zwischen März und April 2020 von wenigen Fällen auf über 10 000 angestiegen. Dann flachte die Kurve der Neuansteckungen bis Ende August auf 5000 Fälle ab. In einer zweiten Welle erreichten sie im Dezember 2020 Höchststände zwischen 25 000 und 30 000 Fällen pro Tag. Bis April 2021 gingen sie auf unter 10 000 zurück (Diagramm 2).

An der Zuverlässigkeit der offiziellen Angaben zu den Infektionsfällen sind allerdings Zweifel angebracht. Die amerikanische Gesundheitsexpertin Judy Twigg erinnert:

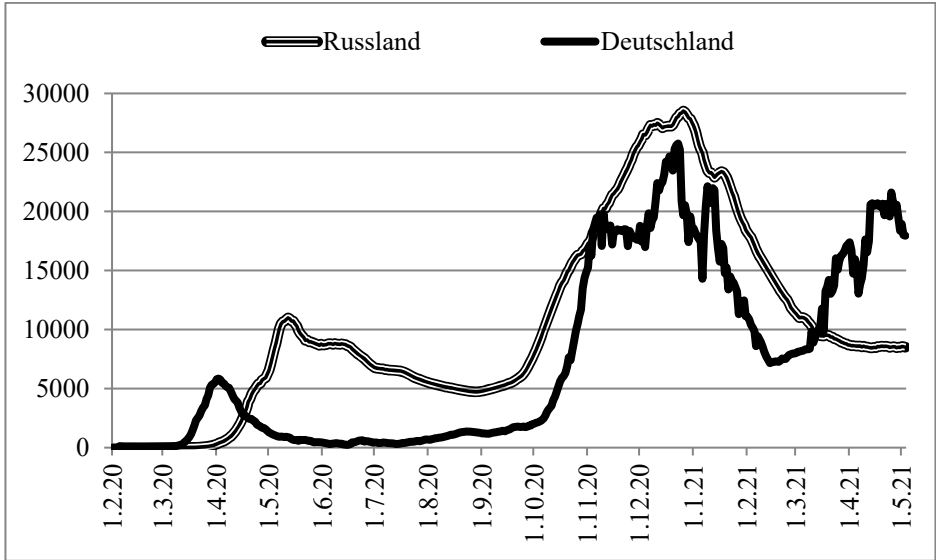
Es gibt viele individuelle Berichte, dass Menschen, die mit einer Lungenentzündung oder anderen schweren Atemwegsproblemen ins Krankenhaus kamen und nicht auf das Virus getestet wurden, obwohl die Symptome klar auf eine mögliche Infektion hinweisen. Die tatsächliche Zahl der Covid-19-Fälle in Russland ist sicherlich höher als die offiziell vermeldete. Das bestehende System der Anreize in der russischen Bürokratie führt dazu, dass Beamte auf der Ebene der lokalen Verwaltung oder der Gesundheitseinrichtungen besser keine schlechten Nachrichten überbringen sollten.²⁰

¹⁸ Raschody besprecedentnye. I sporny. Solidarnost.org, 21.4.2021.

¹⁹ Fiscal Monitor Database of Country Fiscal Measures in Response to the COVID-19 Pandemic, IMF, April 2021, <<https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Fiscal-Policies-Database-in-Response-to-COVID-19>>. – The fiscal response to the economic fallout from the coronavirus, Bruegel-Dataset 24.11.2020, <www.bruegel.org/publications/datasets/covid-national-dataset/>.

²⁰ Twigg, Russlands Gesundheitssystem [Fn. 10], S. 2.

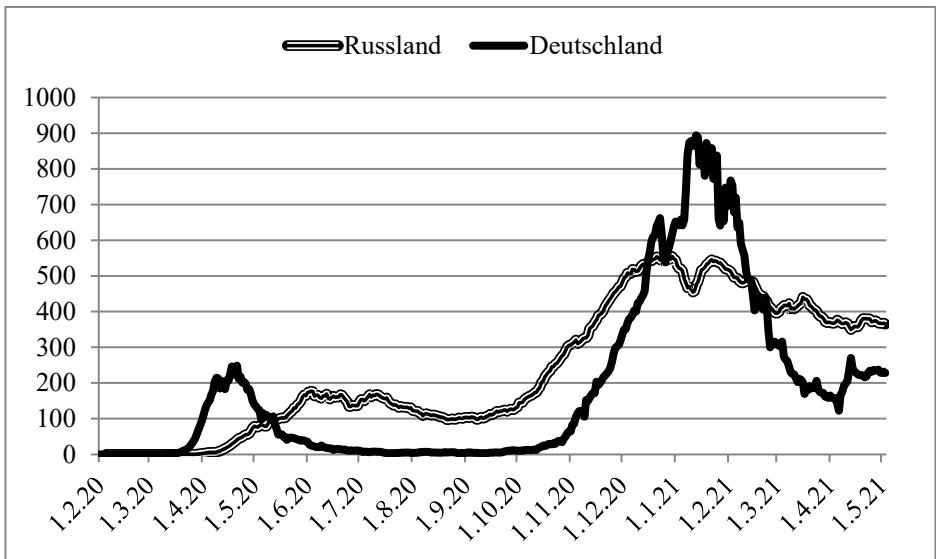
Diagramm 2: Tägliche Coronavirus-Infektionsfälle nach offiziellen Angaben



Anmerkung: Geglätteter Kurvenverlauf.

Quelle: Our World in data, Coronavirus Pandemic, <<https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data>>.

Diagramm 3: Tägliche Coronavirus-Todesfälle nach offiziellen Angaben



Anmerkung und Quelle wie zu Diagramm 2.

Todesfälle und Übersterblichkeit

Anders als bei den Infektionsfällen liegen die Höchstwerte der offiziell gemeldeten täglichen pandemiebedingten Todesfälle in Russland (rund 550) deutlich unter denen in Deutschland (rund 900), was schwer erklärbar ist (Diagramm 3). Pro Million Einwohner starben 2020 nach offizieller Darstellung an Corona-Folgen in Russland 38,8 und in Deutschland 40,6 Menschen. Setzt man diese Todesfälle in Bezug zu den Ansteckungsfällen, erhält man die fallbezogene Letalität (case fatality rate).²¹ Sie betrug 2020 in Russland 1,8 Prozent und 1,9 Prozent in Deutschland (Tabelle 3).

Tabelle 3: Pandemiebedingte Infektions- und Todesfälle 2020 (offizielle Daten)

| | Russland | Deutschland |
|--|----------|-------------|
| Bevölkerung am Jahresanfang 2020 (Mio.) | 146,75 | 83,2 |
| Infektionsfälle (Mio.) | 3,13 | 1,76 |
| Infektionsfälle pro Mio. Einwohner | 21 448 | 21 006 |
| Todesfälle | 57 037 | 33 791 |
| Todesfälle pro Mio. Einwohner (Mortalität) | 38,8 | 40,6 |
| Todesfälle/Infektionsfälle (Letalität) (%) | 1,8 | 1,9 |

Quellen: WHO: <<https://covid19.who.int/region/euro/country/ru>>, <<https://covid19.who.int/region/euro/country/de>>, <<https://ourworldindata.org/covid-cases?country=RUS~DEU>>, Rosstat: <<https://eng.rosstat.gov.ru/>>, Statistisches Bundesamt: <www.destatis.de/>.



Wenn schon, dann richtig. V. Putin beim Besuch einer Covid-19-Klinik im März 2020

²¹ Zur fallbezogenen Letalität international Johns Hopkins Corona Virus Resource Center, <<https://coronavirus.jhu.edu/data/mortality>>.

Dass die pandemiebedingte Mortalität und Letalität in Russland ausweislich der offiziellen Zahlen niedriger als in Deutschland waren, liegt wahrscheinlich an der in beiden Ländern unterschiedlichen Praxis der Erfassung der im Zusammenhang mit Corona verstorbenen Menschen. Während in Deutschland alle Personen, die „an oder mit dem Coronavirus“ gestorben sind, als Coronavirus-Todesfälle gezählt werden, werden in Russlands offizieller Statistik nur die unmittelbar am Virus gestorbenen Personen berücksichtigt. Russland beruft sich dabei auf die WHO:

Die WHO definiert Covid-19-Todesfälle als solche, bei denen Covid-19 die Hauptursache ist. Das schließt bestätigte und vermutete (wahrscheinliche) Fälle ein. Wenn Covid-19 ein zusätzlicher Faktor, aber nicht die unmittelbare Todesursache ist, wird es nicht gezählt. Die WHO-Richtlinien wurden erst im April 2020 vorgelegt, als einige Länder bereits ihre eigenen Empfehlungen abgegeben hatten. Es gibt also beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern, wie Covid-19-Todesfälle erfasst werden. [...] Die Russländische Föderation verwendet zur Bestimmung der Todesursache die WHO-Methodik: Sie basiert auf Laboruntersuchung und dem klinischen Befund. Die Todesursache muss obligatorisch durch eine Autopsie bestätigt werden.²²

Da diese in Russland gängige Prozedur der Bestimmung der Covid-19-Todesfälle bis zu 45 Tagen dauern kann, müssen die täglich weitergemeldeten offiziellen Daten die echte Covid-19-Sterblichkeit zwangsläufig unterschreiten.²³

Unabhängig von der offiziellen Praxis ermittelt Russlands Statistikbehörde *Federal'naja služba gosudarstvennoj statistiki* (Rosstat) die „an oder mit dem Coronavirus“ Verstorbenen, aufgeschlüsselt nach der Art der Beteiligung des Coronavirus, durch Rückgriff auf die regional geführten Personenstandsregister.²⁴ Die von Rosstat für 2020 gemeldete Zahl der „an oder mit dem Coronavirus verstorbene Personen“ ist rund dreimal so hoch wie die offiziell gemeldete Zahl der Corona-Todesfälle (Tabellen 3 und 4).

Tabelle 4: Ursachen der durch die Pandemie bedingten Infektions- und Todesfälle nach Rosstat April bis Dezember 2020

| An oder mit dem Coronavirus verstorbene Personen | davon: | | | |
|--|---|---|--|---|
| | Coronavirus als Haupt-Todesursache festgestellt | Coronavirus als Haupt-Todesursache wahrscheinlich | Coronavirus löste andere Krankheiten aus, die zum Tode führten | Coronavirus wurde diagnostiziert, war aber keine Todesursache |
| 162 429 | 86 498 | 17 470 | 13 524 | 44 937 |

Quelle: Interfax, Rosstat soobščil o smerti 162 tysjač rossijan s koronavirusom v 2020 godu, 8.2.2021, <www.interfax.ru/russia/749944>.

²² Institut social'nogo analiza i prognoza RANChIGS (INSAP): Osobennosti statistiki smertnosti naselenija ot COVID-19 i vozmožnosti meždunarodnogo sopostavlenija, 2020, S. 1f., <www.ranepa.ru/images/insap/osobennosti-statistiki-insap.pdf>.

²³ So Rosstat-Chef Malkov: Pavel Malkov: Manipulirovat' statistikoj praktičeski nevozmožno. RBK, 23.6.2020.

²⁴ Edinyj gosudarstvennyj reestr zapisej aktov graždanskogo sostojanija, ZAGS.

Die Zahl der am Coronavirus Verstorbenen kann ebenfalls mit Rückgriff auf Personenstandsregister und gängiger internationaler Praxis folgend indirekt über die „Übersterblichkeit“ berechnet werden. Hierbei wird die Anzahl der Todesfälle im Berichtszeitraum mit der Anzahl der im Vorjahreszeitraum Verstorbenen (oder einem Durchschnitt der Todesfälle in mehreren Vorperioden) verglichen und gegebenenfalls um Sondereinflüsse korrigiert. Die Übersterblichkeit kann entweder als absolute Zahl, als prozentualer Anteil an den in der Vorperiode verstorbenen Menschen oder als Anteil an der Bevölkerung angegeben werden.

In Deutschland hatte die Zahl der Verstorbenen 2020 gegenüber 2019 um knapp fünf Prozent zugenommen; unter Berücksichtigung der Bevölkerungsstruktur war in diesem Jahr ohne die Pandemie eine Zunahme von ein bis zwei Prozent zu erwarten gewesen,²⁵ so dass die durch das Virus bewirkte Sterblichkeit auf drei bis vier Prozent geschätzt werden kann. In Russland betrug 2020 die Übersterblichkeit 18 Prozent der im Vorjahr verstorbenen Personen (Tabelle 5).

Tabelle 5: Zunahme der Verstorbenen 2020 gegenüber 2019 (Übersterblichkeit)

| | Ein- wohner Anfang 2020 (Mio.) | Verstorbene | | Übersterblichkeit 2020 | | |
|-----------|--|-------------|-----------|------------------------|--|-----------------------------------|
| | | 2020 | 2019 | Personen | Anteil an den Ver- storbenen 2019 (%) | Pro 100 00 0 Ein- wohner |
| RU | 146,75 | 2 124 500 | 1 800 700 | 323 800 | 18,0 | 221 |
| D | 83,2 | 982 489 | 939 520 | 42 969 | 4,6 | 52 |

Quellen: Rosstat, *Estestvennoe dviženie naselenija v razreze sub’ektiv Rossijskoj Federacii za janvar’-dekabr’ 2020 goda*, 8.2.2021, <<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/TwbjciZH/edn12-2020.html>>. – Statistisches Bundesamt: *Pressemitteilung*, 29.1.2021, <www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_044_12621.html>.

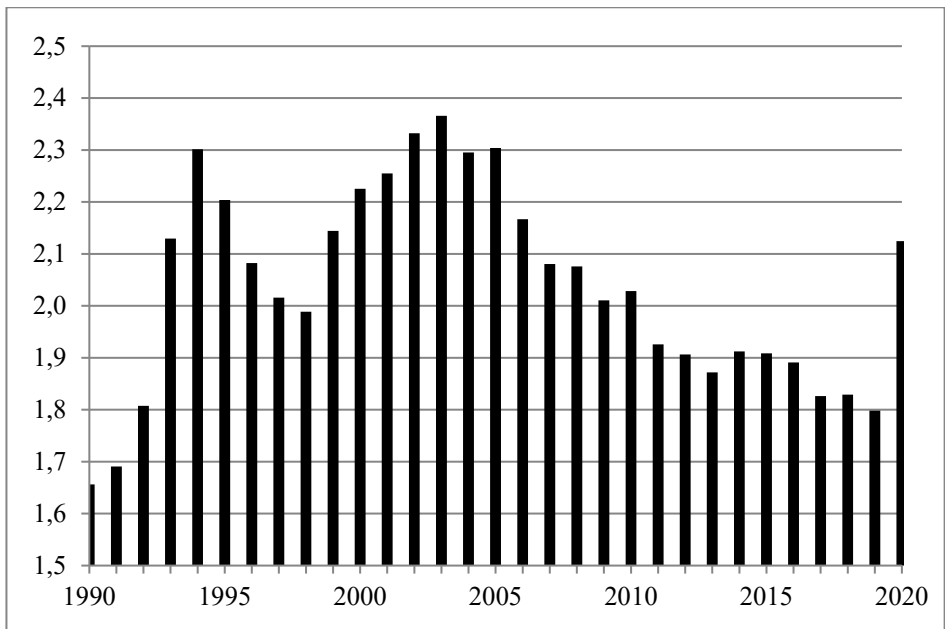
Aus demographischen Gründen – die Sterbezahlen folgten den hohen Geburtenzahlen der 1950er Jahre – stieg in Russland die Zahl der jährlich Verstorbenen zwischen 1990 und 2003 tendenziell an. Diese Entwicklung wurde in den Jahren der Transformationskrise 1993 bis 1996 noch verstärkt.²⁶ Seit 2006 ging die jährliche Sterbezahl in Russland tendenziell zurück, was auf eine Verbesserung der medizinischen Versorgung zurückgeführt werden kann. Sie wurde nur 2010 durch die Auswirkungen des damaligen Hitzesommers und 2014 durch die Erweiterung der statistischen Basis durch die Krim-Annexion kurzzeitig unterbrochen (Diagramm 4). Für 2020 war unter Berücksichtigung des Trends zu erwarten, dass etwa 1,8 Millionen Menschen oder sogar weniger sterben würden. Tatsächlich lag die Zahl der Verstorbenen 2020 deutlich über 2,1 Millionen. Das kann nicht mit klimatischen Besonderheiten des Jahres 2020 erklärt werden.

²⁵ Sterbefallzahlen im Dezember 2020: 29 % über dem Durchschnitt der Vorjahre. Statistisches Bundesamt. *Pressemitteilung*, 29.1.2021, <www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_044_12621.html>.

²⁶ Isolde Brade, Christian Kolter, Sebastian Lentz: Die demographische Entwicklung 1989–2002 – 2010, in: *Russlandanalysen* 241/2012, S. 5–8, hier S. 6.

Zwischen 2001 und 2019 hatte in Russland die Übersterblichkeit höchstens plus vier Prozent betragen. In diesem Zeitraum war sie in 11 der 19 Jahre sogar negativ.²⁷ Es ist daher nicht ersichtlich, warum die Zahl der Verstorbenen in Russland im Jahr 2020 gegenüber 2019 aus anderen Gründen als Covid-19 geradezu dramatisch um 18 Prozent angestiegen sein soll. Daher ist anzunehmen, dass den allermeisten Todesfällen eine Ansteckung mit dem Coronavirus zugrunde lag. Zwar können grundsätzlich nicht alle überzähligen Todesfälle direkt dem Coronavirus zugeschrieben werden, sondern ein Teil davon kann darauf zurückzuführen sein, dass sich die medizinische Versorgung bei anderen Krankheiten 2020 durch die Pandemie verschlechterte. Es handelt sich dabei jedoch um Todesfälle, die indirekt durch die Pandemie verursacht wurden, weswegen es gerechtfertigt erscheint, sie ebenfalls zu den Corona-Toten zu zählen.

Diagramm 4: Verstorbene in Russland 1990 bis 2020 (Millionen)



Quellen: Rosstat, *Edinaja mežvedomstvennaja informacionno-statističeskaja sistema (EMISS)*, <www.fedstat.ru/indicator/31617>, – Rosstat, *Estestvennoe dviženie naselenija v razreze sub’ektov Rossijskoj Federacii za janvar’-dekabr’ 2020 goda*, 8.2.2021, <<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/TwbjciZH/edn12-2020.html>>.

Eine Gegenüberstellung der 2020 in Russland monatlich an bzw. mit dem Coronavirus verstorbenen Personen mit der monatlichen Übersterblichkeit zeigt die Unterschiede zu den von offizieller Seite und von Rosstat publizierten Daten auf (Tabelle 6 und Diagramm 5). Dass die Sterblichkeit von Januar bis April 2020 niedriger als von Januar bis April 2019 war und daher die Übersterblichkeit in diesen Monaten negative Werte aufwies, lag vermutlich am rückläufigen Trend der nicht durch die Pandemie verursachten

²⁷ Rosstat, *Edinaja mežvedomstvennaja informacionno-statističeskaja sistema (EMISS)*, <www.fedstat.ru/indicator/31617>.

Mortalität sowie an einer weniger als im Vorjahr ausgeprägten Verbreitung von Erkältungskrankheiten. Für die Berechnung der durch die Pandemie verursachten Todesfälle sind diese Rückgänge der Sterblichkeit jedoch ohne Bedeutung, weswegen sie für die Berechnung der durch die Pandemie verursachten Übersterblichkeit unberücksichtigt bleiben können.

Offiziell wird die Zahl der durch die Pandemie verursachten Toten für 2020 mit 57 037 und für das erste Vierteljahr 2021 mit 41 831 angegeben. Die Statistikbehörde Rosstat beziffert die „an und mit Corona“ verstorbenen Personen für 2020 mit 162 429 und für das erste Vierteljahr 2021 mit 85 962 Personen, also sind die Zahlen für 2020 rund drei Mal und für das erste Vierteljahr 2021 rund doppelt so hoch wie die offiziellen Werte.

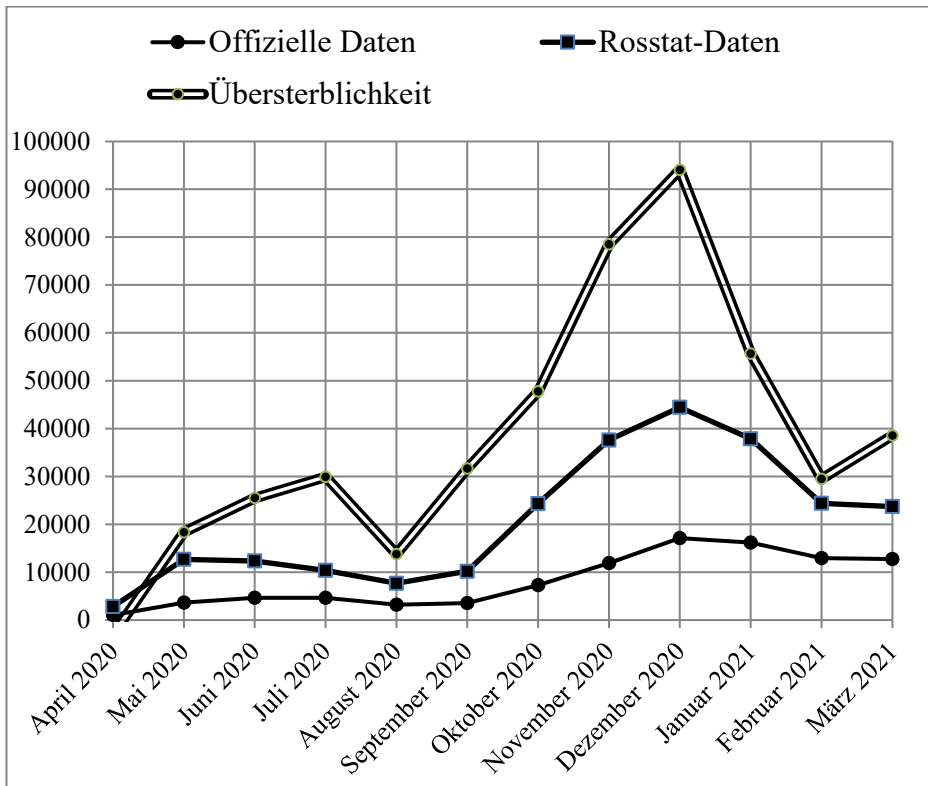
Tabelle 6: Coronavirus-Todesfälle in Russland bis März 2021

| | Corona-Todesfälle | | Übersterblichkeit |
|---------------------------|--------------------|-----------------------|-------------------|
| | Offizielle Angaben | Von Rosstat ermittelt | |
| Januar bis März 2020 | 17 | - | -12 866 |
| April 2020 | 1056 | 2825 | -2994 |
| Mai 2020 | 3620 | 12 669 | 18 375 |
| Juni 2020 | 4627 | 12 335 | 25 521 |
| Juli 2020 | 4643 | 10 371 | 29 925 |
| August 2020 | 3213 | 7673 | 13 787 |
| September 2020 | 3546 | 10 179 | 31 666 |
| Oktober 2020 | 7286 | 24 333 | 47 777 |
| November 2020 | 11 905 | 37 609 | 78 541 |
| Dezember 2020 | 17 124 | 44 435 | 94 064 |
| Mai bis Dezember 2020 | 55 964 | 159 604 | 339 656 |
| Januar bis Dezember 2020 | 57 037 | 162 429 | 323 796 |
| Januar 2021 | 16 163 | 37 878 | 55 694 |
| Februar 2021 | 12 940 | 24 369 | 29 493 |
| März 2021 | 12 728 | 23 715 | 38 580 |
| Januar bis März 2021 | 41 831 | 85 962 | 123 767 |
| Mai 2020 bis März 2021 | 97 795 | 245 566 | 463 423 |
| Januar 2020 bis März 2021 | 98 868 | 248 391 | 447 563 |

Quellen: WHO, <<https://covid19.who.int/region/euro/country/ru>>. – Rosstat, Archiv operativnych dannych po EDN, 8.2.2021, <<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/TwbjciZH/edn12-2020.html>>. – Rosstat, Archiv operativnych dannych po EDN, 30.4.2021, <<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/aidA9DmD/edn03-2021.htm>>.

Bei Berücksichtigung der mit der Pandemie zusammenhängenden Übersterblichkeit (ohne Einschluss Januar bis April 2020) erhält man für 2020 339 656 Tote und für das erste Vierteljahr 2021 123 767. Das ist für 2020 im Vergleich zu der offiziell verlautbarten Zahl der sechsfache Wert und für das erste Vierteljahr 2021 der dreifache Wert. Der Tübinger Statistiker Dmitrij Kobak hat die pandemiebezogene Übersterblichkeit durch Gegenüberstellung der faktischen monatlichen Sterbezahlen mit Schätzwerten für die unter Berücksichtigung des Trends 2015 bis 2019 in den einzelnen Monaten 2020 zu erwartenden Sterbezahlen berechnet und kam für 2020 auf eine noch höhere Gesamtzahl von 360 000 Corona-Toten, was das 6,3-Fache der offiziellen Zahl bedeutet.²⁸

Diagramm 5: Offiziell gemeldete Coronavirus-Sterbefälle sowie Übersterblichkeit in Russland pro Monat

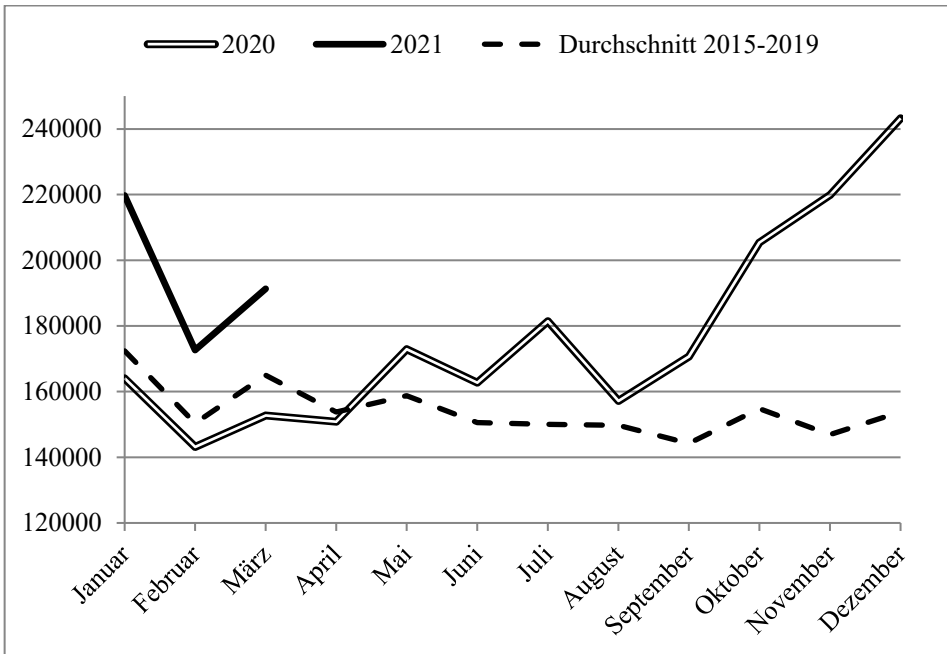


Quellen: WHO, <<https://covid19.who.int/region/euro/country/ru>>. – Rosstat, Archiv operativnych dannych po EDN, <<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/TwbjciZH/edn12-2020.html>>, <<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/aidA9DmD/edn03-2021.htm>>.

²⁸ Dmitrij Kobak im Interview mit Radio Svoboda: 360 tysjač smertej. Kak Rossija ne spravilas' s COVID-19. Svoboda.org, 11.02.2021. – Dmitry Kobak: Die Übersterblichkeit macht den wahren Opferzoll deutlich, den Corona in Russland fordert, in: Russlandanalysen 400/2021, S. 2–13.

Auch ein Vergleich der monatlichen Sterbezahlen der Jahre 2020 und 2021 mit den Durchschnittswerten von 2015 bis 2019 lässt die Sonderstellung der beiden Pandemiejahre erkennen (Diagramm 6).

Diagramm 6: Monatliche Todesfälle 2020, 2021 und im Durchschnitt 2015–2019 in Russland



Quellen: Wie zu Diagramm 5 sowie Russlandanalysen 400/2021, S. 6.



Geübte Gesten: Der Chefarzt einer Covid-Klinik dankt V. Putin, März 2020

Ausgehend von der Zahl der mit der Übersterblichkeit berechneten Corona-Toten müssen sich in Russland 2020 wesentlich mehr Menschen mit dem Virus infiziert haben, als offiziell eingestanden wird. Ihre Anzahl kann so berechnet werden: Die offiziell gemeldete Letalität (das Verhältnis von Todesfällen zu Ansteckungsfällen) betrug 2020 in Russland 1,8 Prozent (Tabelle 3). Da sowohl die Corona-Todesfälle als auch die Corona-Ansteckungsfälle in Russland gleichermaßen beschränkt registriert werden, ist ein gerundeter Schätzwert für die wahre Letalität von 2,0 Prozent vertretbar, aus dem die fünfzigfache Zahl der Todesfälle folgt. Den rund 340 000 Corona-Toten müssen dann rund 17 Millionen Ansteckungsfälle vorangegangen sein, was eine Ansteckungsrate von elf Prozent der Bevölkerung bedeutet. Dmitrij Kobak hält sogar 24 Millionen Infektionsfälle (16 Prozent der Bevölkerung) für möglich, da er von 360 000 Corona-Opfern ausgeht und eine Letalitätsrate von 1,5 Prozent zugrunde legt, die einen Multiplikator von 66,7 impliziert.²⁹

Covid-Mortalität in Russlands Föderationssubjekten

Die Übersterblichkeit (und damit die auf Corona zurückgehende Mortalität) lag in Russlands Föderationssubjekten im Jahr 2020 zwischen 75 und 333 Todesfällen pro 100 000 Einwohner.³⁰ Ein Grund dafür könnte das regional unterschiedliche Ausmaß der 2020 zur Eindämmung der Pandemie ergriffenen staatlichen Maßnahmen gewesen sein, welches eine Arbeitsgruppe des Zentrums für Geodemographie und Raumentwicklung des Fachbereichs Bevölkerung der Wirtschaftsfakultät der Lomonosov-Universität Moskau untersucht hat.³¹ Aus der von der Statistikbehörde Rosstat publizierten Regionalstatistik können außerdem folgende Einflussfaktoren auf die regionale Mortalität herangezogen werden: Als Indikator der Distanzwahrung die Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km²), für die altersspezifische Letalität der Anteil der Menschen im Rentenalter (Männer ab 61, Frauen ab 56 Jahren), für das Ausmaß der medizinischen Versorgung die Ärztedichte (die Zahl der Ärzte pro 100 000 Einwohner) und als Indikator für den allgemeinen Gesundheitszustand die Lebenserwartung bei Geburt.

Ein Vergleich der Durchschnittswerte der Übersterblichkeit in jeweils 41 Föderationssubjekten mit der jeweils höchsten und niedrigsten Übersterblichkeit (ausgenommen waren die drei Städte Moskau, St. Petersburg und Sevastopol') ergab einen Hinweis auf die Gründe für die regional unterschiedlich hohen Mortalitätsraten. Sowohl die Bevölkerungsdichte, mit der natürlich mehr Kontaktsituationen verbunden sind, als auch der Anteil der Senioren (Männer ab 61, Frauen ab 56 Jahren) an der Bevölkerung sind in der Gruppe mit der höheren Übersterblichkeit höher als in der Gruppe mit der niedrigeren Übersterblichkeit (Tabelle 7).

²⁹ Kobak, 360 tysjač smertej, [Fn. 28].

³⁰ Federal'naja služba gosudarstvennoj statistiki, Regiony Rossii, <https://gks.ru/bgd/regl/b20_14p/Main.htm>.

³¹ Irina Kalabikhina, Alexander Panin: Spatial choreography of the coronavirus, in: Population and Economics, 4/2020, S. 123–152, <<https://populationandconomics.pensoft.net/article/54487/>>.

Tabelle 7: Übersterblichkeit und ihre Einflussgrößen in den nach der Übersterblichkeit geordneten Föderationssubjekten

| | Übersterblichkeit 2020 (pro 100 000 Personen) | Einwohnerdichte 2019 (Personen pro km ²) | Seniorenanteil an der Bevölkerung 2019 (%) |
|--|--|---|--|
| Ø obere Hälfte | 248 | 35 | 27 |
| Ø untere Hälfte | 151 | 23 | 22 |
| Verhältnis der beiden Durchschnittswerte | 1,6 | 1,5 | 1,2 |

Quellen: Rosstat, *Archiv operativnych dannych po EDN*, 8.2.2021, <<https://rosstat.gov.ru/storage/mediabank/TwbjciZH/edn12-2020.html>>. – Federal'naja služba gosudarstvennoj statistiki, *Regiony Rossii*, <https://gks.ru/bgd/regl/b20_14p/Main.htm>.

Alle anderen potentiellen Einflussfaktoren sind in den beiden Vergleichsgruppen im Durchschnitt ungefähr gleich stark ausgeprägt: Auf die unterschiedliche Übersterblichkeit in den Regionen hatten weder die Rigorosität der staatlichen Maßnahmen, noch die Ärztedichte oder die Lebenserwartung wesentlichen Einfluss.³²



Sputnik V: Russlands neue Rakete

³² Roland Götz: Die Pandemie in Russlands Föderationssubjekten: Gründe für die unterschiedliche Mortalität, in: *Russlandanalysen*, 400/2021, S. 22–26.

Das südrussische Gebiet Samara, das die Liste der Corona-Mortalität anführt, gehörte 2020 zusammen mit den Gebieten Penza, Orenburg, Ul'janovsk, Nižnij Novgorod und Saratov sowie den Republiken Mordovija, Tatarstan, Čuvašija, Marij Ėl und Baškortostan zu den Regionen mit hohen Mortalitätsraten, die alle im südrussischen Föderalbezirk Volga liegen. Dort sind Großbetriebe des Fahrzeugbaus, der petrochemischen Industrie und der Rüstungsindustrie Russlands konzentriert. Wahrscheinlich haben die Arbeitsbedingungen in den Industriebetrieben, in denen Abstandhalten nicht vorgesehen ist, die Ausbreitung der Pandemie begünstigt.

Diese Ergebnisse geben allerdings keinen Hinweis auf den großen Unterschied der Gesamtübersterblichkeit in Russland und Deutschland, weil auch in Deutschland die Bevölkerungsdichte und der Seniorenanteil hauptsächliche Erklärungsfaktoren für die regional unterschiedliche, mit Covid-19 verbundene Mortalität sind.³³ Möglicherweise spielt der in Russland schlechtere allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung eine Rolle, auf den die in Russland niedrigere Lebenserwartung (Männer 68,2 Jahre, Frauen 78,2 Jahre) gegenüber der in Deutschland (Männer 78,6 Jahre, Frauen 83,4 Jahre) verweist.³⁴

Kosmetik mit Zahlen

Die Leiterin des Zentralstabs zur Corona-Bekämpfung, Tat'jana Golikova, antwortete am 8. Februar 2021 auf die Frage nach dem Zusammenhang der Übersterblichkeit mit den durch die Pandemie bedingten Sterbefällen:

Der Anteil der Todesfälle durch die neuartige Coronavirus-Infektion, bei denen diese Diagnose zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Rosstat-Daten eindeutig feststand, am gesamten Anstieg der Übersterblichkeit im Jahr 2020 beträgt 31 Prozent. Unter Berücksichtigung derjenigen, die an anderen Diagnosen starben, aber positiv auf Covid getestet worden waren, beträgt der Anteil 50 Prozent.³⁵

Golikova bezog sich auf die von Rosstat bekannt gegebenen Zahlen (Tabelle 4 und 5). Wenn man ihren Ausführungen folgt, muss allerdings die nicht durch die Pandemie verursachte Übersterblichkeit gegenüber 2019 um neun bis zwölf Prozent angestiegen sein, je nachdem, ob man – in den beiden von Golikova genannten Zählweisen – die Hälfte oder 69 Prozent des 18 Prozent betragenden Zuwachses der Übersterblichkeit zugrundelegt. Warum die Sterblichkeit aus anderen Gründen derart hochgeschwollen sein sollte, konnte oder wollte die Ex-Chefin des Rechnungshofs und amtierende Vize-Ministerpräsidentin für Bildung, Gesundheit und Sozialpolitik nicht erklären. Da ihre Aussagen bei Präsident und Regierung Beifall finden, brauchte sie sich nicht daran zu stören, dass ihr in den wenigen freien Medien Russlands widersprochen und von Teilen der Bevölkerung, die es aus eigener Anschauung besser weiß, kein Glauben geschenkt wird.

³³ Räumliche Ausbreitung von COVID-19 durch interregionale Verflechtungen, Wirtschaftsdienst 6/2020, <www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2020/heft/6/beitrag/raeumliche-ausbreitung-von-covid-19-durch-interregionale-verflechtungen.html>.

³⁴ <www.laenderdaten.info/lebenserwartung.php>.

³⁵ Briefing Tat'jany Golikovoju, 8.2.2021, <<http://government.ru/news/41486/>>.

Warum aber gehen die Menschen in Russland zwar aus Protest gegen die Absetzung von Gouverneuren wie in Chabarovsk, Umweltsünden, Korruption oder die Inhaftierung Aleksej Naval'nyjs auf die Straße, nicht aber gegen das Verschweigen der wahren Zahlen der Pandemie-Opfer? Dafür gibt es mehrere Erklärungen: Ein Teil der Bevölkerung kennt nur die Darstellungen der staatlich kontrollierten Fernsehanstalten, in denen ausschließlich die offiziellen Angaben erwähnt werden. Andere erwarten vom Staat ohnehin nicht, dass er angemessen auf eine derartige Notlage wie die Pandemie reagieren kann und interessieren sich daher nicht für die wahren Zahlen. Wieder andere sorgen sich mehr um ihre spürbar verschlechterte materielle Lage als um mögliche Gefahren für ihre Gesundheit, so lange sie und ihre nächsten Angehörigen nicht betroffen sind.³⁶

Die Impfquote ist in Russland erstaunlich gering: Obwohl in Russland Impfungen mit Sputnik V bereits Anfang Dezember 2020 begonnen hatten, waren am 31. Mai 2021 in Russland erst 16,6 Millionen Menschen (11,4 Prozent der Bevölkerung) wenigstens einmal geimpft, während es in Deutschland dagegen 43 Prozent waren.³⁷ Anderslautende Behauptungen des Präsidenten und Ministerpräsidenten – Putin sprach am 10. Mai von 21,5 Millionen Geimpften, Mišustin am 12. Mai von 24 Millionen – mussten von Tat'jana Golikova korrigiert werden.³⁸ Als Grund für den geringen Impffortschritt wird sowohl eine geringe Impfneigung der Bevölkerung als auch ein Mangel an Impfstoff in ländlichen Regionen angegeben.³⁹

Während die offizielle Darstellung ein Verharren der Infektionszahlen im April und Mai 2021 auf niedrigem Niveau behauptet, könnte in Wirklichkeit in Russland bereits die befürchtete „Dritte Welle“ der Infektionen eingesetzt haben.⁴⁰

Schlagwörter:

Russland, Sars-CoV-2, Covid-19, Pandemiebekämpfung, Übersterblichkeit

³⁶ Jake Cordell: Russia Has One of the World's Highest Excess Death Rates. Why Aren't Russians Angrier? The Moscow Times, 19.2.2021.

³⁷ Ourworld in data, <<https://ourworldindata.org/covid-vaccinations>>. – GOGOV, <<https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>>.

³⁸ Vaccine math. Meduza fact checks Putin and Mishustin's statements about Russia's coronavirus vaccination numbers, Meduza, 12.5.2021, <https://meduza.io/en/feature/2021/05/12/vaccine-math?utm_source=email&utm_medium=briefly&utm_campaign=2021-05-12>. – Golikova ob'jasnila raznicu v dannych po čislu privitych ot COVID-19. Regnum.ru, 12.5.2021.

³⁹ Russia beat the World to a vaccine, so why is it falling behind on vaccinations. The New Yorker, 12.4.2021.

⁴⁰ Rossija ne gotova k tret'ej volne kovida – a ona podnimaetsja. VTimes, 16.4.2021.



Physiker trifft Physiker. Andrej Sacharov und Stephen Hawking in Moskau im Mai 1987

Lev Gudkov, Aleksej Levinson

Verfemt, verehrt, vergessen

Russlands Bild von Andrej Sacharov

Der Atomphysiker, Dissident und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharov (1921–1989) war eine der herausragenden Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. In den frühen 1950er Jahren leistete er einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der sowjetischen Wasserstoffbombe. Ab den 1960er Jahren engagierte er sich für atomare Abrüstung, Frieden und Menschenrechte. Das Sowjetregime diffamierte, kriminalisierte und verbannte ihn. Während der Perestrojka wurde er zum Gesicht der demokratischen Bewegung. Seine intellektuelle Leistung und die moralische Integrität wurden hoch geschätzt. Heute ist Sacharov aus dem kollektiven Gedächtnis Russlands weitgehend verdrängt. Denn das Putin-Regime bekämpft die Werte, die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien, für die Sacharov einstand.

Am 21. Mai 2021 jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag des Physikers und Menschenrechtlers Andrej Sacharov, der auf dem Höhepunkt der Krise des sowjetischen Systems zum Symbol für die demokratischen Veränderungen wurde. Sacharovs Auftritt auf dem 1. Volksdeputiertenkongress der Sowjetunion am 4. Juni 1989, auf dem er dazu aufrief, den sowjetischen Krieg in Afghanistan als „Verbrechen“ zu verurteilen, prägte sein Bild in der Öffentlichkeit und bewirkte, dass er lange Jahre eine moralische Autorität blieb. Bei den meisten damaligen Abgeordneten löste er dagegen heftigen Protest aus. Zwar zeigten Umfragen des ersten unabhängigen Meinungsforschungsinstituts der Sowjetunion, des VCIOM,¹ dass die große Mehrheit der Bevölkerung, die dem Vorgehen der UdSSR in Afghanistan anfangs positiv oder gleichgültig gegenüberstanden

Lev Gudkov (1946), Soziologe, Direktor des Levada-Zentrums, Moskau

Von ihm erschien in OSTEUROPA u.a.: Vertraute Fremde. Das Israel- und Deutschlandbild in Russland (mit Natal'ja Zorkaja), in: OE, 9–11/2019, S. 375–400. – Der Sowjetmensch. Genese und Reproduktion eines anthropologischen Typus, in: OE, 6–8/2017, 91–111. – Fatale Kontinuitäten. Vom Totalitarismus zu Putins Autoritarismus, in: OE, 5–6/2013, S. 283–295.

Aleksej Levinson (1944), Soziologe, Abteilungsleiter am Levada-Zentrum, Moskau

Von ihm erschien in OSTEUROPA: Flöten wie Sokrates. „Neue Alte“ und die alte Realität in Russland, in: OE, 5/2010, S. 149–163. – Das Phänomen L. Zum ersten Todestag von Jurij Levada, in: OE, 10/2007, S. 85–94.

¹ 1987 wurde das Unionszentrum zur Erforschung der Öffentlichen Meinung gegründet. Mitarbeiter der ersten Stunde waren Lev Gudkov und Aleksej Levinson. In der frühen Putin-Periode geriet es ins Visier der Kreml-Administration. 2002 und 2003 versuchte der Kreml, das Institut unter seine Kontrolle zu bringen und Jurij Levada als Direktor abzusetzen. Aus Solidarität mit Levada verließ das gesamte Personal das Institut und gründete das Levada-Zentrum. 2016 zwangen die Behörden das Levada-Zentrum, die diffamierende Bezeichnung „ausländischer Agent“ zu führen. Die Daten der vorliegenden Längsschnittanalyse stammen aus einem Forschungsdesign von über drei Jahrzehnten. – Anm. der Red.

hatte, den Krieg zu dieser Zeit bereits ablehnte und auf sein baldiges Ende hoffte, aber man wagte noch nicht, das offen zu äußern. Auch wenn die verbreitete Kriegsmüdigkeit allmählich in den öffentlichen Raum zu dringen begann, dominierte im Volksdeputiertenkongress doch die Haltung der sowjetischen Nomenklatura, die dazu im krassen Gegensatz stand.

Sacharovs Stellungnahme gegen den Afghanistan-Krieg machte tiefen Eindruck auf die Öffentlichkeit, denn in ihr bündelten und brachen sich wie unter einem Brennglas alle neuralgischen Themen des kommunistischen Regimes: Krieg, staatliche Gewalt, Terror und politische Verfolgungen, die Verantwortung der Machthaber und die Krise im Land. Die Bürger schätzten seine offene, moralische und zivile Haltung sehr. Als das VCIOM vor dreißig Jahren, im März 1991, gut ein Jahr nach seinem Tod und wenige Monate vor dem Ende der UdSSR eine Umfrage über „Andrej Sacharovs Bild in der öffentlichen Meinung“ durchführte, stand Sacharov im Zenit seines Ruhms: 95 Prozent der städtischen Bevölkerung der Sowjetunion wussten von ihm.²

Diagnose für das Land

Das Portrait eines Menschen „im Spiegel der Umfragen“ ist, zumal wenn es um eine Persönlichkeit von solchem Rang geht, die einen starken Einfluss auf das öffentliche Bewusstsein und gesellschaftliche Vorstellungen ausübt, zugleich immer ein Selbstportrait der Gesellschaft mit ihren Leidenschaften und Illusionen.³ Im Fall Sacharovs ist der Wandel dieses doppelten Bildes besonders gut dokumentiert.

Drei Umfragen im Dezember 1989 – kurz vor Sacharovs plötzlichem Tod am 14.12.1989 und unmittelbar danach – zeigen, dass die Bevölkerung damals eine wachsende Solidarität mit ihm empfand. Die Zahl seiner Gegner ging deutlich zurück.

Tabelle 1: In welchem Maße billigen Sie Sacharovs Tätigkeit? (1989)

| | Anfang Dezember | Mitte Dezember | Ende Dezember |
|--------------------------------------|--------------------|-------------------|------------------|
| Vollständig | 43 | 45 | 58 |
| Nicht vollständig | 12 | 11 | 7 |
| Ich billige sie nicht. | 10 | 8 | 2 |
| Keine Antwort | 35 | 36 | 33 |
| Zahl der Befragten in Russland N=... | 800 | 1600 | 1300 |

² Jurij Levada: Čelovek i legenda. Obraz A.D. Sacharova v obščestvennom mnenii. Moskva 1991. Die Umfrage (N= 2000) wurde unter der städtischen Bevölkerung in den Unionsrepubliken Russland, Ukraine, Moldova, Lettland, Litauen und Kasachstan durchgeführt.

³ Nach 1991 haben wir immer wieder die Haltung zu Sacharov untersucht. Die wichtigste Untersuchung fand im Mai 2010 statt. Zusätzlich zu den Fragen von 1991, die wir wieder aufnahmen, führten wir Gespräche in Fokusgruppen. Lev Gudkov, Aleksej Levinson: Obraz Sacharova: 20 let spustja, in: Vestnik obščestvennogo mnenija, 1/2011, S. 87–101. Im Januar 2021 wiederholten wir einige dieser Fragen, es ging uns darum, generationelle Veränderungen in der Haltung zu Sacharov zu ermitteln und festzustellen, wie man sich an ihn erinnert.



Beim ersten genehmigten Treffen der Gesellschaft „Memorial“, Moskau, Mai 1988

Sogar jene, die sich nicht vollständig mit Sacharovs Auffassung zu anderen Fragen solidarisieren wollten, teilten seine grundsätzliche Beurteilung der sowjetischen Politik: Der Afghanistan-Krieg, den die Führung des Landes entfesselt hatte, sei ein amoralisches, unverantwortliches Unternehmen und als solches uneingeschränkt zu verurteilen. Bei einer Umfrage 1991 stimmten 71 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass der Einmarsch der sowjetischen Truppen in Afghanistan im Dezember 1979 ein *Staatsverbrechen* war. 63 Prozent erklärten zudem, dass es in der UdSSR politische Gefangene gebe, und dieselbe Zahl der Befragten war der Ansicht, dass die Sowjetunion künftig den Weg der entwickelten westlichen Länder einschlagen solle.

Sacharovs späterer nahezu hagiographischer Verklärung als „legendäre Persönlichkeit“, als Held, der einer ungerechten Macht widerstanden hatte, war eine lange Entwicklung vorausgegangen. Längst nicht jeder Menschenrechtler, der in einem sowjetischen Lager inhaftiert gewesen war, erfuhr eine derartige Wertschätzung. Nach 70 Jahren totalitärer Herrschaft und ideologischer Propaganda war die Bevölkerung so weit, jedem Menschen, der es wagte, sich aus der grauen Masse abzuheben und gegen die Mehrheit zu sein, niedrige Motive wie Geltungssucht oder persönliche Ambitionen zu unterstellen. Damit er in den Augen der Öffentlichkeit zur moralischen Autorität werden konnte, bedurfte es einerseits der Anerkennung unabhängiger Instanzen wie der Wissenschaft, der Weltöffentlichkeit und anderer Menschenrechtler sowie paradoxerweise auch seitens des Regimes. Zugleich musste seine Biographie von der Konfrontation mit dem Regime zeugen, er musste Opfer von Verfolgung, Verleumdung und Schikane sein.

Andrej Sacharov hatte als Atomphysiker viele Jahre eine „geheime Existenz“ geführt und in einem abgeschotteten Bereich der Wissenschaft gearbeitet. Erste Bekanntheit erlangte er dadurch, dass das Regime ihn zu diskreditieren versuchte. Sacharov hatte sich seit Ende der 1960er Jahre aktiv an der Bewegung für Menschenrechte und Frieden beteiligt, sich offen zur friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen politischen Systemen bekannt und für atomare Abrüstung plädiert. Die Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis 1975 bedeutete einen enormen Bekanntheitsschub. Das ließ sich auch vor der sowjetischen Bevölkerung nicht verbergen. Der Versuch, den Friedensnobelpreis durch Kommentare in den sowjetischen Massenmedien zu diskreditieren, kompromittierte die Auszeichnung – machte sie aber zugleich bekannt. Ebenso verlor Sacharovs Verbannung im Januar 1980 nach Gor’kij (Nižnij Novgorod), das damals eine von der Außenwelt isolierte, „geschlossene Stadt“ war, jeder seiner Erklärungen mehr Gewicht. Der Versuch des Regimes, ihn zu isolieren, scheiterte. Er wurde zum Repräsentanten und Symbol einer gewaltlosen, moralischen und auf das Recht setzenden Demokratiebewegung in der UdSSR.

Sacharovs Auftritte in den 1970er und frühen 1980er Jahren stießen keineswegs auf breites Verständnis. Kaum jemand wusste etwas davon, abgesehen vom ziemlich engen Kreis derer, die ausländisches Radio hörten, Samizdat lasen, ihre Informationen aus informellen Kanälen bezogen und Nachrichten über seine Aktivitäten oder seine Stellungnahmen weitergaben und interpretierten.⁴ Geht man von der Reichweite des damaligen Samizdat aus, so waren das maximal fünf bis sieben Prozent der erwachsenen Bevölkerung der UdSSR.

⁴ Zum Samizdat, der im „Selbstverlag“ herausgegebenen Literatur in der Sowjetunion und in Osteuropa: Wolfgang Eichwede (Hg): Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa. Die 60er bis 80er Jahre. Bremen 2000. – Blick zurück nach vorn. Samizdat, Internet und die Freiheit des Wortes. Berlin 2010 [= OSTEUROPA, 11/2010].



Rückkehr aus der Verbannung. Moskau, Jaroslavler Bahnhof, 23.12.1986



Rede auf dem 1. Volksdeputiertenkongress. 9.6.1989

Dass Sacharovs Bekanntheit und Autorität wuchsen, hatte sich die sowjetische Führung selbst zuzuschreiben. Die Vorgaben aus dem ZK der KPdSU, wie der Fall Sacharov darzustellen sei, gingen an alle Chefredaktionen der Union, von den zentralen Nachrichtenagenturen APN und TASS bis hinunter zur auflagestarken Regionalpresse. Die wütende Hetze, die Beleidigungen und Verleumdungen, die anschließend zu lesen und zu hören waren, hoben Sacharovs Namen hervor und verliehen ihm einen besonderen Status. Selbst seine Verbannung änderte daran nichts. Nach einer Erhebung des Levada-Zentrums vom März 1991 hatte fast jeder zweite Befragte (47 Prozent) von Sacharovs siebenjähriger Verbannung gewusst, weitere 21 Prozent hatten nach seiner Rückkehr davon erfahren. Ein relevanter Teil der Befragten (15–20 Prozent) äußerte, sie hätten Anfang der 1980er Jahre den Medien so wenig getraut, dass sie offizielle Informationen mit umgekehrten Vorzeichen wahrgenommen hätten. Die bloße Tatsache der Hetze war für sie ein Hinweis darauf, dass die Person, gegen die gehetzt wurde, nicht nur „anständig“, „richtig“ und „gut“ sein musste, sondern dass sie etwas tat, was sich die breite Bevölkerung nicht traute. Selbst wenn diese Form der Verehrung weitgehend im privaten Raum blieb, den man nur mit Vertrauten teilte, hatte das eine wichtige Funktion: Sie stärkte die Gruppenidentität und befreite einen temporär vom erzwungenen Konformismus.

Der Versuch, sich vom erdrückenden Bewusstsein der eigenen Untätigkeit, Unentschlossenheit und des Opportunismus zu entlasten, das die große Mehrheit der sowjetischen Intelligencija empfand, schlug um in eine übertriebene Verehrung für Sacharov als Held, Heiliger oder eine Art Narr in Christo. Für viele Angehörige der Intelligencija begann Gorbačevs Perestrojka erst, als Sacharov im Dezember 1986 aus der Verbannung zurückkehren durfte. Er jetzt „glaubte“ man an sie.

Für die meisten Befragten waren die wichtigsten Informationsquellen zu Sacharov jedoch die sowjetischen Massenmedien (1991: 67 Prozent der Befragten). Nur elf Prozent bezogen ihre Informationen über ausländische Radiosender, 14 Prozent verwiesen auf „Freunde und Bekannte“. Glaubten die Menschen in den Brežnev-Jahren, was die Zeitungen über Sacharov schrieben? Das lässt sich nicht mit „ja“ oder „nein“ beantworten. Bei der Umfrage 1991 konnten die meisten Teilnehmer diese Frage nicht beantworten, weil sie zur betreffenden Zeit entweder zu jung waren (31 Prozent) oder sich an solche Artikel „nicht erinnern“ konnten (27 Prozent). Fast ein Drittel (30 Prozent) vertrat die Position, dass die „Mehrheit ihnen geglaubt hatte“. Nur zwölf Prozent der Befragten gingen davon aus, dass die meisten Sowjetbürger der Diffamierungskampagne gegen Sacharov „keinen Glauben schenkten“.

Nachträglich übertrieben viele der Befragten ihre positive Einstellung zu Sacharov. So erklärte fast ein Drittel (29 Prozent), Personen aus ihrem unmittelbaren Bekanntenkreis hätten während der staatlichen Hetzkampagne Sympathien für Sacharov geäußert.⁵ Diese Angaben scheinen Sacharovs realer Bekanntheit und Anerkennung zu widersprechen. Tatsächlich war er zwar nicht unbekannt, und die meisten Menschen durchschaute auch die Kampagne gegen ihn, doch angesichts des Konformitätsdrucks bildete sich kaum ein persönliches Verhältnis zu ihm heraus. Erst als es öffentlich „zulässig“ wurde, anders über Sacharov zu sprechen, kam auch ein anderes Verständnis seiner Person zum Ausdruck.

⁵ Ein Viertel (24 Prozent) erklärte, Sacharovs Aktivitäten habe damals „niemand“ zugestimmt habe; fast die Hälfte (47 Prozent) kann dazu keine Aussage machen.



Nach dem Erdbeben in Armenien. Spitak, 24.12.1988

Die öffentliche Meinung über die Kampagne gegen Sacharow ist ziemlich diffus. Selbst auf dem Höhepunkt der Trauer kurz nach seinem Tod, als die Allgemeinheit seiner Familie und seinen Mitstreitern viel Mitgefühl entgegenbrachte, bezeichnete nur die Hälfte der Befragten das Vorgehen der sowjetischen Führung als „ungesetzlich und nicht gerechtfertigt“. Die andere Hälfte lehnte es ab, das Vorgehen zu bewerten. Sie neigte zu inhaltsleeren Reaktionen wie „So ist das Leben“ oder „Dazu kann ich nichts sagen“ (Tab. 2).

Tabelle 2: Was können Sie zum Vorgehen der Staatsführung unter Brežnev gegen Sacharow sagen?

| | |
|--|----|
| Es handelte sich um völlig ungerechtfertigte und ungesetzliche Maßnahmen. | 50 |
| Vielleicht waren diese Maßnahmen nicht ganz richtig, aber so war nun einmal die Realität im politischen Kampf. | 11 |
| Das waren völlig legale und richtige Maßnahmen, und ich denke, dass man mit ihm überhaupt zu milde umgegangen ist. | 1 |
| Ich weiß nichts darüber. | 19 |
| Das ist schwer zu beantworten. | 19 |

In den Antworten der Befragten zeigt sich weder ein mehrheitliches Bestreben, den sowjetischen Propagandaapparat, die Presse und den KGB, die Sacharow verfolgten, zu rechtfertigen, noch andererseits ein klarer Wunsch, die Verantwortlichen zu verurteilen und zu bestrafen. Neben denen, die sie in Schutz nahmen oder gegen eine Bestrafung waren (18 Prozent) respektive für „Vergebung“ plädierten (drei Prozent), sprachen sich 17 Prozent dafür aus, lediglich die Namen der Verantwortlichen öffentlich zu nennen. Ein Fünftel der Befragten tat sich schwer mit der Antwort oder wich aus. Eine Bestrafung forderten 40 Prozent; der überwiegende Teil (25 Prozent) verstand darunter aber nur dienstrechtliche Sanktionen wie die Freistellung von der bisherigen Position oder den Entzug der Rente. Nur 15 Prozent forderten, dass die Täter sich vor Gericht verantworten sollten. Es blieb bei diesem frommen Wunsch: Viele von denen, die im damaligen KGB leitende Positionen besetzt hatten, waren auch in den frühen 1990er Jahren noch in höchsten Ämtern.

Sacharow als öffentliche Person

Für Sacharows rasch wachsende Autorität spielten mehrere Umstände eine Rolle. Zweifellos gehörte er der sowjetischen Elite an, allerdings deren naturwissenschaftlichem, als unideologisch wahrgenommenem Teil. Als Atomphysiker wirkte er an der Entwicklung der Atomwaffe mit, ohne die sich der „Großmachtstatus“ der Sowjetunion gar nicht denken ließ. Dieser Status wurde von der Bevölkerung hoch geschätzt. Sacharows wissenschaftliche Verdienste stehen für die öffentliche Meinung außer Zweifel. Er war kein Parteifunktionär, kein Wissenschaftsbürokrat im Militärisch-Industriellen Komplex, sondern ein unabhängiger, überragender Forscher, dessen Verdienste durch akademische Auszeichnungen gewürdigt worden waren, lange bevor er sich in der Opposition

engagierte. Der Nobelpreis war ein zusätzlicher Beleg für seine Verdienste („ein objektiver Beweis für seine Leistungen“).

38 Prozent der Respondenten von 1991 wussten „schon lange“, dass Sacharow einer der Erfinder der Wasserstoffbombe war, 22 Prozent war bekannt, dass er sich Anfang der 1960er Jahre gegen Atomwaffentests und die Verbreitung von Atomwaffen gewandt hatte, 21 Prozent, dass er an den Ursprüngen der Menschenrechtsbewegung stand, 26 Prozent der Befragten – dass er sich bereits 1979 gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan ausgesprochen hatte.

Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, haben die Versuche, Sacharow zu diffamieren oder als Wissenschaftler zu diskreditieren, nicht funktioniert. Die Integrität seines moralischen Handelns stand in der öffentlichen Meinung außer Frage. Deshalb versuchten die Propagandisten, die Verantwortung für sein Verhalten auf seine Frau Elena Bonner oder Angehörige abzuwälzen, die ihn auf Abwege gebracht hätten.

*Tabelle 3: Warum befasste sich Sacharow mit Politik und Menschenrechten?
(in Prozent der Respondenten / März 1991)*

| | |
|---|-----|
| Aus Mitleid mit Menschen, die ins Unglück geraten waren | 16 |
| Aus Verantwortungsgefühl für das, was im Land geschieht | 54 |
| Aus Ehrgeiz, Ruhmsucht | 0,4 |
| Um seine Schuld an der Herstellung der Wasserstoffbombe zu sühnen | 5 |
| Er befasste sich mit Politik, weil er seine Kapazitäten als Wissenschaftler erschöpft hatte | 2 |
| Schwer zu beantworten | 22 |
| Keine Antwort | – |



Margaret Thatcher, Andrej Sacharow und Elena Bonner. Moskau, 31.3.1987

Tabelle 4: Wer verhalf Sacharow zu Weltruhm? (in Prozent der Respondenten / März 1991)

| | |
|---|-----|
| Er selbst, mit seinen Arbeiten und Auftritten | 68 |
| Die, die ihn verfolgten | 5 |
| Zeitungen, Radio, Fernsehen | 7 |
| Westliche Geheimdienste | 2 |
| Sacharows Frau | 0,5 |
| Gorbačev | 1 |
| Schwer zu beantworten | 15 |

Tabelle 5: Was ist Sacharows entscheidendes Verdienst für die sowjetische Gesellschaft? (in Prozent der Befragten, 18 Prozent haben nicht geantwortet, März 1991)

| | |
|--|-----|
| Die Mitwirkung an der Herstellung der Wasserstoffbombe | 10 |
| Einsatz für ein Verbot von Atomwaffen | 22 |
| Engagement in der Menschenrechtsbewegung | 25 |
| Initiativen für politische Reformen in der sowjetischen Gesellschaft | 19 |
| Sonstiges | 0,4 |
| Schwer zu beantworten | 23 |

Sacharows offensichtliche moralische Integrität und Uneigennützigkeit wurden in der amoralischen Sowjetgesellschaft wurde als außergewöhnlich, geradezu als abwegig empfunden. Nicht zuletzt aus dieser Fremdheit erwuchs die Vorstellung von ihm als einsamem Kämpfer, dem nur wenige Gleichgesinnte zur Seite standen.



Atomphysiker unter sich: li. Edward Teller, re. Andrej Sacharov. Washington, 16.11.1988

Tabelle 6: Wissen Sie, wer das Akademiemitglied Andrej Sacharow ist, womit er sich befasst, wodurch er in Russland bekannt ist? Wer ist er in Ihren Augen in erster Linie?

| | 1997 | 2010 | 2011 | 2021 |
|---|------|------|------|------|
| Großer Physiker, Atomphysiker, „Vater“ der sowjetischen Wasserstoffbombe | 47 | 70 | 69 | 42 |
| Nobelpreisträger | 20 | 35 | 33 | 23 |
| Politiker in der Perestrojka, Abgeordneter des 1. Volksdeputiertenkongresses der UdSSR, Leiter der interregionalen Gruppe | 17 | 11 | 24 | 9 |
| Aktivist der Bewegung gegen Atomversuche, für ein Verbot von Atomwaffen | 13 | 9 | 20 | 15 |
| Dissident, ⁶ Vertreter der Menschenrechtsbewegung in der UdSSR | 14 | 18 | 18 | 7 |
| Gegner des sowjetischen Truppeneinzugs in Afghanistan | – | 13 | 13 | 9 |
| Eine moralische Autorität, ein Mensch von hoher sittlicher Qualität | 8 | 10 | 15 | 12 |
| Ich weiß nicht, wer Sacharow ist / keine Antwort, / ich weiß nicht genau, womit sich Sacharow beschäftigt hat | 27 | 30 | 21 | 38 |
| Zahl der Befragten | 1600 | 1600 | 1305 | 1616 |

Seit 1997 nimmt die Zahl derer, die von Sacharows Engagement für Menschenrechte und in der Politik wissen, kontinuierlich ab, sein Bild als „Vater“ der Wasserstoffbombe gewinnt demgegenüber an Bedeutung. Immer mehr Menschen ist sein Name überhaupt kein Begriff mehr. Die Schlussfolgerung aus Umfragen von 1991 und 2011 („Seine Glaubwürdigkeit bleibt nahezu unverändert, wenn man nach der Einstellung einer großen Zahl von Befragten urteilt“) erscheint heute daher voreilig.

Im März 1991 wussten nur 19 Prozent nicht, dass Sacharow den Nobelpreis erhalten hatte. Aber die meisten waren sich nicht sicher, wofür er ihn bekommen hatte. Mehr als ein Drittel der Befragten (34 Prozent) wusste es gar nicht. 24 Prozent nahmen an, er sei für Entdeckungen in der Physik ausgezeichnet worden, vier Prozent für den Einsatz für atomare Abrüstung, 20 Prozent für sein Engagement für Menschenrechte. Sacharow genoss breites Vertrauen, das sich aus unterschiedlichen Quellen speiste. Entscheidend dafür war, dass den Ton in der Gesellschaft damals gebildete, reformorientierte Gruppen angaben, deren Einfluss die Gegenseite – konservative Massenmedien und Parteipropaganda – nach Kräften zu neutralisieren versuchte. Lediglich sechs Prozent der Befragten hatten 1991 Sacharows Verfassungsentwurf für die UdSSR gelesen, 33 Prozent hatten

⁶ 1998 konnten 76 Prozent nicht erklären, was in der UdSSR das Wort „Dissident“ bedeutete. Nur sechs bis acht Prozent antworteten: Das sind die, die gegen die Machthaber, die Ordnung, die Regierung opponierten; etwa drei bis vier Prozent glaubten, es seien „Andersdenkende“, die mit der Regierung nicht einverstanden waren, zwei Prozent sagten „Opposition“, „Gegner der Sowjetmacht“, drei Prozent bezeichneten sie als „Verräter, Volksfeinde, Vaterlandsverräter“, „Überläufer“, „Spione“, weitere zwei Prozent als „Schwätzer“ oder „Leute, die emigrieren wollten“. 2013 wussten 81 Prozent nicht mehr, was ein „Dissident“ war.

davon gehört, 61 Prozent wussten gar nichts davon. Nur ein knappes Drittel (28 Prozent) hatte einige seiner Artikel zu Politik und Gesellschaft gelesen. Die Meinungen über den Erfolg seines Wirkens waren widersprüchlich: 15 Prozent sagten, er habe „viel erreicht“, die meisten (64 Prozent) urteilten, er habe „wenig oder keinen Erfolg“ gehabt, 21 Prozent wussten nichts zu antworten.

Für das erste Jahrzehnt nach der Jahrtausendwende gilt, dass Details über Sacharow aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwanden, aber die Grundeinstellung zu ihm bestehen blieb. Sie bildete sich kurz nach seinem Tod heraus und änderte sich in der Erinnerung jener, für die sein Name eine Bedeutung hatte, praktisch nicht mehr.

Tabelle 7: Welche Charaktereigenschaften zeichnen Sacharow aus? (N = 1600)

| | 1997 | 2010 |
|---|------|------|
| Mut | 36 | 35 |
| Gerechtigkeit | 25 | 28 |
| Weitsicht | 23 | 30 |
| Unabhängigkeit | 19 | 20 |
| Entschlossenheit | 18 | 29 |
| Verantwortungsgefühl | 15 | 21 |
| Empathie | 7 | 7 |
| Verletzlichkeit | 6 | 6 |
| Naivität | 5 | 6 |
| Hilflosigkeit | 5 | 6 |
| Umsicht | 5 | 9 |
| Eigenliebe | 1 | 2 |
| Erbitterung | 2 | 1 |
| Weltfremdheit | 7 | 7 |
| Weiß nicht zu antworten / keine Antwort | 33 | 21 |

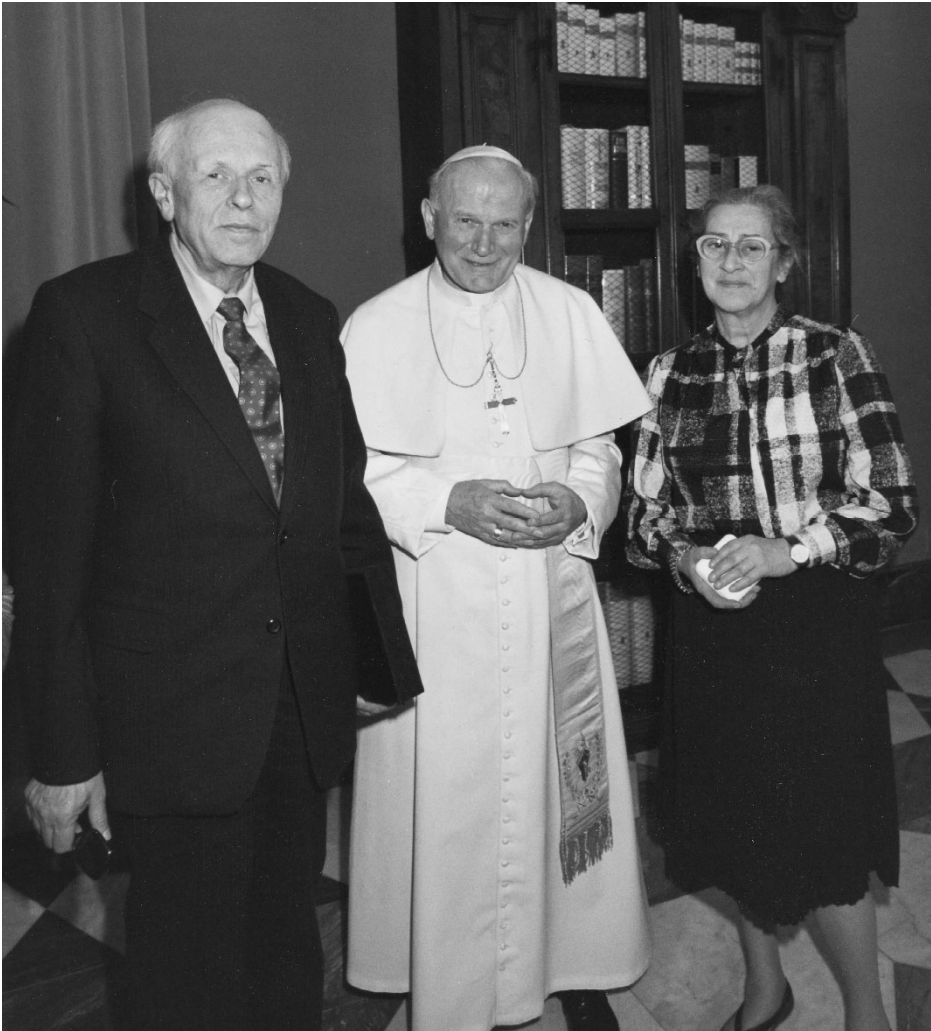
Tabelle 8: Mit welchen Gefühlen erinnern Sie und Ihr Umfeld sich an Sacharow? (Angabe in Prozent der Respondenten)*

| | 1991 | 1996 | 2010* |
|--|------------|------------|------------|
| | Sie selbst | Ihr Umfeld | Ihr Umfeld |
| Verehrung | 47 | 32 | 50 |
| Stolz | 2 | 10 | – |
| Trauer, Verlust | 9 | 16 | – |
| Mitleid, Reue | 5 | 8 | – |
| Keine besonderen Gefühle | 3 | 9 | 26 |
| Die meisten erinnern sich nicht an Sacharow. | 10 | 30 | – |
| Ablehnung | 0,5 | 2 | 3 |
| Man weiß nichts von ihm. | – | – | 7 |
| Weiß keine Antwort | 12 | 13 | 14 |

* Hier sind Ergebnisse aus mehreren Jahren mit unterschiedlichen Antworten zusammengeführt. Deshalb kann man hier nicht die Zahlen, sondern nur die „Rangstellungen“ der verschiedenen Positionen vergleichen. „–“ bedeutet, dass es diese Varianten im betreffenden Fragebogen nicht gab.

Kontext der Erinnerung

Betrachtet man die Umfragen zu rückblickenden Einschätzungen, die zeigen, was im kollektiven Bewusstsein bewahrt und von einer Generation an die nächste weitergegeben wird – seit Sacharovs Tod hat ein Generationswechsel stattgefunden, der nächste steht bevor –, so rangiert unter den wichtigsten Ereignissen von 1989, die 2005 genannt wurden, Sacharovs Auftritt zum Afghanistan-Krieg an vierter Stelle (17 Prozent). Nur der Fall der Berliner Mauer (26 Prozent), die Bergarbeiterstreiks (23 Prozent) und der Ausbruch von AIDS (20 Prozent) wurden häufiger genannt. Alles Übrige, darunter der Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagornyj Karabach oder der Sturz der kommunistischen Regime in Osteuropa, blieb weniger Menschen im Gedächtnis.



Audienz bei Sacharov. In der Mitte Papst Johannes Paul II., rechts Elena Bonner

Tabelle 9: Die wichtigsten Ereignisse der Perestrojka, der Epoche Gorbačevs (N = 1600)

| | 2005 Januar | 2010 März | 2013 März | 2015 März |
|--|----------------|--------------|--------------|--------------|
| <i>Glasnost</i> . Freie Meinungsäußerung | 40 | 39 | 33 | 32 |
| Reisefreiheit ins Ausland | 34 | 39 | 36 | 35 |
| Drohender Zerfall der UdSSR | 34 | 30 | 27 | 30 |
| Wirtschaftskrise und Mangel im Land | 24 | 19 | 22 | 19 |
| Entstehung von Kooperativen und privaten Kleinunternehmen | 23 | 21 | 17 | 20 |
| Ende der politischen Verfolgung, Haftentlassung der Dissidenten, Rehabilitierung Andrej Sacharovs und anderer Menschenrechtler | 22 | 20 | 18 | 13 |
| Führungswechsel. Jüngere, tatkräftigere Politiker übernehmen Posten | 21 | 29 | 19 | 17 |
| Scharfer politischer Streit in den Medien | 19 | 14 | 15 | 14 |
| Rückgabe der Staatsbürgerschaft an die, die zur Emigration gezwungen wurden | 18 | 13 | 12 | 10 |
| Blutige Zusammenstöße in Zentralasien | 17 | 13 | 13 | 13 |
| Militärischer Konflikt um Nagornyj Karabach | 16 | 11 | 13 | 15 |
| Freie Wahlen auf Konkurrenz-Basis | 15 | 16 | 10 | 11 |
| Politische Veränderungen in Osteuropa, Erosion des Warschauer Pakts, Wiedervereinigung Deutschlands | 14 | 11 | 11 | 13 |
| Abschaffung des Artikels 6 der Verfassung der UdSSR über die führende Rolle der KPdSU | 13 | 16 | 14 | 12 |
| Explodierendes Interesse an Printmedien, Millionenauflagen | 12 | 10 | 10 | 9 |
| Konflikte in der politischen Führung | 12 | 12 | 9 | 11 |
| Wirtschaftliche und politische Annäherung an die Länder des Westens | 12 | 13 | 10 | 8 |
| Entstehung demokratischer Bewegungen, Klubs und politischer Parteien | 11 | 9 | 9 | 8 |
| Einsatz bewaffneter Truppen gegen nationale Bewegungen in Tbilisi, Baku, Vilnius und Riga | 8 | 9 | 11 | 9 |
| Liveübertragung des Volksdeputiertenkongresses 1989–1990 | 7 | 8 | 8 | 9 |

In einer analogen Umfrage von 2008 zu Ereignissen, die 20 Jahre zurücklagen, stand der „Abzug der Truppen aus Afghanistan“ an erster Stelle, gefolgt von der Olympiade, dann kamen das Erdbeben in Armenien und der Konflikt um Nagornyj Karabach, der im Vorgefühl kommender Erschütterungen in der Öffentlichkeit einen starken Eindruck hinterließ, sowie die Aufhebung von Sacharovs Verbannung.

Tabelle 10: Welche Ereignisse von 1988 sind nach Ihrer Einschätzung die wichtigsten?

| | 1989 | 2008 | 2013 |
|--|------|------|------|
| Beginnender Truppenabzug aus Afghanistan | 61 | 50 | 35 |
| Erdbeben in Armenien | 32 | 28 | 27 |
| Unterzeichnung des INF-Vertrags über die Abrüstung von Kurz- und Mittelstreckenraketen | 26 | 7 | 4 |
| Gorbačevs Auftritt vor der UNO-Vollversammlung | 26 | 4 | 5 |
| Die 19. Parteikonferenz | 24 | 3 | 2 |
| Die Ereignisse um Nagornyj Karabach | 21 | 16 | 16 |
| Erster Flug der Raumfähre „Buran“ | 21 | 13 | 11 |
| Tausend-Jahr-Feiern der Taufe Russlands | 20 | 10 | 10 |
| Besuch Reagans in Moskau | 12 | 7 | 5 |
| Erste AIDS-Todesfälle im Land | 11 | 13 | 14 |
| Aufhebung der Abonnementbeschränkungen bei Zeitungen und Zeitschriften | 11 | 5 | 3 |
| Rehabilitierung des Rufs von Akademiemitglied A. Sacharov | 4 | 13 | 11 |
| Olympiade | 4 | 35 | 31 |
| Weiß keine Antwort | 2 | 19 | 28 |
| N = | 1130 | 1600 | 1600 |

Tabelle 11: Welche Ereignisse von 1989 scheinen Ihnen die wichtigsten?

| | 1989 Dezember | 2009 August |
|--|------------------|----------------|
| Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan | – | 50 |
| Fall der Berliner Mauer, Grenzöffnung zwischen BRD und DDR | – | 24 |
| Bergarbeiterstreiks | 27 | 22 |
| Blockade Armeniens, Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidshan um Nagornyj Karabach | 13 | 17 |
| Ausbruch von AIDS in mehreren Städten des Landes | 19 | 14 |
| Sacharovs Tod | - | 13 |
| Rentenerhöhung | 27 | 12 |
| Sacharovs Auftritt zum Afghanistan-Krieg | 22 | – |
| Eisenbahnunglück in Baškortostan | 17 | 8 |
| Treffen von Michail Gorbačev mit George Bush sen. | 34 | 7 |
| Politische Veränderungen in Osteuropa | 9 | 6 |
| Wahlen zum Volksdeputiertenkongress der UdSSR | 23 | 5 |
| Niederschlagung der Demonstration in Tbilisi | 10 | 5 |
| Erster Volksdeputiertenkongress | 24 | 5 |
| Nationale Zusammenstöße im Fergana-Tal | 8 | 4 |
| Zweiter Volksdeputiertenkongress der UdSSR | 20 | 2 |
| keine Antwort | 4 | 21 |
| N | 1130 | 1600 |

Sacharov wurde zu keinem Zeitpunkt als Initiator der Transformation und des sozialen Wandels im Lande wahrgenommen. Somit liegt auf ihm nicht die Last der Verantwortung für den Misserfolg der Reformen. Nach Meinung der meisten Befragten (55 Prozent, russländische Umfrage von 1990, N = 1300) leitete Gorbatschow diesen Wandel ein. Nur 17 Prozent schrieben die Initiative für die Reformen „progressiven Leuten in der Partei“, und sieben Prozent der Befragten der „gesamten KPdSU“ zu. „Sacharov und andere Menschenrechtler“ nannten ungefähr zwölf Prozent.

Allerdings gab Sacharov sehr wohl Entwicklungsperspektiven und Kriterien zur Beurteilung der Lage im Land vor. In einer Gesellschaft, der es an Vorstellungen von Humanismus und Rechtsstaatlichkeit mangelte, war dies vielleicht seine wichtigste Rolle und Funktion. Möglicherweise erinnert man sich aber auch deshalb so gern an ihn, weil sich mit seiner Person nicht die Vorstellung verbindet, dass man selbst Verantwortung für die Lage im Land hat und ähnlich handeln muss wie er. Er bleibt ein Einzelfall, mit dem andere, gewöhnliche Menschen sich nicht vergleichen können. Er ist „groß“, gerade weil sein zweifelsohne moralisches Verhalten nicht nahelegt, dass man es übernimmt.

Alle in den Umfragen erwähnten Ereignisse implizieren keine eigene Aktivität der Befragten. Es handelt sich um „Zuschauererinnerungen“ an etwas, das den Bürgerinnen und Bürgern „geboten“ wurde, nicht um Erinnerungen an etwas, woran sie selbst mitwirkten. Auf die Frage „Wenn Sacharov heute leben würde und für die Staatsduma kandidieren würde, würden Sie ihm Ihre Stimme geben?“ antworteten 43 Prozent mit „ja“ und 17 Prozent mit „nein“. 40 Prozent, vorwiegend junge Menschen, wussten darauf keine Antwort. In einer Situation, in der das autoritäre Regime in Russland erstarkt und es keine Möglichkeit der Wahl geschweige denn der Mitwirkung am Geschehen mehr gibt, ist die hohe Zustimmung für Sacharov oder die Anerkennung seiner moralischen Autorität ein Ersatz für eigenes Handeln, ein Surrogat einer eigenen Moral.

In einer Gesellschaft, die durch die Erosion der Moral gespalten ist, wird der Nimbus eines „Gerechten“ nur sehr wenigen Menschen zuerkannt. Aber wenn das geschieht, dann ist dieser Status von Dauer. Jeder Versuch, den Betreffenden zu diskreditieren, bleibt erfolglos. Je heftiger und wütender Sacharov auf dem Volksdeputiertenkongress, in der Presse, und von der Parteinomenklatura in den späten Gorbatschow-Jahren diffamiert wurde, desto weniger Verständnis zeigte die öffentliche Meinung für diese Attacken. Davon zeugen Antworten auf Fragen, die vom Standpunkt eines „advocatus diaboli“ gestellt wurden. Lediglich acht, neun Prozent zeigten sich einverstanden. Auf die Frage: „Stimmen Sie der Auffassung zu, dass Sacharov Russland nie verstanden hat?“ antwortete die absolute Mehrheit (63 Prozent) mit „nein“, lediglich acht Prozent stimmten zu (29 Prozent wussten keine Antwort; Umfrage vom Mai 2010). „Teilen Sie die Meinung, dass Sacharov im Interesse der Feinde der Sowjetunion agierte?“ Wiederum acht Prozent antworteten mit „ja“, 68 Prozent mit „nein“. „Hatte Sacharov Recht mit seiner Kritik am Einmarsch der sowjetischen Truppen nach Afghanistan?“ Fast 84 Prozent bejahten dies, nur etwa fünf Prozent votierten dagegen. Die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger vertraute Sacharov. Sie glaubte daran, dass er nicht um seiner selbst oder eines Vorteils willen oder aus dem Privatinteresse irgendwelcher Gruppen handelte, sondern dass es ihm wirklich um Frieden und Einheit im Lande ging, wenn er in entscheidenden Fragen zur Zukunft der sowjetischen Gesellschaft seinen Standpunkt vertrat. So urteilten 2010 75 Prozent der Befragten, nur vier Prozent widersprachen. Die übrigen waren meist junge Menschen, die nichts von Sacharov wussten, oder die ältesten und am wenigsten gebildeten Bewohner der tiefen Provinz.

Breites Vertrauen gewann Sacharov gerade durch sein entschiedenes, oft etwas „sonderbares“ Auftreten, das deutlich zeigte, dass ihm seine Wirkung auf andere oder die allgemeine Zustimmung gleichgültig waren. Er verteidigte seinen Standpunkt als den einzig möglichen, dem keine politische Gegenposition gegenüberstand, sondern allein die Heuchelei und Demagogie selbstsüchtiger Staats- oder Parteiführer. Mit dieser Haltung gab er seinen Mitbürgerinnen und Mitbürger die Selbstachtung zurück. 59 Prozent teilten diese Meinung, dass Sacharov viel dazu beigetragen hat, die moralischen Werte des sowjetischen Volkes wiederherzustellen.

Tabelle 12: Welche der folgenden Urteile über Sacharovs Wirken kommt Ihrer Auffassung am nächsten? (Angaben in Prozent der Befragten, Mai 2010, N = 1600)

| | |
|---|----|
| Er hat unserem Land gezielt geschadet. | 1 |
| Er hat unserem Land, zumindest unbewusst, viel Schaden zugefügt. | 4 |
| In der Jugend war er ein renommierter Wissenschaftler, aber danach hat er wer weiß was getrieben. | 8 |
| Ich weiß nichts von seiner Tätigkeit, habe aber eine negative Einstellung zu ihm. | 1 |
| Ich weiß nichts von seiner Tätigkeit und kann nichts zu ihm sagen. | 9 |
| Ich weiß nichts von seiner Tätigkeit, schätze ihn aber. | 12 |
| Er hat seinem Land viel Nutzen gebracht. | 27 |
| Er hat eine bedeutende Rolle in der Geschichte unseres Landes gespielt. | 29 |
| Er war eine heroische Persönlichkeit und opferte sich für das Wohl seines Landes. | 11 |

Erinnern und Vergessen: Junge und Alte über Sacharov

Menschen, die Sacharov als Zeitgenossen erlebten, sagen nur halb so oft wie junge Leute, dass sie von ihm nichts wissen. Aber unter den Jungen, die häufig antimilitaristische oder pazifistische Überzeugungen vertreten, könnte Sacharov wegen seiner entschiedenen Haltung für Abrüstung und gegen den Afghanistan-Krieg eigentlich hohe Popularität genießen. Das ist jedoch nicht der Fall. Im Januar 2021 gaben 70 Prozent der Respondenten in einer Umfrage unter 18- bis 24-Jährigen an, dass ihnen der Name Andrej Sacharov unbekannt sei. Im Kern haben wir es mittlerweile weniger mit Erinnerung als mit Vergessen zu tun.

Tabelle 13: Ist Ihnen das Akademiemitglied Andrej Sacharov bekannt? (Mit „nein“ antworteten in Prozent)

| | 2010 | 2021 |
|--------------------|-------------|-------------|
| 18–24 Jahre | 43 | 70 |
| 25–39 Jahre | 31 | 57 |
| 40–54 Jahre | 15 | 25 |
| 55 Jahre und älter | 12 | 13 |
| N = | 1600 | 2013 |

Anders als zu seinen Lebzeiten gab es nach Sacharovs Tod keine Zensur der Medienberichte über ihn. Es passt zum Zeitgeist der Putin-Jahre, dass Sacharov aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängt wird. Das hat mit der gezielten öffentlichen Diskreditierung der Ideen und Werte zu tun, die Sacharov vermittelte. Die gesamte politische Landschaft Russlands und die Moralvorstellungen haben sich unter Putin in eine Richtung entwickelt, die dem politischen Denken Sacharovs nicht nur fremd, sondern ihm diametral entgegengesetzt ist: hin zu einem imperialen Nationalismus, zu Militarismus, orthodoxem Traditionalismus und zur Frontstellung gegen den Westen. Die Auffassung, die Putin-Epoche sei die „natürliche Gesundung“ Russlands nach dem „pathologischen Zustand, in den die demokratischen Reformen das Land versetzt hatten“, findet zahlreiche Anhänger.

Die demokratischen Institutionen und Mechanismen erwiesen sich als unzureichend, um das postkommunistische Russland zu regieren. Das war der – nur mit Einschränkungen als „demokratisch“ zu bezeichnenden – Führung des Landes durchaus bewusst. Sie bemühte sich aber nicht, die demokratischen institutionellen Grundlagen des Staates zu verbessern, sondern setzte auf autoritäre Mittel, um, wie es damals schien, die vorrangigen politischen Aufgaben zu lösen. Die Anwendung „undemokratischer“ Mittel für „demokratische“ Zwecke erwies sich als verhängnisvoll. Denn mit den autoritären Mitteln kamen die institutionellen Träger dieser Methoden – die Geheimdienste und die anderen Gewaltapparate wie Polizei und Armee – an die Macht. Sie verfolgten ihre spezifischen Ziele und erklärten sie zu zentralen Aufgaben des Staates. Diese Entwicklung war so naheliegend wie vorhersehbar.

Wie stark die Verdrängung von Sacharov aus dem kollektiven Bewusstsein mittlerweile vorangeschritten ist, zeigt sich bei Umfragen unter Jugendlichen und in Fokusgruppen besonders deutlich.⁷ Die Jugendlichen wuchsen auf, ohne je etwas von Sacharov gehört zu haben. Bereits 2010 lag der Anteil junger Menschen, die viele Fragen nicht zu beantworten vermochten, deutlich über dem Durchschnitt. Auf die Frage „Wissen Sie, wer das Akademiemitglied Sacharov war, womit er sich befasste und wodurch er bekannt wurde?“ antworteten damals ungefähr 15 Prozent der über 40-Jährigen: „Ich weiß nichts über Sacharov“, unter Jugendlichen waren es 44 Prozent. Junge Menschen von 18 bis 39 Jahren lehnten doppelt so häufig wie ältere ab, etwas zu Sacharovs Charakterzügen zu sagen. Dagegen gleichen die Antworten der Menschen zwischen 40 und 54 Jahren in vielerlei Hinsicht denen der älteren Befragten.

In den 2000er Jahren änderte sich zunächst, was im „historischen Gedächtnis“ mit Sacharov verbunden wurde: Seine Rolle als Menschenrechtler und Dissident trat in den Hintergrund. In den Vordergrund rückte der „bedeutende Physiker“, Sacharov als ein „Vater der Wasserstoffbombe“. Zugleich ging der emotionale Bezug zu ihm verloren.

Die Wiederbelebung der aus der Sowjetunion stammenden großmachtzentrierten, imperialen und militaristischen Vorstellungen sowie die Putinsche Ideologie des Traditionalismus haben starken Einfluss auf die Moralvorstellungen der Jugendlichen, die in einer ganz anderen gesellschaftlichen Atmosphäre sozialisiert wurden als Anfang der 1990er Jahre. Symptomatisch hierfür ist, wie sich die Bewertung des Afghanistankrieges von 1979 bis 1989 unter den Angehörigen der jüngsten Generation verändert hat.

⁷ Diesem Abschnitt liegen die Ergebnisse von Diskussionen in Fokusgruppen mit jungen Leuten zugrunde, die in den Jahren 2009, 2010, 2012, 2020 und 2021 durchgeführt wurden.

Tabelle 15: War der Krieg in Afghanistan Ihrer Auffassung nach gerecht oder nicht?

| | gerecht | nicht gerecht | keine Antwort | Befragte |
|-------|---------|---------------|---------------|----------|
| 2005 | 13 | 75 | 12 | 1600 |
| 2008 | 17 | 55 | 28 | 1508 |
| 2010 | 9 | 74 | 17 | 1600 |
| 2014 | 8 | 68 | 24 | 1600 |
| 2020* | 35 | 49 | 16 | 2013 |

**Repräsentative Umfrage unter jungen Erwachsenen (18–35 Jahre)*

In den Diskussionen mit den Fokus-Gruppen in den Jahren 2009 und 2010 konnte etwa die Hälfte der Moskauer Jugendlichen nichts mehr mit dem Namen Sacharov anfangen. Junge Menschen, die fundiert und empathisch über Sacharovs Leben und Werk sprechen konnten, waren die absolute Ausnahme. Diejenigen, die überhaupt schon von ihm gehört hatten, wussten meist, dass er Akademiestandmitglied gewesen war. Daraus folgerten sie, dass er „Wissenschaftler“, Physiker, „Vater“ der sowjetischen Wasserstoffbombe gewesen war.⁸ Das Atomarsenal war einer der wesentlichen Faktoren der Konfrontation mit den USA. Dazu einen Beitrag geleistet zu haben sahen sie als sein Verdienst und als Beleg für seinen Patriotismus an. Dass er sich dann dem Kampf gegen Atomwaffen zuwandte, sehen die jungen Leute als eine andere Erscheinungsform seines Patriotismus.

Im kollektiven Gedächtnis ist Sacharovs Konflikt mit dem Regime weit weniger präsent. Nur die wenigsten wissen, dass Sacharov verbannt war. Worin sein Konflikt mit dem Regime bestand, können sie nicht erklären. Dagegen sind sie darüber informiert, dass sich Sacharov der Gefahr eines Atomkrieges bewusst war und für Frieden und Abrüstung kämpfte. Sein Engagement gegen den Krieg habe ihn mit der sowjetischen Führung in Konflikt gebracht. Zu seinem Wirken als Menschenrechtler sind nur noch rudimentäre Kenntnisse vorhanden. Von seiner Wahl zum Volksdeputierten weiß man praktisch nichts. Von seinem Mut, seinem Altruismus, seiner Persönlichkeit ist nur ein schwacher Eindruck haften geblieben. Das Wissen über sein Wirken ist weitgehend verlorengegangen. Seine Verurteilung des Afghanistan-Krieges und die Reaktion des Regimes darauf fehlen im öffentlichen Bewusstsein fast völlig.

Für einen Teil der jungen Leute gehört er zu den großen, wenn auch vergessenen Personen Russlands. Etliche Befragte meinen: „Solche Persönlichkeiten gibt es heute nicht.“ Und: „Das heutige Russland wäre dringend auf Andrej Sacharov angewiesen. Er wird gebraucht, als Vorbild eines redlichen und mutigen Menschen.“

Natürlich hätte er es in unserer Zeit sehr schwer, vermuten die Befragten. Bei der hypothetischen Diskussion, ob Andrej Sacharov für die heutige Duma kandidieren könnte, stellten einige Respondenten fest, dass ein Mensch seiner Reputation vom durchschnittlichen Wähler nicht unterstützt werden würde: „In Moskau hätte er zumindest theoretisch noch eine Chance, aber in Russland wäre sie gleich null.“ „Es ist nicht zu erwarten, dass seine Ideen in Russland heute breite Unterstützung fänden.“

Als Erklärung für diesen Wandel gilt die „Enttäuschung darüber, was passiert ist. Sehr viele Menschen sind unzufrieden mit den Folgen der Entwicklung, die damals in den

⁸ Im Folgenden werden Zitate aus den Antworten der Teilnehmer aus den Fokusgruppen wiedergegeben.

1980er Jahren begonnen hatte und an der Sacharov aktiv mitwirkte. Diese Unzufriedenheit würde sich auf ihn übertragen. Viele Menschen können ihm vieles nicht verzeihen.“ Diese Respondenten sehen keine Notwendigkeit, sich auf Sacharovs Ideen jener Zeit zurückzubesinnen. Vielmehr gehen sie davon aus, dass Sacharov selbst seine damaligen Vorstellungen heute revidieren würde. „Sofern er wirklich ein Mensch war, der sich weiterentwickelt hat, würde er seine Auffassungen wahrscheinlich irgendwie korrigieren.“ Immer mehr Menschen, so das Ergebnis der Fokusgruppen vom Januar 2021, verbinden mit dem Namen Sacharov nur noch die Bezeichnung einer Straße in Moskau, dem Sacharov-Prospekt, wo Großdemonstrationen gegen Putin stattgefunden haben. Wenige Respondenten wiesen auf Sacharovs Engagement für Menschenrechte hin. Die Frage, für wessen Rechte er sich eingesetzt habe und sich heute einsetzen würde, stieß auf Unwissen und diffuse Aggression: „Woher sollen wir das wissen?“ In der Putin-Ära sind Sacharovs Denken und die von ihm inspirierten politischen Kräfte an den Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit gedrängt. Dabei gilt nach wie vor:

Die Stimme der Vernunft, die sich dem durchschnittlichen Wahnsinn in allen terroristischen Regimen entgegenstellt, die die moderne Geschichte kennt, war immer die Stimme Einzelner.⁹

Sollte Russlands Gesellschaft in einer hypothetischen Zeit nach Putin wieder zum Leben erwachen, werden solche Stimmen, wird die Idee der Verantwortung des Einzelnen, die Andrej Sacharov vertrat, von essentieller Bedeutung sein.

Aus dem Russischen von Vera Ammer, Euskirchen

Die Fotos auf den Seiten 70–90 entstammen der Sammlung des Sacharov-Archivs in Moskau, <www.sakharov-archive.ru>.

Schlagwörter:

Sowjetunion, Russland, Andrej Sacharov, Menschenrechtsbewegung, Memorial, Perestrojka, Meinungsforschung, autoritäres Bewusstsein

⁹ Levada, Človek i legenda [Fn. 2], S. 24, S. 19.

A. Heinemann-Grüder, Nikolay Mitrokhin

Für eine neue Russland-Politik

Ein Strategiepapier

Im Zuge des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes und während der Bildung der neuen Bundesregierung werden die künftigen Regierungsparteien ihre außenpolitischen Positionen definieren und abstimmen. Das folgende Strategiepapier richtet sich an Bundestagsabgeordnete im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages, Wahlkampfmanager, die Verhandlungsteams der Koalitionsverhandlungen, die politischen Stiftungen sowie an das künftige Führungspersonal insbesondere im Auswärtigen Amt. Das Strategiepapier formuliert Ziele und Interessen und unterbreitet konkrete Vorschläge zur Umsetzung.

Die Politik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Russland bedarf einer grundsätzlichen Neuausrichtung, die von einer klaren Definition der eigenen Prioritäten, der Gewissheit über die eigenen Werte und einem illusionslosen Verständnis des autoritären Charakters des politischen Systems Russlands ausgeht. Das russische Regime ist Rivale im neuen Systemwettbewerb, ein Sicherheitsrisiko und eine Bedrohung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Deutsche Russlandpolitik muss die Widerstandsfähigkeit gegen antidemokratische Einflussnahme in Deutschland und der EU stärken, die Sicherheit im östlichen Europa schützen, für die Freiheit der Wahl des politischen Systems und des außen- und sicherheitspolitischen Bündnisses der Nachbarstaaten eintreten und jenen tatkräftig beistehen, die Opfer von Repression werden.

Es gibt fundamentale Konflikte mit Russlands Führung über die Achtung von Menschen- und Bürgerrechten, die Souveränität der Staaten in seiner Nachbarschaft und deren Recht, selbständig über ihre außen- und bündnispolitische Orientierung zu entscheiden sowie über den Respekt des Völkerrechts. Die deutsche Politik sollte sich von der Illusion verabschieden, das politische Regime in Russland von außen verändern zu können, ein neutraler Brückenbauer zwischen Russland und dem Westen zu sein oder Wandel durch Handel zu erreichen. Deutschland hat nur begrenzte Möglichkeiten, das Verhalten der russischen Führung zu beeinflussen, aber es kann dessen Aktionsradius beschränken und sich selbst und seine Partner schützen.

Andreas Heinemann-Grüder (1957), Dr. phil. habil., Politikwissenschaftler, apl. Professor an der Universität Bonn und Senior Researcher am Bonn International Centre for Conversion

Nikolay Mitrokhin (1972), Dr. phil., Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen
Für Diskussionen und Hinweise danken wir Wolfram Hiltz, Stefan Meister, Heidi Reisinger, Philipp Rotmann, Oxana Schmies, Hans-Henning Schröder, Susanne Spahn und Andreas Umland.

Die Haltung gegenüber Russlands Führung muss auf dem Konzept der wehrhaften Demokratie in Deutschland und der Europäischen Union gründen. Deutsche Russlandpolitik wird nur gemeinsam mit der Europäischen Union und zusammen mit seinen NATO-Partnern erfolgreich sein. Die EU und Deutschland werden von der gegenwärtigen russischen Führung nur auf der Grundlage von Prinzipienfestigkeit, Bündnistreue, der Fähigkeit zur Begrenzung aggressiven Außenverhaltens sowie durch konsistentes Verhalten ernst genommen. Deutschland sollte die Fähigkeit der EU stärken, rasch, eindeutig und langfristig zu handeln. Mit der Biden-Administration besteht nun die Chance für eine mit den USA abgestimmte Russlandpolitik.

Eine Verständigung mit Russland über Regeln in der Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem zur Konfliktprävention, zur Frühwarnung und zur Krisenreaktion, ist nur auf der Grundlage des Völkerrechtes möglich. Russland ist Mitglied des Europarates, es hat die Europäische Konvention für Menschenrechte und die OSZE-Charta von Paris unterzeichnet. Diese Konventionen und das Völkerrecht sind verbindliche Richtschnur der Beziehungen zu Russland.

Gemeinsame Interessen mit Russland betreffen die Vermeidung direkter militärischer Konfrontation, stabile Energielieferungen, Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus, die Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Bekämpfung von Pandemien und die Stabilisierung Syriens.

Die Lage in Russland

Russlands Regime ist im Kern autoritär, repressiv, antiliberal und kleptokratisch. Es missachtet oder bedroht die Souveränität und territoriale Integrität von Nachbarstaaten im postsowjetischen Raum und verletzt das humanitäre Völkerrecht. Es wendet Gewalt gegen Andersdenkende an, um das eigene Überleben zu sichern. Russlands politische Führung ist ein Gegner der Demokratie, der Europäischen Union und der transatlantischen Beziehungen. Die zunehmende Gewalt nach innen erhöht die Gefahr von Gewaltanwendung nach außen. Russlands Führung wird ihre repressive Innen- und offensive Außenpolitik verschärfen, systematisch weiter Menschen verfolgen, die sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte einsetzen, und versuchen, den Zusammenhalt der EU zu untergraben. Um an der Macht zu bleiben, stützt sich das Putin-Regime auf die Sicherheitsorgane, führt Ablenkungskriege und solidarisiert sich mit anderen autokratischen Regimen. Es nutzt Regionalkonflikte, um andere Länder in Abhängigkeit zu bringen oder zu halten.

Russlands politische Elite versteht Interdependenz als Gefährdung des eigenen Regimes und ist deshalb bestrebt, Abhängigkeiten und äußere Einflüsse zu minimieren. Russland wird sich in seiner Technologie-, Energie- und Digitalisierungspolitik zunehmend vom Westen abkoppeln. Auf die Herausforderungen einer modernen Ökonomie mit erneuerbaren Energien, des Klimawandels, des Wandels der Arbeitswelt, der Digitalisierung und des Zusammenlebens in städtischen Ballungsräumen bietet das Putin-Regime keine Antwort.

In Deutschland und vielen weiteren europäischen Ländern leben vielfältige russischsprachige Gemeinschaften. Moskau gibt vor, Fürsprecher der „russischen Welt“ zu sein

und versucht, die Pflege der russischen Sprache und Kultur und der Rechte russischsprachiger Minderheiten jenseits seiner Grenzen zu steuern. Russland übt durch gezielte Ausnutzung von Widersprüchen Einfluss auf die Willensbildung in westlichen Gesellschaften aus.

Ziele

Vorrangiges Ziel deutscher Russlandpolitik ist es, Sicherheit für alle Staaten und Gesellschaften Mittel-, Ostmitteleuropas und des postsowjetischen Raums vor Militärintervention, Landnahme, politischer oder wirtschaftlicher Erpressung zu schaffen. Von Russland darf keine Bedrohung oder gar eine Aggression gegen seine Nachbarn ausgehen, vielmehr sollte es Partner einer europäischen Sicherheitsarchitektur sein.

Europäische Sicherheit ist derzeit nur durch kollektive Verteidigung im Rahmen der NATO und US-amerikanischer Militärpräsenz in Europa möglich. Militärisch kann und sollte sich die Bundesrepublik an der Verteidigung der Ostflanke der NATO und der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit insbesondere der Ukraine mit glaubhaften eigenen Beiträgen beteiligen.

Um das Niveau militärischer Präsenz in Mittel-, Ost- und Ostmitteleuropa dennoch mittelfristig zu senken, gilt es, vertrauensbildende Maßnahmen zu ergreifen und die Rüstungskontrolle wiederzubeleben. Sicherheitspolitische Absprachen mit Russland sind nötig, um militärische Eskalationsrisiken an der Nahstelle zur NATO, im Russland-Ukraine-Konflikt, in den Konflikten um postsowjetische De-facto-Regime sowie in Syrien und Libyen einzuhegen. Kooperation mit Russland ist nötig im Bereich des humanitären Konfliktmanagements, bei der Bekämpfung von Terrorismus und gegen die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln. Anzustreben ist, bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terror zu kooperieren. Es liegt im Interesse Deutschlands, gutnachbarschaftliche Beziehungen zur russischen Regierung in jenen Bereichen zu entwickeln, in denen gemeinsame Interessen existieren.

Deutschland sollte seine Russlandpolitik insbesondere mit Frankreich, Polen, den baltischen und skandinavischen Staaten abstimmen. Für Krisensituationen bedarf es funktionierender Kommunikationskanäle, um Spannungen mit der russischen Seite entschärfen zu können.

Deutsche Politik sollte sich für partnerschaftliche Beziehungen mit allen postsowjetischen Staaten einsetzen, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatsreform, der Handels erleichterungen, der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und der kulturellen Beziehungen. Das Ziel sollte die langfristige Assoziation der Nachbarn Russlands mit der EU sein. Grenzen sollten so offen wie möglich sein für gesellschaftlichen Austausch, insbesondere im Bereich Kultur und Bildung sowie der Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen. Ein Ziel sollte es auch bleiben, in der nächsten Legislaturperiode einen visafreien Reiseverkehr zwischen den postsowjetischen Staaten und dem Schengenraum zu erreichen.

Deutschland ist an einer starken Position der deutschen Wirtschaft auf dem osteuropäischen Markt interessiert. Der Güter- und Kapitalaustausch sollte frei von Hemmnissen sein. Wirtschaftliche Tätigkeit in Russland bedarf des Schutzes durch eine funktionie-

rende Rechtsstaatlichkeit. Es liegt im deutschen Interesse, dass die Versorgung mit fossilen Energieträgern gesichert ist, solange diese benötigt werden. Deutschland sollte die einseitige Abhängigkeit von russischem Öl und Gasimporten mit einem klaren Stufenplan überwinden und sich, zusammen mit der EU, für den Klimaschutz und die Wende zu postfossilen Energieträgern einsetzen und gemeinsame Projekte initiieren.

Empfehlungen

- **Sicherheitspolitik mit Russland.** Zunächst sollte der Bereitschaft des russischen Regimes entgegengewirkt werden, das Völkerrecht zu brechen. Es liegt im Interesse deutscher Russlandpolitik, neue Gewaltkonflikte präventiv zu vermeiden oder – sollte das nicht gelingen – sie so zu regeln, dass die Belange der betroffenen Länder und Menschen im Zentrum stehen. Deutschland sollte sich an multilateralen, auch semioffiziellen Foren zur Rüstungskontrolle und Vertrauensbildung mit dem Ziel konkreter Abmachungen beteiligen und sich für eine Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates einsetzen.
- **Konfliktregelung.** Die Gewaltkonflikte im postsowjetischen Raum müssen gewaltfrei geregelt werden; dies kann nur durch internationale Vermittlung und Anreize für die Konfliktparteien gelingen. Die russische Führung muss ihre Unterstützung für nichtstaatliche Gewaltakteure in Nachbarstaaten einstellen und darf nicht durch die massenweise Vergabe russischer Pässe und die Einführung des Rubels als Zahlungsmittel seine Souveränität auf De-Facto-Regime ausdehnen. Mittelfristig gilt es, Regeln für den Umgang mit De-Facto-Regimen aufzustellen.
- **OSZE.** Deutschland sollte in der OSZE und der EU eine Führungsrolle in Verhandlungen über De-Facto-Regime im postsowjetischen Raum wahrnehmen. Die EU und die Bundesregierung sollten die rechtliche Statusfrage von De-Facto-Regimen zurückstellen und sich darauf konzentrieren, wie die Lebenssituation der Menschen in De-Facto-Regimen und grenzüberschreitend verbessert werden kann. Die Haltung gegenüber De-Facto-Regimen sollte von Kriterien geleitet sein – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz und Gewaltverzicht – und in Abhängigkeit von deren Erfüllung dazu beitragen, die Sanktions- und Blockadepolitik sukzessive zu überwinden.
- **„Eingefrorene Konflikte“.** Die EU sollte in den postsowjetischen Konfliktzonen bereit sein, durch Monitoring und das Angebot von Friedensmissionen zu einer friedlichen Lösung beizutragen. Dafür müssen multilaterale Regelungsformate gestärkt werden, die hochrangig durch Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten unterstützt werden. Die Bundesregierung sollte eine Gesamtevaluation der OSZE-Instrumente auf den Weg bringen, die Reformvorschläge für die Stärkung des Mandats und den Aufbau von Kapazitäten und Fähigkeiten enthält. Im Rahmen bestehender Programme kann die EU ökonomische und politische Anreize für Kompromisslösungen in den „eingefrorenen“ Konflikten bieten.

- **EU-Assoziierung.** Die EU kann nur Einfluss ausüben, wenn sie zu ihren Normen und Prinzipien nach innen und außen steht. Es bedarf eines jeweils national angepassten Assoziierungsangebots für jene Staaten, die EU-Normen und Prinzipien in ihrer praktischen Politik umsetzen. Kooperationsangebote für diese Staaten mit der EU können zu mehr Stabilität und Sicherheit in der Nachbarschaft mit Russland beitragen. Es bedarf einer stärkeren Fokussierung auf die Schwarzmeerregion, den Südkaukasus sowie auf Zentralasien. Neben der Förderung von Infrastruktur und der Verbreitung von Normen und Standards sollte sich Deutschland mit einem substantiellen Beitrag zur Regelung „eingefrorener“ Konflikte insbesondere in jenen Ländern engagieren, die potenzielle EU-Kandidaten sind. Erfolgreiche Reformen in postsowjetischen Staaten können auf Russland zurückwirken.
- **Wirtschaftspolitik.** Deutschland hat ein Interesse an stabilen Energielieferungen im Rahmen bestehender Verträge. Doch die Außenwirtschaftspolitik darf nicht dem Primat der Lieferung von Energieträgern und anderen Bodenschätzen untergeordnet werden. Wirtschaftskooperation mit Russland findet in einem geopolitisch aufgeladenen Umfeld statt – den vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen der EU, den legitimen Interessen osteuropäischer Nachbarn Russlands und der Konkurrenz mit China. Deutschland darf mit seiner Außenwirtschaftspolitik keine Sonderbeziehungen zu Russland betreiben, die zu Lasten anderer EU-Mitglieder und EU-assoziierter Staaten gehen. Deutschen Investoren müssen die erheblichen Risiken bewusst gemacht werden, die aus der autoritären Regression und dem Abbau von Rechtsstaatlichkeit in Russland resultieren. Deutschland sollte keine staatlichen Exportkreditversicherungen für Russlandgeschäfte ausstellen.
- **Resilienz.** Offene, demokratische Gesellschaften müssen ihre Wehrhaftigkeit stärken, um die Integrität von Wahlen und die Qualität von Nachrichten als Grundlage aufgeklärter Meinungs- und Willensbildung zu schützen. Die deutsche Politik sollte die Resilienz gegen Sabotage von fairen Wahlen und mediale Subversion durch Förderung einer pluralistischen Medienlandschaft, von investigativem Qualitätsjournalismus in Deutschland und Russland unterstützen und zur Aufklärung über Desinformation aktiv beitragen.
- Die **Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik** sollte Projekte zur Medienkompetenz und digitalen Kommunikation sowie russischsprachige Medienangebote fördern, um gegen „fake news“, Hassrhetorik und Manipulation in sozialen Medien wirksamer vorgehen zu können. Professionelle Standards der Berichterstattung gilt es gegenüber Manipulation, Desinformation durch aus Russland gesponserte Medien zu verteidigen. Dazu sind Transparenzregeln und Auflagen zur Löschung von rechtswidrigen oder strafbaren Inhalten erforderlich. Systematische Desinformation muss gerichtlich verfolgt werden. Staatlich gesteuerten russischen Propagandamedien muss eine Lizenzierung in Deutschland verweigert werden. Es bedarf der engen Kooperation zwischen medienrechtlichen Institutionen in Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten sowie einer gemeinsamen Medienstrategie der EU gegenüber Russland. Deutschland und die EU sollten unabhängige russischsprachige Medien fördern.

- **Dialog.** Die deutsche Politik sollte den Dialog zwischen den Zivilgesellschaften langfristig unterstützen, finanzieren und auch im Ausland lebende Russen einbeziehen. Es sollten Plattformen und Netzwerke für Journalisten, Experten, Akademiker, Oppositionelle geschaffen werden, um ihnen eine Perspektive unabhängig vom staatlich kontrollierten Sektor zu eröffnen und um ihr *know how* zur Analyse aktueller Entwicklungen in Russland zu nutzen. Die Bundesregierung sollte dagegen die finanzielle Förderung solcher „Dialog“-Formate wie des Deutsch-Russischen-Forums oder des Petersburger Dialogs auf den Prüfstand stellen. Sie gründen auf der Illusion einer wechselseitigen Annäherung, der Dialog findet jedoch primär mit offiziellen Vertretern der Russischen Föderation und nicht mit der unabhängigen Zivilgesellschaft statt. Diese Formate dienen der indirekten Legitimation autoritärer Herrschaft.
- **Europa-orientierter Nachwuchs.** Um die nachwachsende Generation in den postsowjetischen Staaten zu erreichen, könnte Deutschland mit der EU ein Netz „Europäischer Universitäten“ in den Nachbarstaaten Russlands aufbauen, in denen vornehmlich auf Russisch Bachelor- und Masterabschlüsse in technischen, humanwissenschaftlichen sowie gesellschafts- und geisteswissenschaftlichen Fächern angeboten werden. Die Bachelor- und Master-Abschlüsse sollten europäischen Standards entsprechen (European Credit Transfer and Accumulation System).
- **Menschenrechte.** Die Bundesregierung sollte kontinuierlich und substantiell zur professionellen Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen insbesondere in und durch Russland beitragen. Deutschland sollte den Aufbau einer internationalen Datenbank über Personen unterstützen, die das humanitäre Völkerrecht und Kriegsvölkerrecht verletzen und schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, um internationale sowie nationale Strafverfolgung nach dem Weltrechtsprinzip zu ermöglichen. Die Bundesregierung sollte die Unterstützung von Menschenrechtlern und Menschenrechtsbildung ausbauen. In Russland politisch und religiös Verfolgten sollte Beistand gewährt und in Not Geratenen großzügig politisches Asyl gewährt werden.
- **Sanktionen.** Das Repertoire an Finanzsanktionen, Exportbeschränkungen für Waffen und Güter mit zivilem und militärischem Verwendungszweck, von Ausrüstungsgütern und Technik für Erdölförderung und Sanktionen gegen Banken und Unternehmen, die zu über 50 Prozent in russischem Staatsbesitz sind, sollte systematisiert werden und in Abhängigkeit von Völkerrechtsbruch oder systematischen Menschenrechtsverletzungen ausgeweitet werden. Deutschland sollte sich für einen europaweiten „Magnitsky Act“ einsetzen, mit dem russischen Staatsdienern, die an Mord oder illegalen Gewaltakten beteiligt waren, die Einreise verweigert und der Zugang zu Finanzdienstleistungen verwehrt werden kann.
- **Cyber-Bedrohungen.** Zwischen der EU und Russland sollten Regeln für das Verhalten im Cyberraum erarbeitet werden. International muss das Völkerrecht auch auf den Cyberraum Anwendung finden. Voraussetzung für eine gemeinsame Cyberpolitik gegenüber Russland sind ein europäisches Verständnis von

Cyberangriffen, eine vergleichende Analyse von Cyberangriffen und gemeinsame Maßnahmen im Falle von Angriffen. Die deutsche Cyber-Außenpolitik sollte die Interessen und Vorstellungen der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf Cyber-Sicherheit in internationalen Organisationen koordinieren und verfolgen und sich für gemeinsame Regeln im Umgang mit Cyberkriminalität einsetzen. Denkbar sind gemeinsame Reaktionen auf Cyberangriffe, die Vereinheitlichung von Sicherheitsstandards, die Blockade von Servern, die diese Standards nicht einhalten und die gemeinsame Reaktion auf Cyberattacken von terroristischen Akteuren. Bestimmte Mittel und Ziele sollten für intolerabel erklärt werden, darunter Angriffe auf Krankenhäuser, Atomkraftwerke und Elektrizitätsnetze. Das Platzen von schädlicher Software auf Servern öffentlicher Einrichtungen muss Sanktionen nach sich ziehen.

- **Wirtschaftskriminalität.** Deutschland, die EU und seine westlichen Partner, insbesondere die USA und Großbritannien, sollten eine gemeinsame Strategie entwickeln, um die Transparenz außenwirtschaftlicher Aktivitäten russischer Akteure zu erzwingen, indem Scheinfirmen verboten, Geldwäsche systematisch verfolgt, russische Investitionen in Unternehmen, Immobilien und Medien überprüft und geopolitisch relevante Projekte besonderen Zulassungsverfahren unterworfen oder – wie *Nord Stream 2* – gestoppt bzw. nicht initiiert werden. Benötigt werden europaweite Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die systematisch gegen Korruption und Geldwäsche im europäischen und globalen Finanzsystem vorgehen.
- **Vergangenheitspolitik.** Deutschland bleibt sich seiner Verantwortung für den Holocaust, den Zweiten Weltkrieg (1939–45) und insbesondere den Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion bewusst. Deutschland wird die Erinnerung, Aufarbeitung der Vergangenheit und öffentliche Bildung über die Verbrechen des Zweiten Weltkrieges weiter im Sinne der Völkerverständigung und der wissenschaftlichen Objektivität fördern. Die deutsche Außen- und Kulturpolitik verwahrt sich jedoch gegen die nationalistische geschichtspolitische Instrumentalisierung der Leiden des Zweiten Weltkrieges für außenpolitische Zwecke der Gegenwart.
- **Russischsprachige Gemeinschaften.** Deutschland sollte sich als Gesellschaft mit einer starken russischsprachigen Gemeinschaft für gemeinsame, unabhängige europäische Programme des Erwerbs der russischen Sprache und der medialen Berichterstattung einsetzen. Deutschland und die EU sollten den Minderheitenschutz im OSZE-Raum stärken, damit Russland sich nicht als exklusiver Beschützer russischsprachiger Minderheiten präsentieren kann. In den öffentlich-rechtlichen Medien sollte die Sichtbarkeit der russisch-sprachigen Gemeinschaft und ihrer Sorgen und Bedürfnisse erhöht werden.
- **Expertise.** Deutsche Politik bedarf politikrelevanter Expertise, die zur strategischen Vorausschau und der Identifikation von Handlungsoptionen ertüchtigt. Die Bundesregierung und die EU müssen ihre Frühwarnsysteme verbessern, um Eskalationspotentiale im postsowjetischen Raum besser einschätzen zu können. Die staatliche Förderung von Politikexpertise sollte regelmäßig danach evaluiert werden, ob sie ihrem öffentlichen Auftrag genügt. Nötig ist eine Lagebildgenerierung, die Trendumbrüche antizipiert, Warnsignale, Risiken

und Eintrittswahrscheinlichkeiten identifiziert und Kontingenzplanungen ermöglicht. Es gilt, Informationen zu bündeln, die ressortübergreifende Kooperation institutionell zu stärken und strategiefähig zu werden. Zivile, militärische und nachrichtendienstliche Lagebildgenerierung, darunter zu Spionage, Desinformation, Manipulation und Korruption, bedarf der institutionalisierten Zusammenführung unter Federführung eines Ressorts – am besten des Auswärtigen Amtes. Es gilt zudem, regelmäßig eine Bestandsaufnahme der Mittel für die Durchsetzung einer gewählten Strategie durchzuführen.

- **Langfristige Perspektive.** Russland und die EU stehen vor gemeinsamen Herausforderungen, dazu gehören der Klimawandel, die Energiewende, die globale Migration, die Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt und der gesellschaftliche Zusammenhalt angesichts von zunehmender Ungleichheit zwischen arm und reich. Langfristig gilt es, eine Vision der Russlandpolitik zu entwickeln, die auf die gemeinsame Bewältigung globaler Herausforderungen, Rüstungskontrolle und Kooperation in Regionalkonflikten ausgerichtet ist. Mit akademischen und zivilgesellschaftlichen Vertretern aus Russland könnte, in Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen, ein strategischer Dialog initiiert werden, wie die Kooperation in den Bereichen Sicherheit, Umwelt und Energie sowie Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Forschung in einer Perspektive von zehn Jahren wiederbelebt werden könnten – als Signal an die russische Bevölkerung und europaorientierte Teile der politischen Elite.

Bonn, Bremen im Mai 2021

Schlagwörter:

Russland, deutsche Russlandpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Sanktionen, Menschenrechtspolitik

Adam Bodnar

„Für meine Feinde das Gesetz“

Das Rechtsverständnis der PiS-Regierung in Polen

Seit ihrem Amtsantritt 2015 hat die polnische Regierung unter Führung der PiS die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts untergraben und die Gewaltenteilung ausgehebelt. Das Rechtsverständnis und die Rechtspraxis der PiS entsprechen einem diskriminierenden Legalismus. Die Regierung versucht, sämtliche staatlichen Institutionen, darunter auch die Gerichte, ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Sie nutzt Machtmechanismen, um Vertraute zu fördern. Mit formalen Verfahren und informellen Praktiken benachteiligt und schikaniert sie Kritiker und Gegner, zerstört die Neutralität staatlicher Institutionen und unterminiert das Recht und die Rechtsstaatlichkeit.

Oscar R. Benavides, 1914–1915 und 1933–1939 Staatspräsident von Peru, wird die Maxime „Für meine Freunde alles, für meine Feinde das Gesetz“ zugeschrieben. Politische Kommentatoren in Lateinamerika zitieren sie gerne, um die Rechtspraxis von Regimen zu charakterisieren, die das Gesetz so anwenden, dass es dem politischen Freund nutzt und dem politischen Gegner schadet. Leider zeigt sich derzeit in Polen, dass diese Maxime überaus aktuell ist. Sie beschreibt die Realität im Lande sehr treffend, ja mehr noch, sie ist zu einer bewusst eingesetzten Methode der Machtausübung geworden. Polen befindet sich in einer ernsthaften Systemkrise. Seit den Parlamentswahlen im Herbst 2015 wird das Land von einer rechten Koalition um die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) regiert.¹ In dieser Zeit wurde die Verfassung der Republik Polen zwar nicht geändert, doch ist es zu einer politischen Unterordnung einzelner Verfassungsorgane gekommen. Bereits 2016 wurde die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts (Trybunał Konstytucyjny) untergraben.² Als nächstes wurde eine Reihe von Verfassungsänderungen durchgesetzt, die auf Staatsorgane zielten, die von zentraler Bedeutung für eine funktionierende Gewaltenteilung sind. Insbesondere wurde

Adam Bodnar (1977), Dr. hab., Verfassungsrechtler, Professor an der Uniwersytet Humanistycznospołeczny (SWPS, Universität für Sozial- und Geisteswissenschaften), von Mai 2015 bis 2021 Bürgerrechtsbeauftragter der Republik Polen, Warschau

Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um eine erweiterte und aktualisierte Fassung eines Beitrags zu einer Festschrift für Marek Safjan, in: Krystyna Szczepanowska-Kozłowska (Hg.): *Profesor Marek Safjan znany i nieznan. Księga jubileuszowa z okazji siedemdziesiątych urodzin*. Warszawa 2020.

¹ Gegen die Wand. Konservative Revolution in Polen, in: OSTEUROPA, 1–2/2016. – Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen, in: OSTEUROPA, 3–5/2018.

² Siehe dazu das Themenheft „Verfassungskrise in Polen“, in: OSTEUROPA-RECHT, 1/2018 sowie Marta Bucholc, Maciej Komornik: Gewaltenteilung ausgehebelt. Der Umbau der polnischen Justiz, in: OSTEUROPA, 3–5/2018, S. 7–18.

die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft erheblich eingeschränkt. Zwar war der Justizminister laut Verfassung der Polnischen Republik bereits zuvor viele Jahre lang gleichzeitig der Generalstaatsanwalt. Im Unterschied zu früher kann der Generalstaatsanwalt heute jedoch Einfluss auf individuelle Entscheidungen von Staatsanwälten und den Gang von Ermittlungsverfahren und indirekt auch auf die Arbeit von Gerichten nehmen.³ Gravierende Änderungen gab es auch im Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien. Diese erfüllen inzwischen nicht mehr ihren Auftrag einer pluralistischen und ausgewogenen Berichterstattung über die wichtigsten Geschehnisse im Lande. In einem Urteil vom 13. Dezember 2016 stellte das Verfassungsgericht fest,⁴ dass der Ausschluss des Landesrundfunk- und Fernsehrats (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji, KRRiT) aus dem Verfahren zur Ernennung der Verwaltungs- und Aufsichtsorgane der öffentlichen Medien verfassungswidrig sei. Das Urteil wurde jedoch nicht umgesetzt. Auch die Fundamente der Unabhängigkeit der Justiz wurden unterhöhlt. Die Vorgänge im polnischen Justizwesen beschäftigen seit Jahren die Organe der Europäischen Union und sind Gegenstand von Verfahren am Europäischen Gerichtshof (EuGH).⁵

Die institutionellen Veränderungen in Polen vollziehen sich nach bestimmten Methoden. Eine davon ist das Prinzip des formalen Legalismus. Verfassungswerte werden zwar in Frage gestellt, doch um Vorwürfen der Gesetzwidrigkeit vorzubeugen, werden solche Veränderungen auf der Basis konkreter Rechtsvorschriften und unter Umsetzung von Einzelregelungen vollzogen. Der Grundsatz des formalen Legalismus ist Teil der Rechtfertigungsstrategie, dass die Mehrheit nun einmal das Recht habe, Änderungen in Einklang mit dem Willen des Souveräns vorzunehmen. Eben jener Souverän habe auf dem Wege von Wahlen die Regierenden zu solchen Änderungen ermächtigt. Nach Auffassung der Regierenden hat er ihnen damit die Legitimation erteilt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Politiker des Regierungslagers weisen darauf hin, dass dies ihr gutes Recht sei, denn manche dieser Forderungen seien ja schon in ihren Wahlprogrammen enthalten gewesen. Gleichzeitig sehen sie im potenziell verfassungswidrigen Charakter solcher Schritte kein ernsthaftes Problem, denn schließlich legitimiert ja das Verfassungsgericht mit seinen Urteilen immer wieder die Handlungen der Regierung. Doch schaut man sich an, wie der Staat in der Praxis funktioniert, so kommen einem Zweifel. Tag für Tag gibt es Anlass für Einwände. Allgemein herrscht die Überzeugung, dass vorläufig kein Anlass zur Sorge bestehe, da ja die Grundregeln eingehalten würden (denn die Prinzipien des Legalismus würden ja respektiert). Obwohl Menschen- und Bürgerrechte immer wieder verletzt werden – etwa durch die Einschränkung des Rechts auf Versammlungsfreiheit oder durch den Einsatz unverhältnismäßiger Polizeigewalt –, ist die Situation noch lange nicht wie in Belarus oder in der Türkei.⁶ Aber die Grenze

³ Stellungnahme 892/2017 der Venedig-Kommission zum Gesetz über die Staatsanwaltschaft, 11.12.2017 <[www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD\(2017\)028-e](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-AD(2017)028-e)>.

⁴ Sygn. akt K 13/16, <<http://isap.sejm.gov.pl/isap.nsf/download.xsp/WDU20160002210/T/D20162210TK.pdf>>.

⁵ Urteil des EuGH vom 24.6.2019 in der Rechtssache C-619/18 Europäische Kommission gegen Republik Polen, <<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=215341&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4286197>>.

⁶ Macht statt Gewalt. Belarus: Schritte zur Freiheit – oder: – Gewalt statt Macht: Belarus: Repression, Schikane, Terror, in: OSTEUROPA, 10–11/2020. – Vergleichende Toxikologie. Herrschaft in Russland und der Türkei, in: OSTEUROPA, 10–12/2018.

des Zulässigen und Akzeptablen verschiebt sich jeden Tag ein bisschen weiter. Disziplinarverfahren gegen Richter werden eingeleitet,⁷ Richter werden suspendiert, und ihnen wird die Immunität entzogen. Staatsanwälte werden an andere Dienstorte zwangsversetzt.⁸ Nichtregierungsorganisationen sehen sich intensiven Kontrollen ausgesetzt.⁹ In Pandemiezeiten ahnden die Behörden Verstöße gegen Corona-Regeln, etwa die Organisation von Versammlungen, in manchen Fällen streng, in anderen übergehen sie solche Verstöße mit Schweigen. Dies sind nur einige Beispiele für staatliches Handeln, die ein Gefühl der Ungleichheit vor dem Gesetz hervorrufen und das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen verletzen.

In manch einer dieser Situationen tut man sich schwer, den staatlichen Organen einen direkten Vorwurf zu machen. Denn sie berufen sich darauf, ja nur das Recht anzuwenden. Da manche Personen sich nicht an dieses Recht hielten, so die Argumentation, müsse man eben – nach dem Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz – dieses Recht durchsetzen. Gleichzeitig hört man eine solche Argumentation nie, wenn die öffentliche Meinung Vorwürfe gegen regierungsnahe Personen erhebt. Dann herrscht Schweigen, es wird weiter so agiert wie bisher, eine echte Reaktion von Seiten der staatlichen Organe unterbleibt. Ein derartiger Umgang mit dem Recht ist nichts Neues. Politologen, die den Übergang von Staaten von einem demokratischen zu einem autoritären System analysieren, haben ihn detailliert beschrieben.

Der Begriff des diskriminierenden Legalismus

Der Begriff „diskriminierender Legalismus“ (discriminatory legalism) geht auf Kurt Weyland zurück, der ihn 2013 in Bezug auf lateinamerikanische linkspopulistische Systeme benutzte, die ins Autoritäre abgleiten.¹⁰ Der Verfassungsrechtler Wojciech Sadurski übertrug ihn auf das heutige Polen.¹¹ Der diskriminierende Legalismus beruht darauf, dass eine Regierung sämtliche staatlichen Institutionen, darunter die Gerichte, ihrer Kontrolle unterwirft und dann formale Machtmechanismen willkürlich und nach eigenem Ermessen dazu benutzt, um Vertraute und Verbündete zu fördern. Umgekehrt verschafft sich die Regierung umfangreiche Möglichkeiten, um ihre Kritiker oder Gegner zu bestrafen oder zu schikanieren. Wenn eine Regierung alle Mittel und Wege, Berufung einzulegen, kontrolliert und eklatante Verletzungen prozeduraler Normen vermeidet, dann haben Personen, die Opfer von Angriffen oder sonstigem Unrecht geworden sind, kaum Chancen, im eigenen Land Gerechtigkeit zu erlangen oder dass ihr Fall internationales Interesse erregt.¹²

⁷ Małgorzata Szuleka, Marcin Wolny, Maciej Kalisz: The Time of Trial. How do changes in justice system affect Polish judges? Helsinki Foundation for Human Rights, Warsaw 2019, <www.hfhr.pl/wp-content/uploads/2019/07/czas-proby-EN_EMBARGO_24072019.pdf>.

⁸ So Staatsanwalt Mariusz Krasoń. In diesem Fall hat der Bürgerrechtsbeauftragte der Republik Polen mehrfach Einspruch erhoben. Ponowna interwencja RPO u Prokuratora Generalnego, 28.8.2019, <www.rpo.gov.pl/pl/content/sprawa-prok-krasonia-ponowna-interwencja-rpo-w-prokuraturze-generalnej>.

⁹ Challenges facing civil society organisations working on human rights in the EU. European Union Agency for Fundamental Rights. Luxemburg 2017, <<https://fra.europa.eu/en/publication/2018/hallenges-facing-civil-society-orgs-human-rights-eu>>.

¹⁰ Kurt Weyland: The Threat from the Populist Left, in: Journal of Democracy, 3/2013, S. 18–32, <www.journalofdemocracy.org/wp-content/uploads/2013/07/Weyland-24-3.pdf>.

¹¹ Prof. Wojciech Sadurski o tym jak władza nagina prawo, in: Polityka, 5.3.2019.

¹² Weyland, The Threat [Fn. 10], S. 30.

Das Recht wird also so angewandt, dass Personen, die die Regierung unterstützen, im Einzelfall geschützt werden und umgekehrt in Fällen, in denen ein vermeintlicher Gesetzesverstoß von Feinden der Regierung im Raum steht, das Recht schonungslos zum Einsatz kommt. So entsteht ein Ungleichgewicht zwischen den am Verfahren beteiligten Kräften: Alles geschieht scheinbar in Einklang mit dem Gesetz, aber in Wirklichkeit ist die Staatsmacht im Vorteil. Sie macht nicht nur die Vorschriften, sondern sie hat auch verschiedene Möglichkeiten, um in bestimmten Fällen alle nur möglichen Kräfte und Mittel aufzubieten und es in anderen Fällen genau umgekehrt zu halten, abhängig davon, wen und was ein konkreter Streit betrifft. Der Wert des diskriminierenden Legalismus für die Machthaber besteht darin, dass er die äußere Fassade einer Anwendung des Rechts aufrechterhält. Die erwähnte Theorie entstand auf Basis der Analyse der Herrschaftspraktiken in Venezuela, Peru, Bolivien, Ecuador oder Brasilien. Zu den häufigsten Methoden zählen Klagen gegen Journalisten und Zeitungen; Korruptionsvorwürfe gegen Gegner der Staatsmacht und administrative Kontrollen wie Steuer- oder Anti-Monopol-Ermittlungen; die Instrumentalisierung eines öffentlichen Protests als Vorwand, um politischen Gegnern zu unterstellen, sie planten einen Umsturz der legalen Staatsmacht, und sie unter Anklage zu stellen, sowie Repressionen gegen NGOs.¹³

Beispiele für diskriminierenden Legalismus gibt es auch auf anderen Kontinenten. Weltweit nutzen Machthaber Korruptionsvorwürfe als Druckmittel gegen politische Gegner. Auch Zivilklagen oder privatrechtliche Strafverfahren gegen Journalisten, Redakteure und oppositionelle Zeitungen sind eine weit verbreitete Methode.¹⁴

Der diskriminierende Legalismus ist eng verbunden mit dem Herrschaftstyp des „kompetitiven Autoritarismus“.¹⁵ Dieser Terminus bezeichnet ein System, in dem formal demokratische Mechanismen existieren: Es gibt eine Verfassungsordnung, Wahlen finden statt, es herrscht Gewaltenteilung, kurz, wir finden alle Elemente eines demokratischen Systems. Gleichzeitig aber wird durch die konkrete Praxis der Machtausübung ein dauerhafter Zustand ungleicher Bedingungen (uneven playing field) hergestellt.¹⁶ Die Situation gleicht einem imaginären Fußballspiel, in dem zwei Mannschaften gegeneinander spielen, von denen die eine aus elf, die andere nur aus acht Spielern besteht. Theoretisch kann auch die kleinere Mannschaft gewinnen, doch muss sie sich erheblich mehr anstrengen – z.B. müsste sich die gesamte Opposition einen – oder aber Glück haben, dass z.B. eine Wirtschaftskrise das Vertrauen in die Regierung unterminiert.

In der politischen Praxis gibt es viele Formen, ein solches Ungleichgewicht zwischen den Regierenden und denen, die sich bemühen, an die Macht zu gelangen, herzustellen. Eine dieser Formen ist der ungleiche Zugang zu öffentlichen Ressourcen wie den Medien. Eine weitere Form besteht in juristischen Repressionen. Eine selektive Anwendung unterschiedlicher Formen der juristischen Haftbarmachung, Zivilklagen, private Verleumdungsklagen, Kontrollen, direkte Interventionen der Polizei oder der Staatsan-

¹³ Ebd., passim, insbesondere S. 24–25.

¹⁴ Unterschiedliche Beispiele bringen Steven Levitsky, Lucan A. Way: *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War*. Cambridge 2010, S. 9.

¹⁵ Levitsky, Way, *Competitive Authoritarianism* [Fn. 14].

¹⁶ Ebd., S. 10.

waltschaft sind potenzielle Mittel der juristischen Repression. Die Anwendung von Methoden des diskriminierenden Legalismus ist eines der Kriterien für die Einstufung eines Systems als konkurrierenden Autoritarismus.¹⁷

Warum ist der diskriminierende Legalismus schädlich?

Es sind meistens die Gegner der Staatsmacht, die Opfer von diskriminierendem Legalismus werden. Das können Journalisten, Publizisten, Presse und Medien oder NGOs sein, aber auch Vertreter der Opposition. Mit einem Wort alle, die die Autorität der Staatsmacht in Frage stellen oder ihr das Regieren erschweren. Der diskriminierende Legalismus ist eng mit dem Populismus verbunden. Die Staatsmacht beruft sich darauf, dass die Mehrheit die Regierung bildet. Sie versucht, ihre politischen Ziele umzusetzen und im Namen der Mehrheit verschiedene Minderheitenstimmen zum Schweigen zu bringen. Dies aber verhindert die normale Debatte und behindert die Kontrolle der Macht, die zum Wesen der Demokratie gehört. Der diskriminierende Legalismus kann zu einem systemischen Illegalismus werden.¹⁸

In eine Analyse des diskriminierenden Legalismus ist auch das Handeln von Personen und Institutionen einzubeziehen, die den Staat unterstützen. Wenn solche Personen oder Institutionen ideologische Gegner attackieren, dann sind diese Attacken zwar nicht durch den Staat organisiert, aber das Ausbleiben einer adäquaten Reaktion von Seiten des Staates kann ein stillschweigendes Einverständnis bedeuten. Die Regierenden können sich von einer solchen Attacke nach außen distanzieren oder das Verfahren in der betreffenden Angelegenheit bewusst in die Länge ziehen. Politiker können solche aggressiven Handlungen von Bürgern auch rechtfertigen, wie der Fall einer führenden PiS-Politikerin zeigt, die einen Angriff der *Allpolnischen Jugend* (Młodzież Wszechpolska) auf Demonstranten des *Komitees zur Verteidigung der Demokratie* (Komitet Obrony Demokracji, KOD) in Radom verständnisvoll kommentierte:

Jede Aktion ruft eine gewisse Reaktion hervor. Ich möchte betonen [. . .], dass wir, solange wir leben, Emotionen haben. Diese Emotionen haben sich in Radom Luft verschafft. Das ist eine Situation, die es nicht geben sollte. Aber ich verstehe die Leute auch.¹⁹

Ein weiterer Aspekt im Zusammenhang mit dem Problem des diskriminierenden Legalismus ist die wachsende Rolle des Staates in der Wirtschaft. Immer mehr Menschen hängen vom Staat ab, und damit geraten auch immer mehr Menschen in Gefahr, zu Opfern einer diskriminierenden Gesetzgebung zu werden. Ebenso müssen Unternehmer, bevor sie öffentlich Stellung beziehen oder die Tätigkeit einer Oppositionspartei oder einer oppositionellen gesellschaftlichen Organisation unterstützen, sich Gedanken über

¹⁷ Adam Bodnar: System polityczny Rzeczypospolitej Polskiej w świetle teorii konkurencyjnego autorytaryzmu, in: Adam Bodnar, Adam Płoszka (Hg.): Wokół kryzysu praworządności, demokracji i praw człowieka. Księga pamiątkowa Prof. Mirosława Wyrzykowskiego. Warszawa 2020, S. 119–148.

¹⁸ Weyland, The Threat [Fn. 10], S. 24.

¹⁹ Beata Mazurek: Atak w Radomiu? „Rozumiem ich“. Słowa rzecznik PiS obiegły światowe media. Rzeczpospolita, 26.6.2017.

die möglichen Folgen etwa in Gestalt zusätzlicher Kontrollen von Seiten unterschiedlicher staatlicher Behörden machen. Eine unsichere Rechtslage, unklare Prozeduren und langwierige Gerichtsverfahren tragen noch zu einer Verstärkung solcher Ängste bei. Klagen oder andere Aktionen gegen Gegner der Staatsmacht müssen nicht zwangsläufig dazu führen, dass diese sich zu einer Einstellung ihrer Tätigkeit gezwungen sehen. Diejenigen, die nicht einfach alles hinnehmen, lassen sich in der Regel nur schwer zum Schweigen bringen, insbesondere wenn ihr Protest einer tiefen inneren Bindung an moralische Werte und Menschenrechte entspringt. Doch solche Rechtsverfahren haben zur Folge, dass die Kosten für eine Oppositionstätigkeit erheblich steigen: Die Betroffenen müssen Zeit für ihre Verteidigung aufwenden und Anwälte beschäftigen. Die türkische Journalistin und Schriftstellerin Ece Temelkuran schildert die Geschichte eines Kollegen, gegen den gleich mehrere Gerichtsverfahren angestrengt wurden, was dieser so kommentierte: „Unser Leben spielt sich jetzt zwischen Gerichtssälen ab. Wir können nichts anderes mehr tun. Nichts.“²⁰ Temelkuran zeigt, wie das Leben der Opposition in der Türkei seit Jahren aussieht. Die Kalender sind voll mit Gerichtsterminen, die die Oppositionellen daran hindern, noch irgendeine Art von politischer Tätigkeit zu organisieren, und die sie gleichzeitig demütigen und machtlos machen. Eine solche Häufung von Gerichtsverfahren verstärkt auch die gesellschaftliche und politische Polarisierung. Nur die Mutigsten halten sich auf der politischen Bühne und sind bereit, ihre Stimme zu erheben. Doch beim übrigen Teil der Gesellschaft, der das Potenzial hätte, sich zu widersetzen, führen solche juristischen Aktionen nach und nach zu einer Selbstzensur. Das bedeutet, dass die Opposition immer größere Schwierigkeiten hat, sich zu organisieren und der Dominanz der Regierenden etwas entgegenzusetzen.

Die polnische Spielart des diskriminierenden Legalismus

Institutionelle Bedingungen

Natürlich lassen sich Beispiele aus anderen Staaten nicht eins zu eins auf Polen übertragen. Voraussetzung dafür, dass sich der diskriminierende Legalismus voll entfalten kann, ist eine Unterordnung der Gerichte unter die Exekutive. In Polen lässt sich jedoch an vielen Beispielen zeigen, dass die Gerichte dort immer noch in hohem Maße unabhängig agieren.²¹ Obwohl der Druck auf polnische Richter wächst – sei es durch institutionelle Veränderungen im Gerichtswesen, sei es durch den schrittweisen Austausch von Gerichtspersonal durch das Regierungslager oder die politische Unterordnung des Landesgerichtsrats (Krajowa Rada Sądownictwa, KRS) –, stellen nach wie vor viele Richter ihre Unabhängigkeit unter Beweis.²² Doch trotz solcher positiven Fälle von Rechtsprechung muss man sich vor Augen halten, dass polnische Richter heutzutage viel riskieren, nicht zuletzt eine Suspendierung. Daher kann man sich nicht sicher sein, ob Richter sich bei ihren Urteilen immer ausschließlich an geltendem Recht orientieren oder ob nicht doch in dem ein oder anderen Fall auch politische Faktoren einen Einfluss darauf haben.

²⁰ Ece Temelkuran: *How to Lose a Country. The 7 Steps from Democracy to Dictatorship*. London 2019, S. 160.

²¹ Ewa Siedlecka: *Sędziowie mówią. Zamach PiS na wymiar sprawiedliwości*. Warszawa 2018.

²² Adam Bodnar: *Sądowe Top 10 – najważniejsze orzeczenia 2020 roku*. Rzeczpospolita, 3.1.2021.

Für die Zwecke des diskriminierenden Legalismus lassen sich aber auch andere staatliche Organe einspannen. Denn um auf die Rechte und Freiheiten der Bürger Einfluss zu nehmen, braucht eine Regierung nicht notwendigerweise ein Gerichtsurteil. Hinzu kommt, dass es im Wesen von Gerichten liegt, dass sie Handlungen von Organen der Exekutive in der Regel *ex post* beurteilen. Eine nachträgliche Prüfung solcher Handlungen durch die Gerichte muss, selbst wenn sie unabhängig entscheiden, nicht unbedingt zu einer Wiederherstellung des früheren rechtlichen Zustands (*restitutio in integrum*) führen, wenn es bereits zu einer Rechtsverletzung gekommen ist. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die Exekutive das Ergebnis dieser nachträglichen Kontrolle ignoriert oder die geforderte Korrektur von den zuständigen Organen nicht umgesetzt wird. Dies ist möglich, wenn Organe der Exekutive unter starker Kontrolle der Regierung stehen oder wenn das Regierungslager Einfluss auf Organe hat, die Teil des Systems der gegenseitigen Gewaltenkontrolle sind. In Polen ist dies in Form einer direkten politischen Einflussnahme auf die folgenden staatlichen Organe zu beobachten:

1. *Staatsanwaltschaft*: Der Justizminister ist gleichzeitig der Generalstaatsanwalt und verfügt über Befugnisse, die es ihm ermöglichen, Einfluss auf die Entscheidungen jedes Staatsanwalts zu nehmen.
2. *Polizei*: Die Polizei ist dem Ministerium für Inneres und Verwaltung untergeordnet; es mangelt an Mechanismen, die die institutionelle Unabhängigkeit der Polizei von politischer Einflussnahme sicherstellen würden.
3. *Geheimdienste*: Das einzige Organ, das die Tätigkeit der Geheimdienste kontrollieren kann, ist der Geheimdienstausschuss des Sejm, der jedoch mehrheitlich aus Abgeordneten des Regierungslagers besteht.
4. *Öffentlich-rechtliche Medien*: Die Verwaltungs- und Aufsichtsräte der öffentlichen Medienanstalten werden durch den Nationalen Medienrat (Rada Mediów Narodowych, RMN) ernannt. Über die Besetzung dieses Gremiums entscheidet die parlamentarische Mehrheit, sprich die PiS und ihre Koalitionspartner. Aus diesem Grund vertreten die öffentlich-rechtlichen Medien die vom Regierungslager vorgegebenen Ziele, sie werden zu einem Instrument der Regierung. Auf der einen Seite verschweigen sie Affären, an denen Vertreter des Regierungslagers beteiligt sind, oder spielen ihre Bedeutung herunter und stellen die öffentliche Resonanz darauf verfälschend dar; auf der anderen Seite hängen sie jede Rechtssache gegen Vertreter der Opposition und politische Gegner des Regierungslagers an die große Glocke. Die Rolle der öffentlichen Medien ist von wesentlicher Bedeutung, wenn es um eine gerichtliche Beurteilung von Situationen geht, in denen staatliche Behörden oder Regierungsvertreter Befugnisse gegenüber politischen Gegnern überschritten haben: Gerichtsurteile, die für die Regierung ungünstig ausfallen, werden ignoriert oder verschwiegen.
5. *Regierungsnahe private Medien*: Dank einer dauerhaften Finanzierung durch Staatsunternehmen realisieren private Medien, die das Regierungslager unterstützen, im Grunde genommen politische Ziele. In manchen Situationen wirken sie als „Verstärker“ der Botschaften, die die Regierung aussenden will bzw. die die öffentlich-rechtlichen Medien „programmiert“ haben.

6. *Aufsichts- und Regulierungsbehörden*: Dadurch, dass die Exekutive Einfluss auf die Besetzung von Aufsichts- und Regulierungsbehörden hat, kann sie auch deren Tätigkeit und Kontrollmechanismen einschränken. Dies betrifft insbesondere solche Positionen wie die des Präsidenten des Amtes für Wettbewerbs- und Verbraucherschutz (Urząd Ochrony Konkurencji i Konsumentów, UOKiK) sowie des Präsidenten des Amtes für den Schutz personenbezogener Daten (Urząd Ochrony Danych Osobowych, UODO).

Rechtsqualität und Gesetzgebungsprozess

Ein wichtiger Punkt bei der Analyse des diskriminierenden Legalismus sind die Rechtsqualität und der Prozess der Gesetzgebung. In den Jahren 2015 bis 2019 wurden in Polen viele Gesetze unter Verletzung grundlegender Prinzipien der Rechtsetzung und ohne ausreichende Debatte verabschiedet. Dies geht auf Kosten der Abwägung von miteinander konfligierenden Werten. Zudem bestand wenig Gefahr – und dessen war sich das Regierungslager natürlich bewusst –, dass diese Gesetze vom bereits politisierten Verfassungsgericht kontrolliert und aufgehoben werden würden. Dies eröffnete einen breiten Raum für die Annahme von klar verfassungswidrigen Gesetzen.

Nach den Parlamentswahlen 2019 veränderte sich die Qualität des Gesetzgebungsprozesses. Die Opposition gewann die Mehrheit im Senat. Dieser kann zwar keine Gesetze blockieren, aber bis zu 30 Tage über den Inhalt von Gesetzen, die der Sejm verabschiedet hat, debattieren und sie dann korrigieren oder ablehnen. Allerdings können solche Senatsbeschlüsse über die Ablehnung oder Änderung eines Gesetzes wiederum vom Sejm mit absoluter Mehrheit abgelehnt werden. Die genannte Frist von 30 Tagen ermöglicht immerhin eine Debatte und eine Beteiligung Betroffener am Gesetzgebungsprozess. Im Falle von Gesetzentwürfen, die aus verfassungsrechtlicher Sicht bedenklich sind oder deren Sinnhaftigkeit fraglich ist, erhöht eine solche Debatte den politischen Preis für die Verabschiedung des betreffenden Gesetzes.

Seit der Covid-19-Pandemie hat sich der Charakter des Rechtsetzungsprozesses erneut vollkommen verändert. Die Regierung entschied sich dagegen, den Katastrophenfall auszurufen und damit die Verhängung des Ausnahmezustands zu ermöglichen. Stattdessen bestand die Antwort des polnischen Staates auf die durch die Pandemie verursachte Krise mit Sondergesetzen („Anti-Krisen-Schutzschilder“) und Durchführungsverordnungen auf der Basis bestehender Vorschriften zu reagieren. Dies war aus zwei Gründen bedenklich. Erstens, weil im Zuge der Verabschiedung der „Anti-Krisen-Schutzschilder“ (tarcze antykryzysowe) Vorschriften in Gesetzestexte eingebaut wurden, die in keinerlei Verbindung zum Kampf gegen die Pandemie standen, dafür aber die Befugnisse von Organen der Exekutive (etwa der Staatsanwaltschaft oder der Strafvollzugsbehörden) erweiterten. Die Geschwindigkeit, mit der in dieser Situation ganze Gesetze erlassen wurden, hatte zur Folge, dass eine gesellschaftliche Kontrolle über neue gesetzliche Bestimmungen, die den Zwecken der ausführenden Gewalt dienen und Menschenrechte einschränken, nur begrenzt möglich war. Zweitens legte die Regierung Gesetzesbestimmungen von 2008 über die Vorbeugung von Infektionskrankheiten sehr weit aus und führte verschiedene Beschränkungen im Bereich der Versammlungsfreiheit, der Bewegungsfreiheit, der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit und der Religionsfreiheit

ein. Auf der Basis dieser Bestimmungen erließ sie Verordnungen, die auf verschiedene Art und Weise das Verhalten im öffentlichen Raum reglementierten. Diese Vorschriften waren formell rechtmäßig (die Verordnungen hatten eine gesetzliche Grundlage), doch ihre Übereinstimmung mit der polnischen Verfassung war wegen einer möglichen Überschreitung der Grenzen der Gesetzgebungskompetenzen fraglich. Dies versetzte die Bürger in eine schwierige Lage – auf der einen Seite mussten sie die Vorschriften befolgen, auf der anderen Seite aber sahen sie ihre verfassungsrechtlichen Mängel.

Diese Situation wurde von den Behörden zwischen März 2020 und Januar 2021 ausgiebig genutzt, um die Versammlungsfreiheit einzuschränken. Die Polizei berief sich auf geltendes Recht (Verordnungen zur Einschränkung des Versammlungsrechts), wenn sie bei Demonstrationen nicht nur die Ausweise von Teilnehmern überprüfte, sondern einige auch festnahm und auf Polizeistationen brachte. Die Hygieneaufsicht belegte Teilnehmer öffentlicher Versammlungen regelmäßig mit Administrativstrafen. Auch wenn die verhängten Ordnungsstrafen in vielen Fällen von Gerichten wieder aufgehoben wurden, so hatten sie doch die konkrete Folge, dass die Bürger- und Freiheitsrechte eingeschränkt worden waren. Auch dass Gerichte wiederholt den unbegründeten und unrechtmäßigen Charakter von Festnahmen feststellten, führte nicht zu einer Änderung der Art des Vorgehens der Polizei.

Die Pandemie gab Polens Regierungslager also ein bequemes Werkzeug des diskriminierenden Legalismus an die Hand. Es konnte mit Hilfe der Polizei und der Gesundheits- und Hygieneaufsicht im Namen von Recht und Gesetz politische Gegner und insbesondere Demonstranten schikanieren. Gleichzeitig konnte es vorschützen, es tue ja nichts anderes, als im Interesse aller Bürger die Pandemie zu bekämpfen. 2020/2021 kam es in Polen zu mehreren großen Protesten, auf die der Staat jeweils mit Sanktionen reagierte: Im März und April 2020 fand eine Reihe von Protesten im Rahmen des sogenannten „Unternehmerstreiks“ statt. Zwischen April und Juni 2020 gingen viele Menschen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen auf die Straße (es gab Befürchtungen, dass die geplante Abhaltung der Wahl ausschließlich in Form einer Briefwahl der Manipulation Tür und Tor öffnen würde), ebenso wie gegen die Zensur im Dritten Programm („Trójka“) des öffentlich-rechtlichen Rundfunks *Polskie Radio*. Am 6./7. August 2020 kam es zu Solidaritätskundgebungen anlässlich der Inhaftierung einer LGBT-Aktivistin, bei denen 48 Demonstranten festgenommen wurden (sog. „polnisches Stonewall“). Zwischen dem 22. Oktober 2020 und Januar 2021 gab es wiederholt Proteste, die von der NGO *Gesamtpolnischer Frauenstreik* (Ogólnopolski Strajk Kobiet) organisiert wurden. Anlass war ein Urteil des Verfassungsgerichts zur Verschärfung des Abtreibungsrechts.²³

In jedem dieser Fälle griff die Polizei ungewöhnlich hart ein, wobei es zu zahlreichen Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten kam. Die formale Grundlage des jeweiligen Polizeieinsatzes waren Verordnungen, welche die Durchführung friedlicher Versammlungen erheblich einschränkten.

Leider zeigt eine Analyse des Vorgehens der staatlichen Behörden, dass die Vertreter des Regierungslagers dabei ihre politischen Gegner ins Visier nahmen. Zum Symbol der Ungleichbehandlung von Freund und Feind wurde eine Aktion von Jarosław Kaczyński

²³ Trybunał Konstytucyjny, sygn. K 1/20, Planowanie rodziny, ochrona płodu ludzkiego i warunki dopuszczalności przerywania ciąży, 22.10.2020, <<https://trybunal.gov.pl/s/k-1-20>>.

zu Beginn der Pandemie: Am 10. April 2020, dem zehnten Jahrestag der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, legte der PiS-Vorsitzende gemeinsam mit verschiedenen Staatsvertretern entgegen der allgemein geltenden Pflicht zur sozialen Isolation Blumen am Denkmal für die Opfer der Katastrophe nieder. Am selben Tag besuchte Kaczyński das Grab seiner Mutter auf dem Powązki-Friedhof, obwohl dieser eigentlich geschlossen war. Dies sorgte nicht nur für eine stürmische Debatte im polnischen Sejm, sondern veranlasste auch den polnischen Rocksänger Kazik Staszewski, ein Lied mit dem bezeichnenden Titel „Dein Schmerz ist besser als meiner“ (Twój ból jest lepszy niż mój) aufzunehmen.²⁴ Den traditionellen, von patriotischen und nationalistischen Kreisen veranstalteten Unabhängigkeitsmarsch am 11. November 2020 schützten die Behörden, obwohl ihre Haltung zu den Organisatoren mindestens ambivalent war. Als der nationalkonservative katholische Sender *Radio Maryja* am 5. Dezember 2020 den Jahrestag seiner Gründung feierte, wurde die zulässige Besucherzahl in der Kirche weit überschritten. Trotz der Verletzung von Corona-Regeln wurde kein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Niemand erhielt eine Strafe für den Verstoß gegen behördliche Auflagen.²⁵ Die Covid-19-Pandemie bietet neue Möglichkeiten für Maßnahmen, die es der Regierung erlauben, politische Gegner zu behindern. Das Regierungslager machte davon mehrmals Gebrauch. Gleichzeitig mussten sich Regierungsvertreter nicht für eigene Verfehlungen verantworten, bisweilen missachteten sie demonstrativ geltendes Recht.

Direkte Aktionen gegen politische Gegner

Häufig nimmt der diskriminierende Legalismus die Form eines direkten Vorgehens gegen politische Gegner an. So setzte die Polizei bei der Festnahme prominenter ehemaliger Repräsentanten der *Solidarność* missbräuchlich Zwangsmittel ein. Diese Festnahmen wirken demütigend und senden der Gesellschaft ein Signal der Einschüchterung.²⁶ Mitunter setzte die Polizei mehrere Bürger stundenlang präventiv fest, um ihre Demonstration zu verhindern.²⁷ Oder sie überprüfte die Papiere von Personen, die an den Frauenstreiks gegen die Regierungspolitik teilnahmen. Wiederholt ließ die Staatsanwaltschaft (ehemalige) Vorstandsmitglieder von Staatsunternehmen oder Kontrollorganen verhaften, die mit der vorherigen Regierung in Verbindung standen.²⁸ Wiederholt wurden Sendungen des öffentlichen Fernsehens TVP als Plattform für Anfeindungen gegen

²⁴ Das Lied ist abzurufen unter <www.youtube.com/watch?v=o9LzNtpjhV0>. Es landete in der Hitparade von *Radio Trójka* auf Platz 1. In einem Akt staatlicher Zensur wurde die Hitliste von der Webseite des Radiosenders gelöscht und erst nach heftigen Protesten wieder online gestellt wurde. Ein Großteil der bei *Trójka* beschäftigten Journalisten verließ aus Protest den Sender.

²⁵ *Ilu wiernych było w kościele na urodzinach Radia Maryja? Policzyliśmy. Ale problem jest inny.* Konkret24.tvn24.pl, 21.12.2020.

²⁶ Das Bezirksgericht Warschau-Mokotów stufte am 8. Mai 2018 die Verhaftung von Władysław Frasyniuk, einem der Ex-Führer der *Solidarność*, und seine Abführung in Handschellen am 14. Februar 2018 als unbegründet und rechtswidrig ein. Sąd: kajdanki dla Frasyniuka były bezprawne, OKO.press, 8.5.2018, <<https://oko.press/sad-kajdanki-dla-frasyniuka-byly-bezprawne/>>.

²⁷ Wegen rechtswidriger Freiheitsberaubung durch die Polizei am 11.11.2017 sprach das Kreisgericht Warschau am 21.8.2018 (sygn. akt VIII Ko 71/18) einem Bürger eine Entschädigung zu: <www.rpo.gov.pl/sites/default/files/Wyrok%20S%C4%85du%20Okr%C4%99gowego.pdf>.

²⁸ Urteil des Bezirksgerichts Danzig-Süd vom 6.6.2019 zugunsten des Ende Januar 2019 durch die zentrale Korruptionsbehörde CBA verhafteten Vorstandschefs des Mineralölkonzerns LOTOS Paweł Olechnowicz. Diesem wurden 45 000 Złoty Entschädigung zugesprochen. 45 tys.

einzelne Politiker und deren Familienmitglieder missbraucht.²⁹ Prominente Personen, die öffentlich Kritik an der Berichterstattung des öffentlichen Fernsehens übten, wurden mit Zivilklagen überzogen.³⁰ NGOs, die für Frauenrechte eintreten, wurden nach Aktionen im Rahmen des „Schwarzen Protests“ gegen strengere Abtreibungsgesetze Anfang Oktober 2017 polizeilich durchsucht.³¹ Gegen Richter, die sich öffentlich für die Verteidigung des Rechtsstaats einsetzten, wurden Disziplinarverfahren eingeleitet.³² Der Raum für Debatten im Parlament wird eingeschränkt, indem Abgeordnete der Opposition mit Geldstrafen belegt oder Geschäftsordnungsvorschriften in unverhältnismäßiger Weise gegen sie angewandt werden.³³ Abgeordneten mit kritischen Positionen wird das Rederecht in Ausschüssen des Sejm entzogen.³⁴

Nicht all diesen Vorgängen liegen direkte, explizite politische Anweisungen zugrunde. Im Übrigen wäre es wegen der Intransparenz des Entscheidungsprozesses auf Regierungsebene auch schwer, die Existenz solcher Anweisungen zu beweisen. Doch lohnt sich ein Blick auf die Methoden. Politiker senden deutliche Signale an Staatsanwälte, Angehörige der Geheimdienste, des Öffentlichen Dienstes sowie der Staatsmedien, welche Position sie erwarten. Vielfach agieren die Angesprochenen dann wie von den Regierenden erwartet. Gleichzeitig bemühen sich führende Regierungspolitiker nicht, sich in ihren Aussagen zu mäßigen. Im Gegenteil: Amtsträger wie der Premierminister oder der Justizminister, der gleichzeitig die Funktion des Generalstaatsanwalts ausübt, geben klar vor, wie die Machtorgane gegenüber konkreten Personen handeln sollen.

Bedenkenswert ist, welche Bedeutung Worte von Politikern für weisungsgebundene Untergebene haben. In einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2007 heißt es:

zł zadośćuczynienia za zatrzymanie prezesa Lotosu. Rmf24.pl, 19.3.2021. – Entscheidung des Bezirksgerichts Szczecin vom 26.2. 2019 zugunsten der im Dezember 2018 verhafteten hohen Beamten der polnischen Finanzaufsicht KNF Wojciech Kwaśniak und Andrzej Jakubiak. Sąd: Zatrzymanie przez CBA Jakubiaka i Kwaśniaka niesłuszne. Gazeta Wyborcza, 26.2.2019.

²⁹ So gab es Dutzende Angriffe des öffentlichen Fernsehens TVP auf den Danziger Stadtpräsidenten Paweł Adamowicz. Im Januar 2019 wurde er von einem Attentäter ermordet. Zu den Angriffen Fabryka Nienawiści. Newsweek, 20.1.2019.

³⁰ TVP S.A. klagte gegen den PO-Politiker und Oberbürgermeister von Poznan Jacek Jaśkowiak, die Verfassungsrechtler Wojciech Sadurski und Adam Bodnar sowie den Satiriker Krzysztof Skiba.

³¹ Policja w Centrum Praw Kobiet. Rzeczpospolita, 6.10.2017. – Raport z Repozytorium Ogólnopolskiej Federacji Organizacji Pozarządowych. Zestawienie udokumentowanych przypadków naruszenia zasad współpracy ministerstw z organizacjami pozarządowymi w okresie XI 2015–XI 2018, <<http://obserwatoriumdemokracji.pl/wp-content/uploads/2016/03/Raport-podsumowujacy-XI-2015-XI-2018.pdf>>.

³² Sędziowie pod presją – raport o metodach szykanowania przez władzę niezależnych sędziów. Stowarzyszenie Sędziów Polskich Iustitia [2019], <[www.iustitia.pl/images/pliki/ Raport_Sędziowie_pod_presja_2019.pdf](http://www.iustitia.pl/images/pliki/Raport_Sędziowie_pod_presja_2019.pdf)>.

³³ Nicht nur einmal verhängte der Sejm marschall gegen Abgeordnete der Opposition Ordnungsstrafen für angebliche Ordnungsverstöße während Parlamentsdebatten. Michał Szczerba klagte gegen seinen Ausschluss von einer Debatte im Dezember 2016 vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Szczerba przeciw Polsce. Złożył skargę do Trybunału w Strasburgu na wykluczenie przez Kuchcińskiego, OKO.press, 21.2.2017.

³⁴ So wurden die Beratungen des Sejm ausschusses für Gerechtigkeit und Menschenrechte am 10.9.2019 vom Ausschussvorsitzenden abgebrochen, ohne dass der Bürgerrechtsbeauftragte die Gelegenheit erhalten hätte, die Fragen von Abgeordneten zu beantworten, <www.rpo.gov.pl/pl/content/sejmowa-komisja-sprawiedliwosci-zapoznala-sie-z-doroczna-informacja-rpo>.

Die Ausübung der Freiheit der Meinungsäußerung durch gewählte Politiker, die zugleich ein öffentliches Amt in der Exekutive innehaben, bringt eine besondere Verantwortung mit sich. In bestimmten Situationen ist es ein normaler Teil der Pflichten solcher Amtsträger, persönlich administrative Entscheidungen zu treffen, die die Ausübung individueller Rechte betreffen, oder andere Personen zu ermächtigen, solche Entscheidungen zu treffen. Die Ausübung der Freiheit der Meinungsäußerung durch solche Amtsträger kann über Gebühr in den Gebrauch anderer durch die [Europäische] Konvention [zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten; A.B.] [. . .] garantierter Rechte eingreifen. Bei der Ausübung ihrer Freiheit auf Meinungsäußerung kann es daher geboten sein, dass sie Zurückhaltung üben, da ihre Ansichten von Beamten, deren Anstellung und Karriere von ihrer Einwilligung abhängen, als Anweisungen aufgefasst werden können.³⁵

Dieser Standard wird in Polen in der Regel ignoriert. Daher können derartige Worte von Politikern zur Folge haben, dass Beamte (Polizisten, Staatsanwälte), die für konkrete Entscheidungen verantwortlich sind, politische Anweisungen ausführen oder in der Überzeugung handeln, Erwartungen von oben zu erfüllen. Wenn informelle Anweisungen den Buchstaben des Gesetzes ersetzen, kommt es zwangsläufig zu Pathologien.

Fehlende Reaktionen auf Gesetzesverstöße

Der diskriminierende Legalismus besteht nicht nur in direkten Handlungen des Staates gegenüber politischen Gegnern, die unter dem Deckmantel einer formalen Übereinstimmung mit dem Gesetz erfolgen. Vielmehr gehört auch die Schaffung einer Art Grauzone dazu, in der Vertreter des Staates Gesetzesverstöße nicht wahrnehmen wollen oder aber, selbst wenn sie sie wahrnehmen, nicht mit ausreichender Entschlossenheit darauf reagieren. Dies können unterschiedliche Situationen sein. Die Polizei kann z.B. über Gesetzesverstöße hinwegsehen, die von Teilnehmern von Demonstrationen begangen werden, die von extremistischen Organisationen veranstaltet werden.³⁶ Die Staatsanwaltschaft kann Verfahren, die Hassverbrechen betreffen, jahrelang hinziehen.³⁷ Die Staatsanwaltschaft kann auch auf Mitteilungen, wonach der Verdacht besteht, dass Politiker in massiver Weise gegen Recht und Gesetz verstoßen haben, nicht nach den üblichen,

³⁵ Beschwerdesache *Bączkowski u.a. gegen Polen*, Urteil des EGMR vom 3. Mai 2007, Bsw. 1543/06, Paragraf 98, <<http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-80464>>.

³⁶ So wurden die Ermittlungen gegen Personen eingestellt, die während des Unabhängigkeitsmarschs am 11.11.2017 Frauen einer Gegendemonstration attackiert. <www.rpo.gov.pl/pl/content/rzecznik-pyta-prokurature-o-umorzenie-sprawy-ataku-na-kobiety-blokujace-marsz-niepodleglosci>.

³⁷ Der Bürgerrechtsbeauftragte legte der Generalstaatsanwaltschaft eine Liste mit 30 Verfahren wegen Hassrede vor, in denen die Staatsanwaltschaft zweifelhaft agiert. <www.rpo.gov.pl/pl/content/30-przykladow-mowy-nienawisci-w-ktorych-dzialania-prokuratury-budza-watpliwosci-RPO>.

dafür vorgesehenen Prinzipien reagieren, sondern umgekehrt denjenigen, der diese Information liefert, so behandeln, als wäre er selbst der Täter.³⁸ Regulierungsbehörden können davon absehen, auf Verletzungen des Prinzips einer pluralistischen, ausgewogenen Berichterstattung in den öffentlichen Medien zu reagieren.³⁹ Ist ein Disziplinarverfahren gegen einen Richter anhängig, der regierungsfreundlich ist, so kann dies so in die Länge gezogen werden, dass das Verfahren gegen den Betroffenen keine negative Auswirkung auf seine Karriere hat; die Untersuchung eines Falles, in dem ein Richter unter Antisemitismusverdacht steht, kann vier Jahre lang in der Schublade der Staatsanwaltschaft liegen bleiben und der Richter zwischenzeitlich sogar befördert werden.⁴⁰ Dass ein Verfahren bewusst in die Länge gezogen oder eingestellt wird, Verfehlungen mit Schweigen übergangen werden und die an sich erforderliche Reaktion unterbleibt, stellt einen Missbrauch der Macht dar. Der Bürger, der Gerechtigkeit sucht, ist oftmals wehrlos. Er wendet sich auf der Suche nach Unterstützung an Gerichte, Ombudsleute oder NGOs. Doch je mehr die Allmacht des Staates und die politische Kontrolle über verschiedene Machtorgane zunehmen, desto schlechter stehen seine Chancen, die Verantwortlichen wirklich zur Verantwortung zu ziehen.

Finanzielle Unterstützung für negative Aktivitäten

Die Schikanierung politischer oder ideologischer Gegner kann auch subtil erfolgen. Private Institutionen kümmern sich darum. In solchen Fällen treten Organe der öffentlichen Hand nicht aktiv in Gerichtsverfahren auf, sondern überlassen dies privaten Institutionen, deren Aktivitäten sie finanziell unterstützen.

In Polen ist in den letzten Jahren die Praxis eingerissen, Klagen gegen ein bürgerschaftliches Engagement anzustrengen. Für dieses Phänomen hat sich international die Bezeichnung SLAPP (Strategic Lawsuit Against Public Participation) eingebürgert.⁴¹ Normalerweise klagen hierbei Konzerne oder Geschäftsleute gegen Journalisten oder Aktivist:innen. In Polen bedienen sich Subjekte, die mit dem Staat verbunden sind, dieser Methode, um politische Gegner „mundtot“ zu machen.

Hier ist vor allem die *Liga gegen Verleumdung* (Reduta Dobrego Imienia, wörtlich „Festung des guten Namens“) zu nennen, eine Stiftung, die von Maciej Świrski, einem prominenten Vertreter der politischen Rechten, geleitet wird und die enge Verbindungen zum Regierungslager hat. Die Stiftung hat sich die „Sorge um den guten Namen Polens und der Polen“ auf die Fahnen geschrieben. Sie ist besonders im Bereich der Geschichtspolitik aktiv, widmet sich aber auch anderen Themen. Die Organisation finanziert sich aus privaten Spenden, vor allem aber erhält sie institutionelle finanzielle Förderung durch das Außenministerium oder das *Nationale Freiheitsinstitut* (Narodowy Instytut

³⁸ Ein Beispiel wäre das Handeln der Staatsanwaltschaft im Skandal um ein Warschauer Hochhausprojekt, in dem der Österreicher Gerald Birgfellner 2019 PiS-Chef Jarosław Kaczyński Betrug vorwarf. Jak powstał układ zamknięty Srebrna. Gazeta Wyborcza, 29.1.2019.

³⁹ Paski „Wiadomości“ TVP poza kontrolą KRRiT. Gazeta Wyborcza, 19.5.2019.

⁴⁰ Polish judge called Jews a „despicable, filthy nation“ in online forum. Times of Israel, 13.9.2019.

⁴¹ Time to take action against SLAPPs, Human Rights Comment, Council of Europe Commissioner for Human Rights, 27.10.2020, <www.coe.int/en/web/commissioner/-/time-to-take-action-against-slapps>.

Wolności).⁴² Dank dieser stabilen finanziellen Ausstattung ist die Organisation in der Lage, zahlreiche Gerichtsprozesse zu führen. Zu den wichtigsten Aktivitäten in diesem Bereich zählt das Vorgehen gegen die Holocaust-Forscher Barbara Engelking und Jan Grabowski, denen „Verleumdung“ sowie Verletzung der „Identität und des nationalen Stolzes“ der Polen vorgeworfen wurde, weil sie in einem Buch über das Schicksal von Juden im besetzten Polen auch über polnische Mittäterschaft berichtet hatten.⁴³ Bekanntheit erreicht auch der Prozess gegen den LGBT-Aktivisten Bartosz Staszewski, der eine Protestaktion gegen Gemeinden durchgeführt hatte, die sich einer Resolution gegen eine angebliche „LGBT-Ideologie“ angeschlossen hatten.⁴⁴ Diese Fälle stießen weltweit auf ein Echo. Internationale Forschungsinstitute stellten sich hinter die beiden Holocaust-Experten, und Bartosz Staszewski wurde 2021 vom *Time Magazine* zu einer der weltweit 100 einflussreichsten Führungspersönlichkeiten der Zukunft gewählt.⁴⁵

Eine andere Form der Unterstützung von Aktivitäten gegen unliebsame Institutionen und Bürger ist die Finanzierung durch den *Gerechtigkeitsfonds* (Fundusz Sprawiedliwości). Dieser Fonds, der eigentlich der Unterstützung von Verbrechenopfern und Haftentlassenen dienen soll, wird vom Justizministerium auch dazu benutzt, um politische Aktivitäten auf Themenfeldern zu fördern, die der Partei *Solidarisches Polen* (Solidarna Polska), Koalitionspartnerin der PiS, besonders am Herzen liegen. Der *Gerechtigkeitsfonds* hat etwa die *Stiftung Hüter der Erinnerung* (Fundacja Strażnik Pamięci) finanziell unterstützt, die sich dem Kampf „gegen die LGBT-Ideologie“ und der „Verletzung der Rechte von Gläubigen“ verschrieben hat,⁴⁶ sowie Aktivitäten des Bloggers und Politikers Dariusz Matecki mitfinanziert. Gelder des Fonds fließen an das *Zentrum zur Bekämpfung von Verbrechen gegen die Gewissens- und Religionsfreiheit* „Fidei Defensor“ (Centrum Fidei Defensor).⁴⁷ Finanzielle Unterstützung genießt mit großer Wahrscheinlichkeit auch die von Matecki gegründete *Stiftung Zentrum für die Beobachtung von Antipolonismus* (Ośrodek Monitorowania Antypolonizmu).⁴⁸ Die Tätigkeit dieser Organisationen hat erheblichen Einfluss auf die öffentliche Debatte über den Schutz der Rechte von Menschen sexueller Minderheiten oder die interethnischen Beziehungen. Angeblich geht es diesen Institutionen um den Schutz von Tradition und Religion, doch tatsächlich schüren sie den Hass auf Minderheiten.

⁴² Miliony dla fundacji i stowarzyszeń związanych z PiS. *Polityka*, 19.8.2019.

⁴³ The plan to destroy Holocaust scholars. Polish Anti-Defamation League goes after the authors of the book „Night Without End“. *Wyborcza.pl*, 23.1.2021.

⁴⁴ Staszewski hatte gelbe „Verkehrsschilder“ mit der Aufschrift „LGBT-freie Zone“ am Ortseingang dieser Gemeinden aufgestellt, die in der Resolution ihren Willen zum Ausdruck gebracht hatten, Kinder und Familien vor der „LGBT-Ideologie“ zu schützen. Daniel Tilles: Polish village sues activist over „harmful and defamatory“ LGBT-free zone signs. *Notes from Poland*, 1.10.2020.

⁴⁵ Ein Kurzportrait von Staszewski bietet „2021 TIME100 Next“, <<https://time.com/collection/time100-next-2021/5937770/bart-staszewski/>>.

⁴⁶ Fundusz Sprawiedliwości? Raczej podłości. *Polityka*, 29.9.2020.

⁴⁷ Ziobro finansuje walkę z chrystianofobią i przestępstwami „pod wpływem ideologii LGBT“. *OKO.press*, 5.8.2020.

⁴⁸ <www.facebook.com/OsrodekMonitorowaniaAntypolonizmu/>.

Eine spezielle Organisation auf diesem Feld ist das *Institut für Rechtskultur Ordo Iuris* (Instytut na rzecz Kultury Prawnej Ordo Iuris).⁴⁹ Diese katholische Nichtregierungsorganisation vermag Themen zu setzen, die die Regierung dann aufgreift. Viele Mitglieder von *Ordo Iuris* haben leitende Positionen in Verwaltung und Justiz inne. Mit rechtlichen Mitteln versucht *Ordo Iuris* eine radikal rechte Agenda durchzusetzen. *Ordo Iuris* hatte im Vorfeld entscheidenden Anteil an der Verschärfung des Abtreibungsrechts. Die Organisation beteiligt sich als vorgeblicher Vertreter der „Gesellschaft“ an Gerichtsverfahren, vertritt Personen, die mit dem Regierungslager verbunden sind, und klagt gegen Vertreter der gesellschaftlichen Linken, welche die Organisation kritisieren oder Fragen nach der Herkunft ihrer Gelder stellen. *Ordo Iuris* hat auch rechtliche Schritte unternommen, um die Abberufung des Bürgerrechtsbeauftragten zu erreichen.

Wenn der Staat derartige Initiativen und Organisationen institutionell unterstützt, kann dies zur Sterilisierung der öffentlichen Debatte führen. Aktivisten, Wissenschaftler und Meinungsmacher werden durch gegen sie gerichtete Aktionen in einen asymmetrischen Kampf gezwungen. Dies ist keine natürliche Situation für eine Demokratie, in der unterschiedliche Meinungen und Handlungen verschiedener Interessengruppen in einer pluralistischen Gesellschaft aufeinander stoßen. Im vorliegenden Fall verletzt der Staat durch sein finanzielles Engagement zugunsten einer Seite die Regeln der Debatte, verzerrt diese und schränkt die Meinungsfreiheit, aber auch die Freiheit der Wissenschaft und der Forschung sowie der Kunst ein. Der kontinuierliche Druck rechter Kreise hat zur Folge, dass manche Themen und Haltungen aus der öffentlichen Debatte verbannt werden und bestimmte Forschungen und Forschungsergebnisse als nicht mehr akzeptabel gelten.⁵⁰

Folgen des diskriminierenden Legalismus

Der diskriminierende Legalismus hat katastrophale Auswirkungen auf den Rechtsstaat. Er führt zu einem Wandel der Begriffe: Die von den Regierenden erklärte Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet in Wirklichkeit, dass das Gesetz gegen politische und persönliche Gegner angewendet wird.⁵¹ Gleichzeitig gewöhnt sich die Gesellschaft daran, dass Handlungen der Regierenden ungestraft bleiben. Es kommt zu einer Verschiebung der Grenze zwischen dem, was erlaubt und was nicht erlaubt ist. Selbst wenn Entscheidungen der Politik Gegenstand nationaler oder internationaler Rechtsprechung sind und verworfen werden, hat dies kaum Einfluss auf die öffentliche Debatte. Schließlich hat der diskriminierende Legalismus abschreckende Wirkung. Ein Richter, Staatsanwalt, Beamter oder Lehrer, der sich politischem Druck ausgesetzt sieht, lässt sich bei seinen Entscheidungen möglicherweise von den Ängsten um sich, die Karriere oder die Familie und nicht vom Recht leiten. Die Praxis des diskriminierenden Legalismus führt zur Entstehung eines „Doppelstaats“. In diesem „Doppelstaat“ existieren in Anlehnung an Ernst

⁴⁹ Elżbieta Korolczuk, Agnieszka Graff: Gender as „Ebola from Brussels“. The Anti-colonial Frame and the Rise of Illiberal Populism, in: Signs. Journal of Women in Culture and Society, 4/2018, S. 797–821.

⁵⁰ Dies ist etwa im Bereich der Holocaust-Forschung, der Frage der polnischen Mittäterschaft und der Kollaboration zu beobachten.

⁵¹ Oskarżyc Pana Boga. Jak Zbigniew Ziobro szuka winnych śmierci swojego ojca, Onet, 27.2.2017.

Fraenkels Studie ein „Normenstaat“, der in Wirtschaft und Gesellschaft nach der verbindlichen Rechtsordnung handelt, und ein Prärogativstaat, in dem die Politik sich durch den diskriminierenden Legalismus das Recht unterordnet.⁵²

Fazit

Wie ist der Ausbreitung des diskriminierenden Legalismus Einhalt zu gebieten? Zunächst muss man sich klar machen, dass diese Entwicklung nicht zufällig erfolgt ist, sondern das Ergebnis einer konsequent verfolgten Strategie ist. Der Übergang zum diskriminierenden Legalismus vollzieht sich nicht plötzlich. Vielmehr handelt es sich um einen Prozess, an den sich die Öffentlichkeit allmählich gewöhnt. Timothy Snyder schreibt in seinem Traktat *Über Tyrannei*:

Institutionen schützen sich nicht selbst. Sie stürzen eine nach der anderen, wenn nicht jede von Anfang an verteidigt wird. Suche Dir also eine Institution aus, die Dir am Herzen liegt – ein Gericht, eine Zeitung, ein Gesetz, eine Gewerkschaft – und ergreife für sie Partei.⁵³

Snyder vermittelt eine wichtige Botschaft: Von zentraler Bedeutung ist die staatsbürgerliche Haltung jedes Einzelnen. Jeder Bürger kann sich der Kaperung von Institutionen, die für das Funktionieren des Staates wichtig sind, entgegenstellen.

Zweifelsohne spielen auch die Gerichte eine fundamentale Rolle. Die Gerichte sind die dritte Gewalt. Ihre Aufgabe es ist, die beiden anderen Gewalten zu kontrollieren und den Bürger als potenzielles Opfer staatlichen Machtmissbrauchs zu schützen. Wenn Medien und NGOs ihren Aufgaben nicht nachkommen können, erfahren wir möglicherweise nichts von solchen Fällen. Ihnen obliegt es, solche Fälle zu dokumentieren, die Wahrheit aufzudecken, Bericht zu erstatten, Fakten zu prüfen und Informationen zu verarbeiten. Daher sind der Zugang zu öffentlichen Informationen, die Presse- und Meinungsfreiheit in einem demokratischen Staatswesen so wichtig. Der diskriminierende Legalismus macht manche Personen zu Opfern des Systems. Handlungen, die auf seinem Boden geschehen, mögen zwar rechtskonform sein, doch nicht selten haben sie einen doppelten Boden. Die polnische Tradition der Solidarität verpflichtet uns dazu, Betroffenen von staatlichem Machtmissbrauch und Repression – nicht zuletzt Richtern und Staatsanwälten – Hilfe zu leisten. Es gibt keine bessere Art, Solidarität zu zeigen, als Personen Aufmerksamkeit zu schenken, die zum Opfer staatlichen Machtmissbrauchs geworden sind oder zu werden drohen.

Aus dem Polnischen von Andrea Huterer, Minsk

Schlagwörter:

Polen, Demokratie, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Justizsystem, Verfassungsgericht, Legalismus, PiS, autoritäres System,

⁵² Adam Bodnar: „Die Regierung nutzt eine Salami taktik“. Süddeutsche Zeitung, 2.9.2019.

⁵³ Timothy D. Snyder: *Über Tyrannei. Zwanzig Lektionen für den Widerstand*. München 2021, S. 21.

Jacek Raciborski

PiS und „Anti-PiS“

Blockbildung und Kulturkampf in Polen

Polens politische Landschaft ist höchst polarisiert. Die Regierungspartei PiS und die Opposition stehen sich in einem stabilen Gleichgewicht gegenüber. Die PiS hat seit 2015 alle Wahlen auf nationaler Ebene gewonnen. Kulturelle Faktoren sind für die Wähler der PiS wichtiger als materielle Interessen. Allerdings erodiert die Unterstützung: Junge Menschen und Frauen wenden sich von der PiS ab. Der Kulturkampf mobilisiert die Opposition. Im Konflikt zwischen den beiden Blöcken PiS und „Anti-PiS“ geht es um Werte, Religion und Kirche, Sexualität und Selbstbestimmung.

Seit 2015 hat die Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit, PiS) alle Wahlen auf nationaler Ebene gewonnen. In all diesen Fällen handelt es sich um echte Wahlen. Der Sieger steht nicht von vornherein fest, auch die Regierungspartei kann abgewählt werden. Auf die Wähler wird kein administrativer Druck ausgeübt, wen sie zu wählen haben. Sie können sich über Wahlmöglichkeiten informieren, und die Stimmen werden ehrlich ausgezählt. Ungewöhnlich am Erfolg der PiS war zunächst, dass sie eine politische und ökonomische Ordnung in Frage stellte, mit der die Mehrheit der Gesellschaft bis dahin zufrieden zu sein schien.

Als die Partei 2015 an die Macht kam, deutete wenig darauf hin, dass sie Polens politische Szene auf Jahre dominieren würde.¹ Untersuchungen der Wahlpräferenzen zeigten, dass sich die Einstellungen der Wählerinnen und Wähler in den acht Regierungsjahren von 2007 bis 2015 der *Bürgerplattform* (Platforma Obywatelska, PO) kaum verändert hatten. Für rechtspopulistische Kräfte schien wenig Platz zu sein.

Aber selbst kleine Veränderungen können auf gesamtgesellschaftlicher Ebene einen Wandel des politischen Klimas herbeiführen. Das „politische Klima“ ist eine schwammige Kategorie, die sich nur schwer mit Hilfe messbarer Indikatoren fassen lässt. Es ist Ausdruck von Überzeugungen, welche die Menschen zu einem gegebenen Moment als kulturelle Selbstverständlichkeit unreflektiert akzeptieren. Das politische Klima kommt in Meinungen, Haltungen und Werten zum Ausdruck und spiegelt sich auch in der gesellschaftlichen Reaktion auf Wahlslogans. 2015 war zu beobachten, dass Ansichten Eingang in den Mainstream fanden, die noch kurz zuvor als politisch inkorrekt, schädlich oder anachronistisch gegolten hatten:² etwa die Idee der Nation, des starken Staates

Jacek Raciborski (1955), Prof. Dr., Soziologe, Universität Warschau

¹ Zu den Wahlen von 2015 und dem politischen Weltbild der PiS grundlegend: Gegen die Wand. Konservative Revolution in Polen. OSTEUROPA, 1–2/2016. – Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen. OSTEUROPA, 3–5/2018.

² Jacek Raciborski: Logika politycznych konfliktów i ich wyborcze manifestacje, in: Rocznik Strategiczny, 2019/2020, S. 433–450.

und einer gesellschaftlichen Ordnung, die auf der traditionellen Familie und der Religion als Grundpfeilern ruhte. Die PiS-Führung betonte immer wieder, dass die polnische Nation das höchste Gut aller Politik sei. Sie prangerte die Emigration junger Polen in reichere EU-Staaten an und kritisierte die Regierung der *Bürgerplattform* dafür, dass sie nicht genug für die Erhöhung der Geburtenquote tue, gegenüber Deutschland und Russland willfährig sei und eine falsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolge. Die PiS kritisierte die EU wegen des Umgangs mit der Griechenland-Krise, vor allem aber sperrte sie sich vehement gegen die Aufnahme auch nur eines Flüchtlings aus Syrien und Libyen und erteilte jedem Versuch der EU-Kommission eine Absage, die mit der Flüchtlingsfrage verbundenen Lasten auf alle Länder der Gemeinschaft zu verteilen. Wie stark die nationale Idee an Popularität gewonnen hatte, zeigte sich bei den jährlichen Aufmärschen zum polnischen Unabhängigkeitstag (11. November). Diese Märsche, deren Organisatoren sich am polnischen Nationalismus der Zwischenkriegszeit orientieren, waren von Beginn an höchst aggressiv, die Teilnehmer skandierten fremdenfeindliche Parolen, attackierten die Regierung der *Bürgerplattform*, liberale Medien, sexuelle Minderheiten und die „politischen Eliten“. Die Flugzeugkatastrophe von Smolensk am 10. April 2010, als die Maschine von Staatspräsident Lech Kaczyński abstürzte, versuchte die PiS zur Schaffung eines Mythos zu nutzen, der die Gemeinschaft der „wahren“ Polen vereinen sollte. Die Mehrheit der Bevölkerung schenkte der Behauptung, bei dem Absturz habe es sich um ein Attentat auf Präsident Kaczyński gehandelt, zwar keinen Glauben, doch die von der PiS erhobene Anschuldigung gegen die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk, sie habe durch Versäumnisse im Vorfeld die Katastrophe mitverschuldet und sich danach unfähig gezeigt, die Ursachen der Katastrophe aufzuklären und das Flugzeugwrack nach Polen zurückzuholen, erwiesen sich als recht effektiv, um Wähler zu mobilisieren.

Die globale Finanzkrise schien auch in Polen der politischen Linken in die Karten zu spielen. Doch es kam anders: Der unmittelbar nach der Krise zu beobachtende schwache „Linkstrend“ kehrte sich 2013 um. In Umfragen zeigte sich eine rasche Zunahme „rechter“ Einstellungen. 2015 erklärten über 30 Prozent der Polen für sich, gemeinhin eher „rechte Positionen“ zu vertreten, während nur 14 Prozent sich als Anhänger linker Einstellungen bezeichneten. Bemerkenswert war insbesondere, dass der Prozentsatz der Personen mit einer rechtsextremen Orientierung sprunghaft anstieg. Rund 37 Prozent der Anhänger rechter Positionen schrieben sich eine extrem rechte Haltung zu. Dabei gaben Personen, die sich selber am äußersten Rand der Skala einer rechten oder linken politischen Orientierung verorteten, häufiger als andere an, sie würden zur Wahl gehen. Eine radikale Einstellung schlug sich also tendenziell auch in einem höheren Mobilisierungsgrad nieder. Besonders stark stieg der Anteil der Personen, die sich selber mit rechten Positionen identifizierten, in der Gruppe der Erst- und Jungwähler.³ Zu beachten ist, dass in Polen eine Selbstidentifizierung mit einer rechtsgerichteten Haltung keineswegs bedeutet, eine liberale Wirtschaftspolitik zu vertreten und die Rolle des Staates begrenzen zu wollen. Im Gegenteil: In Polen bekennt sich der rechte Mainstream in der Regel zum Etatismus.

³ Centrum Badania Opinii Społecznej: Zainteresowanie polityką i poglądy polityczne w latach 1989–2015. Deklaracje ludzi młodych na tle ogółu badanych. Komunikat 135/2015, <www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2015/K_135_15.PDF>.

Vor den Wahlen von 2015 nahmen auch die Konflikte um die Kirche und den Staat zu und verstärkten den politischen Konflikt. Die PiS stand seit ihrer Gründung der konservativen Führung der katholischen Kirche nahe und sah sich gerne als Verteidigerin ihrer Ansprüche. Die Kirche fühlte sich herausgefordert durch Versuche von Seiten des Staates, gleichgeschlechtliche Beziehungen vorsichtig als „eingetragene Lebenspartnerschaften“ gesetzlich zu regeln, In-Vitro-Befruchtungen staatlich zu finanzieren, das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ zu ratifizieren sowie durch die Ankündigung, die Zuwendungen aus dem Staatshaushalt für die katholische Kirche zu kürzen. All dies mobilisierte die katholischen Medien und religiösen Bewegungen. Pfarrgemeinden warben für die PiS und ihren Präsidentschaftskandidaten Andrzej Duda. Patriotisch-religiöse Haltungen und Emotionen, wie sie in Polen seit dem 19. Jahrhundert stark ausgeprägt sind, prägten den Präsidentschaftswahlkampf 2015 massiv.

Ein weiteres Phänomen, das das politische Klima 2015 bestimmte, war die wachsende Abneigung gegen die politische und wirtschaftliche Elite. Man bezichtigte die Regierenden der Korruption, des Ausverkaufs des Volksvermögens, stellte sie als Kaste von Leuten dar, die die einfachen Leute verachten würden. Großen Anteil daran hatte die sogenannte Abhöraffaire, die Veröffentlichung von illegal erstellten Mitschnitten privater Gespräche von Ministern und führenden Beamten der Regierung sowie Geschäftsleuten. Für die Öffentlichkeit erschütternd war weniger der Inhalt als die Form der Unterhaltungen. Die Vulgarität, die Schärfe der Urteile und die Ungeniertheit, die die Gesprächsteilnehmer zum Teil an den Tag legten, wurden ebenso zur Schau gestellt wie Konflikte im Regierungslager – und das alles bei teuren, exquisiten Dinern. Das hätte in jeder Gesellschaft Anti-Establishment-Reflexe hervorgerufen.

Am stärksten geprägt wurde das politische Klima jedoch durch das große Versprechen der PiS, die materielle Lage fast aller Polen zu verbessern und es den bisherigen Eliten „heimzuzahlen“. Die wichtigsten Elemente dieses Pakets waren das Versprechen, Familien ein monatliches Kindergeld von 500 Złoty (etwa 125 Euro) für das zweite und jedes weitere Kind zu zahlen, sowie das Versprechen, das Renteneintrittsalter, das die *Bürgerplattform* im Jahr 2012 auf 67 Jahre hinaufgesetzt hatte, wieder auf 65 Jahre für Männer und 60 Jahre für Frauen zu senken. Zudem versprach die PiS, den Steuerfreibetrag und den Mindestlohn zu erhöhen und in Schweizer Franken denominierte Immobilienkredite in Złoty-Kredite umzuwandeln, um polnischen Kreditnehmern, die durch die Verteuerung des Franken in Zahlungsschwierigkeiten geraten waren, aus der Schuldenfalle zu helfen.⁴

Der Erfolg von Andrzej Duda bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2015 und der Sieg der PiS bei den Parlamentswahlen im Oktober 2015 eröffneten der PiS große politische Gestaltungsspielräume. Die Einlösung ihrer sozialen Versprechen verlich der Partei Glaubwürdigkeit und konsolidierte ihre Wählerschaft. Da jedoch nicht garantiert war, dass diese Basis ausreichte, um wiedergewählt zu werden, kündigte die PiS neue, verbesserte Sozialleistungen an. So wurden das Kindergeld-Programm 500+ auf das erste Kind ausgeweitet, eine 13. Monatsrente eingeführt, die bereits Monate vor dem Wahltag ausgezahlt wurde, und der Mindestlohn deutlich erhöht. Auch die Löhne, Gehälter und Bezüge für Staatsbedienstete wurden erhöht, insbesondere für die Angehörigen der uniformierten Dienste. Auch im Bildungssektor gab es Gehaltserhöhungen, auch wenn

⁴ Ewa Dąbrowska: Problemkredite. Die PiS und die Franken-Schulden der Polen, in: OSTEUROPA, 6–7/2016, S. 95–108.

diese deutlich unter den Erwartungen der Lehrerinnen und Lehrer blieben, was diese in einem landesweiten Streik zum Ausdruck brachten.

Aber auch die Opposition gegen die PiS-Regierung wurde stärker und artikulierte sich deutlicher in der Öffentlichkeit. Der spürbare Wandel des politischen Klimas wurde dadurch befördert, dass sich die Konfliktlinien (cleavage) zwischen PiS und „Anti-PiS“ vertieften. Seymour Martin Lipsets und Stein Rokkans klassisches Konzept der Konfliktlinien hilft zu verstehen, dass wir es in Polen mit mehr als einer Rivalität zweier Parteienblöcke zu tun haben.⁵

Die Logik des Konflikts zwischen PiS und „Anti-PiS“

Die Spaltung zwischen den beiden Lagern PiS und „Anti-PiS“ war schon im Präsidentschaftswahlkampf von 2010 eine soziologische Realität. Sie verstärkte sich im Laufe des Jahrzehnts und kam am intensivsten rund um die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2019 und 2020 zum Ausdruck. Die Spaltung kam in allen Fragen des Wahlkampfes zum Ausdruck. Sie bestimmt die politische Identität, viele Menschen definieren sich über ihre Haltung zur PiS. Dieses Phänomen ähnelt dem, was die amerikanische Parteiensoziologie vor Jahrzehnten als Parteiidentifikation (party identification) beschrieben hat. Auf die Frage: „Halten Sie sich generell für einen Republikaner, einen Demokraten, einen Unabhängigen oder etwas anderes?“ definierten sich in den 1950er Jahren etwa drei Viertel aller Wähler über die Kategorie „Ich bin Demokrat“ oder „Ich bin Republikaner“.⁶ Seitdem sank diese Parteiidentifikation, lag aber erheblich höher als in Europa. Im heutigen Polen ist die Situation etwas anders gelagert, da der einen homogenen Gruppierung, deren Wähler sich dieser mehr oder weniger verbunden fühlen, ein Bündel von Parteien gegenübersteht. Sie eint allein die Gegnerschaft zur PiS. Natürlich haben auch die einzelnen Oppositionsparteien ihre Anhänger, häufig auch recht treue, die selbst bei einer Abstimmung für Parteienblöcke die Kandidaten ihrer Partei auf dem Stimmzettel finden. Doch die primäre Emotion polnischer Wähler ist entweder starke Sympathie oder starke Antipathie zur PiS. Wer dem Lager der PiS-Gegner angehört, ist durch eine negative politische Identität integriert, doch das tut der Kraft, das Wählerverhalten zu beeinflussen, keinen Abbruch.

Die fundamentale Bedeutung der Spaltung in PiS und „Anti-PiS“ lässt sich ermessen, wenn man die Zahl der Wählerstimmen für die verschiedenen, nach Blöcken geordneten Parteien bzw. für die mit ihnen verbundenen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen vergleicht und diese Daten dann den Wählerwanderungen von Wahl zu Wahl (auf der Basis von Nachwahlbefragungen (exit polls)) gegenüberstellt. Bereits ein oberflächlicher Blick auf die Wahlergebnisse (Tabelle 1) zeigt, dass die Auffassung, die PiS hätte in den Wahlen 2018–2020 einen großen Sieg errungen, wenig plausibel ist. Stattdessen belegen die Zahlen die These von der extremen Polarisierung der Wählerschaft ist.

⁵ Seymour M. Lipset, Stein Rokkan (Hg.): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York 1967. Infolge der Modernisierung, der Industrialisierung, der Nationsbildung und der Säkularisierung kam es im 19. Jahrhundert in Europa zu Interessensgegensätzen zwischen sozialen Gruppen. Diese Konfliktlinien verliefen zwischen Kapital und Arbeit, Stadt und Land, Staat und Kirche. Sie schlugen sich im Parteiensystem und im Wahlverhalten der Bevölkerung nieder und liegen bis heute den europäischen Parteiensystemen zugrunde.

⁶ Angus Campbell u.a.: *The American Voter*. New York 1960.

Tabelle 1: Wählerpräferenzen 2018–2020 nach Parteienblöcken aggregiert

| Block/Kandidat | Selbstverwaltungswahlen (Sejmiki) 2018; Wahlbeteiligung 54,84 % | | Wahlen zum Europa- parlament 2019; Wahlbeteiligung 45,68 % | | Sejmwahlen 2019; Wahlbeteiligung 61,74 % | | Präsidentchaftswahl 2020, erster Wahlgang; Wahlbeteiligung 64,51 % | | Präsidentchaftswahl 2020 zweiter Wahlgang; Wahlbeteiligung 68,18 % | |
|---|--|--|--|--------------|--|--|--|--|--|--------------|
| | Stimmen- anzahl | % der Stimmen | Stimmen- anzahl | % | Stimmen- anzahl | % | Stimmen- anzahl | % | Stimmen- anzahl | % |
| PiS + Koalitionspartner Andrzej Duda | 5 267 667 | 34,13 | 6 192 780 | 45,38 | 8 051 935 | 43,59 | 8 450 513 | 43,50 | 10 440 648 | 51,03 |
| PO + PSL* + Nowoczesna + SLD** Rafał Trzaskowski, W. Kosiniak- Kamysz, R. Biedroń, Sz. Hołownia | 4 162 720 + 1 863 225 + 1 021 016 + 121 772 = 7 168 733 | 26,97 + 12,07 + 6,62 + 1,26 = 46,92 | 5 060 335 + 1 578 523 + 2 319 946 = 8 958 804 | | 5 060 335 + 1 578 523 + 2 319 946 = 8 958 804 | 27,40 + 8,55 + 12,56 = 48,51 | 5 917 340 459 365 432 129 2 693 397 9 502 231 | 30,46 2,36 2,22 13,87 48,90 | 10 018 263 | 48,97 |

| | | | | | | | | | |
|---|---------|------|----------------------|---------------------------------------|-----------|-------------|------------------|-------------|---|
| Anti-System- Bewegungen: Kukiz + KORWIN Krzysztof Bosak | 868 332 | 5,62 | 503 564 + 621 188 | 3,69 + 4,55 = 8,24 | 1 256 953 | 6,81 | 1 317 380 | 6,78 | - |
| Wiosna | | | 826 975 | 6,06 | - | | - | - | - |
| Razem | | | 168 745 | 1,24 | - | | - | - | - |

* Bei den Parlamentswahlen 2019 wurde die PSL durch Kukiz '15 und einige andere kleinere politische Gruppierungen unterstützt.

** Bei den Parlamentswahlen 2019 stellten unter dem Dach der SLD auch die Parteien Razem und Wiosna Kandidaten auf.

Quelle: eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Daten der Staatlichen Wahlkommission

Bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten (*sejmiki*) bei den Kommunalwahlen 2018 holte die PiS die meisten Stimmen. Rechnet man jedoch die Stimmen aller dem „Anti-PiS“-Lager zuzurechnenden Parteien zusammen, so zeigt sich, dass diese insgesamt über zwei Millionen Stimmen mehr erhielten. Fast in allen großen Städten gewannen Kandidaten, die von den Oppositionsparteien unterstützt wurden, die Wahl zum Stadtpräsidenten, wie in Polen die Oberbürgermeister genannt werden, darunter viele Kandidaten, die die *Bürgerplattform* aufgestellt hatte. Die PiS hatte auf lokaler Ebene kaum populäre Führungsfiguren aufzubieten. Die Polarisierung der Wählerschaft trat weniger bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten als bei der Wahl der Stadtpräsidenten und Bürgermeister zutage. Bei der Europawahl 2019, bei der die Wahlbeteiligung die höchste seit dem Beitritt zur EU war, kam die *Koalicja Europejska* (Europäische Koalition) gemeinsam mit den linken, ebenfalls dem Lager der PiS-Gegner zuzurechnenden Gruppierungen *Wiosna* (Frühling) und *Razem* (Gemeinsam) auf annähernd dieselbe Zahl an Stimmen wie die PiS. Bei den Parlamentswahlen 2019 trat die Anti-PiS-Koalition nicht als geschlossener Block an. Stattdessen bildete die PO einen Block unter dem Namen *Koalicja Obywatelska* (Bürgerkoalition), zu dem sie die an Bedeutung verlierende liberale Partei *Nowoczesna* (Die Moderne), die Grünen (Zieloni), eine Gruppe von linken Politikern um Barbara Nowacka sowie eine Reihe weiterer politischer Gruppierungen einlud. Einen zweiten Block bildeten die Partei *Wiosna*, die es bei der Europawahl auf Anhieb geschafft hatte, ins Europäische Parlament einzuziehen, die Partei *Razem* als Partei der neuen Linken sowie der *Sojusz Lewicy Demokratycznej* (Bündnis der Demokratischen Linken, SLD), die Partei der alten Linken. Dieser Block stellte unter dem Namen SLD gemeinsame Wahllisten auf, um die Acht-Prozent-Hürde zu überwinden. Den Kern des dritten Oppositionsblocks (PSL – *Koalicja Polska*) bildete die *Polskie Stronnictwo Ludowe* (Polnische Bauernpartei), der sich eine kleine Gruppe ehemaliger Abgeordneter der PO sowie die populistische Bewegung *Kukiz'15* anschlossen. Die Wahlen zum Sejm gewann klar die PiS. Sie holte fast 44 Prozent der Stimmen und errang 235 von 460 Sitzen. Doch zusammengenommen erhielten die Anti-PiS-Parteien beinahe eine Million mehr Stimmen. Dank des polnischen Wahlverfahrens, das die Partei mit dem höchsten Stimmenanteil bei der Vergabe der Mandate begünstigt, erzielte die PiS die Mehrheit. Die Wahlen zum Senat, dem Oberhaus des polnischen Parlaments, gewannen hingegen die eng miteinander kooperierenden Oppositionsparteien. In den Sejm zog auch die neue Gruppierung *Konfederacja* (Konföderation) ein, unter deren Dach sich Abgeordnete der nationalistischen und der libertären Rechten zusammenfanden. Die Ergebnisse der Wahlen zeugten erneut von der extremen Polarisierung der Wählerschaft.

Die Präsidentschaftswahlen waren die letzte Chance für die Opposition, die PiS-Regierung zu Fall zu bringen oder zumindest ein Kräftegleichgewicht herzustellen. Die Wahlen fanden unter außergewöhnlichen Umständen statt. Kaum hatte Ende Februar 2020 der Wahlkampf begonnen, als die Regierung wegen des Ausbruchs der Covid-19-Pandemie den epidemiologischen Notstand ausrief. Um die Ausbreitung des Virus einzudämmen, wurden zahlreiche rechtliche Bestimmungen *ad hoc* eingeführt, um zu vermeiden, den für solche Fälle in der Verfassung vorgesehenen Ausnahmezustand verhängen zu müssen. Dies hätte ein Verbot der Durchführung von Wahlen bedeutet. Doch die PiS wollte

die Wahlen um jeden Preis durchziehen und verfiel deshalb auf die Idee, die Abstimmung ausschließlich als Briefwahl durchzuführen.⁷ Der Widerstand von Opposition und Selbstverwaltungsbehörden, Aufrufe zum Boykott der Briefwahl, die auf ein breites gesellschaftliches Echo stießen, sowie der Gegenwind im Regierungslager, in dem Jarosław Gowin, Vorsitzender des kleinen Koalitionspartners *Porozumienie* (Verständigung) mit dem Ausstieg aus der Koalition drohte und sein Amt als Stellvertretender Ministerpräsident niederlegte, führten dazu, dass am 10. Mai 2020 keine Abstimmung stattfand, obwohl kein dazu befugtes Machtorgan sie offiziell abgesagt hatte. Der Verfassungsbruch war offensichtlich, aber die Opposition einigte sich mit dem Regierungslager in Form einer informellen Absprache darauf, dass die Präsidentschaftswahlen zu einem späteren Termin abgehalten würden, unter der Bedingung, dass sie in der gewohnten Form aus Urnenwahl und Briefwahl stattfinden würden. Man hätte in dieser Übereinkunft zwischen Regierungslager und Opposition durchaus auch eine Komplizenschaft im Verfassungsbruch sehen können, doch die für Polen sehr hohe Wahlbeteiligung von 64,5 im ersten und 68,1 Prozent im zweiten Wahlgang zeugte davon, dass die Bevölkerung diese Vereinbarung akzeptierte und sich wünschte, der auf die Spitze getriebene Konflikt möge im Wahlverfahren gelöst werden.

Das Wahlergebnis war keine Überraschung. In der ersten Runde erhielt Präsident Andrzej Duda 43,5 Prozent der Stimmen, weit mehr als sein Hauptkontrahent Rafał Trzaskowski (30,46 Prozent). In der zweiten Runde allerdings schloss sich das Anti-PiS-Lager zusammen, so dass Trzaskowski mit 48,97 fast so viele Stimmen erhielt wie Duda, der sich mit 51,03 Prozent knapp durchsetzte. Es blieb also beim alten Kräfteverhältnis. Zu konstatieren ist eine frappierende Kontinuität im Wählerverhalten. Diese kann die Folge eines stabilen individuellen Wahlverhaltens sein, ist es aber nicht notwendigerweise. Denn starke Wählerwanderungen in entgegengesetzte Richtungen könnten einen ähnlichen Effekt haben. Tatsächlich ist die Identifikation mit der Partei der wichtigste Faktor für das Abstimmungsverhalten der Polen im vergangenen Jahrzehnt. Das zeigen die Daten der Exit polls eindeutig.⁸

Die PiS-Wähler von 2015, die auch 2019 zur Wahl gingen, stimmten erneut für die PiS. Die Loyalität der Wähler der *Bürgerplattform* war schwächer: Nur 69 Prozent von ihnen unterstützten 2019 die *Bürgerkoalition*, wobei diese in Gestalt der sich regenerierenden Linken einen Konkurrenten hatte. Jedoch wechselten nur 3,6 Prozent PO-Wähler zum gegnerischen Lager. Dasselbe gilt für die Abwanderung von PiS-Wählern zur *Bürgerkoalition* (2,2 Prozent). Ebenso wichtig ist, dass die große Mehrheit der Wähler, die 2015 für PSL, *Nowoczesna* oder SLD gestimmt hatten, ihrer jeweiligen Gruppierung treu blieben oder ihre Stimme der *Bürgerkoalition* gaben.

Bei den Präsidentschaftswahlen war die Stabilität der Wählerpräferenzen noch ausgeprägter. Für Andrzej Duda stimmten 91 Prozent der Wähler, die ihn fünf Jahre zuvor bereits gewählt hatten. Fast alle Komorowski-Wähler (96 Prozent) von 2015 gaben ihre Stimme nun Rafał Trzaskowski als dem neuen Kandidaten des Anti-PiS-Lagers. Die Wählerwanderungen von der ersten Wahl und der Stichwahl sind ein deutlicher Beleg

⁷ Marta Bucholc, Maciej Komornik: Die PiS, das Virus und die Macht. Präsidentschaftswahlen in Zeiten der Pandemie, in: OSTEUROPA, 3–4/2020, S. 49–64.

⁸ Dank sei Paweł Predko vom Marktforschungsunternehmen Ipsos für die Ergebnisse der Exit polls und spezifische Berechnungen für den vorliegenden Artikel gesagt. Alle hier erwähnten Daten aus Exit polls gehen auf Befragungen von Ipsos zurück.

dafür, dass es innerhalb der Wählerschaft ein relativ geschlossenes Lager von PiS-Gegnern gibt. 85 Prozent der Wähler, die in der ersten Runde für den unabhängigen Kandidaten Szymon Hołownia oder für Robert Biedroń (Wiosna), den Kandidaten der „Verinigten Linken“, gestimmt hatten, sowie 76 Prozent derjenigen, die dem PSL-Vorsitzenden Władysław Kosiniak-Kamysz ihre Stimme gegeben hatten, unterstützen im zweiten Wahlgang Trzaskowski. Die Wähler des Kandidaten der – nicht dem Anti-PiS-Lager zuzurechnenden – rechtsnationalen *Konfederacja* Krzysztof Bosak teilten sich in Runde zwei praktisch zur Hälfte zwischen Duda und Trzaskowski auf.

Aus den Daten zur Wählerwanderung ergibt sich ein eindeutiges Bild: Zumindest seit 2015 existieren in der polnischen Gesellschaft zwei Blöcke, von denen der eine um die PiS, *Zjednoczona Prawica* (Vereinigte Rechte, ZP), ideologisch und organisatorisch geschlossen ist und der andere – unterschiedliche Koalitionen um die PO – organisatorisch zwar volatiler ist, sich die Wählerschaft jedoch als nicht weniger geschlossen zeigt. Beide Blöcke besitzen eine treue, stabile Wählerschaft. Nun wäre noch der Ideengehalt dieser Identifikationen mit dem jeweiligen politischen Lager zu klären. Hierbei kann eine Analyse der sozialen und beruflichen Struktur der Wählerschaft helfen.

Das Abstimmungsverhalten sozialer Gruppen

An den Ergebnissen der Exit polls der letzten Jahre lässt sich nicht nur ablesen, in welchem Umfang einzelne soziale und Berufsgruppen für eine Partei oder einen Kandidaten gestimmt haben, sondern auch, welche Bedeutung dies für das jeweilige Gesamtergebnis hatte. Seit den Kommunalwahlen von 2018 ist die Rückkehr klassischer Abstimmungsmuster zu beobachten. Angehörige der Mittelschicht hatten bei den Wahlen im Jahr 2015 etwa im gleichen Maße für die PiS und ihren Präsidentschaftskandidaten Andrzej Duda gestimmt wie für die *Bürgerplattform* (PO) und deren Kandidaten Bronisław Komorowski. Bei den Parlamentswahlen 2019 hatten die an der Spitze der Sozialstruktur stehenden Menschen (Firmenbesitzer, Manager, hochqualifizierte Spezialisten) einen Anteil von 15,5 Prozent an der Wählerschaft der PiS. Dagegen stellten sie 34,7 Prozent des Elektorats der *Bürgerkoalition* (KO) (Tab. 2). Bei den Präsidentschaftswahlen, bei denen Duda und Trzaskowski im Jahr 2020 nahezu dieselbe Zahl an Stimmen erhielten, bot sich ein ähnliches Bild: Unter Dudas Wählern stellte diese soziale Gruppe einen Anteil von 14,8 Prozent, unter Trzaskowskis Wählern einen Anteil von 30,9 Prozent. Daraus lässt sich schließen, dass die Wähler der PiS insgesamt gesehen weniger einkommensstark sind. Sie haben in der Summe auch ein niedrigeres Bildungsniveau als die Wähler der Oppositionsparteien. Rund die Hälfte der Wähler der KO und Trzaskowskis hatte einen Hochschulabschluss, im Elektorat der PiS und Dudas waren es nur etwa ein Viertel. Dramatisch unterscheidet sich die Wählerschaft der PiS von der KO im ländlichen Raum und in den Kleinstädten: 2019 gaben 56 Prozent der ländlichen Bevölkerung der PiS ihre Stimme, 2020 holte Andrzej Duda hier 64 Prozent der Stimmen. Landbewohner machen nur etwas mehr als 40 Prozent der polnischen Gesamtbevölkerung aus. Dudas Wählerschaft besteht also etwa zur Hälfte aus Bewohnern ländlicher Gebiete. Natürlich leben auf dem Lande nicht nur aktive Landwirte. Diese bilden nur noch eine kleine Minderheit, aber mit den Beziehern bäuerlicher Versor-

gungsrenten und dem Personal, das im Handel und in der Verarbeitung von landwirtschaftlichen Gütern sowie im landwirtschaftlichen Dienstleistungssektor beschäftigt ist, bestimmen sie nach wie vor den Charakter des ländlichen Raumes. Anders stellt sich die Lage in den großen und mittelgroßen Städten dar. Hier hat die PiS bei den Kommunalwahlen 2018 heftige Niederlagen einstecken müssen. In keiner Großstadt schaffte es ein Kandidat der PiS auf den Sessel des Stadtpräsidenten. Das ist in Polen ein wichtiges Amt, das in allgemeinen Wahlen nach dem Mehrheitswahlrecht besetzt wird. In Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern hatte Trzaskowski gegenüber seinem Kontrahenten Duda in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen 2020 in der Wählergunst mit 65 zu 35 Prozent der Stimmen die Nase vorn.

Eine Besonderheit der letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ist die gestiegene Wahlbeteiligung von Frauen. In den 1990er Jahren gingen Frauen deutlich seltener zur Wahl als Männer. Bei den Parlamentswahlen 2019 hingegen überstieg die Wahlbeteiligung der Frauen mit 61,5 Prozent schon leicht die der Männer (60,8 Prozent), und bei der Präsidentschaftswahl 2020 vollzog sich ein echter qualitativer Sprung. Im zweiten Wahlgang gingen 72,1 Prozent der Frauen und „nur“ 65,3 Prozent der Männer an die Urnen. Da der Frauenanteil an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten um 3,8 Prozent höher lag als der der Männer, waren Frauen im zweiten Wahlgang unter den Wählern deutlich überrepräsentiert: Etwa 11,25 Millionen Wählerinnen standen rund 9,39 Millionen Wählern gegenüber.⁹ Diese Tatsache entging weitgehend der Aufmerksamkeit der Kommentatoren. Der wachsende Frauenanteil ist von großer Bedeutung, weil er Ausdruck eines Kulturkonflikts sein könnte, der die Wahlpräferenzen beeinflusst. Insgesamt votierten Frauen nur geringfügig häufiger für Trzaskowski als für Duda; der Frauenanteil am Elektorat beider Kandidaten lag dabei deutlich über dem der Männer (Tab. 2). Beide Seiten waren also recht effektiv bei der Mobilisierung von Frauen. Was war der Grund dafür? Eine Erklärung ist darin zu suchen, dass die Polarisierung unter Frauen noch stärker war als bei anderen Wählergruppen und dass die Kandidaten jeweils andere Alterskohorten für sich gewannen. Junge Frauen von 18 bis 29 Jahren stimmten entschieden häufiger für Trzaskowski (66,1 Prozent) als für Duda (33,9 Prozent). Auch in den beiden nächsten Alterskohorten, bei Wählerinnen zwischen 30 und 39 Jahren und zwischen 40 und 49 Jahren, lag Trzaskowski mit 55 Prozent gegenüber 45 Prozent für seinen Kontrahenten vorn. Dagegen unterstützten ältere Frauen in den beiden Alterskohorten über 50 Jahre Duda in einem Verhältnis von annähernd 60:40 und unterschieden sich damit praktisch nicht von den männlichen Wählern dieser Altersgruppe. Dieses Ergebnis lässt sich so interpretieren, dass viele Frauen im gebärfähigen Alter der PiS, die das ohnehin repressive polnische Abtreibungsgesetz weiter verschärfen und den Zugang zu Verhütungsmitteln erschweren wollte, eine Absage erteilten. Auch dürfte vielen missfallen haben, dass die PiS feministische Forderungen ablehnt.

Die Generationszugehörigkeit ist eine weitere soziologische Kategorie, die wichtig ist, um den Wandel in der politischen Einstellung polnischer Wähler zu erklären. Nie zuvor gab es so große Unterschiede zwischen der Jungwählern und den älteren Generationen, insbesondere der Generation der Großeltern. Der spektakuläre Anstieg der Wahlbeteiligung der jungen Generation setzte die in fast allen Demokratien zu beobachtende Regel außer Kraft, dass junge Leute sich wesentlich seltener an Wahlen beteiligen als ältere

⁹ Eigene Berechnungen auf der Basis einer Zusammenstellung von Daten aus Exit polls mit Angaben der Staatlichen Wahlkommission (PKW) und des Statistischen Hauptamts (GUS).

Menschen. Die Wahlbeteiligung an der Stichwahl um die Präsidentschaft 2020 lag in der Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen bei 67 Prozent und damit ebenso hoch wie bei der nächsten Alterskohorte, den 30- bis 39-Jährigen. Dies war ein Novum. Bei den Präsidentschaftswahlen von 2015 hatte es noch eine Differenz von zehn Prozent zwischen diesen beiden Kohorten gegeben. Bei den Parlamentswahlen von 2019 betrug der Unterschied in der Wahlbeteiligung sogar 14 Prozent. Die junge Generation, nicht nur die Frauen, ließ sich in hohem Maße mobilisieren. Der Anteil dieser Gruppe an der Trzaskowski-Wählerschaft war fast doppelt so groß wie bei den Duda-Wählern. Ein Signal für einen grundlegenden Wandel der Präferenzen der jungen Generation waren bereits die Ergebnisse der Sejmwahlen 2019. Im Vergleich zur Gesamtwählerschaft gaben Angehörige dieser Altersgruppe weit seltener ihre Stimme der PiS. Sollte dieser Trend anhalten, ist angesichts des unvermeidlichen natürlichen demographischen Wandels eine rückläufige Unterstützung für die PiS zu erwarten.

Vergleicht man das Abstimmungsverhalten junger Wähler bei den Wahlen von 2015 mit denen von 2019 bzw. 2020, so wird der tiefgreifende Wandel der politischen Präferenzen der jungen Generation besonders deutlich. In der Stichwahl 2015 gewann Duda in der jüngsten Kohorte deutlich vor seinem Kontrahenten: das Stimmenverhältnis lag bei 60:40. Auch in der nächsten Alterskohorte lag er nach den Exit polls von Ipsos noch minimal vorn (51:49). Bei den Sejmwahlen 2019 wanderte ein Großteil seiner damaligen jungen Wähler zur national-populistischen *Konfederacja* ab. In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen wählten sie 2020 Krzysztof Bosak und in der Stichwahl sogar Rafał Trzaskowski. Jeder vierte Wähler zwischen 18 und 29 Jahren, der 2015 Andrzej Duda seine Stimme gegeben hatte, votierte im zweiten Wahlgang 2020 für Trzaskowski; in den beiden nächsten Altersgruppen lag der Anteil solcher „untreuer“ Wähler nur bei zehn Prozent.



Kandidat der jungen Herzen: Rafał Trzaskowski mit Ehefrau Malgorzata

Tabelle 2: PiS-Wählerschaft 2019 und Struktur der Wähler Andrzej Dudas 2020 im Vergleich zur Struktur der Wählerschaft der Bürgerkoalition (KO) und Trzaskowskis (in Prozent)

| | Parlamentswahlen | | Präsidentenwahlen 2020 | |
|--|------------------|-----------|------------------------|--------------------|
| | <i>PiS</i> | <i>KO</i> | <i>Duda</i> | <i>Trzaskowski</i> |
| Geschlecht | | | | |
| Männer | 48,3 | 43,0 | 45,8 | 44,2 |
| Frauen | 51,7 | 57,0 | 54,2 | 55,8 |
| Alter | | | | |
| 18–29 | 9,6 | 14,0 | 12,0 | 21,9 |
| 30–39 | 16,4 | 21,2 | 16,7 | 21,1 |
| 40–49 | 18,2 | 22,5 | 17,2 | 21,5 |
| 50–59 | 20,1 | 16,5 | 19,5 | 13,7 |
| 60+ | 35,7 | 25,8 | 34,6 | 21,8 |
| Bildung | | | | |
| Grundschulabschluss | 7,7 | 2,2 | 8,8 | 2,6 |
| Einfache und mittlere Berufsausbildung | 25,3 | 9,9 | 27,4 | 9,4 |
| Höherer Schulabschluss | 40,2 | 35,8 | 38,9 | 39,0 |
| Hochschulabschluss | 26,8 | 52,1 | 24,9 | 49,0 |
| Soziale/Berufsgruppe | | | | |
| Unternehmer und Selbständige | 7,5 | 15,6 | 7,2 | 14,6 |
| Leitende Angestellte | 8,0 | 19,1 | 7,6 | 16,5 |
| Angestellte im Dienstleistungssektor | 16,4 | 20,2 | 15,6 | 20,4 |
| Landwirtschaft | 8,0 | 1,5 | 7,9 | 1,9 |
| Arbeiter | 13,3 | 6,1 | 13,3 | 7,0 |
| Schüler/Studenten | 3,1 | 5,5 | 4,1 | 9,8 |
| Arbeitslose | 3,1 | 1,5 | 3,5 | 1,9 |
| Pensionäre/Rentner | 31,5 | 21,6 | 31,4 | 18,4 |
| andere | 9,1 | 8,9 | 9,4 | 9,5 |
| Wohnort | | | | |
| ländliche Gebiete | 46,3 | 22,0 | 50,0 | 29,5 |
| Städte, < 50 000 | 25,2 | 27,1 | 23,8 | 28,1 |
| Städte, 50 000–200 000 | 13,8 | 18,4 | 6,1 | 6,4 |
| Städte, 200 000–500 000 | 6,2 | 11,9 | 12,7 | 21,0 |
| Städte, > 500 000 | 8,5 | 20,6 | 7,4 | 15,0 |

Quelle: Exit polls von Ipsos

Wählerinteressen

Wir verfügen nun über die empirischen Voraussetzungen, um Antworten auf die Frage nach den Gründen für den Wahlerfolg der PiS zu geben. Die Klärung der genannten Frage lässt sich aus zwei Perspektiven angehen: aus einer Perspektive der Interessen und einer der Kultur. Die beiden Perspektiven schließen sich nicht zwangsläufig gegenseitig aus, denn für die Motivlage des einzelnen Wählers spielen oft sowohl materielle Interessen als auch ideelle Gesichtspunkte eine Rolle.

Für die Hypothese von der entscheidenden Bedeutung der Politik direkter Sozialtransfers, die die PiS 2015 eingeleitet und vor den Wahlen von 2018–2020 nochmals forciert hatte, spricht die Tatsache, dass klassische Abstimmungsmuster wieder hervortraten. Die PiS und Andrzej Duda unterstützten in besonderem Maße ärmere, geringer qualifizierte Wähler, die stärker vom Staat abhängig waren. In all den Wahlkämpfen schrieb sich die PiS diese Politik auf die Fahnen und vermochte breite Wählerkreise davon zu überzeugen, dass sie alleine die Fortführung des Programms „500+“ und anderer von ihr eingeführter Sozialleistungen garantiere. Die negativen Folgen dieser Politik – die Vernachlässigung des Schul- und des Gesundheitswesens sowie des sozialen Wohnungsbaus – wurden vor dem Jahr 2020 nicht in größerem Umfang von den Wählern wahrgenommen. Dank der guten Wirtschaftskonjunktur verbesserte sich die materielle Lage der Bürgerinnen und Bürger aller Schichten, nicht nur der ärmsten, aber es war eben gerade diese ärmste Bevölkerung, deren Lage sich in spektakulärer Weise verbesserte. Das materielle Motiv brachte bei einem beträchtlichen Teil der Wähler eine Art politischen Zynismus hervor: Sie wählten aus besagtem Grunde die PiS, obwohl sie sich bewusst waren, dass diese Partei rechtsstaatliche und demokratische Standards verletzte und ihre Politiker oftmals korrupt waren. Als Rechtfertigung hörte man Dinge wie „mag sein, dass sie stehlen, aber zumindest teilen sie“. Gerade die zynischen Wähler zeigten sich politisch bestens informiert und gehörten in der Regel auch nicht zu den ärmsten.¹⁰

In der polnischen Gesellschaft hat sich ähnlich wie in anderen europäischen Gesellschaften in den letzten Jahren die Sorge breitgemacht, ob der erreichte Lebensstandard sich halten lasse, wie es um die Renten bestellt sei und ob Fremde, insbesondere Flüchtlinge, nicht eine Bedrohung für die Aufnahmegesellschaft darstellten. Solche Ängste gaben rechtspopulistischen Bewegungen Auftrieb und schürten einen „Wohlstandschauvinismus“, in dem sich eine prostaatliche Rhetorik mit aggressiver Fremdenfeindlichkeit paarte.¹¹ Diese Haltung einer exklusiven Solidarität „nur für die eigenen Leute“ erlebte in Polen vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise von 2015 eine Blüte und hat nach wie vor eine breite Basis. Die Polen lernten den materiellen Aufstieg ihres Landes und ihr persönliches Vorankommen in den vergangenen 30 Jahren erst richtig zu schätzen, als sie spürten, dass dieser Aufstieg durch verschiedene globale Krisen bedroht sein könnte. Der Wohlstandschauvinismus ist eine weitere Teilerklärung für die Wahlerfolge der PiS.

¹⁰ Przemysław Sadura, Sławomir Sierakowski: *Polityczny cynizm Polaków. Raport z badań socjologicznych*. Warszawa 2019, <<https://krytykapolityczna.pl/kraj/polityczny-cynizm-polakow-raport-z-badan-socjologicznych/>>.

¹¹ Jörg Flecker u.a.: *Right-Wing Populism from a Solidarity Perspective*, in: *Global Dialogue. Magazine of the International Sociological Association*, 2/2019, <<https://globaldialogue.isa-sociology.org/right-wing-populism-from-a-solidarity-perspective/>>.

Etwas beeinträchtigt wird die Plausibilität des „Interessenparadigmas“ allerdings durch eine Analyse des Wahlverhaltens der ländlichen Bevölkerung. Insgesamt haben Polens ländliche Regionen sehr von Polens EU-Beitritt profitiert, und die PO-PSL-Regierung brachte ihnen durchaus Vorteile.¹² Dennoch wählten 2015 Bewohner des flachen Landes entschieden häufiger die PiS als Stadtbewohner. Scheinbar ohne Rücksicht auf die eigenen Interessen unterstützten sie eine Partei, die klar europaskeptisch war. Bei den Sejmwahlen 2019 wuchs die Unterstützung für die PiS auf dem Lande noch stärker als in der Gesellschaft insgesamt. Die Partei holte bei der Landbevölkerung 56,2 Prozent der Stimmen und untermauerte in diesem Milieu deutlich ihre Hegemonie.

Das Werteparadigma

Die Dynamik des politischen Konflikts in Polen lässt sich aber auch aus kulturalistischer Perspektive erklären. Denn dem Konflikt zwischen der PiS und der „Anti-PiS“ liegt ein Konflikt um Werte, Lebensstile, Freiheiten und Bürgerrechte, Demokratie, den Platz der Religion im öffentlichen Leben und um Rechte verschiedener, darunter sexueller, Minderheiten zugrunde. Dieser kulturelle Konflikt umfasst auch Fragen wie Tradition, die Abrechnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern Deutschland und Russland und die Folgen der kommunistischen Vergangenheit oder auch die jüdische Frage und in deren Rahmen das Problem des Antisemitismus sowie aktuelle symbolische und materielle Forderungen und Ansprüche. Es existiert also ein ganzes Arsenal an kontroversen Themen. Die PiS zögerte nicht, diese aufzugreifen, um einen veritablen Kulturkampf in Gang zu setzen und ihr Lager zu zementieren.

Der Kampf um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurde mit wechselnder Intensität über die gesamte erste Amtszeit der PiS-Regierung geführt. Besonders massiv waren die Auseinandersetzungen um die Justiz.¹³ Es begann mit der Übernahme der Kontrolle über das Verfassungsgericht unter eklatanter Verletzung von Gesetzen und der Verfassung. Es folgten ein Streit über den Landesjustizrat (*Krajowa Rada Sądownictwa*) und die Struktur des Obersten Gerichts. Hunderttausende Menschen demonstrierten auf den Straßen, um die Unabhängigkeit der Gerichte und Richter zu verteidigen. Dies konnte jedoch den Prozess der Übernahme der Kontrolle über das System der Gerichtsbarkeit nicht stoppen, sondern nur erheblich verlangsamen. Der Kampf um die Gerichte und um rechtsstaatliche Standards konsolidierte die Opposition, ließ neue gesellschaftliche Bewegungen wie das *Komitee zur Verteidigung der Demokratie* (*Komitet Obrony Demokracji*) oder *Bürger der Republik Polen* (*Obywatele RP*) entstehen und bereitete so den Boden für die Entstehung der „Anti-PiS“ als Block miteinander kooperierender Parteien, die von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern unterstützt wurden. Millionen weiterer polnischer Bürgerinnen und Bürgern übernahmen das Narrativ der PiS, dass

¹² Jerzy Wilkin, Andrzej Hałasiewicz (Hg.): *Polska wieś 2020. Raport o stanie wsi*. Fundacja na Rzecz Rozwoju Polskiego Rolnictwa. Warszawa 2020, <www.fdpa.org.pl/polska-wies-raport-o-stanie-wsi-v1>.

¹³ Marta Bucholc, Maciej Komornik: Die PiS und das Recht. Verfassungskrise und polnische Rechtskultur, in: *OSTEUROPA*, 1–2/2016, S. 79–93. – Dies.: Gewaltenteilung ausgehebelt. Der Umbau der polnischen Justiz, in: *OSTEUROPA*, 3–5/2018, S. 7–18. – Dies.: Finaler Akt. Die Unterwerfung der polnischen Justiz, in: *OSTEUROPA*, 12/2019, S. 23–37 sowie das Themenheft *Verfassungskrise in Polen*. *OSTEUROPA-RECHT*, 1/2018.

die „postkommunistische Richterkaste entfremdet und korrump“ sei. Für die Stammwählerschaft der PiS dienten das Vorgehen der Regierung im Gerichtswesen, die Säuberungen im öffentlichen Dienst und die Indienstnahme der öffentlichen Medien durch die Regierungspartei dem Kampf mit den alten politischen Eliten. All das weckte in diesem Elektorat ein Gefühl der Revanche für lange erduldeten Ungerechtigkeit und Benachteiligung.

Die Wahlkampfmanager der PiS in den Jahren 2018–2020 hatten eine höchst realistische Vorstellung von den Werteparadigmen der polnischen Gesellschaft, ihren Stereotypen, Ängsten und Phobien. Dass sie die Haltung zu sexuellen Minderheiten unter dem Schlagwort „Bedrohung der Familie durch die LGBT-Ideologie“ zu einem Hauptwahlkampfthema machten, war Teil einer durchdachten Strategie. Rund ein Viertel der Polen ist der Meinung, Homosexualität sei „keine normale Sache“ und man dürfe sie „nicht tolerieren“, etwa 55 Prozent sind etwas offener und akzeptieren die These, Homosexualität sei „zwar eine Abweichung von der Norm, aber man sollte sie tolerieren“, und nur 15 Prozent halten Homosexualität für „etwas Normales“ (bei 5 Prozent Enthaltungen).¹⁴ Dieses Verhältnis ist seit Jahren etwa gleichbleibend. Wenn unter solchen Umständen der amtierende Staatspräsident verkündet, LGBT seien „keine Menschen, sondern eine Ideologie“, die man bekämpfen müsse, und wenn er erklärt, man dürfe eine Legalisierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen nicht zulassen, und vor einer „Sexualisierung der Kinder“ im Schulunterricht warnt, so ruft das starke Emotionen hervor und ist nicht nur im Wahlkampf Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

Ähnliches ist zu beobachten, wenn es um die Restitution von Eigentum geht, das Juden durch den Holocaust verloren hatten, oder wenn der Vorwurf laut wird, Polen hätten mit den Nationalsozialisten kollaboriert oder dem Holocaust mindestens gleichgültig gegenübergestanden. Emotionen anzufachen und sie geschickt zu manipulieren ist ein charakteristisches Mittel der Rechtspopulisten.¹⁵

Einer der zentralen weltanschaulichen Konflikte dreht sich seit Jahren um die Abtreibungsfrage. Bereits 2015 hatte die PiS den Versuch unternommen, das Abtreibungsrecht zu verschärfen. Daraufhin kam es zu derartig breiten Protesten, dass die PiS-Führung ihre Initiative zurückstellte. Doch das Thema war damit nicht vom Tisch. Im Winter 2020/2021 verschärfte sich der Konflikt erneut. Ausgangspunkt war ein Urteil des Verfassungsgerichts vom Oktober 2020, mit dem es Abtreibungen, die aus Angst vor Missbildungen oder unheilbaren Krankheiten des Ungeborenen erfolgen, für verfassungswidrig erklärte. Seitdem gingen Zehntausende Menschen aus Protest auf die Straße. Auf der politischen Bühne erschienen handlungsfähige Frauenorganisationen, die das Netzwerk *Ogólnopolski Strajk Kobiet* (Landesweiter Frauenstreik) bildeten und auch mit den Oppositionsparteien zusammenarbeiteten.¹⁶ In der „Anti-PiS“ kommt die sich beschleunigende Säkularisierung der polnischen Gesellschaft zum Ausdruck, wenngleich sich

¹⁴ Umfragewerte von 2019 laut CBOS: Stosunek Polaków do związków homoseksualnych. Komunikat z badań nr 90/2019, <www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2019/K_090_19.PDF>. Dazu auch: Tomasz Kitliński, Paweł Leszkowicz: Bipolar. Homophobie und Toleranz in Polen, in: OSTEUROPA, 10/2013, S. 195–218.

¹⁵ Jan Pakulski: Populizm jako forma przywództwa politycznego, in: *Studia Socjologiczno-Polityczne*, Seria Nowa, 1/2020, S. 12–26. – Jarosław Kuisz, Karolina Wigura: The Pushback Against Populism. Reclaiming the Politics of Emotion, in: *Journal of Democracy*, 2/2020, S. 41–53.

¹⁶ Renata Mieńkowska-Norkiene: Die politisch-kulturelle Dimension der Frauenproteste in Polen, in: *Polen-Analysen*, 267/2020, S. 2–6.

immer noch 47 Prozent aller Polen als praktizierende Gläubige bezeichnen.¹⁷ Doch die antiklerikale Stimmung wächst, befördert u.a. durch die allgemeine Empörung über die zahlreichen Pädophilie-Vorfälle in der katholischen Kirche.

Die Abtreibungsproblematik, die Frage der Rechte sexueller Minderheiten und das Verhältnis von Kirche und Staat sind wichtige Bindestoffe für die politischen Blöcke. Doch der Wandel von Einstellungen und Präferenzen vollzieht sich in diesem Bereich nicht von einem Tag auf den anderen. Daher konnte keiner dieser Konflikte alleine die Wahlen der letzten Jahre entscheidend beeinflussen. Die massive Abwanderung junger Wähler aus dem PiS-Lager und die politische Mobilisierung der Frauen deuten darauf hin, dass diese Faktoren an Bedeutung gewinnen könnten.

Fazit

Polens Gesellschaft ist politisch extrem polarisiert. Die beiden großen politischen Lager PiS und „Anti-PiS“ stehen sich in einem recht stabilen Gleichgewicht gegenüber, das sich jedoch nicht in der Machtverteilung auf zentraler Ebene widerspiegelt. Hier haben wir es mit einem drastischen Ungleichgewicht und einer Demontage fast aller Checks and Balances zu tun. Für die breite Unterstützung, welche die PiS bei den polnischen Bürgern genießt, scheinen kulturelle Faktoren eine größere Bedeutung zu spielen als materielle Interessen. Diese kulturellen Aspekte haben durch den Globalisierungsdruck der letzten Jahrzehnte an Bedeutung gewonnen. Die polnische Gesellschaft durchlebt einen regelrechten Kulturschock, verursacht durch die Krise der traditionellen Familie, durch eine ostentative Präsenz sexueller Minderheiten im öffentlichen Raum, Migrationserfahrungen und einen rapiden technologischen Wandel. Insbesondere älteren Menschen fällt es schwer, sich ihm anzupassen. All diese Faktoren befördern die Renationalisierung der Politik. In einem starken Nationalstaat hoffen alle europäischen Gesellschaften Sicherheit zu finden und sich ihre relative Prosperität bewahren zu können. Die Polen bilden in dieser Hinsicht keine Ausnahme – sie sind hier den Tschechen, Slowaken, Ungarn und Österreichern und sogar den Deutschen sehr ähnlich.

Aus dem Polnischen von Andrea Huterer, Minsk

Schlagwörter:

Polen, Parteiensystem, Wählerwanderung, Wahlforschung, politische Soziologie, Demokratie und Rechtsstaat, autoritäre Herrschaft

¹⁷ CBOS: Religijność Polaków w ostatnich 20 latach [= Komunikat z badań nr 63/2020], Juni 2020, <https://cbos.pl/SPISKOM.POL/2020/K_063_20.PDF>.

Arkadiusz Łuba

Spitze Nadeln

Die polnische Kultur der politischen Karikatur

Karikaturen sind ein Ausdrucksmittel der öffentlichen Debatte, das besonders in Zeiten politischer Unfreiheit und Unterdrückung an Bedeutung gewinnt. Die an solchen Zeiten reiche polnische Geschichte hat schon ab dem 19. Jahrhundert zu einer vielfältigen Entwicklung der Gattung geführt. Ein erster Höhepunkt lag in der Zwischenkriegszeit. Im sozialistischen Polen verlegte sich die politische Karikatur auf indirekte Kritik, um die Zensur zu umgehen, und entwickelte darin großes Raffinement. Der Wegfall der Zensur nach 1989 brachte einen großen Freiheitsschub, zugleich schrumpfte aber die Zahl der Satiremagazine. Mit dem wachsenden politischen Druck unter der Regierung der PiS wuchs die Bedeutung der Karikatur wieder. Sie zeigt sich heute auch an der großen Popularität der bekannten Zeichner in den sozialen Medien.

Czy lubimy dowcipy, mögen wir Witze? Mit dieser Frage war 2016 eine Studie des Meinungsforschungsinstituts TNS Polska über den spezifischen „Sinn für Humor der Polen“ überschrieben.¹ Der mit Abstand häufigste Gegenstand von Witzen waren in Polen demnach Politiker (44 Prozent), an zweiter Stelle standen Polizisten (35 Prozent), es folgten fast gleichauf Ärzte (25 Prozent) und Priester (24 Prozent). Dass gerade die Vertreter staatlicher, geistlicher und wissenschaftlicher Autorität die Rangfolge anführen, ist sicher kein Zufall: Wo direkte politische Kritik unterdrückt wird, wie es in der polnischen Geschichte immer wieder über lange Strecken der Fall war, entwickeln sich Witz und Spott oft ganz besonders. Die politische Karikatur hat in Polen eine große Tradition, die bis heute sehr lebendig ist: Das Genre ist längst nicht mehr nur auf den Seiten zahlreicher Zeitungen zu finden, sondern auch in den sozialen Medien, wo die bekannten Cartoonisten Tausende von Followern und Likes sammeln.

Das Wort „Karikatur“ geht etymologisch auf das italienische Verb „caricare“ zurück, was etwa „beladen“, „überladen“ im Sinn von „überzeichnen“ bedeutet. Darstellungen, die im weitesten Sinn Karikaturen ähneln, finden sich bereits auf altägyptischen Papyri, griechischen Vasen oder römischen Wandmalereien; auf satirische Motive stößt man an den Säulenkapitellen mittelalterlicher Kirchen oder in der Buchmalerei. Schon zur Zeit der Reformation wurden diese überzeichneten bildlichen Darstellungen auch als Waffe im Kampf um Seelen und Herzen eingesetzt: Auf Flugblättern karikierten Anhänger des Protestantismus wie des Katholizismus jeweils in derbster

Arkadiusz Łuba (1977), Literaturkritiker, Übersetzer und Journalist, Berlin

¹ Raport: Polacy najchętniej śmieją się z polityków. WNP.pl, 1.7.2016.

Form die Gegenseite. Eine stärker politische und sozialkritische Komponente entwickelte die Karikatur dann im Zuge der industriellen Revolution in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts.² Für die politische Karikatur etablierte sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts der englische Begriff „cartoon“ oder „political cartoon“.³ Im 19. Jahrhundert wurden auch die ersten satirischen Zeitschriften wie *Punch* in Großbritannien, *La Caricature* in Frankreich sowie *Puck*, *Judge* und *Life* in den USA gegründet. Sie profitierten von den Fortschritten in der Drucktechnik. Wie groß die Macht der Bilder war, wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts immer klarer. Die Zeichnungen des deutsch-amerikanischen Karikaturisten Thomas Nast (1840–1902) stürzten 1874 den korrupten New Yorker Politiker William M. Tweed. Zuvor hatte Tweed gestanden, Nasts Kritik zu fürchten: „Es ist mir gleichgültig, was die Zeitungen über mich veröffentlichen, da meine Wähler ohnehin nicht lesen können. Aber sie verstehen diese Zeichnungen.“⁴

Auch in Polen weiß man seit Beginn der Pressegeschichte im 18. Jahrhundert⁵ um diese Macht der Karikaturisten: Als scharfe Kommentatoren gesellschaftlicher Probleme und aktueller politischer Ereignisse sind sie gefeiert und gefürchtet.⁶

Aufklärung und politischer Widerstand

Die in Warschau erscheinende satirische Zeitschrift *Monitor* publizierte von 1765 bis 1785 Karikaturen, die unter anderem Trunksucht und Kartenspiel, Untätigkeit, religiösen Fanatismus und Klatsch anprangerten. Politischer wurde die Presse und speziell die Satire, nachdem 1795 der polnische Staat von der politischen Landkarte Europas verschwand. Polnische Zeichner und Autoren versuchten in den Jahrzehnten danach, mit ihrer Arbeit die gefährdete nationale Identität zu stärken, auch wenn die Teilmächte die Freiheit der Presse durch Zensur und Lizenzen stark einschränkten.⁷ Polens Geschichte im 19. Jahrhundert bietet ausgezeichnete Voraussetzungen dafür, die Rolle der Satire und des politischen Humors im Leben einer unterdrückten Nation zu studieren. Unter russischer Besatzung, als die Pressezensur und die damit verbundenen Repressalien am stärksten waren, erschienen in Vilnius die *Wiadomości*

² Thomas Knieper: Die politische Karikatur: eine journalistische Darstellungsform und deren Produzenten. Köln 2002, S. 17.

³ Włodzimierz Głodkowski: Karykatura polityczna jako forma komunikowania w badaniach amerykańskich. „Zeszyty Prasoznawcze“, R. XXIX, 3/1988, S. 29-44.

⁴ Alexander Emmerich: Little Germany. Deutsche Auswanderer in Nordamerika. Frankfurt/Main 2019, S. 157.

⁵ Aufgrund des ökonomischen und kulturellen Rückstands entwickelte sich die Presse in Polen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern eher spät; der Zugang zu Presseerzeugnissen war bis ins ausgehende 18. Jahrhundert weitgehend dem Adel vorbehalten. Hanna Górska, Eryk Lipiński: Z dziejów karykatury polskiej. Warszawa 1977, S. 72.

⁶ Arkadiusz Łuba: Zeitungcomic, politischer Cartoon, in: Kalina Kupczyńska, Renata Markarska (Hg.): Handbuch Polnische Comickulturen nach 1989. Berlin 2021, S. 134.

⁷ Jan Berting, Christiane Villain-Gandossi: Rola i znaczenie stereotypów narodowych w stosunkach międzynarodowych: podejście interdyscyplinarne, in: Teresa Walas (Hg.): Narody i stereotypy. Kraków 1995, S. 13–27. – Jerzy Jarowiecki: Prasa na ziemiach polskich XIX i XX wieku. Wrocław 2013. – Jerzy Łojek, Jerzy Myśliński, Wiesław Władyka: Dzieje prasy polskiej. Warszawa 1988.

Brukowe (1816–1822), die sich über die Rückständigkeit des heimischen Adels lustig machte. Zugleich war der Spott über nationale Stereotypen, nach außen gewendet, eine probate Waffe im Kampf gegen einen übermächtigen Gegner.⁸

Als einer der Wegbereiter des polnischen Cartoons gilt der Maler und Karikaturist Franciszek Kostrzewski (1826–1911),⁹ der seit 1859 u.a. in *Tygodnik Ilustrowany*, einem Kultur- und Gesellschaftsmagazin aus Warschau veröffentlichte. Seine Zeichnungen, in denen er die Hauptstadteinwohner karikierte und das Leben von Armen und Reichen kontrastierte, gelten als „unschätzbare Quelle für das Studium der damaligen Sitten und Bräuche“.¹⁰ Kostrzewskis Kollege, der Maler, Aquarellist und Grafiker Józef Rapacki (1871–1929), spezialisierte sich auf Porträtkarikaturen und ironische Spitzen gegen die Teilungsmächte.



Józef Rapacki: *Pro Memoria. Prusak w Polsce (1915–1918)*. 20 autolitografij Józefa Rapackiego (1871–1929). Warschau 1918, S. 23.

⁸ Zur Funktion von nationalen Stereotypen in Propaganda und internationalen Beziehungen: Jan Błuszkowski: *Stereotypy a tożsamość narodowa*. Warszawa 2005, S. 27.

⁹ Adam Rusek (Hg.): *Dawny komiks polski. Tom 1: Warszawa w roku 2025, Pan Hilary i jego przygody*. Warszawa 2013, S. 5. Einige Karikaturen von Kostrzewski finden sich unter: <<http://mbc.cyfrowemazowsze.pl/dlibra/publication?id=57151&tab=3>>

¹⁰ Eryk Lipiński: Zum Geleit, in: Géza Jászai (Hg.): *Polnische Karikaturisten der Gegenwart*. Münster 1987, S. 7.

Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs stieg die Zahl der polnischen Periodika auf ca. 1100 Titel, darunter waren auch satirische Zeitschriften. Die durchschnittliche Auflage, die im 18. Jahrhundert noch zwischen 300 und 3000 Exemplaren lag, betrug 1914 bei den Illustrierten 35 000–40 000 Exemplare.¹¹ Für die Russische Revolution von 1905–1907 spielte die polnische Presse, die immer mutiger über politische Themen berichtete, denn auch bereits eine wichtige Rolle.¹² Die eigentliche Blüte der politischen Karikatur in Polen setzte jedoch erst im unabhängigen Polen der Zwischenkriegszeit ein.

Die populärste satirisch-politische Wochenzeitung dieser Zeit war *Szczutek* (1918–1926) aus Lemberg, in der 1919 der erste polnische Comic *Ogniem i mieczem, czyli przygody Szalonego Grzesia* (Mit Feuer und Schwert, oder die Abenteuer des Verrückten Grzes) von Stanisław Wasylewski (1885–1953) und Kamil Mackiewicz (1886–1931) erschien.¹³ Der Titel der Zeitschrift – zu Deutsch etwa „Nasenstüber“ – war Programm: Er signalisierte Respektlosigkeit und boshafte Spott. *Szczutek* machte sich über jedermann lustig, unabhängig von seinem sozialen Status, seiner Position oder Autorität. Beliebte Themen waren die internationale Politik, die Bürokratie und Korruption der Verwaltung, der Adel und die Krakauer Konservativen. In spielerischer, oft auch beißend sarkastischer Form entlarvte man die Lügen der Machthaber.

Neben *Szczutek* wurden in der Zwischenkriegszeit aber auch eine Vielzahl anderer satirischer Magazine verschiedener politischer Couleur gegründet bzw. wiederbelebt, darunter das älteste, die anfangs rechtskonservative *Mucha* (Die Fliege, mit Unterbrechungen 1868–1952), der linke Nachfolger von *Szczutek*, *Cyrulik Warszawski* (Der Barbier von Warschau, 1926–1934), sowie das im Dezember 1935 von zwei Satirikern, Zbigniew Mitzner (1910–1968) und Eryk Lipiński (1908–1991), gegründete Magazin *Szpilki* (Nadeln, 1935–1994), das programmatisch ebenfalls mit der Linken verbunden war, auch wenn die Redaktion nie offiziell einer politischen Partei oder Gruppierung angehörte. In den linken Satirezeitschriften blühte die Karikatur, dort entwickelten sich die Talente vieler Zeichnerinnen und Zeichner, die das Genre auch in der Volksrepublik Polen weiter prägen sollten.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde die freie Presse verboten. Noch immer gab es aber zahlreiche Karikaturisten, die über die Besatzer und ihre Kollaborateure spotteten. Es gab Flugblätter mit satirischen Holz- oder Linolschnitten und handgemalte Bilder auf Hausfassaden, Plakatsäulen und Mauern. Bald entstanden auch konspirative Bulletins wie *Lipa* (Plunder, 1940–1941), die sich im Untertitel als „fröhliche Zeitschrift in den Tagen des Grauens“ beschrieb. Mindestens 32 satirische Titel erschienen im Untergrund, darunter *Zadra* (Splitter, 1941) mit einer Auflage von

¹¹ Wanda Matras: „Przekrój“ M. Eilego – „jedyne takie pismo na osiemset milionów Słowian“ czy „organ ćwierćinteligencji“?, in: Halina Kosętko (Hg.): Kraków – Lwów: książki, czasopisma, biblioteki. Bd. 8. Kraków 2006, S. 471.

¹² Górska, Lipiński, Z dziejów karykatury [Fn. 5], S. 151.

¹³ *Szczutek*. Tygodnik Satyryczno-Polityczny. Rok II, Nr. 6, 9.2.1919, S. 8. Der Titel des Comics spielt auf die populäre Trilogie des polnischen Schriftstellers Henryk Sienkiewicz *Feuer und Schwert* an. Wasylewski und Mackiewicz erzählen eine Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg in Polen, das nach 123 Jahren der Teilung wiederbelebt wird und in einer Reihe von „Grenzkriegen“ seine Unabhängigkeit zurückerlangt. Die Hauptfigur ist Grzes, der sich der polnischen Armee anschließt, und beschrieben wird sein Schicksal während dieser Kriege.

1500 Exemplaren. Noch vor dem Kriegsende erschien 1944 in Lublin unter der Redaktion des ehemaligen politischen Häftlings Leon Pasternak (1910–1969) die erste legale Ausgabe des Satiremagazins *Stańczyk* (benannt nach der bekannten Figur eines Narren am polnischen Königshof Anfang des 16. Jahrhunderts). Neben Hitler und seinen Truppen spottete das Blatt in seinen insgesamt fünf Ausgaben auch über den Krieg an sich, die Feinde der künftigen Volksrepublik sowie die Londoner Exilregierung und deren Sympathisanten.¹⁴

Unterdessen kursierten auch in deutschen Medien satirische Polen-Bilder. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 verschwand die scharfe antipolnische Propaganda der Weimarer Republik zunächst aus den Zeitungen, kehrte aber bereits Mitte 1939 zurück. Die östlichen Nachbarn wurden entweder als radikale Revisionisten dargestellt oder als Parasiten, vorzugsweise Läuse.¹⁵ Auf der Titelseite der beliebtesten satirischen Wochenzeitschrift *Kladderadatsch* (1848–1944), die seit 1934 im Dienste der NS-Regierungspropaganda stand, zeichnete Arthur Johnson (1874–1954) im Sommer 1939 „Das Findelkind von der Weichsel“: An einer im Fluss badenden „reinen“ Nixe schwimmt in einem Holzkasten ein Säugling mit grotesk verzerrtem Gesicht, polnischer Militärmütze („Konfederatka“) und polnischer Flagge in der Hand vorbei. Die Bildunterschrift – „Wie kommst du, kleiner Dreckfink, in einen so sauberen Strom?“ – spiegelt deutlich die nationalsozialistische Rassenideologie wider, die in den Kriegsjahren erbarmungslos umgesetzt werden sollte.

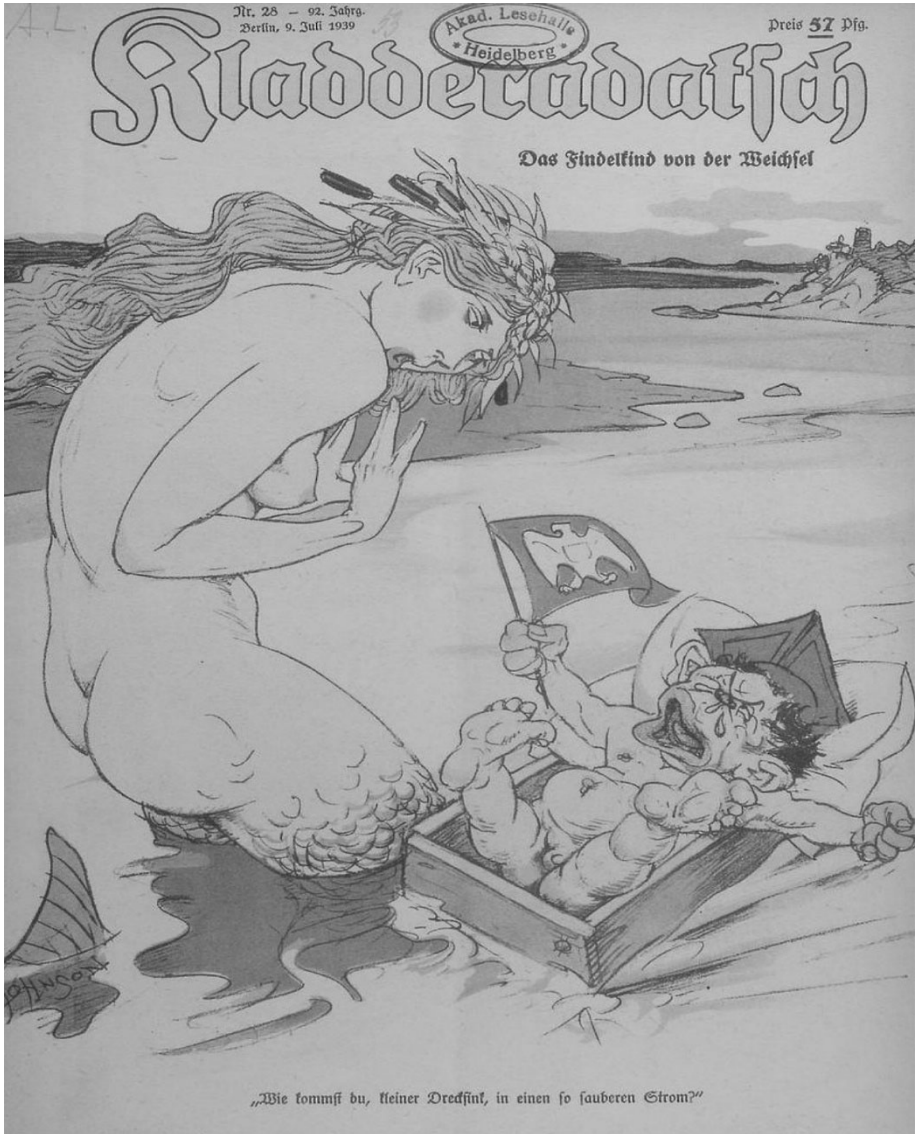
Karikaturen in der Volksrepublik Polen

Nach 1945 konnten spezialisierte Satirezeitschriften wieder erscheinen, zum Beispiel *Karuzela* (Karussell, 1957–1992) mit einer Auflage von 500 000 Exemplaren, oder die schon im März 1945 wiederbelebten *Szpilki*. Die meisten Zeichner publizierten jedoch verstreut in verschiedenen, teils recht kurzlebigen Politik- und Gesellschaftsmagazinen. In all diesen Fällen beeinflusste die Zensur Inhalt und Form der Satire sowie die Kommunikation mit den Lesern.¹⁶ Größere oder kleinere Lockerungen, etwa während des politischen Tauwetters 1980–1981, wirkten sich zwar in geringem Maß auch auf die Medien aus, im Wesentlichen aber diente die Karikatur bis 1989 entweder der staatlichen Propaganda, oder sie versuchte unbequeme Inhalte an der Zensur vorbei zu schmuggeln. Die Zahl der Zeitungstitel war im Vergleich zur Vorkriegszeit wesentlich kleiner geworden, und der Vertrieb stand unter staatlicher Kontrolle. Die Folge war, dass die offen politische Satire in den Untergrund abwanderte. In den offiziellen Medien dagegen dominierte bis zur Verhängung des Kriegsrechts (1981–1983) eine andeutende, vorsichtige Karikatur, deren Meister Szymon Kobyliński und Andrzej Czeczot waren. Dennoch ging es auch hier meist um politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen.

¹⁴ Górska, Lipiński, Z dziejów karykatury [Fn. 5], S. 236–251.

¹⁵ Paweł Bednarz: Polska i Polacy w świetle propagandy niemieckiej na przykładzie satyr w tygodniku „Kladderadatsch“ w latach 1930–1939, in: Kultura – Media – Teologia, 25/2016, S. 133–151.

¹⁶ Zur Propaganda im Comic siehe: Paweł Timofiejuk: Comic und Propaganda, in: Kupczyńska, Makarska, Handbuch [Fn. 6], S. 245–248.



Das Findelkind von der Weichsel: „Wie kommst du, kleiner Dreckfink, in einen so sauberen Strom?“ Zeichnung von Arthur Johnson. Kladderadatsch, 9.7.1939, S. 1.

Die politischen Cartoons orientierten sich entweder am Vorbild der enorm populären Krimi-Comic-Serie *Kapitan Żbik* (Hauptmann Żbik, 1967–1982), die in einer Auflage von über 11 Millionen Exemplaren erschien,¹⁷ oder sie standen in der intellektuellen Tradition von Zeitschriften wie *Szpilki* und *Przekrój* (Der Spiegel, ab 1945). *Szpilki*, die wohl bekannteste polnische Satirezeitschrift und zugleich Stifterin des begehrten Karikaturpreises „Złota Szpilka“ (Goldene Nadel, seit 1962), hatte vor dem Zweiten Weltkrieg über das autoritäre Regime der II. Polnischen Republik unter den Marschällen Józef Piłsudski und Edward Rydz-Śmigły gespottet, nach dem Krieg nahm sie das kommunistische System aufs Korn. Ihr Motto war eine Zeile aus *Monachomachia, oder der Krieg der Mönche* von Fürstbischof Ignacy Graf Krasicki: „Die wahre Tugend fürchtet keine Kritik.“¹⁸ Die Zeitschrift scheute keine unbequemen Themen und war bei den Lesern nicht zuletzt deshalb sehr beliebt.¹⁹ Ihre Kritik der politischen und alltäglichen Absurditäten wurde stark zensiert. Um den Umfang der Zensureingriffe zu zeigen, hatte *Szpilki* die zensierten Zeichnungen in den 1930er Jahren gern mit den dadurch entstandenen Leerstellen gedruckt; nach 1945 kam dies nur noch vereinzelt vor. Seit den 1970ern reflektierte das Blatt auch ironisch die Situation in der eigenen Redaktion. In *Szpilki* publizierten herausragende polnische Dichter wie Julian Tuwim (1894–1953), Konstanty Ildefons Gałczyński (1905–1953), Marian Hemar (1901–1972) und großartige Zeichnerinnen wie Anna „HaGa“ Gosławska-Lipińska (1915–1975) oder Maja Berezowska (1898–1978), die vor allem für ihre freizügigen erotischen Zeichnungen bekannt ist. Berezowskas sicherer, geschmeidiger und zarter Strich erinnert an graphische Arbeiten von Picasso, dessen Werk sie in Pariser Galerien studierte. Ihre subtilen Darstellungen von männlichen und weiblichen Figuren zeigen tabulösen Sex, ohne jemals vulgär zu werden. Berezowska war nicht nur ein wichtiger Einfluss für die heutige Generation von Zeichnerinnen, ihre Bilder haben das Bewusstsein für weibliche Körperlichkeit und Sexualität im Polen seit den 1970er Jahren überhaupt nachhaltig geprägt.²⁰ In *Szpilki* publizierte sie aber auch politische Cartoons.

Die „aktuelle Wochenzeitschrift“ *Przekrój* wurde unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg von Marian Eile (1910–1984) gegründet.²¹ Ihre erste Nummer erschien in 60 000 Exemplaren, in den 1960er Jahren stieg die Auflage auf eine halbe Million. Auch hier stand die Zeichnung autonom neben dem Text. Der Chefredakteur Eile verstand es, talentierte Zeichner wie Zbigniew Lengren zu gewinnen; die Künstler genossen unter Eiles Regie thematisch und darstellerisch große Freiheit. Während

¹⁷ Der Titelheld dieser mit zurückhaltender Eleganz gezeichneten Serie, ein einfacher, aber intelligenter und gutaussehender Polizeihauptmann mit dem sprechenden Namen „Żbik“ (Wildkatze), sollte vor allem der polnischen Jugend ein positives Bild von der „Bürgermiliz“ vermitteln. Alex Kłoś: Akuszer Żbika, in: *Przekrój*, 12.5.2002. Der Hauptmann ermittelte in klassischen Fällen wie Mord, Diebstahl oder Entführung bis hin zu Wirtschafts- und Militärsplionage. Der Zeichner der Serie, Grzegorz Rosiński, ist im Übrigen auch der Urheber der Fantasy-Comic-Serien *Thorgal* und *Schninkel*.

¹⁸ Ignacy Krasicki: *Monachomachia, oder der Mönchen-Krieg*. Aus dem Polnischen von H.C. von Ecker und Eckhoffen. Hamburg 1782, S. 63.

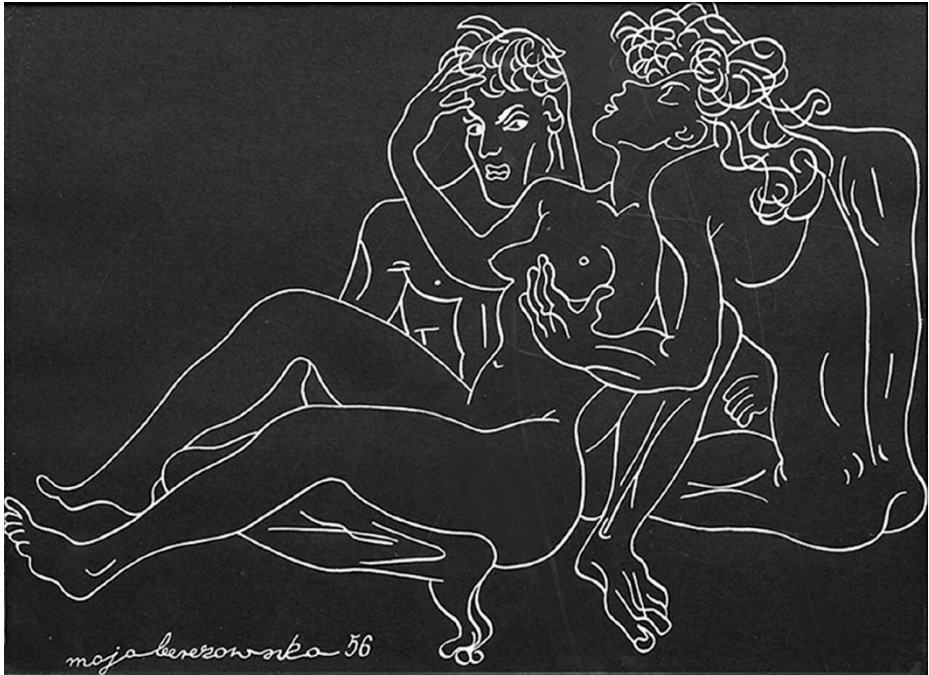
¹⁹ Im April 1970 erschien *Szpilki* in einer Auflage von 120 000 Exemplaren, *Karuzela* druckte sogar eine halbe Million Exemplare.

²⁰ Małgorzata Czyńska: *Berezowska. Nagość dla wszystkich*. Wołowiec 2018.

²¹ Tomasz Potkaj: *Przekrój Eilego. Biografia całego tego zamieszania z uwzględnieniem psa Fafika*. Kraków 2019.

Szpilki trotz ihres Kultstatus die politische und wirtschaftliche Wende nicht überlebte und 1994 eingestellt wurde, existiert *Przekrój* bis heute.

Gemeinsam haben *Szpilki* und *Przekrój* mit ihrer Satire den Humor der Nachkriegsgeneration geprägt; die führenden Zeichner – Maja Berezowska, Anna Gosławska-Lipińska, Szymon Kobyliński (1927–2002), Sławomir Mrożek (1930–2013), Andrzej Czczot (1933–2012), Andrzej Mleczo (*1949), Henryk Sawka (*1958) und Marek Raczkowski (*1959) haben einen ganz eigenen, polnischen Stil des Zeitungscartoons entwickelt.²²



M. Berezowska: *Scena erotyczna*, 1956, weiße Gouache, schwarzes Papier, 28.5 x 38.5 cm. Archiv des Auktionshauses Agra-Art

²² Jürgen Weichardt: Polnische Karikaturisten, in: Jászai, Polnische Karikaturisten [Fn. 10], S. 9–21.

Cena 30 gr.

Janusz Minkiewicz
Poemat o pijanym soliterze

Szpilki

Nr. 9 Rok V

PRAWDZIWA CNOTA KRYTYK SIĘ NIE BOI (KRASICKI)

26. III. 1939



Fot. Zenon Wasilewski

POLITYKA

Zensierter Umschlag des Satiremagazins „Szpilki“, 28.3.1939.

Krise und Generationenwandel

Nach 1989 schrumpfte das Angebot an satirischen Zeitschriften, man suchte nach neuen Wegen. Auf die raffinierte, oft indirekte, aber treffsichere Stichelei unter der Aufsicht der Zensurbehörde folgte nach deren Auflösung im Januar 1990 uneingeschränkter, zuweilen wilder Spott. Nun konnte man sich über nahezu alles lustig machen, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Namhafte Zeichner arbeiteten für die Tages- und Wochenzeitungen *Polityka*, *Przekrój*, *Wprost*, *Tygodnik Powszechny* oder *Duży Format* (Großformat), eine Beilage der liberalen *Gazeta Wyborcza*. Zu einem Marktführer der satirischen Presse entwickelte sich das 1990 von Jerzy Urban, dem Ex-Sprecher der kommunistischen Regierung, gegründete antiklerikale Wochenblatt *NIE* (NEIN).

An *Przekrój* lässt sich gut beobachten, wie der allmähliche Generationswandel bei den Zeichnern sich auf Stil und Inhalt der Cartoons auswirkte. Während in den 1940er und 1950er Jahren hier Figuren wie Karol Fersters (1902–1986) grotesker Reaktionär „August Bęc-Walski“ (ein Angehöriger des entmachteten Adels, ehemaliger Gutsbesitzer und Gegner aller sozialen und politischen Veränderungen) dominierten, verkörperte den Stil der späteren Jahrzehnte eher der von Zbigniew Lengren (1919–2003) gezeichnete „Professor Filutek“: ein schalkhafter älterer Herr im altmodischen Bowler, stets begleitet von seinem kleinen Hund Filuś. Der Comicstrip ohne Worte basierte auf Situationswitz. Nach Lengrens Tod nahm den Platz von „Professor Filutek“ dessen ideologischer Gegenspieler ein, der von Marek Raczkowski gezeichnete „Stanisław aus Łódź“, ein durchschnittlicher, unreflektierter, anspruchsloser Biertrinker und Fernsehzuschauer.

In den Spalten von *Przekrój* erschienen von 1960 bis 1968 auch die philosophierenden Knollennasenmännchen von Sławomir Mrożek, der selbstkritisch und -ironisch auf seine Nation blickte. In seinen Cartoons dieser Zeit gewinnt der Text zunehmend an Bedeutung: Das Wort dringt tief in die Struktur der Zeichnung ein und wird zum integralen Bestandteil des neu geschaffenen Ganzen.²³ Darin zeichnet sich ein Paradigmenwechsel ab: Der Sprachwitz löst den einst so verbreiteten Situationswitz ab.²⁴ Auch bei anderen Künstlern ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. Henryk Sawka, der für *Wprost* und *Newsweek* zeichnet, sieht die Zeichnung sogar nur noch als „Vorwand und Prä-Text für die Sprechblase“.²⁵

Neben der Gesellschaftskritik, die in Zeitungscartoons immer präsent war, wurden nach der Wende politische Themen populärer. Die turbulente Zeit der politischen und wirtschaftlichen Transformation und die vielen Regierungswechsel seit 1989 lieferten reichlich Stoff. Einen ersten Höhepunkt dieser Entwicklung konnte man rund um die Rywin-Affäre 2002 beobachten, die einen Korruptionsskandal und kriminelle Verwicklungen mehrerer hochrangiger Politiker in Wirtschaft und Medien offenlegte; ein weiterer Schub folgte mit der Machtübernahme durch eine nationalkonservative Koa-

²³ Sławomir Mrożek: *Rysunki zebrane*. Bd. 4: *Przez okulary 1960–1964*. Bearb. Stanisław Rosiek. Gdańsk 2002, S. 309.

²⁴ Dies belegen Mrożeks Cartoons 1989–2003 für *Gazeta Wyborcza* und *Tygodnik Powszechny*. Seweryna Wysłouch: *Od obrazu do sentencji. O grafice Sławomira Mrożka*, in: *Przestrzenie teorii*, 3–4/2004, S. 115–135.

²⁵ Andrzej Skworz, Andrzej Niziołek (Hg.): *Biblia dziennikarstwa*. Kraków 2010, S. 631.

lition unter Führung der Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) von Jarosław Kaczyński im Jahr 2005.²⁶

Ein Jahrzehnt später gelangte die PiS wieder an die Schalthebel der Macht. Sie stellt den Präsidenten der Republik, bildet die Regierung und verfügt über die Mehrheit im Sejm. Seitdem ist Polens gesellschaftliches und politisches Leben von einer zunehmenden Polarisierung und ideologischen Grabenkämpfe bestimmt.²⁷ Die nationalistische Propaganda, ein xenophobes, frauen- und LGBT-feindliches Klima, die Änderung des Mediengesetzes, mit der die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks faktisch abgeschafft wurde und die Beschneidung der Kompetenzen des Verfassungsgerichts im Jahr 2016 fanden ihren Widerhall in den Cartoons von Andrzej Mleczko, Marek Raczkowski, Janek Koza (*1970), Andrzej Milewski (*1985) und dem Künstlerduo Tomasz Leśniak und Rafał Skarżycki (*1977). Mit Marta Frej (*1972) setzte sich in dem stark männerdominierten Feld auch eine wichtige feministische Stimme durch: Frejs ausdrucksstarke „Memes“ erscheinen seit 2014 in *Wysokie Obcasy* (Hohe Absätze), der anspruchsvollen „Frauenbeilage“ der *Gazeta Wyborcza*, seit 2015 auch in der regionalen Ausgabe von *Gazeta Wyborcza* in Częstochowa und seit 2018 in *Polityka*.



S. Mrozek: „Papa, was ist die größte Bedrohung für Polen?“ – „Die Polen.“ 20.6.1998, in: *Człowiek według Mrozka. Rysunki 1950–2000. Gdańsk 2000.*

²⁶ Zu dieser Periode: Quo vadis Polonia. Kritik der polnischen Vernunft. OSTEUROPA, 11–12/2006.

²⁷ Zu den Wahlen von 2015 und dem politischen Weltbild der PiS grundlegend: Gegen die Wand. Konservative Revolution in Polen. OSTEUROPA, 1–2/2016. – Unterm Messer. Der illiberale Staat in Ungarn und Polen. OSTEUROPA, 3–5/2018.

Je mehr die linksliberalen Zeitungen und Zeitschriften wirtschaftlich und politisch unter Druck gerieten, desto schärfer und direkter übten sie mithilfe politischer Cartoons ihre kritische Funktion aus. Satirische Zeichnungen sind heute ein fester Bestandteil der meinungsbildenden Presse in Polen. Ein Cartoon kann einen Artikel illustrieren, häufiger aber steht er als autonomer Kommentar zum aktuellen politischen oder gesellschaftlichen Geschehen für sich.

Zugleich wird der politische Cartoon und allgemeiner der Zeitungscomic auch als eigenständige Kunstform anerkannt. Dies lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass Satirezeichnungen häufiger Gegenstand wissenschaftlicher – historischer, semiotischer, soziologischer – Studien werden sowie zur Analyse des gesellschaftlichen Wandels herangezogen werden.²⁸



M. Frej: „Verfassungsgericht: Theater statt Gerechtigkeit?“. *Gazeta Wyborcza Częstochowa*, 20.7.2018.

²⁸ Balazs Trencsényi, Michal Kopeček u.a. (Hg.): *A History of Modern Political Thought in East Central Europe: Volume II: Negotiating Modernity in the „Short Twentieth Century“ and Beyond. Part I: 1918–1968*. Oxford 2018.

Spitze Federn

In der aktuellen Medienlandschaft gibt es eine ganze Reihe sehr bekannter Karikaturisten. Der Zeichner Henryk Sawka kennt nach eigener Aussage keine Tabuthemen, allerdings gebe es Grenzen des guten Geschmacks, die nicht überschritten werden sollten. Ein guter Cartoon werde vom aktuellen Geschehen angeregt, strebe aber eine gewisse Universalität und Zeitlosigkeit an. Er gebe jedoch immer allein die Meinung des Künstlers wieder.²⁹

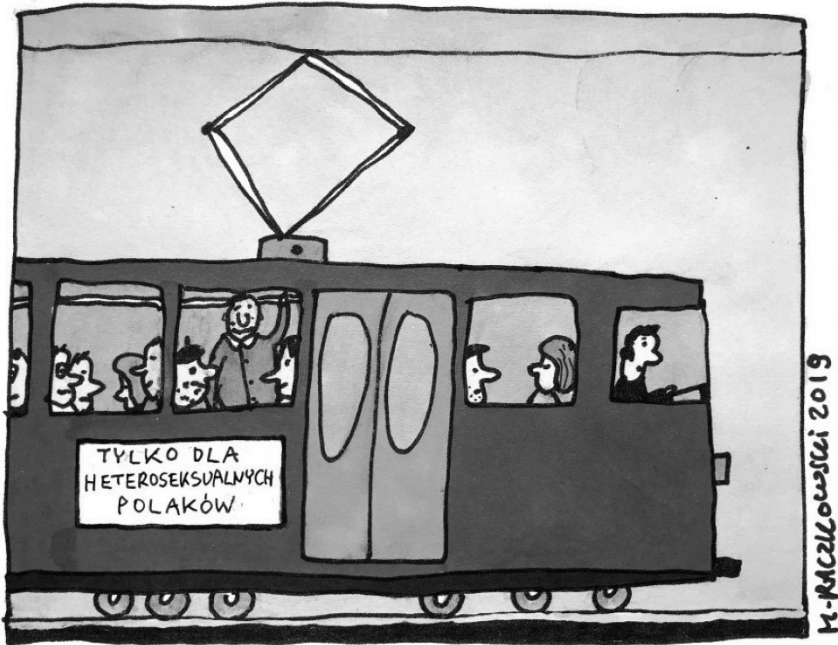
Karikaturen sollen amüsieren und erschrecken, aber auch die Realität erfassbar machen. Beides gelingt dem 62-jährigen Marek Raczkowski (*Raczkowski na dziś*, seit 2003 in *Przekrój*): Scheinbar einfache, mit leichter Hand dargestellte Inhalte haben bei ihm meistens einen tieferen Hintergrund. Für seinen kritischen Blick auf die Gegenwart greift der Cartoonist oft auf bekannte Größen und Werke aus Politik, Popkultur, Literatur und Geschichte zurück, er verwendet aber auch Vulgarismen, wie sie im polnischen Alltag so oft vorkommen. Raczkowskis „Straßenbahn nur für Heterosexuelle“ von 2019 spielt auf die in polnischen Kommunen oder Woiwodschaften eingerichteten sogenannten „LGBT-ideologiefreien Zonen“ an.³⁰ Zugleich ruft das Bild die Zeit des Zweiten Weltkriegs auf, als die deutschen Besatzer durch die Aufschrift „Nur für Deutsche“ Parkbänke, Schwimmbäder, Läden oder Straßenbahnen für polnische Bürger im Generalgouvernement zu verbotenem Terrain machten. Durch die implizite Verbindung mit dem NS-Terror bringt das Bild scharfe Kritik an der homophoben Einstellung der polnischen Gesellschaft zum Ausdruck. Einen ähnlichen Zusammenhang stellt Raczkowski auch in seiner Wahlzettel-Karikatur von 2017 her: Das Hakenkreuz steht für die Wiederkehr von nationalen und populistischen Strömungen in Europa und weltweit.

Schon seit den 1970er Jahren ist Andrzej Mleczko als besonders vielseitiger Karikaturist bekannt: Er arbeitet sowohl mit kontrastreichen, stark schattierten schwarz-weißen Bildserien in der Ästhetik des Undergroundcomics als auch mit minimalistischen Einbildwitzen. Schnell stempelte man ihn als Provokateur, Pornographen und Tabubrecher ab. Doch Mleczko ist ein scharfsinniger Beobachter des polnischen Alltags, der mit Vorliebe die absurden Seiten von Politik, Gesellschaft und Kultur aufspießt. Die von ihm gezeichneten Polen sind hässlich, lustig, aufgeblasen und berechnend, die Sprache seiner rüpelhaften, verkümmerten Figuren klingt mal bürokratisch, mal grob.³¹ Seit über vier Jahrzehnten – mit einer kurzen Pause während des Kriegszustands 1981–1983 – zeichnet er für die sozialliberale Wochenzeitschrift *Polityka*.

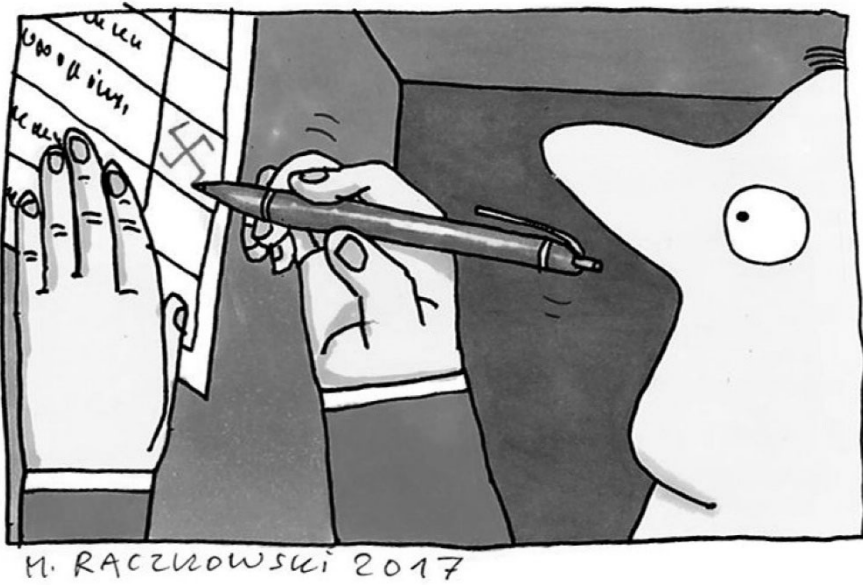
²⁹ Zitiert nach Skworz, Niziołek, *Biblia dziennikarstwa* [Fn. 25], S. 626.

³⁰ Zur Funktion LGBT-feindlicher Parolen im Wahlkampf, den Staatspräsident Andrzej Duda 2020 in der Corona-Pandemie führte, Jens Mattern: Ein ideologischer Hurrikan über Polen. *Telepolis*, 17.6.2020. Duda verglich u.a. die LGBT-Community mit dem Bolschewismus.

³¹ Maciej Parowski: Pierwszy komik PeeReLu, in: *Komiks Fantastyka*, 2/1989, S. 7.



M. Raczkowski: „Nur für heterosexuelle Polen“. *Przekrój*, 23.7.2019.



M. Raczkowski, *Przekrój*, 5.12.2017.



Straßenbahn Nr. 8. 1941. Fot. Ewald Theuergarten. Nationales Digitalarchiv Warschau.

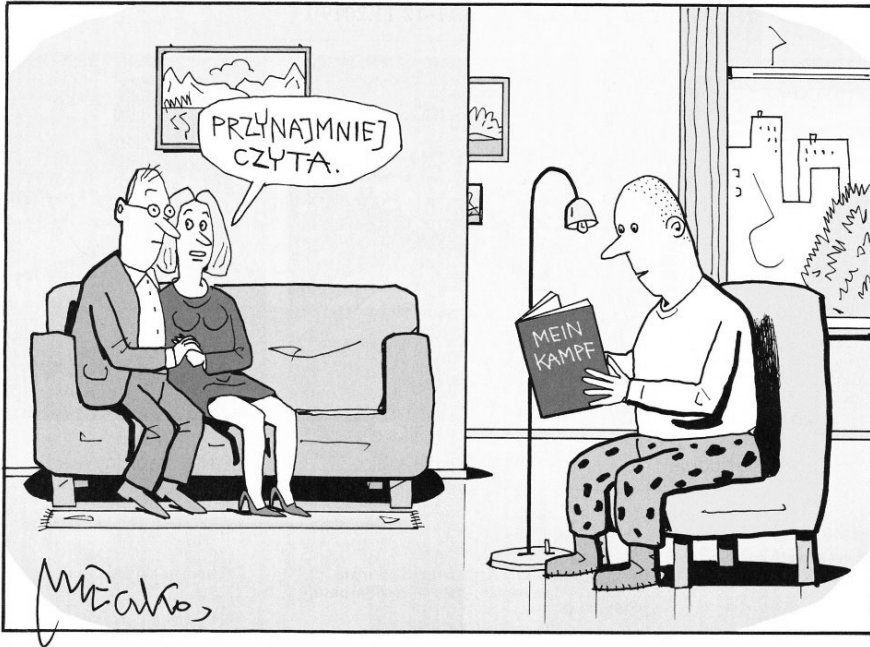
Mleczkos im November 2019 gedruckter Cartoon rechnet mit dem falschverstandenen Patriotismus ab. Der abgebildete Junge gehört sichtlich der rechten Szene an, womöglich nimmt er am *Marsz Niepodległości* (Unabhängigkeitsmarsch) teil, auf dem die Teilnehmer seit 2005 auf aggressive Art und Weise Faschismus, Antisemitismus und Rassismus propagiert werden.³² Er trägt Militärhose und Springerstiefel, sein Kopf ist kahlrasiert, in der Hand hält er eine Ausgabe von *Mein Kampf*. Seine verängstigten Eltern beobachten ihm besorgt, ihr Kommentar lautet: „Immerhin liest er.“ Bloß ist Adolf Hitler der falsche Autor. Der satirische Blick richtet sich hier auf zwei soziale Phänomene – auf die wachsende Popularität nationalistischer Gruppierungen und die alarmierend sinkende Popularität des geschriebenen Wortes in Polen. Durch die sarkastische Zuspitzung wird ein kausaler Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungen angedeutet. Im Gegensatz zu seinen früheren Bildern sind Mleczkos aktuelle Arbeiten immer mit einem dickeren und einem schmaleren Konturstrich gezeichnet, mit klar markierten Details. Hinzu kommen leichte Schattierungen und Farbe. In *Polityka* hat er eine „feste Rubrik“; ein Bild füllt jeweils eine halbe Seite. Seine Bildsprache ist klar, durch die Sprechblasen unterstrichen und ergänzt, wie der zweite Cartoon von ihm zeigt. Die Heuchelei der polnischen Regierung, die in der pandemischen Krise angeblich „alles für den Menschen tut“, wird hier durch das Bild entlarvt: Gemeint ist „nämlich dieser Mensch“, dessen Porträt an der Wand hängt – Jarosław Kaczyński.

Mleczkos jüngerer Kollege Janek Koza von *Polityka* zeichnet viel reduzierter. Als Autor zahlreicher Zeichentrickfilme und Cartoons ist Koza fest in der polnischen Realität verankert. Seine Bilder wirken konzentriert, fast intim, sein Strich naiv und einfach. Ein kalkuliert unauffälliger Stil gehört zu seinem ästhetischen Programm. Kozas Spott gilt vor allem dem polnischen Turbokapitalismus und der Brutalität der zwischenmenschlichen Beziehungen, die dieser hervorbringt. Er komprimiert die beobachtete Realität zu tragikomischen Szenen. Seine Figuren sind hässlich und borniert, oft durch Dummheit, Gier und Überheblichkeit gezeichnet. Lakonische Kommentare vervollständigen die vereinfachte Synthese des Alltags, mal in einem, mal in mehreren Panels. Die dünnen Konturen füllt Koza meistens nur mit einer Farbe, die gewollt grob und schlampig mit Filzstift aufgetragen wird.

Mitten im Chaos um die Präsidentschaftswahl 2020 zeichnete Koza am 22.4.2020 einen Cartoon, der die Machtgier der Regierungspartei verspottet. Diese wollte im Zuge der Corona-Pandemie keinen Ausnahmezustand verhängen, weil sie dadurch einen massiven Kontrollverlust befürchtete: Die Wahl hätte abgesagt werden müssen, und der Premierminister hätte aufgrund eines Ausnahmezustands besondere Machtbefugnisse erhalten und das Land 90 Tage lang beliebig umstrukturieren können.³³ Koza führt den Machtkampf ad absurdum und lässt die Regierenden träumen: „In dieser Situation schlage ich vor, die Amtszeit [des Staatspräsidenten – A. Ł.] um zwei Jahre zu verlängern“, sagt ein Teilnehmer der Beratung. „Oder sogar auf Lebenszeit?“, fragt ein anderer.

³² Petycja „do polskich rasistów“ z Marszu Niepodległości. „To my jesteśmy Polską“. Gazeta Wyborcza, 17.11.2017. – Bianka Mikołajewska: W Marszu Niepodległości szło wielu rasistów i neofaszystów. Policja nie reagowała. Oko.press, 13.11.2017. Zur politischen Einordnung Reinhold Vetter: Diffus, aber gefährlich. Rechtsradikalismus in Polen, in: OSTEUROPA, 4/2013, S. 49–71.

³³ Marta Bucholc, Maciej Komornik: Die PiS, das Virus und die Macht. Präsidentschaftswahlen in Zeiten der Pandemie, in: OSTEUROPA, 3–4/2020, S. 49–64.



A. Mleczko: „Immerhin liest er.“ *Polityka*, 6.–12.11.2019.



A. Mleczko: „Wir tun alles für den Menschen! – Und dies ist der Mensch!“ *Polityka*, 5.–11.8.2020.



J. Koza: „In dieser Situation schlage ich vor, die Amtszeit um zwei Jahre zu verlängern.“
– „Oder sogar auf Lebenszeit?“ *Polityka*, 22.–27.4.2020.



J. Koza: „Trottel“ – „Schlaukopf“. *Polityka*, 10.–16.10.2010.

Auf einem von Kozas ersten Cartoons für *Polityka* aus dem Jahr 2010 wurde die Farbe noch digital aufgetragen. Koza zeigt hier zwei Männertypen – den einen, der sich seiner Frau unterordnet, und den anderen, der seine Frau missachtet. Die Panels sind als eine Infografik stilisiert und mit erklärenden Überschriften versehen: „Trottel“ (links) und „Schlaukopf“ (rechts). Vor dem Hintergrund der Frauenproteste, die sich gegen die Verschärfung des Abtreibungsgesetzes richteten, wirkt der Cartoon auch zehn Jahre später noch erstaunlich aktuell. Die Kontrastierung der Typen – „Trottel“ versus „Schlaukopf“ – demonstriert eine reduzierte Perspektive auf Mann-Frau-Beziehungen, die zugleich den machistischen Blick vieler Polen (und Polinnen) auf die Rollenverteilung reflektiert: Wer seiner Frau hilft, ist kein richtiger Mann.

Eine gute Zeichnung muss nicht unbedingt sehr detailliert sein. Dem Duo Tomasz Leśniak und Rafał Skarżycki ist das unverkennbar bewusst. Die mehr als zwanzigjährige Zusammenarbeit des studierten Graphikers und des Philosophen geht weit über Comics hinaus. Leśniak, bekannt geworden durch seine Figur des alkoholisierten, drogenabhängigen und sexfixierten Helden der Serie „Jeż Jerzy“ (Der Igel Jerzy), zeichnet mal mit haardünnem, mal mit fettem Stift, derzeit auf dem Tablet. Typisch für ihn sind eine reduzierte Ästhetik und dynamische Panels mit häufig wechselnden Rahmen, die von Totalen bis zu Detailaufnahmen reichen. So schafft Leśniak lebendige, flüssige Mikro-Erzählungen, deren Wirkung durch die gesättigten Kontrastfarben noch verstärkt wird. Die Cartoons von Leśniak und Skarżycki, die das gesellschaftliche und politische Geschehen im heutigen Polen ins Visier nehmen, spielen auf eine Weise mit Klischees, die beim Betrachter Unbehagen erzeugt: Sind die Polen wirklich so reaktionär, chauvinistisch und komplexbeladen, so homophob, antisemitisch und verlogen? Oder sind all das vielleicht allgemein menschliche Eigenschaften?

Seit 2013 beliefert das kreative Duo die wöchentliche Reportagebeilage *Duży Format* der *Gazeta Wyborcza* mit den derzeit größten (25 x 7 cm) satirischen Bildern in der Branche, der Serie „Polska Mistrzem Polski“ (Polen polnischer Weltmeister). Der Name der Serie, auf einen ausgerollten Fußballfan-Schal geschrieben, bezieht sich ironisch auf die langjährigen Misserfolge der polnischen Mannschaft bei Fußballmeisterschaften und auf das typische übersteigerte Selbstbild der Polen, die sich gern voller Stolz an ihre große Vergangenheit erinnern und auf die Nachbarvölker herabsehen. Das polnische Fußballteam wurde in internationalen Meisterschaften auch von den schwächsten Gegnern immer wieder besiegt und kam selten über die Gruppenphase hinaus, doch verantwortlich dafür waren immer „die anderen“. Der „harmlose“ Kontext des Fußballs wird in der Cartoonserie genutzt, um den polnischen Nationalstolz und die Auswüchse eines falsch verstandenen Patriotismus zu demaskieren, so etwa in der Zeichnung vom 18.1.2021. Man sieht darauf einen klischeehaften polnischen Proleten mit Glatze, Muskelpaketen, Trainingsanzug und wutverzerrtem Gesicht und seinen untrennbaren Begleiter, den Kampfhund – allerdings in vertauschten Rollen: Es ist der Hund, der den Betrachter mit dem Hinweis beruhigt, sein Herrchen sei geimpft. Nebenbei bezieht dieser Cartoon sich so nicht nur auf den wütenden polnischen „Patrioten“, sondern auch auf die Impfverweigerer in der Corona-Pandemie.



T. Leśniak & R. Skarżycy: „Keine Sorge. Er ist geimpft.“ *Duży Format*, 18.1.2021.



T. Leśniak & R. Skarżycy: „Rauch über der Hauptstadt – wir haben einen Präsidenten.“ *Duży Format*, 20.7.2020.



A. Milewski „Gnadenloser Kampf der Kirche gegen die Pädophilie: Wir verschärfen die zehn Gebote.“ *Gazeta Wyborcza*, 18.6.2019.

Über die Verehrung der polnischen Rechtskonservativen für die PiS und ihren Präsidenten spotten Leśniak und Skarżycki in ihrem Cartoon vom 20.7.2020. Der im Juli 2020 knapp wiedergewählte Andrzej Duda³⁴ wird darin mit dem Papst verglichen, dessen Wahl im Vatikan durch weißen Rauch aus dem Schornstein der Sixtinischen Kapelle verkündet wird. Bei Leśniak und Skarżycki steigt dagegen schwarzer Rauch über der vom Wahlkampf aufgewühlten Hauptstadt auf – schon in der Farbe deuten sich Zweifel an der Gültigkeit des Ergebnisses an.³⁵ Zugleich verweisen die Rauchschwaden über Warschau auch auf die Hetze des *Ruch Narodowy* (Nationale Bewegung), dessen Mitglieder während der Wahlkampagne immer wieder mit brennenden Fackeln durch die Straßen zogen.

Weniger der Gesellschaftskritik als einer explizit politischen Satire sind die Cartoons von Andrzej Milewski (*1985) zuzurechnen.³⁶ Seine kleinformatigen Cartoons (7,5 x 7,5 cm), die seit 2017 beinahe täglich in der *Gazeta Wyborcza* erscheinen, bringen die Situation in der polnischen politischen Szene präzise auf den Punkt. Ihre formale Bandbreite reicht von Einzelpanels bis zu mehreren Panels, eingeschlossen in einem dicken schwarzen Rahmen. Milewskis Bilder entstehen als Rastergrafik am Computer und wirken reduziert, steril und flach. Auffallend sind die großen weißen Köpfe seiner klobigen Figuren, die oft viel Platz im Panel einnehmen – damit rekurriert Milewski auf das Format der „talking heads“, der „sprechenden Köpfe“. Die Zeichnungen nutzt er als ein Ventil für persönliche Frustrationen und Depressionen. Bevorzugte Zielscheibe seines Spotts ist die katholische Kirche, die eine wichtige, mächtige Stütze der PiS ist. Milewski kritisiert – wie ein wachsender Teil der linksliberalen Öffentlichkeit – den Machtmissbrauch und Reichtum der Kirche, die Vertuschung der Pädophilie und die Unantastbarkeit des Klerus in Polen.

Der umgekehrte Spiegel

Karikaturen sind nicht zuletzt eine Waffe im politischen Kampf, und das gilt auch für den Bereich der internationalen Beziehungen.³⁷ Ein sehr grob geschmiedetes Schwert schwang in diesem Sinn die polnische Wochenzeitung *Wprost*, als sie Fotomontagen der deutschen Kanzlerin Angela Merkel in einer Pose von Adolf Hitler und von der damaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach in einer SS-Uniform mit Hakenkreuz zeigte.³⁸ Doch auch die Kritik des Auslands, die Polen seit der

³⁴ Mit 51,03 Prozent der Stimmen gewann Andrzej Duda am 12. Juli 2020 die Stichwahl der Präsidentschaftswahlen in Polen. Rafał Trzaskowski erhielt 48,97 Prozent der Stimmen. <https://pkw.gov.pl/uploaded_files/1594724319_obwieszczenie-pkw-20200713-1915.pdf>.

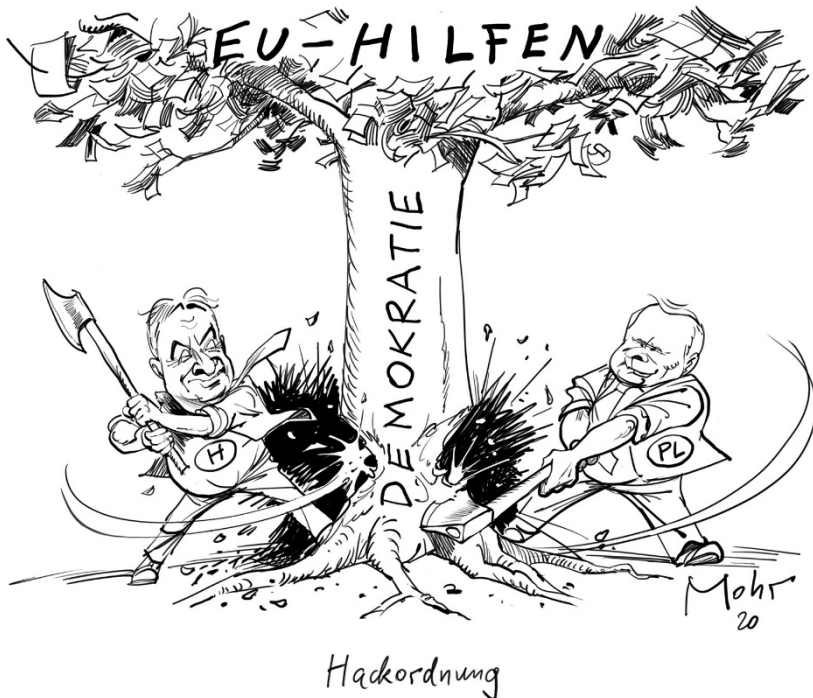
³⁵ Die Opposition kritisierte das Wahlverfahren, die unzureichenden Briefwahlsets der Post und die Durchführung der Wahl während der Pandemie scharf. Amtsinhaber Duda profitierte im Wahlkampf von der Unterstützung der Staatsmaschinerie und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, während seine Herausforderer kaum Zugang zu den Medien hatten. Bürgerrechtsbeauftragte Adam Bodnar forderte am 28.9.2020 den Nationalen Rundfunkrat auf, die Angelegenheit zu prüfen. <www.rpo.gov.pl/pl/content/rpo-do-krrit-dysproporcja-czasu-anteno-wego-tvp-dla-kandydatow-na-prezydenta>.

³⁶ Zur Spezifik der politischen Zeitungskarikatur Tomasz Sikorski: Karykatura polityczna jako źródło do badań nad historią Drugiej Rzeczypospolitej. Postulaty badawcze, in: Historia i Polityka, 1/2009, S. 68–69. – Tomasz Szarota: Niemcy i Polacy. Wzajemnie postrzeganie i stereotypy. Warszawa 1986, S. 101–126.

³⁷ Olaf Bergmann: „Prawdziwa cnota krytyk się nie boi...“. Karykatura w czasopiśmie satyrycznych *Drugiej Rzeczypospolitej*. Warszawa 2012, S. 34.

³⁸ *Wprost*, 10.1.2016 sowie *Wprost*, 21.9.2003.

Regierungszeit der PiS 2015 häufig trifft, fand ihren Ausdruck in Karikaturen. Als Polen und Ungarn im November 2020 mit einem Veto gegen den neuen EU-Haushalt und die damit verbundenen Corona-Hilfen drohten, zeichnete Burkhard Mohr in der *Süddeutschen Zeitung* Jarosław Kaczyński und Viktor Orbán, wie sie mit Äxten auf den Stamm der Demokratie einschlagen – und sich dabei mit jedem Hieb selbst schaden. Allerdings spielt Polen in der deutschen politischen Cartoonlandschaft bei weitem nicht die Rolle, die umgekehrt Deutschland für die polnischen Karikaturisten spielt – in Deutschland dominierten in den letzten Jahren Trump, Putin, Erdoğan und der Brexit. Politische Karikaturen sind nicht neutral: Sie attackieren weltanschauliche Gegner und machen deren Ideologie und politische Überzeugungen lächerlich, sie wollen die Wahrnehmung politischer Ereignisse beeinflussen.³⁹



Burkhard Mohr: *Hackordnung*. *Süddeutsche Zeitung*, 20.11.2020.

³⁹ Teresa Sasińska-Klas: Stereotypy i ich odzwierciedlenie w opinii publicznej, in: Agnieszka Kasińska-Metryka, Michał Goloś (Hg.): *Mity i stereotypy w polityce. Przeszłość i terażniejszość*. Toruń 2010, S. 7–20. – Renata Grzegorzczkova: O rozumieniu prototypu i stereotypu we współczesnych teoriach semantycznych, in: Janusz Anusiewicz, Jerzy Bartmiński (Hg.): *Stereotyp jako przedmiot lingwistyki. Teoria, metodologia, analizy empiryczne*. Wrocław 1998, S. 109–115. – Ida Kurcz: *Zmiana stereotypów: jej mechanizmy i granice*, in: Mirosław Kofta, Aleksandra Jasińska-Kania: „Stereotypy i uprzedzenia”. Warszawa 2001, S. 3–21. – Hans Henning Hahn: *Stereotypy – tożsamość – konteksty. Studia nad polską i europejską historią*. Poznań 2011, S. 31–130. – Wojciech Wrzesiński (Hg.): *Wokół stereotypów Niemców i Polaków*. Wrocław 1993.

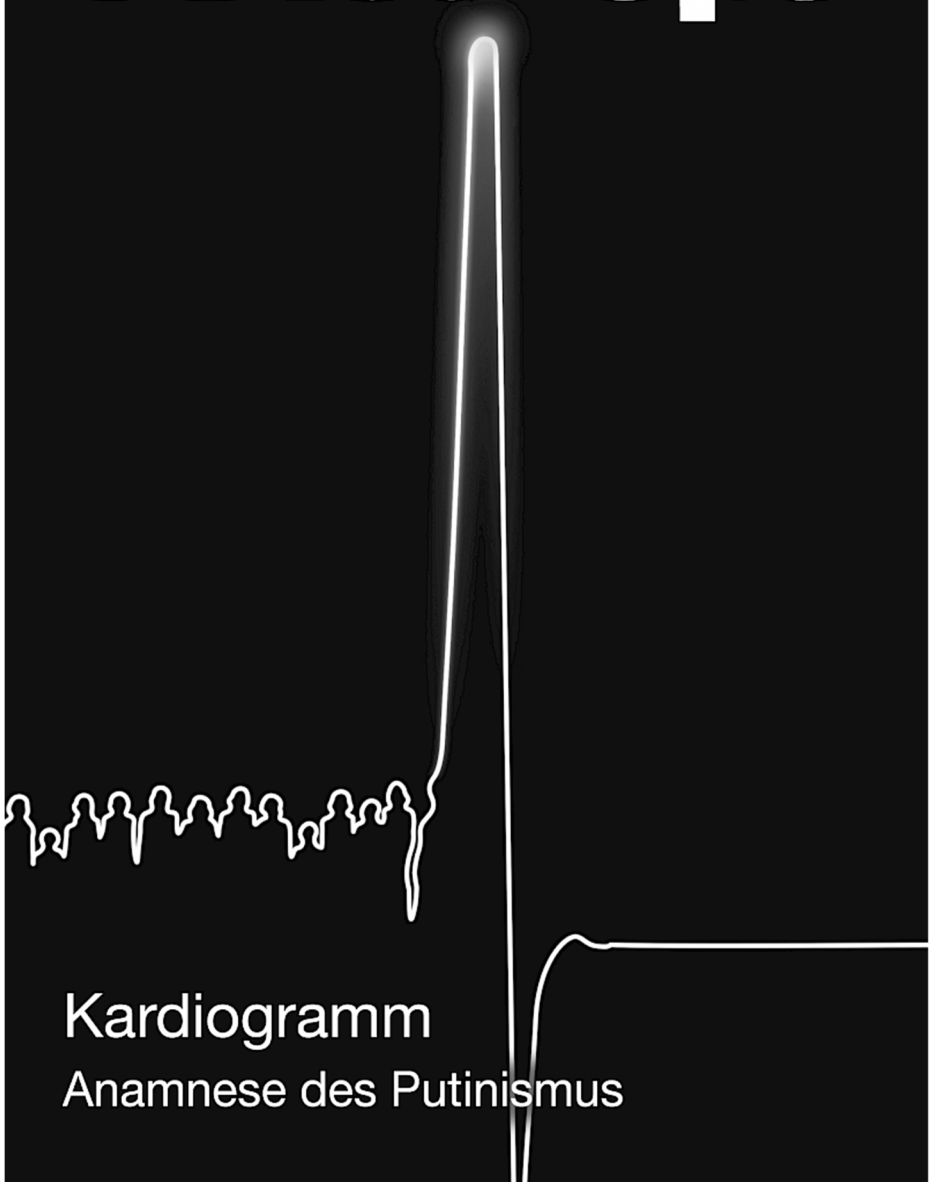
Sozialer Wandel ist immer ein Katalysator für politische Karikaturen. Je größer die Spannungen, desto negativer wird der politische Gegner dargestellt. In Konfliktzeiten mobilisiert die Karikatur ihre Betrachter nicht nur, sie trägt auch zu deren seelischem Gleichgewicht bei, indem sie ihre Ängste vorübergehend neutralisiert.⁴⁰ Angesichts der aktuellen Entwicklungen in Polen ist damit zu rechnen, dass die Konjunktur der politischen Karikatur – sofern sie nicht Repressionen zum Opfer fällt – so bald nicht nachlassen wird. Ob sie aus eigener Kraft zu einer demokratischen Mobilisierung beitragen kann, steht jedoch in den Sternen.

Schlagwörter:

Polen, politische Satire, politische Karikatur, politische Kultur, Sozialkritik, Meinungsfreiheit

⁴⁰ Jean-Claude Gardes: La caricature en guerre: Allemagne, 1914–1918, in: *Le Temps des Medias*, 4/2005, S. 152. – William A. Coupe: Observations on a Theory of Political Caricature, in: *Comparative Studies in Society and History*, 1/1969, S. 91.

osteuropa



216 Seiten, 30 Abbildungen: <zeitschrift-osteuropa.de>

A b s t r a c t s

Fossilised Power State Violence in Russia, Belarus and Poland

Volker Weichsel
Revenge as policy
The radicalisation of the Lukashenka regime

The forced landing of a passenger plane in Belarus at the end of May 2021, served the arrest of a journalist who was critical of the regime. This step was in line with the repressive measures that have been imposed by the government in Belarus for months. The apparatus of violence is disseminating fear and horror, with people being sentenced in political trials on a daily basis. Moscow holds a protective hand over the regime, which has driven Belarus to complete dependence on Russia. Western policymakers face a dilemma.

Otto Luchterhandt
Operation authoritarian dictatorship
President Putin's "anti-extremism campaign"

At the end of April 2021, the Moscow state prosecution petitioned for Alexei Navalny's Anti-Corruption Foundation and its regional offices to be officially declared "extremist organisations" and for them to be prohibited. The petition is based on the anti-extremism law of 2002. The vague concept of extremism makes it easier to abuse the law. It serves as a basis for preventing citizens from exerting their human and civic rights. The measures taken against Navalny's organisations are part of the intensified suppression of the opposition. At the end of May, a new law was passed. Now, anyone can have their passive right to vote withdrawn if they have been declared an "extremist" in the past. The ultimate aim here is the suppression of society. Putin's presidential regime is on the threshold of becoming a dictatorship.

Tatyana Vorozheikina
Navalny, politics and morals
The Putin regime and society

Russia's political future will be decided by what happens to Navalny. The Putin regime has destroyed the state as a public institutional structure and has privatised it for its own purposes. It controls and sterilises the political space itself

and through increasingly harsh repressive measures attempts to deny citizens and society their rights. Alexei Navalny is the only politician who despite this situation was able to act publicly and develop a countervailing power, and who attempted to win back the political space for society. His decision to return to Russia, despite an attempt on his life and the threat of incarceration, is an act of enormous ethical and political significance. Navalny demonstrates utter courageousness at a time in which the regime is trying to break up protest, intimidate society and disseminate fear once again.

Denis Volkov

“Die here, like we do!”

Alexei Navalny in Russia’s public opinion

Alexei Navalny’s rise from blogger on the margins, to virtuous warrior against corruption, and then to the best-known opposition figure in Russia, has taken ten years. Using social media and visual communication, he has established a counter-public arena and has created a political infrastructure that covers the entire country, despite the repressive measures against him. His fame increased from year to year. Yet the majority of the population does not support him. Older people and TV consumers in particular have proven susceptible to the Kremlin propaganda: Navalny is said to be a spy from the West, and to have staged his poisoning in August 2020 himself. Navalny’s incarceration could mean the end of his political career. Yet the corruption, stagnation and self-isolation of the Putin system will continue to provoke attacks by the opposition. It would be premature to write Navalny off – assuming he survives prison.

Roland Götz

Russia’s pandemic policy

Measures and results

In Russia, stricter measures were taken during the first half of 2020 to stem the spread of the coronavirus than in many other countries. However, in the second half of 2020 and in the spring of 2021, they were largely rescinded. Even so, the pandemic policy appeared to have been a success: the state budget was not badly affected, and domestic production declined to a lesser extent than in other countries, since business activity was not significantly restricted. The country boasts of its favourable position in the global ranking list of infections and deaths reported to the WHO. However, this official data does not reflect reality. The death rate, which increased considerably in 2020 compared to 2019, indicates that the real number of Covid-19 deaths and infections is six times higher in 2020, and three times higher during the first quarter of 2021.

Lev Gudkov, Alexei Levinson
Banned, honoured, forgotten
Andrei Sakharov's image in Russia

The atomic physicist, dissident and Nobel Peace Prize winner Andrei Sakharov (1921-1989) was one of the most outstanding individuals of 20th century Russia. As one of the creators of the Soviet hydrogen bomb, he later campaigned for nuclear disarmament, peace and human rights. The Soviet regime defamed, criminalised and banished him to Gorki. During Perestroika, he became the face of the democratic movement. His intellectual brilliance and moral integrity were highly respected. Today, Sakharov has largely been suppressed from the collective memory in Russia. The Putin regime is fighting against the values, and the democratic and constitutional principles, for which Sakharov once unequivocally stood.

Andreas Heinemann-Grüder, Nikolay Mitrokhin
In support of a new Russia policy
A strategy document

During the forthcoming election campaign for the German Bundestag, and while the new federal government is being formed, the future governing parties will define and agree their foreign policy positions. This strategy document is directed at parliamentary representatives on the Bundestag Committee on Foreign Affairs, election campaign managers, the team responsible for the coalition negotiations, the political foundations and future government staff, particularly in the Federal Foreign Office. The strategy document formulates goals and areas of interest and provides specific recommendations for implementation.

Adam Bodnar
"For my enemies, the law"
The interpretation of the law by the PiS government in Poland

Since entering office in 2015, the Polish government, under the leadership of the PiS, has subverted the independence of the constitutional court and rendered the division of power ineffective. The ruling party's interpretation of the law and its legal practice amount to discriminatory legalism. The government is attempting to subject all state institutions, including the courts, to its control. It is employing power mechanisms to promote close associates. Using formal procedures and informal practices, it impedes and harasses critics and opponents, destroys the neutrality of state institutions and undermines the law and the constitutional state.

Jacek Raciborski
PiS and “anti-PiS”
Block formation and culture war in Poland

Poland’s political landscape is extremely polarised. The governing party, the PiS, and the opposition are stably balanced against each other. Since 2015, the PiS has won all elections at national level. For PiS voters, cultural values are more important than material interests. However, the party’s support is being eroded, with young people and women turning against the PiS. The battle over culture is mobilising the opposition. In the conflict between the two blocks, the PiS and the “anti-PiS”, values, religion and the church, sexuality and self-determination play a key role.

Arkadiusz Łuba
Sharp needles
Polish culture and Polish cartoons

Cartoons are a form of expression of public debate that gain particular significance in times of suppression and a lack of political freedom. Poland, which has experienced many such episodes throughout its history, already began developing diverse versions of this genre from the 19th century onwards. One first high point came between the two world wars. In socialist Poland, political cartoonists turned to indirect criticism in order to escape the censors, and developed highly refined ways of doing so. When censorship fell away in 1989, new freedoms suddenly became possible, while at the same time, the number of satirical magazines declined. With the growing political pressure under the PiS government, cartoons have gained in importance once again – a fact that is reflected in the huge popularity of the well-known cartoonists on social media.

osteuropa



Bedrohlich
Staat und Mensch in Osteuropa

OSTEUROPA, 12/2020, 192 Seiten, 1 Karten, 39 Abb., 15,- €



osteuropa

Babyn Jar

Der Ort, die Tat und die Erinnerung

OSTEUROPA, 1-2/2021, 216 Seiten, 67 Abb., 20,- €

